

Besserung der Rechtsprechung in technischen Fragen.

Durch Entscheidung des Ober-Verwaltungsgerichtes in Berlin ist eine Streitfrage beendet worden, die lange Jahre die Architekten Kölns lebhaft beschäftigte. Es handelte sich um die Zulässigkeit von Zwischengeschossen in sogen. Geschäftshäusern. Der ganze Verlauf dieser Angelegenheit ist von so allgemeinem Interesse, dass wir glauben, ihn unseren Lesern in aller Kürze zur Beurtheilung vorlegen zu dürfen. Er enthält eine recht ernste Mahnung an alle Architekten, die Streitigkeiten mit Baupolizei-Behörden, wenn es irgendwie möglich ist, zu vermeiden, da die Beschwerden oder Klagen, sobald es sich um technische Fragen handelt, nur in seltenen Fällen eine richtige Beurtheilung erfahren werden. Der hier zu besprechende Fall war folgender. Ein süddeutscher Grossfabrikant hatte sich an Kölner Architekten gewandt, um sich von diesen ein geeignetes Lagergebäude in unmittelbarer Nähe des Hauptgüterbahnhofes innerhalb der Stadt errichten zu lassen. Wegen der theueren Grundstückspreise sah er sich genöthigt, auf möglichste Rentabilität des Unternehmens bedacht zu sein, und es wurde deshalb von ihm bestimmt, dass über dem Lager im Erdgeschoss so viele Wohnungen anzuordnen seien, als die Bauordnung gestattet. Die baupolizeilichen Bestimmungen darüber lauten: Wohngebäude dürfen ausser Keller und Dachgeschoss nur vier Geschosse, das Erdgeschoss eingerechnet, enthalten. Abs. 2 bestimmt, dass als Erdgeschoss nur ein solches angesehen wird, dessen Fussboden nicht mehr als 2,50 m über der Strasse liegt. Es sind hiernach also unter dem Erdgeschoss ziemlich hohe Sockel-Geschosse, die als Kellergeschosse nicht in die Zahl der bewohnbaren Geschosse fielen, zulässig, und welche nach einer weiteren Bestimmung sogar zum Bewohnen immer noch benutzt werden dürfen, wenn ihr Fussboden nicht tiefer als 0,50 m unter der Strasse liegt. — Dem Verfasser der Bauordnung war nun sehr wohl bekannt, dass damit das Wohnhaus, welches in der Lage ist, sein Erdgeschoss auf die Höhe von 2,50 m zu legen, ein bewohnbares Sockelgeschoss mehr erhält, als diejenigen Häuser, welche in Geschäftsstrassen liegend, gezwungen sind, die Erdgeschossräume zu Verkaufszwecken herzurichten und sie deshalb zu ebener Erde zu legen. Bei ihnen war von diesem noch bewohnbaren Kellergeschoss, welches wir oben als Sockelgeschoss bezeichneten, keine Rede. Die Bauordnung bestimmte deshalb, da kein Grund vorlag, die letztere Art von Häusern zu benach-

theiligen, dass sie als Ausgleich für das Sockelgeschoss ein Zwischengeschoss anlegen durften, indem sie gleich hinter dem Abs. 2, welcher das Sockelgeschoss einführt, im Abs. 3 sagt: Die Anlage eines Zwischengeschosses zwischen Erdgeschoss und erstem Stock ist nur in Geschäftshäusern und in der Regel nur für Geschäftszwecke zulässig. Da nun seit Jahren in allen Wohnhäusern aufgrund dieser Bestimmung Zwischengeschosse über den Läden angelegt worden waren, nahmen die Architekten an, dass über ihrem Lager, welches die ganze bebauungsfähige Fläche des Grundstückes einnahm, ebenfalls ein Zwischengeschoss angelegt werden dürfe. Inzwischen war aber bei der Regierung in Köln ein Wechsel in der Anschauung entstanden und man veranlasste die städtische Baupolizei, derartige Zwischen-Geschosse nicht mehr zu gestatten mit der Begründung, dass dieselben nur für reine Geschäftshäuser zulässig seien. Der vorliegende Entwurf enthalte aber in seinem oberen Theile 3 Wohngeschosse, hätte also keinen Anspruch darauf, als Geschäftshaus im Sinne der Bauordnung angesehen zu werden; dazu gehöre vielmehr, dass es ausschliesslich oder doch überwiegend Geschäftszwecken diene.

Hiergegen wurden erst Beschwerden seitens der Architekten erhoben und zwar durch alle Instanzen bis zum Minister der öffentlichen Arbeiten, und als sie alle fruchtlos verliefen, der Klageweg durch den Eigenthümer des Hauses beschritten, der nun endgiltig auch zu Ungunsten des Klägers entschieden worden ist. In allen Beschwerden und Klagen wurden stets folgende Gesichtspunkte dafür angeführt, dass die Bauordnung unter dem Wort „Geschäftshaus“ nur ein solches versteht, welches zu ebener Erde Geschäftsräume, darüber aber Wohnungen enthält. Erstens gab es zurzeit des Erlasses kein Geschäftshaus, welches ausser einem Erdgeschoss oder höchstens noch einem Zwischen-Geschoss Geschäftsräume enthielt, so-

der Typus des Waarenhauses ganz unbekannt war. Ferner war in der ersten Zeit nach dem Erlasse der Bauordnung eine grosse Anzahl derartiger Wohn- und Geschäftshäuser mit Zwischengeschoss entstanden, als noch die Verfasser der Bauordnung selbst die Bauordnung handhabten, sodass man wohl annehmen kann, dass diese selbst derartig kombinierte Wohn- und Geschäftshäuser als Geschäftshäuser im Sinne des § 28³ angesehen haben. Ausserdem wurde von den Architekten

Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für ein neues Rathaus in Dresden. — Entwurf „Wahrzeichen“ des Hrn. Professor Fr. Ratzel in Karlsruhe. (Lobende Erwähnung.)



dass also dem Gesetzgeber der Typus des Waarenhauses ganz unbekannt war. Ferner war in der ersten Zeit nach dem Erlasse der Bauordnung eine grosse Anzahl derartiger Wohn- und Geschäftshäuser mit Zwischengeschoss entstanden, als noch die Verfasser der Bauordnung selbst die Bauordnung handhabten, sodass man wohl annehmen kann, dass diese selbst derartig kombinierte Wohn- und Geschäftshäuser als Geschäftshäuser im Sinne des § 28³ angesehen haben. Ausserdem wurde von den Architekten

der Sprachgebrauch geltend gemacht, wobei zur Gewähr die bedeutendsten technischen Blätter und litterarischen Werke angeführt werden, in welchen derartige Gebäude einfach als Geschäftshäuser bezeichnet waren. Schliesslich aber, und das war wohl der wichtigste Grund, wurde angeführt, dass, wenn man die Zwischengeschosse unter Wohnungen nicht mehr zulässt, man den Typus des Wohnhauses, welches sein Erdgeschoss zu ebener Erde anlegen muss, um sein Erdgeschoss für Geschäftszwecke benutzen zu können, um ein Stockwerk gegenüber den reinen Wohngebäuden benachtheiligt, und man kann durchaus keinen Grund finden, warum der Verfasser der Bauordnung diese Ungleichheit hätte beabsichtigen wollen.

Nun war es interessant zu sehen, in wie verschiedener Weise die einzelnen Instanzen diese Ungleichheit zu erklären suchten. Die Regierung in Köln erklärte die Ungleichheit damit, dass die Mietherträge der Geschäftshäuser in der Regel höhere seien, als die der reinen Wohnhäuser, so dass deshalb eine Benachtheiligung durch den Wegfall des einen Geschosses nicht vorliege. Es wird wohl kaum nöthig sein, zu dieser Auslegung der Bauordnung etwas zu erwidern. Sie ist denn auch in den höheren Instanzen nicht wieder aufgenommen worden. Diese begnügten sich nur mit der knappen Erklärung, der Herr Minister oder der Herr Oberpräsident sehe keine Veranlassung, ein Zwischengeschoss zu genehmigen, d. h. das Wort Geschäftshaus wie früher auszulegen.

Als dagegen der Klageweg beschritten wurde und im mündlichen Termin von dem sehr tüchtigen juristischen Vertreter des Klägers mit grosser Schärfe auf diese Ungleichheit hingewiesen wurde, welche dann entsteht, wenn man das Wort Geschäftshaus in der neuen Weise erklärt, da musste der Bezirksausschuss nothwendigerweise eine neue Erklärung dafür hervorbringen und fand nichts Besseres als die grössere Feuergefährlichkeit der Gebäude, und sagte: der Verfasser der Bauordnung hätte wahrscheinlich Bedenken getragen, die Ladengeschäfte wegen ihrer feuergefährlichen Warenbestände unter bewohnten Räumen unnöthig zu vergrössern. Wenn aber ein Geschäftsmann doch dazu gezwungen ist, ein Zwischengeschoss zu seinem Laden hinzuzuziehen, dann soll er dafür eine der darüber liegenden Wohnetagen aufgeben müssen, damit eben bei einem Brande nur 2 Wohnungen gefährdet werden. Auch dieses eigenthümliche Motiv der Menschenfreundlichkeit ist später bei der Berufungsinstanz fallen gelassen worden. Selbst der Bezirksausschuss muss wohl zu dieser Begründung wenig Zutrauen gehabt haben, da er sie, bevor er sich zur Berathung des Urtheils zurückzog, nicht aussprach. Erst bei Verkündung des Urtheils kam sie ans Tageslicht. Alle Einwendungen waren also abgeschnitten.

Das Ober-Verwaltungsgericht fasste nun die Sache einfacher an. Es stiess sich gar nicht an dieser sehr unangenehmen Ungleichheit des Gesetzes. Zu erklären war sie doch nicht, die Rentabilität der Geschäftshäuser und die Feuersicherheit, beide hatten nicht recht gezogen, die

Ungleichheit wurde also in den Gründen übergangen. Statt dessen hat aber der Verfasser des Urtheils die ganze Bauordnung mit grossem Fleiss von vorn bis hinten durchgelesen und gefunden, dass auch nicht die leiseste Andeutung in derselben enthalten ist, wie man das Wort Geschäftshaus in § 28 Abs. 2 auslegen solle. Auch sogar das preussische Landrecht, welches der Vorgänger der Bauordnung gewesen sei, biete keinen Anhalt dafür; es stünde ihm also frei, das Wort Geschäftshaus so auszulegen, wie es die Behörden in Köln neuerdings thäten, neuerdings, sage ich, denn vorher thaten sie es ja nicht. Es ist das ein Standpunkt, den man für einen Juristen wohl begreiflich halten kann, besonders wenn auf so bequeme Weise die äusserst unangenehme Frage aus der Welt geschafft wird. Unverständlich ist es aber, dass er sich damit in offenen Widerspruch setzte zur Auffassung aller Sachverständigen. Es möge nur erwähnt werden, dass der Sachverständige der königlichen Regierung in Köln, ein hochangesehener erfahrener höherer Beamter, zu Protokoll aussagte, dass es ihm unmöglich wäre, das infrage stehende Haus nicht als Geschäftshaus anzusehen.

Die Sache ist nun aber entschieden und von nun an darf Jeder, der einen Laden sich in seinem Hause einrichtet, in Köln immer nur ein Stockwerk weniger seinem Hause geben, wie Derjenige, welcher keinen Laden im Hause hat, und die Frage, was wohl der Gesetzgeber mit dieser ganz unverständlichen Anordnung gewollt haben könnte, ist von den Behörden nicht beantwortet worden. Die ganz einfache Erklärung aber, dass eben unter Geschäftshaus dasjenige Wohnhaus zu verstehen sei, welches ein Ladengeschoss zu ebener Erde besitzt, ist trotz des Urtheils der Sachverständigen zurückgewiesen worden. Dem Eigenthümer des fraglichen Hauses wird also nichts anderes übrig bleiben, als die Zwischendecke zwischen seinem Erdgeschoss und Zwischengeschoss wegzunehmen und seine Waaren jetzt 6^m hoch in einem Stockwerk zu stapeln. Das Zwischengeschoss ist dann verschwunden und der Buchstabe des Gesetzes ist gerettet.

Sollte es da nicht an der Zeit sein, einmal darüber nachzudenken, ob nicht eine Besserung der Rechtsprechung in technischen Fragen erstrebenswerth erscheint. In welcher Weise Reformen anzubahnen wären, dazu soll der vorstehende Artikel nur eine Anregung bieten. Ein sehr einfaches Mittel wäre es, wenn überall gegen die Entscheidungen der Baupolizei Berufung an eine nur aus Sachverständigen bestehende Kommission eingeführt würde, welche dort, wo die Baupolizei den Händen der städtischen Verwaltung angehört, aus der Zahl der Stadtverordneten durch Kooptirung anderer technisch gebildeter Mitglieder zusammengesetzt werden könnte. So würden die Regierungen und Bezirksausschüsse von einer grossen Arbeitslast befreit werden, und die Beschwerden würden wohl eine sachgemässere Erledigung finden, als bisher. —

Mittheilungen aus Vereinen.

Arch.- u. Ing.-Verein zu Hamburg. Vers. am 8. Febr. 1901. Vors. Hr. Zimmermann, anwes. 49 Pers. Aufgen. Hr. Ing. C. E. Bichel.

Nach Erledigung geschäftlicher Angelegenheiten erstattet Hr. Grothoff den Kassenbericht für das abgelaufene Vereinsjahr, welcher ein erfreuliches Bild liefert und dem Vortragenden die Anerkennung der Versammlung für seine vorzügliche Finanzverwaltung einträgt.

Hr. Grothoff knüpft weiterhin an die Beantwortung einer Frage aus dem Fragekasten des Vereins über die Anwendbarkeit der Honorarnorm einige Mittheilungen bezgl. der neuen Honorarnorm für Architekten. In einer Sitzung des Gesamt-Ausschusses in Berlin, welcher Redner beigewohnt, habe er die Zusage erlangt, dass die für Hamburg nothwendigen Abänderungen in einer Fussnote wiedergegeben werden sollten. Der Verbands-Vorstand habe aber die Aufnahme dieser Fussnote in die Veröffentlichung der neuen Norm abgelehnt. Da nun die neue Norm für die Hamburger Architekten ohne die betr. Sonder-Bestimmungen nicht anwendbar sei, solle die Angelegenheit im Honorarnorm-Ausschusse unseres Vereines zur Erzielung einer brauchbaren Lösung weiter behandelt werden.

Den Reigen der nun folgenden zwanglosen Mittheilungen aus der Bauthätigkeit der Architekten eröffnet Hr. Dorn mit erläuternden Worten zu den ausgestellten Zeichnungen zweier von ihm ausgeführten Stiftungs-Gebäude, die sich der Zahl der wohlthätigen Stiftungs-Anstalten, an denen Hamburg bekanntlich ausserordentlich reich ist, würdig anreihen. Das erste ist das vor einigen Jahren erbaute August Heerlein-Stift, an der Koppel,

zur Aufnahme alter Damen aus den besseren Ständen, wofür immer ein grosses Bedürfniss besteht. Der stattliche Bau, dessen weiter Thorweg einen Blick auf die herrlichen alten Bäume des bis zur Alster durchgehenden Grundstückes bietet, umfasst 27 Wohnungen zu je 1 Stube, Kammer und Küche. Die Baukosten betrugen 183 000 M. oder etwa 7000 M. für eine Wohnung, was etwas hoch erscheint, aber sich durch die reiche Ausführung in gutem Baumaterial erklärt. Der 9^m bebauter Fläche stellt sich auf 260 M., der 6^m umbauten Raumes auf 19,80 M.

Das zweite Gebäude ist das noch im Bau begriffene Blinden-Altenheim in der Breitenfelder-Strasse, welches seine Entstehung zwei Vermächtnissen verdankt, je einem für Männer und für Frauen, und dazu dienen soll, alte arbeitsunfähige Blinde aufzunehmen, für die das bestehende Blindenasyl nicht mehr ausreicht. Das Gebäude enthält in 2 getrennten Flügeln Räume für 37 Männer und 55 Frauen. Die Baukosten belaufen sich auf 170 000 M. oder 120 M. für den 9^m bebauter Fläche, bzw. 17,25 M. für den 6^m umbauten Raumes.

Hierauf giebt Hr. Martens Erklärungen zu den Zeichnungen von 4 Einzelwohnhäusern, die er in den letzten 3 Jahren gebaut, und zwar der Villa Jürgensen in Hamburg, der Villa Anton Hegge in Eutin und zweier Villen in Harburg für Hrn. Karl Klaue und Hrn. Henry Steinle. Redner giebt eine eingehende Beschreibung der verschiedenartigen Gestaltung dieser Bauten und der besonderen Eigenthümlichkeiten, welche theils durch die Oertlichkeit, theils durch die mit Humor geschilderten Ansprüche der Bauherren gefordert wurden.

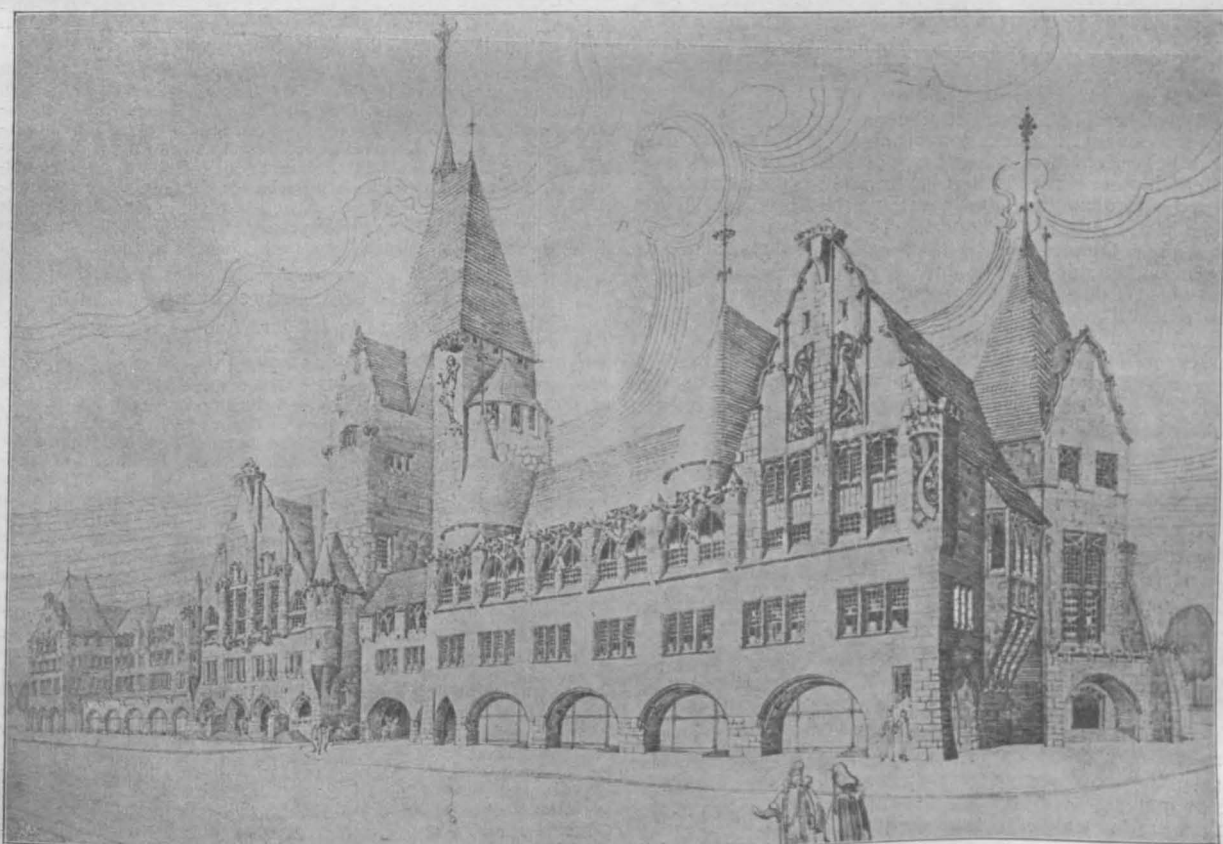
Als dritter Redner macht Hr. Rambatz, gleichfalls an Hand von Plänen, Mittheilungen über einen Umbau

des Seemannshauses. In diesem in den 60er Jahren vom Arch. Timmermann ursprünglich als Heim für an Land befindliche Seeleute hergestellten Gebäude waren in die Säle zahlreiche kleine Kojen eingebaut, welche nicht mehr zeitgemäss waren. Ausserdem haben in dem

Redner gemeinsam mit Hrn. Arch. Matzen bewirkten Umbau ist es gelungen, die veralteten Kojen zu beseitigen und durch bessere Logirzimmer zu ersetzen, welche noch durch einen Ausbau des Dachgeschosses vermehrt wurden, ohne dass dabei das Gebäude seine charakteristische



Entwurf mit dem Kennzeichen des grünen und weissen Schildes.



Entwurf mit dem Kennwort „Alte Weise“.

Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für ein neues Rathaus in Dresden.

Hause eine Anzahl Behörden ihren Sitz: Seeamt, Steuer- mannsschule, Seemannsmission, Heuerbureau usw., unter welche die Räume zumtheil in etwas willkürlicher und ungeordneter Weise vertheilt waren. Durch den vom

Erscheinung als Wahrzeichen Hamburgs eingebüsst hätte. Des weiteren erläutert Redner die Pläne des von ihm in der Schillerstrasse erbauten St. Gertrud-Pastorat und Gemeindehauses, welches ausser der Wohnung

des Pastors einen grossen, durch 2 Geschosse reichenden Gemeindesaal enthält für die Abhaltung der sehr beliebten Gemeinde-Abende. Zur Vergrösserung dieses Raumes kann der danebenliegende eingeschossige Konfirmandensaal hinzugezogen werden mittels einer weiten, für gewöhnlich durch einen Rollvorhang geschlossenen Bogenöffnung; der Raum über dem Konfirmandensaal ist zu einer Empore ausgebildet; die Baukosten haben 85 000 M. betragen.

Mo.

Vermischtes.

Eine süddeutsche Stadt und ihre Technische Hochschule. Zur Ergänzung unserer entspr. Bemerkungen auf S. 139 noch eine Aeusserung des württ. Kultusministers Dr. v. Weissäcker gelegentlich der Besprechung des Planes einer zweiten württembergischen Universität in Stuttgart (Sitzung der Kammer der Abgeordneten vom 27. März 1901; der erwähnte Plan hat keinerlei Aussicht auf Verwirklichung): „Der Vorschlag betr. die Gründung einer 2. Universität stehe in einem gewissen Gegensatz zu der hervorgehobenen Sparsamkeit. Die Technische Hochschule schon bedürfe grösserer Räumlichkeiten. Die Stadtgemeinde habe sich aber gegenüber einem Ersuchen um Entgegenkommen betr. einen botanischen Garten völlig ablehnend verhalten. Das erste wäre das, dass die Stadtgemeinde Bauplätze für Erweiterung der Technischen Hochschule zur Verfügung stellen würde, wie die Stadt Breslau es gethan hat.“ —

Preisbewerbungen.

Einen Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für einen Schulhaus-Neubau der Kolonie Grunewald bei Berlin schreibt der dortige Gemeinde-Vorsteher mit Frist zum Juni d. J. für solche Architekten aus, welche entweder im Gemeindebezirk Grunewald wohnen, oder nach deren Entwürfen Bauten in diesem Gemeindebezirk ausgeführt sind. Die letztere Umgrenzung des Kreises der Teilnehmer muthet etwas eigenthümlich an, ist aber formell nicht anzufechten. Zur Vertheilung gelangen 3 Preise von 2500, 1500 und 1000 M.; ein Ankauf nicht preisgekrönter Entwürfe für je 500 M. ist vorbehalten. Preisrichter sind u. a. die Hrn. Stdtbrth. Ludwig Hoffmann-Berlin, kgl. Brth. Mertins-Potsdam und die Bmstr. Wieck und Dietrich in Grunewald. — Unterlagen gegen 2 M. durch den Gemeindevorsteher. —

Wettbewerb Rathhaus Dresden. Der Rath der Stadt Dresden macht in dankenswerther Weise bekannt, dass sämtliche Entwürfe bis mit 9. April d. J. öffentlich ausgestellt bleiben. Inzwischen sind uns auch die „Protokolle über die Beurtheilung der Wettbewerbs-Entwürfe für ein neues Rathhaus zu Dresden durch das Preisgericht“ zugegangen. Diese Protokolle, die offensichtlich nicht von einem Fachmanne verfasst sind, zeichnen sich leider durch eine so grosse Knappheit aus und geben so wenig, dass von einer „Beurtheilung“ der Entwürfe nicht gesprochen werden kann, wenn man nicht etwa annehmen will, dass ausser ihnen vielleicht noch uns unbekannte Aufzeichnungen mit einer Beurtheilung der Entwürfe vorhanden sind. Die Protokolle enthalten lediglich die thatsächlichen Vorgänge beim Preisgericht, soweit diese Personen oder Beschlüsse betreffen. Wir behalten uns vor, im Hauptaufsatze über den Wettbewerb auf den Inhalt der Protokolle zurückzukommen. —

In einem engeren Wettbewerb betr. Entwürfe für ein Gesellschaftshaus des Männergesang-Vereins in Wiesbaden werden die Hrn. Stdtbrth. Frobenius, Arch. Dähne und Arch. Willett in Wiesbaden begutachteten, erhielt den I. Preis der Entwurf „Kleeblatt“ der Hrn. Eichholz & Fabry. Die beiden II. Preise fielen an die Entwürfe „Programmgemäss“ des Hrn. W. Gerhardt und „Strampelleschen“ des Hrn. Krell, sämmtlich in Wiesbaden. —

Der Wettbewerb der Firma Seemann & Co. in Leipzig. Zu unseren auf diesen Wettbewerb bezüglichen Bemerkungen S. 148 sendet uns die Firma Seemann & Co. eine längere Ausführung, von welcher wir einen Gebrauch nicht machen können, da sie als vertraulich bezeichnet ist. Nur das eine sei uns gestattet zu erwähnen. Die Firma befindet sich in einem Irrthum, wenn sie glaubt, dass wir ihren Anspruch, von sämmtlichen Entwürfen das erste Veröffentlichungsrecht zu besitzen, bekämpft haben. Wir haben vielmehr gerügt, dass sie von sämmtlichen Entwürfen ein erstes Veröffentlichungsrecht fordert, ohne, soweit es sich um nicht preisgekrönte oder nicht angekaufte Arbeiten handelt, hierfür eine Entschädigung zu bieten. Da eine solche Entschädigung auch in dem oben erwähnten Schreiben der Firma nicht in Aussicht

gestellt ist, so sehen wir uns leider gezwungen, unsere Mahnung, an dem Wettbewerbe nicht theil zu nehmen, aufrecht zu erhalten. Wir haben übrigens Grund zu der Annahme, dass die Angelegenheit noch weitere Kreise ziehen wird. —

Personal-Nachrichten.

Preussen. Versetzt sind: der Ob.-Brth. Taeglichsbeck in Altona an die kgl. Eisenb.-Dir. in Hannover; — die Reg.- u. Brth. Holverscheid in Kattowitz als Mitgl. an die kgl. Eisenb.-Dir. in Hannover, Wiegand in Essen als Mitgl. an die kgl. Eisenb.-Dir. in Magdeburg, Goldbeck in Glückstadt als Mitgl. an die kgl. Eisenb.-Dir. in Altona, Fahrenhorst in Stettin als Mitgl. an die kgl. Eisenb.-Dir. in Kattowitz, Heeser in Hagen als Mitgl. an die kgl. Eisenb.-Dir. in Elberfeld, Müller in Hamburg als Vorst. der Betr.-Insp. 2 nach Halberstadt, Brill in Stolp als Vorst. der Betr.-Insp. nach Salzwedel, Goleniewicz in Stendal als Vorst. der Betr.-Insp. nach Wesel, Maley in Wesel als Vorst. der Betr.-Insp. 2 nach Bromberg, Schmidt in Bromberg als Vorst. der Masch.-Insp. nach Elberfeld, Kirchhoff in Limburg nach Frankfurt a. M. als Vorst. einer Werkst.-Insp. bei der Hauptwerkst. das., Dan in Oppum als Mitgl. (auftrw.) an die kgl. Eisenb.-Dir. in Königsberg i. Pr., Eckardt in Elberfeld nach Bromberg als Vorst. einer Werkst.-Insp. bei der Hauptwerkst. daselbst, Krause in Magdeburg-Buckau als Vorst. des Abnahmeamtes nach Essen a. R. und Gerlach in Berlin als Vorst. der Werkst.-Insp. nach Magdeburg-Buckau; — die Eisenb.-Bau- u. Betr.-Insp. Platt in Düsseldorf als Mitgl. (auftrw.) an die kgl. Eisenb.-Dir. in Berlin, Lund in Halberstadt als Vorst. der Betr.-Insp. 2 nach Harburg, Selle in Köln als Vorst. der Betr.-Insp. 1 nach Braunschweig, Rehdantz in Allenstein als Vorst. der Betr.-Insp. nach Glückstadt, Biegestein in Bromberg als Vorst. der Betr.-Insp. 1 nach Stolp, Rietzsch in Waldmichelbach als Vorst. der Betr.-Insp. 3 nach Stettin, Horstmann in Lauterbach als Vorst. der Betr.-Insp. 1 nach Hagen, Schmale in Krefeld als Vorst. der Betr.-Insp. 1 nach Düsseldorf, Krekeler in Lüneburg als Vorst. der Betr.-Insp. 2 nach Allenstein, Menzel in Stallupönen als Vorst. der Betr.-Insp. nach Ostrowo, Ritter in Magdeburg als Vorst. (auftrw.) der Betr.-Insp. nach Hannover, Schacht in Hannover als Vorst. der Bauabth. nach Celle, Leipziger in Strassburg i. Westpr. zur kgl. Eisenb.-Dir. in Breslau, Lüpke in Essen a. R. als Vorst. der Bauabth. nach Recklinghausen, Anthes in Mainz als Vorst. der Bauabth. nach Kreuznach, Oppermann in Bütyoy zur Betr.-Insp. 2 in Graudenz, Heinemann in Lennep zur Betr.-Insp. 2 in Leipzig, Ulrich in Hannover zur Betr.-Insp. 1 in Bremen, Henkes in Wittingen zur Betr.-Insp. 1 in Krefeld, Greve in Oppeln zur kgl. Eisenb.-Dir. in Kattowitz, Kraus in Katzhütte zur kgl. Eisenb.-Dir. in Erfurt, Meyer in Weimar zur kgl. Eisenb.-Dir. in Berlin, Rappell in Münster i. W. als Vorst. der Bauabth. nach Simmern, Schilling in Simmern als Vorst. (auftrw.) der Betr.-Insp. 1 nach Darmstadt; — die Eisenb.-Bauinsp. Detzner in Magdeburg nach Kassel, als Vorst. (auftrw.) einer Werkst.-Insp. bei der Hauptwerkst. das., Boy in Essen als Vorst. der Werkst.-Insp. nach Oberhausen, Loch in Gleiwitz als Vorst. der Masch.-Insp. 3 nach Berlin, Kunze in Königsberg nach Kassel (unt. Verleihung der Stelle des Vorst. einer Werkst.-Insp. bei der Hauptwerkst. in Kassel) zugleich nach Berlin als Hilfsarb. in den Eisenb.-Abth. des Minist. der öffentl. Arb., Berns in Oberhausen als Vorst. der Masch.-Insp. nach Kreuzburg, Bockholt in Frankfurt a. M. als Vorst. der Masch.-Insp. nach Limburg a. Lahn.

Brief- und Fragekasten.

Fürstliches Baumat in N. Ihre Anfrage enthält keine Angabe über die Beschaffenheit des Grundes, auf welchem die Betonschicht liegen soll, die bei der geforderten Wasserdichtigkeit jedoch von grosser Wichtigkeit ist. Der Grund muss nicht nur tragfähig, sondern sehr gleichmässig und stark porös sein. Wir würden deshalb rathen, als Unterlage für die Betonschicht eine Sand- oder Kiesschüttung von 20–30 cm Stärke herzustellen und durch Anwärmen oder Stampfen gut zu befestigen. Die darauf zu bringende Betonlage darf nicht zu fett sein, um für das Arbeiten des Betons beim Abbinden den nöthigen Raum in den Poren zu lassen. Die Mischung von etwa 1 Zement, 3 Sand und 5–6 Theilen Kies wird etwa passend sein, vielleicht ein noch höherer Kiezsatz, wenn dabei der Beton „satt“ wird, d. h. alle Hohlräume mit Mörtel gefüllt und alle Kiestücke in eine dünne Mörtelhaut eingehüllt werden. Um bei Erschütterungen oder Bewegungen des Grundes etwa entstehenden feinen Rissen regelmässige Lagen anzuweisen, ist es nöthig, die Fläche in kleinere Abtheilungen von je ein paar qm dadurch zu sondern, dass Sie Bleche in dieselbe einsetzen, die vor dem Abbinden wieder entfernt werden; die schwachen Fugen, welche dadurch entstehen, sind mit Mörtel zuzustreichen. Die Betonlage wird am besten in zwei Schichten von je 12,5 cm Stärke hergestellt, die beide gut gestampft werden müssen. Der zum Einbringen fertige Beton darf nicht nasser sein als etwa erdfeucht.

Hrn. Arch. H. J. in Dresden. Zu 1. Eine Prüfung der Rechnung liegt doch im eigenen Interesse des Auftraggebers und es kann derselbe daher u. E. die hierfür aufgewendeten Kosten nicht zurückfordern. Zu 2. Eine Rechtsgiltigkeit besitzt die Norm leider überhaupt nicht, doch ist dieselbe bei gerichtlichen Entscheidungen häufig maassgebend gewesen. Die neue Norm ist am 1. Jan. d. J. in Kraft getreten. Zu 3. Derartige Arbeiten können natürlich nur nach dem Zeitaufwand bzw. freier Vereinbarung berechnet werden. —

Inhalt: Besserung der Rechtsprechung in technischen Fragen. — Der Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für ein neues Rathhaus in Dresden. — Mittheilungen aus Vereinen. — Vermischtes. — Preisbewerbungen. — Personal-Nachrichten. — Brief- und Fragekasten. —

Kommissionsverlag von Ernst Toeche, Berlin. Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann, Berlin. Druck von Wilh. Greve, Berlin SW.



Entwurf mit dem Kennwort „Februar 1901“ der Hrn. Lossow & Viehweger in Dresden. III. Preis.

Der Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für ein neues Rathhaus in Dresden.

(Fortsetzung.) Hierzu die Abbildungen in No. 27 und auf S. 172 und 173.

Das Protokoll des Preisgerichtes, in welchem 13 Stimmen vertreten waren, darunter 11 Stimmen aus Dresden und 2 Stimmen von auswärts, schied bei einem ersten Rundgange 29 der 77 bewerbungsfähigen Arbeiten, als für eine nähere Berücksichtigung nicht in betracht kommend, aus. Die Ausscheidung erfolgte, wenn „keine einzige Stimme sich zu Gunsten der Beibehaltung eines Entwurfes“ erhob. Nach dem gleichen Verfahren wurden auf einem zweiten Rundgange weitere 25 Entwürfe, und bei einer dritten Prüfung nochmals 14 Entwürfe als für die Preisvertheilung und den Ankauf nicht geeignet bezeichnet. Es verblieben somit 9 Entwürfe auf der engsten Wahl; von diesen gelangten die Entwürfe „MDCCCCI“, „Du musst“, „Der Väter Ehre sei der Stadt Schmuck“ und „Elbe“ nicht zur Preisvertheilung. Mit 11 gegen 2 Stimmen wurde die Zuerkennung des I. Preises von 10 000 M. an den Entwurf „Sanct Michael“ abgelehnt und mit dem gleichen Stimmenverhältniss eine Gleichwerthigkeit der Entwürfe „Sanct Michael“, und „Viel Feind, viel Ehr“ ausgesprochen. Den nächstfolgenden Beschlüssen scheinen, nach dem Stimmenverhältnisse zu schliessen, grössere Erörterungen vorangegangen zu sein, denn mit 8 gegen 5 Stimmen wurde der Beschluss gezeitigt, drei I. Preise zu je 7000 M., einen II. Preis von 4000 M. und einen III. Preis von 3000 M. zu verleihen. Mit der gleichen Stimmenzahl wurden die drei I. Preise den Entwürfen „Sanct Michael“, „Viel Feind, viel Ehr“ und „Februar 1901“ verliehen und zugleich diese Reihenfolge in der Bewerthung

der an erster Stelle ausgezeichneten Entwürfe festgestellt. Einstimmig wurde dem Entwurf „Roland“ der II. Preis gewährt. Dieser Entscheidung stehen wir, soweit unser Urtheilsvermögen reicht, wie einem völligen Räthsel gegenüber. Wir haben bei diesem Entwurf weder in der Gesamtanlage, noch in den Einzelheiten des Grundrisses, noch auch im Aufbau irgend welche geschlossenen Anordnungen entdecken können, welche eine so hervorragende Auszeichnung, wie sie ihm zutheil geworden ist, rechtfertigen könnten. Und da die Protokolle kein Wort der Begründung und der Beurtheilung enthalten, so entsteht die unbeantwortete Frage nach den Beweggründen, nach welchen die Beurtheilung dieser leider mehr als mittelmässigen Arbeit stattgefunden hat. Der III. Preis wurde dem Entwurf „Fünf Thürme“ zuerkannt; eine Empfehlung zum Ankauf errangen die Entwürfe „Elbe“ und „Ring“, eine lobende Erwähnung fanden die Arbeiten „MDCCCCI“, „Du musst“, „Ein Markstein“ und „Wahrzeichen“.

Das Konkurrenz-Programm schrieb die Unterbringung von 19 Raumgruppen vor und zwar 1. der Raumgruppe für den Rath, 2. der für die Stadtverord- neten, 3. für den Rathsvorstand mit Hauptkanzlei, 4. für das Finanzamt, 5. für das Verfassungsamt, 6. das Rechnungsamt, 7. das statistische Amt, 8. das Steueramt, 9. das Rathvollstreckungsamt, 10. für die Wohlfahrtspolizei, 11. für die Krankenpflege, 12. für das Armenamt, 13. für das Gewerbe- und Marktamt, 14.—16. für die Stadtbauämter, 17. für die Baupolizei, 18. für das Vermessungsamt und 19. für die Stadt- gärtnerei. Als grössere Säle, die bei Festen im Zu-

sammenhang benutzbar sein sollten, waren verlangt ein Festsaal von 400^{qm} mit Nebenräumen, ein Rathssitzungssaal für 40 Personen, ein Sitzungssaal der Stadtverordneten für 140 Personen, mit 100 Plätzen für das Publikum und einer Tribüne für 10 Journalisten, ein Lesesaal für 50 Personen, und dazu die entsprechenden Nebenräume. Das Gebäude sollte ausser dem Untergeschoss mit dem Rathskeller und einem ausgebauten Dachgeschoss für Wohnungen der Bediensteten ein Erdgeschoss und nicht mehr als drei Obergeschosse enthalten. Die Lage der Raumgruppen in den verschiedenen Entwürfen im Einzelnen zu erörtern, kann erlassen bleiben, da hierbei im Grossen und Ganzen Gesichtspunkte maassgebend waren, die noch bei jedem grösseren Rathhause die gleichen waren und auch bleiben werden. Es sind Gesichtspunkte, die aus den Verwaltungen unserer Grosstädte allenthalben in ähnlicher Weise sich herausgebildet haben.

Interessant ist es zunächst, zu beobachten, wie die Theilnehmer des Wettbewerbes sich mit dem Gelände und seiner Form abgefunden haben. Die grösste Mehrzahl der Konkurrenten hat schlechtweg die gegebenen Umrisslinien überbaut und ist dadurch vielen Schwierigkeiten aus dem Wege gegangen, hat aber damit auch auf die schönsten künstlerischen Wirkungen, die sich aus einer malerischen Gruppierung der Baugruppe ergeben konnten, verzichtet. Die meisten Entwürfe zeigen das Rathhaus nicht als eine bewegt gegliederte malerische Gruppe in dem Sinne etwa, wie uns eine Anzahl mittelalterlicher Rathhäuser als köstliche Theile ihres Stadtbildes erhalten sind, sondern als das geschlossene moderne Verwaltungsgebäude, dessen ungefüge Masse einen Schwerpunkt des Stadtheiles bildet, in welchem sie liegt. Bedeutendes war für die Erscheinung des Rathhauses schon erreicht, wenn es gelang, wenigstens einen der zahlreich nöthigen Höfe so mit einer der umlaufenden Strassen zu verbinden, dass ein malerischer Einbau oder eine interessante Platzbildung entstand, etwa wie es die kleine Skizze S. 158 zeigt. In dieser Beziehung sind mit besonderer Anerkennung die Entwürfe des Hrn. Fr. Wendt in Berlin und des Hrn. Karl Grosser in Breslau hervorzuheben. Der erstere benutzt die Durchführung der Gewandhausstrasse durch den Baublock zu einer dreieckigen Platzbildung von hohem malerischem Reiz an der Maximilians-Allee, der letztere schafft eine schöne Platzbildung zur Aufstellung eines Denkmals zwischen dem westlichen Flügel des Rathhauses und dem zukünftigen Stadthause. Wenn auch im Programm nicht darauf hingewiesen war, die Zukunft hinsichtlich dieses Theiles des Gebäudes ins Auge zu fassen, so lag es doch nahe, die hier liegende alte Gebäudegruppe, die zudem inzwischen in den Besitz der Stadt übergegangen war, in den Entwurf einzubeziehen.

Da der Bauplatz für das neue Rathhaus ringsum nur von Strassen umgrenzt ist, so hat der Verfasser ferner darauf Werth gelegt, nicht nur zwischen Rathhaus und Stadthaus, sondern auch an der östlichen Spitze des Rathhauses eine platzartige Erweiterung zu schaffen, indem er 17^m hinter die Strassenflucht zurückging. Dass es ihm trotz dieser Platzbildungen gelungen ist, alle verlangten Räume in richtiger Zahl und Grösse unterzubringen und sie gut zu entwickeln, beweist die ausserordentlich klare Lösung, die er für seine Grundrisse gefunden hat und die zu den besten des Wettbewerbes gehört. Leider steht der Aufbau der schönen Grundrisslösung nicht unerheblich nach.

Was Hr. Wendt bei seinem Entwurfe in geschickter Weise in grösserem Maassstabe erstrebte, das versuchten andere Theilnehmer des Wettbewerbes in kleinerem Umfange, indem sie, theils veranlasst durch die Architektur, theils durch die rechtwinklige Ueberbrückung der Gewandhausstrasse, an ihrer Ausmündung in die Maximilians-Allee grössere oder kleinere Rücklagen schufen und diese in malerischem Sinne zu verwerthen trachteten. Hier sind zu nennen der Entwurf des städtischen Hochbauamtes in Dresden, der Entwurf „Grüabi“, der Entwurf „Skizze“ usw. Die schärfste Konsequenz aus dem Bestreben nach einer Platzbildung, nach der Theilung der

Gebäudemasse und aus der Durchführung der Gewandhausstrasse zieht der Entwurf „Vielleicht so“, welcher diese Strasse überhaupt nur an der Kreuzstrasse überbrückt, den westlichen Theil im Kreisbogen in die Gewandhausstrasse einschwingt und den östlichen Theil rechtwinklig für sich behandelt. Es entsteht hier ein interessanter Festsaalbau, der aber eine nur ungenügende Verbindung mit dem Hauptgebäude hat.

Wie schwer die ungeheure Frontlänge des Gebäudes an der Maximilians-Allee bei völlig umbauter Baustelle empfunden wurde, beweisen die oft gewaltsamen Mittel, welche zu ihrer Unterbrechung angewendet wurden. Es sei in dieser Beziehung auf den Entwurf „Roland“ des Hrn. Hauschild in Dresden verwiesen, welcher den Mittelbau in unschöner Weise mit schrägen Flächen zurücklegt; es sei ferner der Entwurf: „Salus publica, suprema lex“ genannt, welcher den vorderen Theil mit den Sälen so im Kreisbogen nach einwärts schwingt, dass der Gewandhausstrasse eine zur Fassadenfläche senkrechte Durchführung gegeben werden konnte. Leider sind die aus dieser Anordnung entstehenden Schwierigkeiten nicht bemeistert. Wieder andere Verfasser haben sich mit starken Vor- und Rücklagen zu helfen versucht. Ein weiteres Mittel, die grosse Baumasse an der Ringstrasse zu bemeistern, bestand darin, hier einen oder mehrere mächtige Thürme auftragen zu lassen. Die schönste Lösung dieser Art, zugleich in glücklicher Verbindung mit der Durchführung der Gewandhausstrasse, zeigt der vortreffliche Entwurf des Hrn. Ostendorf in Düsseldorf.

Die Thurmfrage überhaupt war bei einem so umfangreichen Gebäudekörper eine Frage von höchster Bedeutung. Eine geschickte Lage des Thurmes konnte über manche Schwierigkeiten der Gruppierung hinweghelfen. Nicht vollen Beifall wird man der Thurmlosung spenden können, die Hr. Wendt in seiner interessanten Arbeit bevorzugt hat. Die Lage der Thürme im Inneren des Baukörpers bietet bei aller Mächtigkeit der Entwicklung derselben doch nicht genug Gewähr dafür, dass sie in den Hauptansichten immer zu einer entsprechenden Mitwirkung kommen. Anzuerkennen sind mit Wärme der wuchtige Aufbau und die beherrschende Rolle, die er ihnen zu geben wusste. Aber dennoch wird man bezweifeln dürfen, ob der Gedanke ein glücklicher ist. Ein in das Innere eines Gebäudes verlegter Thurm kann nicht die unmittelbare Wirkung haben, wie etwa der Vierungsturm einer romanischen Kirche, und was beim Rathhause in Leipzig eine historische Nothwendigkeit war, gewinnt nicht zugleich auch Berechtigung für das Dresdener Rathhaus. Schon aus den vorstehenden Erwägungen wird man erkennen, dass gerade die Thurmfrage bei diesem Rathhause nicht die leichteste ist. Sieht man von der trefflichen Zwillingsthurmanlage des Hrn. Ostendorf ab, so haben wir noch in der Thurmlosung des Entwurfes „Wahrzeichen“ des Hrn. Prof. Friedr. Ratzel in Karlsruhe einen Versuch, dem Kennworte gemäss in die Umrisslinie des Stadtbildes von Dresden ein neues Moment, ein neues Wahrzeichen einzufügen, welches neben der Frauenkirche sich Geltung verschaffen könnte. Der Entwurf enthält zugleich den beachtenswerthen Versuch, einen mächtigeren inneren Thurm und einen kleineren Fassadenthurm zu schaffen und beide zu einer malerischen Baugruppe zu verbinden, eine hochinteressante Lösung. Mit 5 Thürmen tritt der Entwurf der Hrn. Reichel & Kühn auf, mit 3 Thürmen erscheint der Entwurf mit dem Kennzeichen des grün und weissen Schildes. Nur wenige Entwürfe haben mit einem Thurm ihr Auskommen gefunden, der dann entweder die Gruppe der Säle überragt, oder an der Gewandhausstrasse steht, oder auch die östliche Ecke des Gebäudes beherrscht. Hierzu zählen unter anderem die Entwürfe der Hrn. Lossow & Viehweger in Dresden, der Hrn. Schilling & Gräbner, gleichfalls in Dresden, des Hrn. Karl Grosser in Breslau, der Entwurf „Trotzdem“ usw.

(Schluss folgt.)

Als Ergänzung der in der „Dtschn. Bztg.“ mehrfach wiedergegebenen Mittheilungen über die neue Stadtbahn in New-York mögen einige weitere Angaben dienen, die z. Th. den „Engineering News“ entnommen und allgemeines Interesse zu beanspruchen wohl geeignet sind.

Es sei zunächst kurz die Linienführung noch einmal angegeben, wobei wir auf den Plan in No. 68 v. J. verweisen. Die Hauptlinie nimmt im belebtesten Theile der Stadt, zwischen dem Postamt, der City-Hall und dem Aufgange zur East River-Flängebrücke, ihren Anfang, woselbst sie in zweigeschossigem Tunnel eine grosse nahezu kreisförmige Schleife beschreibt. Sich von hier nördlich wendend sind die vier Gleise, von denen die beiden inneren dem Schnellverkehr, die beiden äusseren dem Lokalverkehr dienen, auf eine Gleise gebracht und laufen dann in breiter Ausschachtung nebeneinander liegend bis zur 96. Strasse fort, mit alleiniger Ausnahme der tiefergelegenen Strecke unter der 4. Avenue, in welcher das Vorhandensein eines älteren Tunnels die Anlage zweier neben einander liegenden, doppelgleisigen Tunnel unter dem bereits bestehenden nöthig macht. An der 97. Strasse gabelt sich die Hauptlinie in zwei doppelgleisige Linien, von denen eine auf der Westseite der Manhattan-Insel bis zur 230. Strasse nördlich weiterläuft, während die andere (Ostbahnlinie) in nordöstlicher Richtung das Gelände durchquert, den Harlem River unterfährt und sich bis zum Bronx-Park fortsetzt. Bei der 123. Strasse tritt die Westbahn an das Tageslicht und überschreitet bis zur 135. Strasse in 615 m langer Linie als Hochbahn eine grössere Einsenkung des Geländes. Der im Durchschnitt 15 m über die Strassengleiche sich erhebende Viadukt besteht aus stählernen Jochen, die abwechselnd in Abständen von 8,2 m bis 18,3 m errichtet und durch Längs- und Querverstrebungen in bekannter Weise zu Pfeilern zusammengefasst sind. Die Querträger nehmen vorläufig vier Längsträger für zwei Schienengleise auf, doch ist die Verdoppelung der Gleiszahl dadurch ermöglicht, dass durch Anfügung von seitlich ausladenden Konsolen an die Querträger leicht vier weitere Längsträger sich anbringen lassen. Auch die östliche Linie läuft eine ansehnliche Strecke als Hochbahn auf eisernen Stützen dahin, doch sind die letzteren weniger hoch, als die der Westlinie, und entbehren der gegenseitigen Verstrebungen in der Längsrichtung der Bahnlinie.

Abgesehen von den Tunnelstrecken unter dem Harlem River (mit zwei gusseisernen parallelen Zylindern von rd. 5 m Durchmesser), unter dem Zentralpark und unter dem alten Tunnel der 4. Avenue, sowie ferner abgesehen von den Ausweichstellen bei der Gabelung der Hauptlinie nahe bei der 96. Strasse und der Schleifentunnel am Südende der Linie, kann die Aushebung des Bodens für die Untergrundbahn (Subway) durchgehends mittels offenen Einschnittes bewirkt werden. Der Querschnitt der viergleisigen Strecke der Hauptlinie, sowie derjenige der zweigleisigen West- und Ostlinie, zeigt ein Stahlgelüst aus Vertikalständern mit darüber gelegten gewalzten I-Trägern, in Abständen von 1,5 m von Mitte zu Mitte. Ausserhalb der äusseren Stützen zieht sich die aus Zementbeton erstellte Wandung hin, während die zwischen den I-Trägern befindlichen Kappen aus gleichem Stoffe bestehen. Die Bettung, in welche die Grundblöcke der Stützen, sowie die aus zwei L-Eisen bestehenden Schienenlangschwelen eingelassen sind, ist ebenfalls aus Beton hergestellt. In seiner ganzen Länge ist der Tunnel mit einer wasserdichten Einpackung versehen, die sich rings um das Querprofil herumzieht, aus mehrfachen Lagen von Filzplatten und Asphaltschichten besteht und in den Beton eingebettet ist. Für die technischen Einzelheiten des Entwurfes zu der New-Yorker Stadtbahn ist Hr. William Barclay Parsons, ein bewährter amerikanischer Ingenieur, verantwortlich, in dessen Händen auch die technische Oberleitung des grossen Unternehmens ruht.

Wir gehen nun dazu über, die Aufmerksamkeit auf die sehr bedeutenden Materiallieferungen für diesen Bau zu lenken, welche das gewöhnliche Maass weit übertreffen und interessante Streiflichter auf den grossen industriellen Aufschwung der Vereinigten Staaten in den letzten zehn Jahren werfen. Die Carnegie Steel Company in Pittsburgh, Pennsylvania, übernahm am 16. April v. J. den Auftrag zur Lieferung von 78 390²⁾ Flusseisen; zugleich wurde

der United Building Material Company die Lieferung von 1,5 Mill. Fass Portland-Zement zugesprochen. Dies sind Ziffern, die in der Geschichte des Bauwesens wohl unerreicht dastehen dürften, wenn man bedenkt, dass eine einzelne Firma in kürzester Frist diese Lieferungen zu leisten sich verpflichten musste. Die von der Carnegie Steel Company in Siemens-Martin-Oefen zu erzeugenden Stahlmengen zerfallen in folgende Gruppen: 22 439³⁾ gewalzte I-Träger, 20 466⁴⁾ genietete Träger, 7921⁴⁾ genietete Vertikalständer, 23 500⁴⁾ für die Hochbahnviadukte, insgesamt 74 326⁴⁾ für konstruktive Zwecke. Dazu kommen noch 4064⁴⁾ von Bessemer Stahlschienen im Gewicht von 40 kg f. d. lfd. m für die Gleise, im Ganzen 78 390⁴⁾ Flusseisen. Einige Vergleichswerthe mögen das Ungewöhnliche dieser gewaltigen Massen deutlich machen. Die genannte Stahlmenge würde beispielsweise hinreichen, um ein Schienengleis von 895 km Länge zu 40 kg f. d. lfd. m zu verlegen. Oder nehmen wir das Gewicht einer eingleisigen Eisenbahnbrücke von 61 m Spannweite zu 135⁴⁾ an, so könnte man 580 solcher Brücken aus der genannten Stahlmenge herstellen. Der Bau der bis jetzt an Grösse ihrer Abmessungen unerreicht dastehenden Brücke über den Firth of Forth in Schottland (Länge der beiden grossen Öffnungen je 518 m, Gesammtlänge ausschliesslich der Rampen 1618 m), verschlang ein Stahlgewicht von 65 000⁴⁾, die Rampen benötigten weitere 3600⁴⁾, im Ganzen also 68 600⁴⁾, oder 5700⁴⁾ weniger, als die Liefermenge für die New-Yorker Stadtbahn. Dabei wolle man sich erinnern, dass das Material für die Forthbrücke von mehreren Stahlhüttenwerken geliefert wurde, während eine einzige Firma den gegenwärtigen Auftrag ausführen wird. Andererseits ist hervorzuheben, dass die Lieferung von 42 560⁴⁾ Stahl seitens der „Steel-Works of Scotland“-Hütte zu jener Zeit nicht nur als der grösste von einem einzelnen Werke übernommene Auftrag dieser Art anzusehen war, sondern der letztere erwies sich noch in anderer Beziehung als merkwürdig und epochemachend. Als nämlich im Jahre 1887 der Bau der Forthbrücke seinen Anfang nahm, war das Flusseisen durchaus nicht das im Brückenbau allgemein verwendete Material, als welches es heutigentages dasteht. Noch gab die Mehrheit der Fachmänner damals dem Schmiedeeisen den Vorzug. War doch die wenige Jahre vorher vollendete Hängebrücke zwischen New-York und Brooklyn mit Ausnahme der Stahlkabel noch durchgehends aus Schmiedeeisen hergestellt worden. Und selbst zu dem im Jahre 1889 vollendeten Eiffelthurm der Pariser Weltausstellung war ausschliesslich Schmiede- und Gusseisen im Gewichte von 7300⁴⁾ verwendet worden.

Die Eisenbahnbrücke über den Mississippi bei Memphis im Staate Tennessee, die nächst der Forthbrücke als die grösste ausgeführte Konsolträgerbrücke anzusehen ist, benötigte 8160⁴⁾ Stahl zu ihrer Herstellung. Dieses Gewicht wird jedoch übertroffen von dem Materialaufwand, der in einigen der grössten amerikanischen „Office-buildings“ zur Verwendung gelangt ist. So wiegt z. B. das Stahlgelüst des „Ivins Syndicate Building“ in New-York, welches eine Grundfläche von 1400 qm bedeckt und sich in 30 Geschossen aufbaut, nicht weniger als 9000⁴⁾.

Die neue Hängebrücke über den East River zwischen New-York und Brooklyn, die im Jahre 1899 in Angriff genommen wurde, erfordert nach den Anschlägen 47 000⁴⁾ Stahl, wovon 5000⁴⁾ auf die Haupt- und Hilfskabel, und etwa 2000⁴⁾ auf Gusstücke entfallen. Von den verbleibenden 40 000⁴⁾ kommen auf die in vernieteter Stahlkonstruktion hergestellten Thürme allein 12 250⁴⁾.

Es dürfte bei dieser Gelegenheit von Interesse sein, auf zwei grossartige Bauwerke vergleichsweise hinzuweisen, die zurzeit noch im Stadium der Vorbereitung befindlich sind, nämlich der beiden für die Ueberschreitung des Hudsonstromes (North River) zu New-York von zwei verschiedenen Gesellschaften geplanten Eisenbahnbrücken. Der ältere dieser Entwürfe, dessen die Dtsche. Bztg. in früheren Jahrgängen⁵⁾ wiederholt Erwähnung gethan hat, ist die versteifte Hängebrücke, die mit einer Hauptöffnung von 945 m über den Strom setzt und deren Entwurf von dem österreichischen Ingenieur Gustav Lindenthal herrührt. Das Eisengewicht dieser Brücke ist auf 150 000⁴⁾ veranschlagt. Der jüngere Plan⁴⁾ stellt eine Konsol-Trägerbrücke mit 914 m Mittelloffnung dar und ist auf 200 000⁴⁾ Eisengewicht berechnet.

Dass die Stahlindustrie der Vereinigten Staaten der Ausführung solcher gewaltigen Bauten gewachsen ist, kann angesichts der eingangs erwähnten Thatsachen nicht bezweifelt werden. Die Lieferung von 78 390⁴⁾ Stahl seitens

¹⁾ Anmerkung der Redaktion. Trotzdem wir in No. 68 v. J. über die New-Yorker Stadtbahn bereits eine kurze Veröffentlichung im Plan und mit einigen Skizzen gebracht haben, glauben wir unseren Lesern diese, von einem in Amerika lebenden Mitarbeiter stammenden Mittheilungen nicht vorenthalten zu sollen. Sie sind uns bereits Mitte v. J. zugegangen, sodass vielleicht einzelne Angaben nicht mehr voll zutreffen.

²⁾ Die in diesem Aufsätze angeführten Gewichtstonnen sind durchgehend sogenannte „short tons“ zu 2000 Pfund engl. = 907,2 kg.

³⁾ Siehe No. 63 i. J. 1888, sowie No. 22 i. J. 1889.

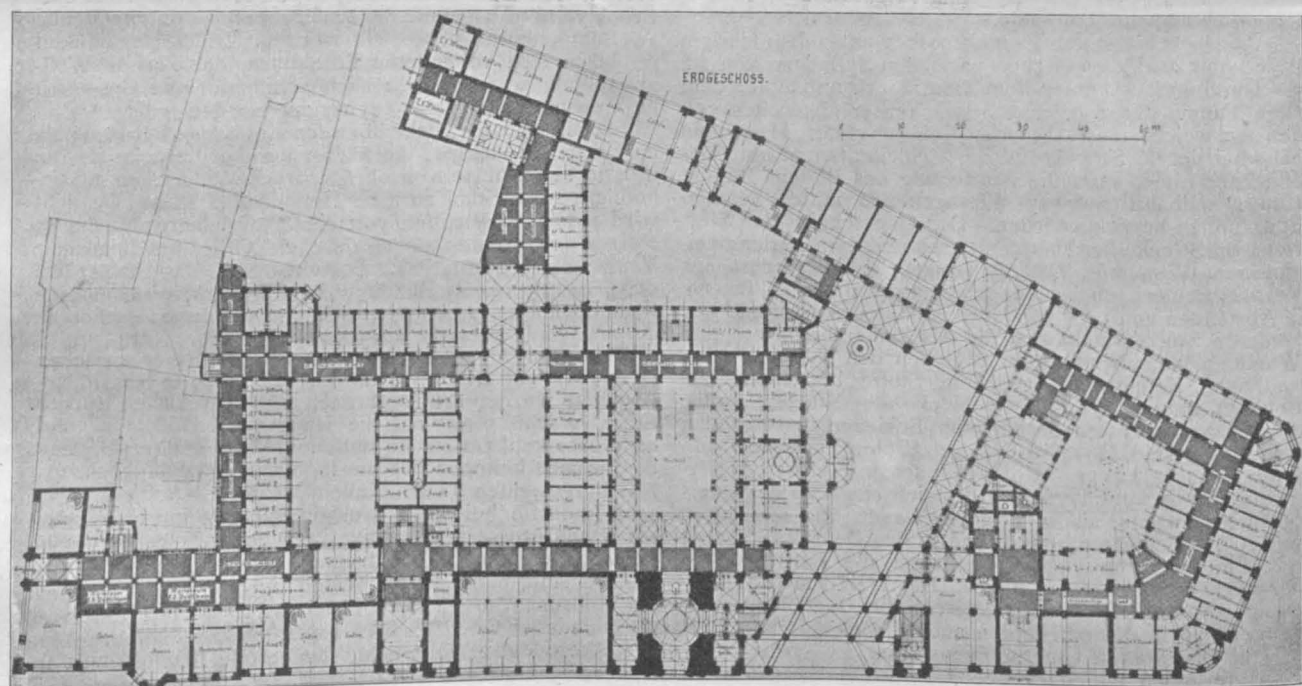
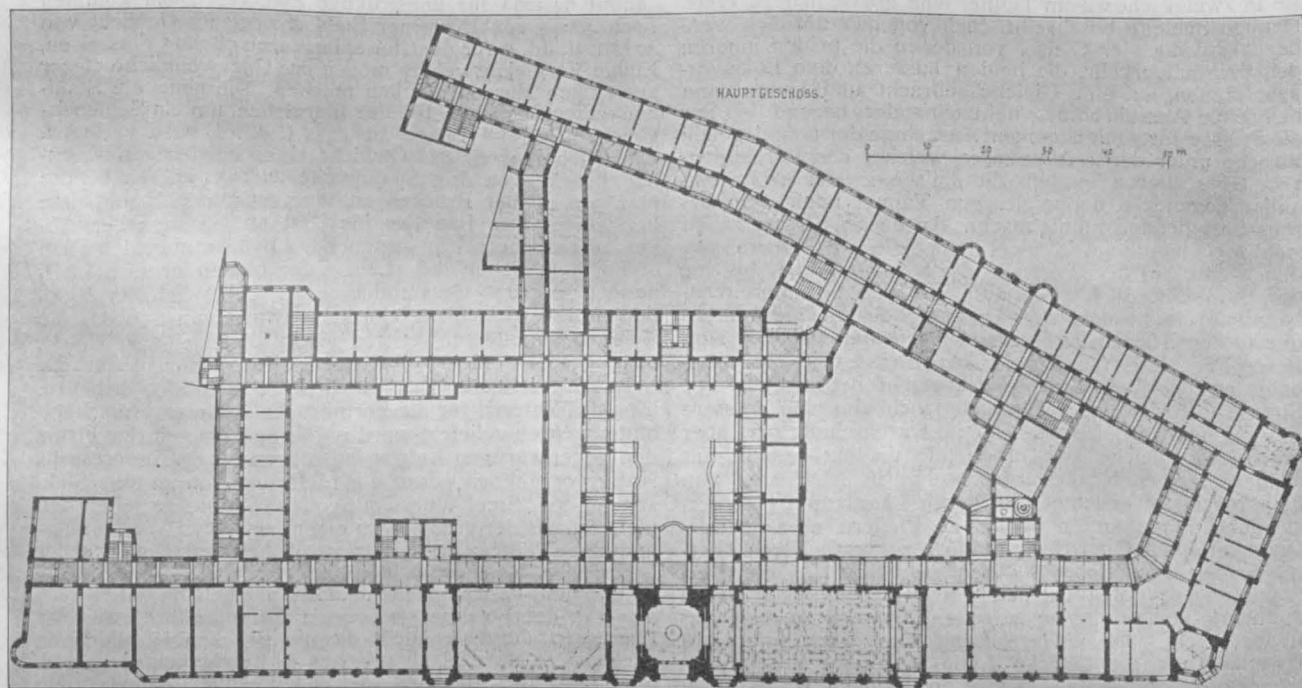
⁴⁾ Dieser wurde in No. 54 i. J. 1895 näher besprochen, hat aber seitdem wesentliche Aenderungen erfahren.

einer einzelnen Firma in beschränkter Zeit, sowie der Umstand, dass die Carnegie Steel Company durchaus nicht die einzige Gesellschaft ist, die einen Auftrag dieses Umfanges auszuführen imstande ist, und dass es eine Anzahl von Stahlwerken in den Vereinigten Staaten giebt, die einen gleichen Auftrag übernehmen und erfolgreich durchführen können, sind deutliche Kennzeichen von dem ungeheueren Aufschwunge, den die Eisenindustrie in dem vergangenen Jahrzehnt hier genommen hat.

Es erübrigt noch ein Hinweis auf den Umfang und die Bedeutung der Zement-Lieferungen. Von diesem im

Demnach würde die gesamte Zement-Industrie der Ver. Staaten rd. 3 Monate gebrauchen, um die für die New-Yorker Stadtbahn nöthige Menge zu erzeugen. Zur Bereitung der 375 000 cbm Beton, die für die verschiedenen Zwecke des Baues vorgeschrieben sind, müssen die 300 000 t Zement mit der 2- bis 2,5 fachen Menge Sand und der 4- bis 6fachen Menge Steinschlag gemischt werden.

Trotz des bedeutenden Materialaufwandes werden gleichwohl die Arbeitslöhne bei diesem Riesenbau die Materialkosten um ein Mehrfaches übersteigen. Die Aus-



Entwurf mit dem Kennwort „Februar 1901“ der Hrn. Lossow & Viehweger in Dresden. III. Preis. (3te I. Preis)
Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für ein neues Rathhaus in Dresden.

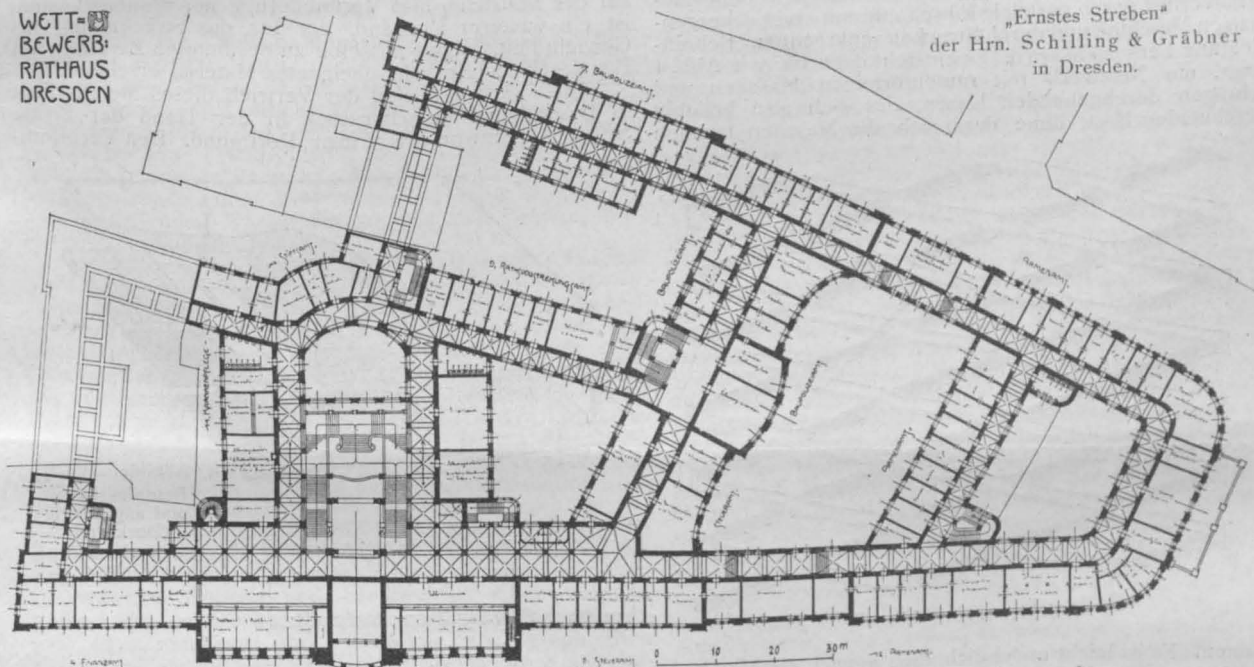
modernen Bauwesens neben dem Stahl mehr und mehr in den Vordergrund tretenden Baustoffe werden, wie oben erwähnt, 1,5 Mill. Fass oder rd. 300 000 t für die New-Yorker Stadtbahn verlangt. $\frac{5}{6}$ dieses Betrages muss Portland-Zement sein. Es sei gestattet, die Bedeutung dieser Ziffern durch Anführung einiger Vergleichswerthe zu erläutern. Der gesammte Jahres-Verbrauch von Portland-Zement in den Vereinigten Staaten im Jahre 1899 betrug 7,25 Mill. Fass, wovon 5 Mill. im Lande selbst erzeugt und 2,25 Mill. Fass von Europa eingeführt wurden.

hebung des Bodens in weichem Baugrunde wird sich auf 1 300 000 cbm, die in hartem Gestein vorzunehmende auf 986 000 cbm belaufen. Diese Massen müssen mit Ausnahme von 591 000 cbm, die wieder einzuschütten sind, von der Baustelle nach mehr oder weniger weit entfernten Plätzen durch die städtischen Strassen weggeschafft werden. Zu den sonstigen Arbeiten gehört das Verlegen von 648 000 qm oder rd. 65 ha wasserdichtem Filz- und Asphaltbelag, das Verlegen von 92 km Schienengleisen, der Bau der Pfeiler für den Hochbahnviadukt, sowie die Aufstellung

WETT-
BEWERB:
RATHAUS
DRESDEN

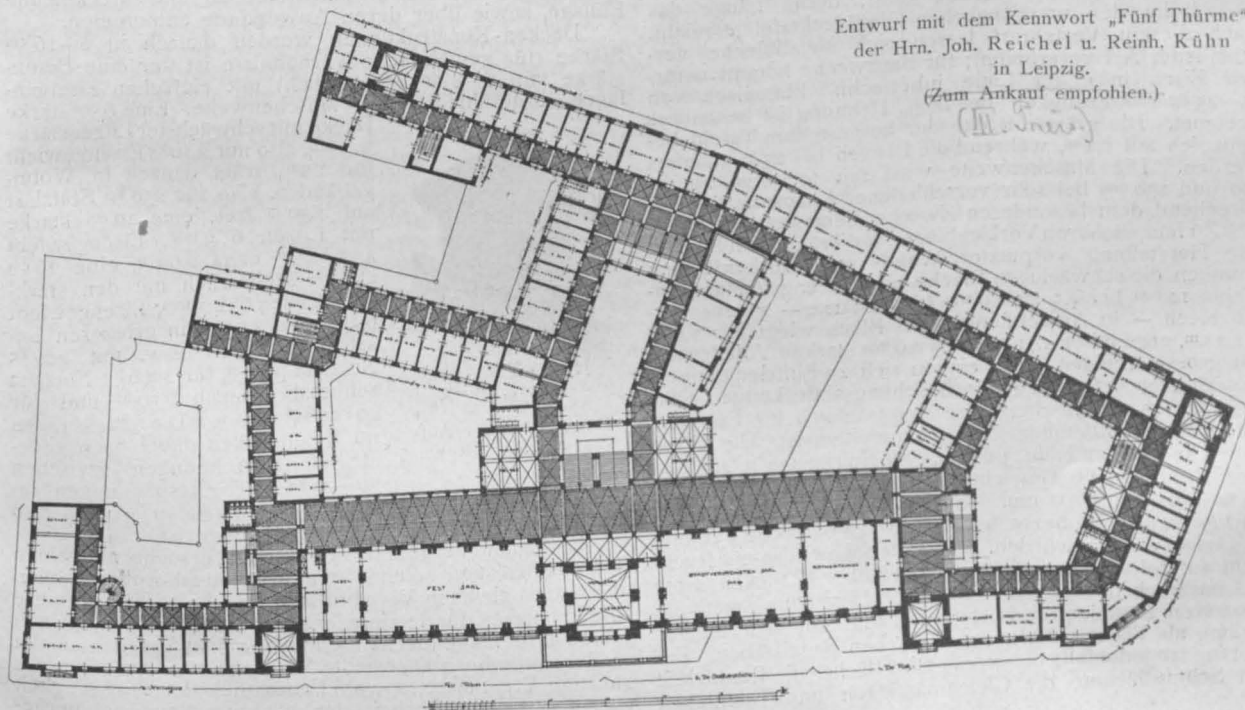


WETT-
BEWERB:
RATHAUS
DRESDEN



Entwurf mit dem Kennwort
„Ernstes Streben“
der Hrn. Schilling & Gräbner
in Dresden.

Entwurf mit dem Kennwort „Fünf Thürme“
der Hrn. Joh. Reichel u. Reinh. Kühn
in Leipzig.
(Zum Ankauf empfohlen.)



von 74 326 t des Stahlgerüsts, theils im Einschnitte und theils für die Hochbahn.

Die Vergebung der Arbeiten anlangend, dürfte es ohne weiteres als vorthellhaft anerkannt werden, dass bei einem Unternehmen solchen Umfanges die Arbeitsaufträge zunächst gruppenweise gespalten und dann wieder die Gruppen in kleinere Strecken eingetheilt wurden. Es wurden zunächst gesonderte Verträge abgeschlossen für die Gesteinstunnel-, Erdtunnel- und Unterwassertunnel-Strecken, für die offenen Einschnitte, sowie für die Hochbahn-Viadukte, und zwar mit Unternehmern, die durch Erfahrung mit ähnlichen Ausführungen vertraut gemacht, eine erfolgreiche Bewältigung der Aufgabe erwarten liessen. Die weitere Eintheilung der Arbeitsstrecken in kleinere Abschnitte machte es Unternehmern von mässigen Hilfsmitteln möglich, sich ohne zu grosses Wagniss an dem

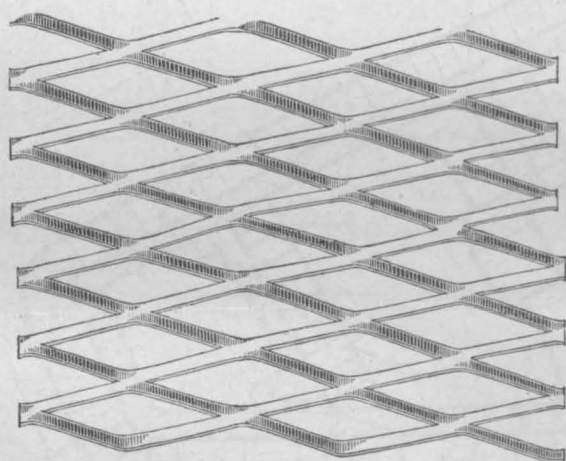
bedeutenden Werke zu betheiligen. Sollte der eine oder der andere der kleineren Unternehmer im Laufe der Arbeiten durch finanzielle Schwierigkeiten gezwungen sein, von der Ausführung zurückzutreten, so würde, bis ein neuer Unternehmer sich findet, dadurch nur ein kleiner Theil des Baues vorübergehend verzögert werden, während die angrenzenden Strecken ungehindert vorrücken. Dass die Eintheilung in kleine Strecken übrigens eine lebhaftere Theilnahme an der Verdingung seitens der Unternehmer zur Folge haben und deswegen ein in wirthschaftlicher Beziehung besseres Ergebniss zeitigen musste, fällt sofort in die Augen.

Wir wünschen dem grossen Werke gedeihlichen Fortgang und eine in jeder Hinsicht befriedigende Vollendung innerhalb der auf drei Jahre bemessenen Bauperiode. —

F. G. L.

Streckmetall und seine Anwendung im Bauwesen.

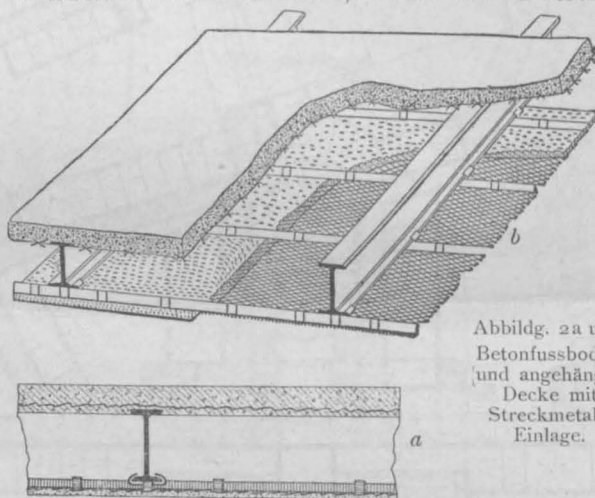
Unter dem Namen Streckmetall (expanded metal; métal déployé) wird ein von dem Amerikaner J. F. Golding vor einigen Jahren erfundenes, in Amerika, England und Frankreich schon vielfach angewendetes und neuerdings auch in Deutschland eingeführtes Erzeugniss in den Handel gebracht, das aus Vollblechen ohne Materialverlust durch parallele Einschnitte mit einer scheerenartigen Maschine und durch Strecken senkrecht zur Schnitt- richtung hergestellt wird. Es entsteht dadurch, wie Abb. 1 zeigt, ein Netzwerk mit rautenförmigen Maschen und schrägen durchgehenden Litzen, das sich also beliebig beschneiden lässt, ohne dass sich die Maschen trennen



Abbildg. 1. Streckmetall.

der Maschen, wodurch die innige Verbindung des Eisens mit dem Stampfbeton befördert und eine möglichst homogene Beschaffenheit der Platte erzielt wird, wie dies die neueren Berechnungsmethoden von Betonplatten mit Eiseneinlagen voraussetzen. Billige und einfache Werkzeuge auf der Baustelle, also Verminderung der Montagekosten, ist ein weiterer Umstand, der für das Streckmetall ins Gewicht fällt, sodass dasselbe zu bestimmten Zwecken im Bauwesen als ein sehr geeignetes Material erscheint.

Die Fabrikation und der Vertrieb dieses Metalls liegt in Deutschland ausschliesslich in der Hand der Firma Schüchtermann & Kremer, Dortmund. Den Veröffent-



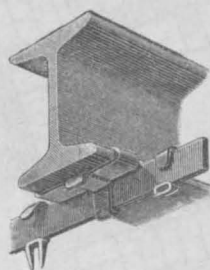
Abbildg. 2a u. b.
Betonfussboden
und angeschängte
Decke mit
Streckmetall-
Einlage.

können. Es ist leicht ersichtlich, dass je nach der Maschenweite aus einem Vollbleche eine erheblich längere Streckmetalltafel hergestellt werden kann, deren Länge das 2—12fache der ursprünglichen Vollblechtafel erreicht. Nach diesem Verfahren lassen sich Metallbleche verschiedener Art verarbeiten; für Bauzwecke kommt natürlich Eisen in erster Linie in Betracht. Flusseisen von 35—45 kg/qmm Festigkeit bei 20% Dehnung ist besonders geeignet. Die grösste Breite der hergestellten Tafeln beläuft sich auf 2,4 m, während die Längen bis 25 m geliefert werden. Die Maschenweite wird mit 6, 10, 20, 40, 75, 120 und 150 mm bei sehr verschiedener Litzenstärke, entsprechend dem besonderen Zwecke, bemessen.

Zu feuersicheren Verkleidungen für Träger und Säulen, zur Herstellung verputzter Wand- und Deckenflächen kommen die schwächsten Bleche und die engste Maschenweite, 10 mm bei 2,5 zu 0,6 mm Litzenstärke — sogen. Verputzblech — in Anwendung. Das Blech wiegt nur 1,6 kg für 1 qm, gegenüber 4,71 kg eines 0,6 mm starken Vollbleches. Die grossmaschigen Gitter eignen sich zu Einfriedigungen, Gittern aller Art, Einlagen in Böschungsabdeckungen usw., während 75 mm Maschenweite hauptsächlich für Eiseneinlagen in Stampfbetondecken zu empfehlen ist. Die Litzen haben in diesem Falle 3 und 4,5 mm Stärke bei 3, 4,5 und 6 mm Breite. Die Gewichte schwanken dann zwischen 2,1 kg bei 3 zu 3 mm und 6,25 kg bei 6 zu 4,5 mm Litzenstärke, während 3 bzw. 4,5 mm starke Vollbleche 23,6 und 35,3 kg/qm wiegen würden. Das Material ist also mit Rücksicht auf sein geringes Gewicht bei hoher Festigkeit, trotz des natürlich infolge der besonderen Herstellungsmethode theureren Einheitspreises, sparsam und soll sich billiger stellen, als Eiseneinlagen aus einfachen Rundstäben. Ein Vorzug ist jedenfalls die grosse Oberfläche, die Rauigkeit der Schnittflächen, die Gleichmässigkeit und Dichtigkeit

lichungen dieser Firma seien noch einige Angaben über Tragfähigkeit der Betonkonstruktionen mit Streckmetall-Einlage, sowie über deren Anwendung entnommen.

Decken-Konstruktionen werden danach in 6—16 cm Stärke (für gewöhnliche Verhältnisse ist nur eine Betonstärke von 6—8 cm erforderlich) mit einfachen Eiseneinlagen ausgeführt bei 75 mm Maschenweite. Eine 6 cm starke



Abbildg. 3.
Einzelheiten der Auf-
hängung der Decke.

Decke mit schwächster Litzenstärke 3,3 mm, also nur 2,10 kg Eisengewicht für 1 qm, trägt danach in Wohngebäuden, also für 250 kg Stützlast auf 1,50 m frei, eine 10 cm starke mit Litzen 6,3 mm, Eisengewicht 4,35 kg/qm etwa 2,60 m, eine 16 cm starke schliesslich mit den stärksten Litzen 6,45 mm, Eisengewicht 6,25 kg/qm, 3,75 m, in grösseren Geschäftsgebäuden usw. mit 400 kg Nutzlast 3,35 m, für 1000 kg Nutzlast schliesslich noch 2,50 m und für 10 000 kg 0,90 m. Die Pressungen im Beton sollen dabei nach angestellten Berechnungen zwischen 20—30 kg, die Zugspannungen im Eisen zwischen 1000—1200 kg/qcm schwanken, sodass also noch ausreichende Sicherheit vorhanden ist.

In England ausgeführte Belastungsversuche mit reinen Betonplatten und solchen mit Streckmetall-Einlage sollen unter sonst gleichen Verhältnissen eine 8—10fach grössere Bruchfestigkeit für letztere ergeben haben. Ende vorigen Jahres in der kgl. mechanisch-technischen Versuchsanstalt zu Charlottenburg angestellte Versuche erzielten ebenfalls günstige Ergebnisse, sowohl hinsichtlich der Tragfähigkeit wie der Feuersicherheit der mit Streckmaterial herge-

stellten Decken bzw. Wände. Eine ebene Betondecke von 2 m Spannweite, 1 m Breite, 10 cm Stärke und mit Streckmetall-Einlage No. 9 (75 mm Maschenweite, 4,53 mm Eisenstärke) trug als Bruchbelastung bei 3 Proben im Mittel 5126 kg, d. h. über 2500 kg auf 1 qm. Wie jede andere Betondecke kann auch diejenige mit Streckmetall-Einlage entweder oben auf die tragenden I-Träger, die unter gewöhnlichen Verhältnissen 2,4 m Entfernung erhalten können, oder auf die Unterflanschen derselben gelegt werden. In beiden Fällen wird das Streckmetall, das etwa 1 cm über Unterkannte Beton angeordnet wird, mit den Trägern nicht verbunden. In Wohnungen wird man zweckmässiger Weise den tragenden Theil der Decke auf die Träger legen und am Unterflansch dann noch eine Gipsdecke mit Streckmetall-Einlage aufhängen, wie dies Abbildg. 2 u. 3 zeigen. Letztere giebt die Einzelheiten der Aufhängung an hochkantigen, schwachen Flacheisen an, die ihrerseits mit einem Bügel mit dem Trägerunterflansch verbunden sind.

Für schwerere Belastungen und grössere Spannweiten, also geeignet für Waarenhäuser, Fabriken, Speicher usw., hat Golding auch eine Decke konstruirt, D. R.-P. No. 89 516, bei welcher die über den I-Trägern liegende gerade

Decke mit Streckmetall-Einlage in Abständen von 1,25 bis 1,50 m durch zwischen die I-Träger gespannte flache Gurtbögen gestützt wird. In diesen Bögen ist ein U-Eisen in der unteren Laibung eingelegt. Diese Decken werden in Spannweiten von 2,5–5 m ausgeführt. Bei einer gleichfalls in der Versuchsanstalt in Charlottenburg angestellten Belastungsprobe trug eine Golding'sche Decke von 5 m Spannweite, 1,16 m Breite, 8 cm Betonstärke, mit Streckmetall-Einlage No. 8 (75 mm Maschenweite, 6/3 mm Eisenstärke), bei Verwendung von U-Eisen No. 14 für die Gurtbögen, eine Belastung von 4000 kg/qm, ohne zum Bruche zu kommen. Die Belastung wurde dann nicht weiter fortgesetzt. Die Verwendung des Streckmetalls zu Träger- und Säulenverkleidungen, Herstellung von Wandflächen, Dachkonstruktionen, Brückentafeln bedarf keiner weiteren Erläuterung durch Zeichnung.

Bemerkt sei noch, dass bei den Bauten der Pariser Weltausstellung zur Herstellung der Wandflächen, Decken und Dächer namentlich bei den Gebäuden für Bergbau und Hüttenkunde, sowie für Weberei- und Spinnerei-Erzeugnisse gegen 1 Mill. qm Streckmetall zur Verwendung gekommen sind. —

Mittheilungen aus Vereinen.

Arch.- u. Ing.-Verein zu Magdeburg. Sitzung am 13. März. Vors. Hr. Mackenthun. Unter den Eingängen ist das vom Verbands-Vorstande am 20. Febr. d. J. an die Einzelvereine gerichtete Rundschreiben bezgl. Uebergang unseres Verbandsorganes in den Verlag der „Deutschen Bauzeitung“ hervorzuheben. Die zwei darin aufgestellten Fragen bzw. Anträge finden zustimmende Beschlussfassung, nachdem der Vorsitzende einige Erklärungen der diese Angelegenheit betreffenden Verhandlungen auf dem letzten Verbandstage gegeben hat.

Hr. Eisenb.-Bau- und Betriebs-Insp. Schwarz beginnt hierauf seinen Vortrag über „Gleisanlagen auf grossen Bahnhöfen“. Er führt aus, dass man heutzutage anders verfähre als früher, wo man bei Anlage von Gleisen die zukünftige Bestimmung derselben, ob für Personen- oder Güterverkehr, unbeachtet liess, und verbreitet sich über die Gleisanlagen des Personen- und Betriebsbahnhofes zu Frankfurt a. M., an welchem er während seiner Thätigkeit dortselbst reiche Erfahrungen schöpfte. Die Einrichtungen des aufs höchste gesteigerten Verkehrs daselbst gaben ihm die Gelegenheit, bis ins Einzelne den Personenbahnhof, den getrennten Güterbahnhof und die Hafenanlagen zu erläutern, wobei er die Möglichkeit der Verminderung von Zugkreuzungen, die erforderlichen Weichenlängen, die zur Verwendung kommenden Schiebebühnen, die Zickzackweichen-Strassen und Stellbezirke einer näheren Betrachtung unterzog. Durch die an die Tafel gezeichnete Gesamtanlage und Vorführung eines graphischen Fahrplanes unterstützte er seine interessanten Klarlegungen und schloss den für diesen Abend in Aussicht genommenen Theil seines Vortrages mit der Beschreibung des starken Milch- und Postverkehrs zu Frankfurt a. M., sowie der Lokomotivschuppen und Reparaturwerkstätten-Anlagen, der Drehscheiben und der Rundlaufgleise. Lebhafter Dank wurde ihm vonseiten der Versammlung ausgesprochen. —

Zum feierlichen Gedenken unseres grossen Meisters Schinkel und seines 120. Geburtsfestes hielt hierauf der Vorsitzende eine Ansprache. Indem er auf den hierorts im Entstehen begriffenen Verein zur Erhaltung und Pflege des Magdeburger Städtebildes zurückgreift, hebt er beredt hervor, wie Schinkel bahnbrechend für unsere Architektur-schule gewirkt habe, und vergleicht die Richtung der Zeit Schinkels mit der Jetztzeit. Die mit Innerlichkeit gegebenen Erinnerungen, begleitet von einer Ausstellung von aus der Hand des Verewigten stammenden Skizzen von Architekturen und Theater-Dekorationen bewirkte eine besonders gehobene Stimmung der Anwesenden, wofür dem Redner reicher Beifall und Dank zutheil wird. — Th.

Vermischtes.

Die Stellung der Techniker zur preussischen Schulreform. Wohl von keiner anderen Stelle hat der Allerhöchste Erlass vom 26. Nov. v. J., in welchem die Gleichwerthigkeit des Gymnasiums, des Realgymnasiums und der Oberrealschule „in der Erziehung zu allgemeiner Geistesbildung“ anerkannt und die Nothwendigkeit einer Schulreform in dem schon 1890 angestrebten, damals aber nicht verwirklichten Sinne einer Beseitigung des fast ausschliesslichen Vorrechtes der humanistischen gegenüber der realistischen, naturwissenschaftlichen Bildung betont wurde, so lebhaften Wiederhall, so freudige Aufnahme gefunden, wie gerade

in den Kreisen des technischen Berufes. Bedeutete schon das gelegentlich der Jahrhundertfeier der Technischen Hochschule in Berlin den preussischen Technischen Hochschulen verliehene Recht der Doktorpromotion, das allerdings statt des erhofften Doktors der Technischen Wissenschaften schliesslich nur den Dr. Ing. brachte, die Anerkennung der Gleichwerthigkeit der technischen Fachwissenschaft gegenüber den alten Fakultäten, wurde diese Anerkennung der Bedeutung des technischen Berufes durch die Ernennung von Technikern zu Mitgliedern der Akademie der Wissenschaften und durch Berufung in das Herrenhaus aufs Neue zum klaren Ausdruck gebracht, so musste eine nach der genannten Richtung zielende Reform des höheren Schulwesens in ganz besonderem Maasse geeignet erscheinen, dem freien Spiel der Kräfte aller Fachrichtungen die Bahn zu öffnen, mit nicht mehr zeitgemässen Vorrechten und veralteten Vorurtheilen aufzuräumen. Wenn nun der langsame Fortgang in dieser Angelegenheit, der heftige Widerstand, der von den Anhängern der alten Richtung dieser Reform entgegengesetzt wird, fast den Anschein erweckt, als wenn schliesslich wieder ein gutes Theil der Hoffnungen begraben werden sollte, so ist menschlich begreiflich, wenn von der Gegenseite dem Unmuth über diese Entwicklung kräftiger Ausdruck gegeben wird. So lange sich eine solche Aussprache in dem Rahmen einer wenn auch scharfen, so doch rein sachlichen Kritik hält, wird sie der Sache förderlich sein und darf mit Freuden begrüsst werden. Der Erfolg muss aber in das Gegentheil umschlagen, wenn sie über das Ziel hinausschiesst, wenn den Vertretern einer ganzen Berufsrichtung nicht nur das Verständniss für die Aufgaben des modernen Lebens, sondern auch der Wille abgesprochen wird, seine Forderungen zu erfüllen. Aus diesem Grunde muss auch die Rede bedauert werden, welche eines der den technischen Beruf vertretenden Mitglieder des Herrenhauses, Hr. Geh. Regierungsrath Prof. Riedler von der Technischen Hochschule zu Berlin, am 29. v. M. vor dieser Körperschaft gehalten hat, da sie geeignet erscheint, den Gegnern der Vertreter der Technik, die ohnehin geneigt sind, diese als unberechtigte Eindringlinge in vielen Gebieten des Lebens zu betrachten, selbst Waffen zu liefern. Bei aller Anerkennung der Verdienste und der hervorragenden Leistungen des Redners, und trotzdem in seinen Ausführungen zweifelsohne auch ein berechtigter Kern steckt, glauben wir feststellen zu sollen, dass nach unserer Anschauung Hr. Prof. Riedler für die von ihm ausgesprochene allgemeine Verurtheilung des juristischen Berufs die Mehrheit der Technikerschaft nicht hinter sich rufen konnte. Wir glauben dies um so mehr und gerade an dieser Stelle feststellen zu sollen, als die Deutsche Bauzeitung stets eine eifrige Vorkämpferin der Gleichberechtigung des technischen Berufes mit den anderen wissenschaftlichen Berufsarten gewesen ist, als sie das Vorrecht der Juristen überall da auf das schärfste bekämpft hat, wo es sich um die Lösung solcher Aufgaben handelt, welche von einer naturwissenschaftlich und technisch vorgebildeten Persönlichkeit besser oder mindestens ebenso gut zu lösen sind. Auch wir vertreten die Ansicht, dass eine ganze Reihe von Verwaltungsstellen, die jetzt ganz oder fast ausschliesslich durch Juristen besetzt sind, besser und erfolgreicher von Fachleuten versehen werden können; dass in manchen Fragen der Rechtsprechung, in denen sich der Richter auf das Gutachten von Fachleuten stützen muss — deren Meinung er aber nicht zu der seinen zu machen braucht —, die Hinzuziehung fachlich ausgebil-

deter Richter ein erstrebenswerthes Ziel ist; dass in vielen wirthschaftlichen und sozialen Fragen der im praktischen Leben stehende Techniker, den sein Beruf schon in nahe Beziehungen zu der arbeitenden Bevölkerung bringt, besser geeignet erscheint, als der juristisch vorgebildete Verwaltungsbeamte. Aber trotzdem verschliessen wir uns auch nicht der Anerkennung dessen, was letztere auf vielen Gebieten geleistet haben, und bei Durchführung einer in juristischen Kreisen vielleicht selbst am meisten als nothwendig erkannten Reform noch weiterhin leisten werden.

Gegenseitige Anerkennung anstelle der Ueberschätzung der eigenen Leistungen gegenüber derjenigen anderer, Heranziehung aller Kräfte der verschiedenen Berufsarten, welche geeignet erscheinen, die grossen wirthschaftlichen und sozialen Aufgaben unserer Zeit zu lösen, anstelle gegenseitiger Abschliessung, das ist das erstrebenswerthe Ziel, das wir von der Durchführung der Schulreform erhoffen und erwarten, wenn wirklich in ihr das Wort von der Gleichbewerthung der klassischen und der modern realistischen Bildung zur Wahrheit wird. —

Jubiläums-Kunstaussstellung in Karlsruhe 1902. Wie wir erfahren, gewährt die Stadt Karlsruhe einen Zuschuss von 50 000 M. für die nächstjährige dortige Jubiläums-Kunstaussstellung. Es verlautet jedoch nichts davon, dass die Stadt an den Zuschuss die Bedingung geknüpft hätte, dass bei der Ausstellung auch die Baukunst betheiligt werde, obwohl von allen Zweigen der Kunst die Baukunst in erster Linie es ist, welche für ein städtisches Gemeinwesen von Bedeutung ist.

Wie man uns weiter berichtet, hat sich auch der Vorstand des badischen Architekten- und Ingenieur-Vereins in Karlsruhe bemüht, der Baukunst ihr Recht zu verschaffen, leider vergeblich. Man wird dem genannten Vereine lebhaften Dank für seine Schritte wissen. Wie wäre es, wenn die badische Baukunst, die sich in einer hocherfreulichen Entwicklung befindet, gleichzeitig mit der geplanten Kunstaussstellung an anderer Stelle eine Ausstellung für sich veranstaltete? —

Preisbewerbungen.

Wettbewerb Rathaus Dresden. Zu den Ausführungen in unserem einleitenden Aufsatz S. 158 betreffend den Entwurf des städt. Hochbauamtes in Dresden schreibt uns Hr. Stdtbrth. Bräter, dass er ursprünglich die Absicht gehabt habe, sich an dem Wettbewerbe unmittelbar zu betheiligen, dass aber diese Absicht dadurch verhindert wurde, dass die städtischen Kollegien beschlossen haben, ihn in das Preisgericht zu wählen und das von ihm geleitete Hochbauamt mit der Anfertigung eines Entwurfes ausser Wettbewerb zu beauftragen. —

In Bezug auf die äusserliche Durchführung giebt dieser Wettbewerb leider auch jetzt noch Anlass zu begründeten Klagen. Wir haben sehr scharf gehaltene Zuschriften erhalten, welche an die im Anzeigentheile unserer No. 24 vom 23. März d. J. enthaltene Bekanntmachung des Rathes von Dresden anknüpfen, welche die Verfasser der nicht mit einem Preise bedachten oder zum Ankauf empfohlenen Entwürfe auffordert, diese im Neubau des Krankenhauses Johannstadt in Dresden wieder in Empfang zu nehmen und in Aussicht stellt, dass die nicht bis zu einem bestimmten Termine abgeholten Entwürfe nach Ermittlung der Verfasser diesen auf deren Kosten und Gefahr zugesendet werden. Man wird uns glauben, wenn wir sagen, dass es nicht des geringen Betrages wegen ist, dass wir die Angelegenheit hier berühren. Denn ein Architekt, welcher in wahrer Begeisterung für die Lösung einer der schönsten Aufgaben, welche die Baukunst stellen kann, sich eine monatelange saure Arbeit auferlegt und damit Opfer verbunden hat, die in die Tausende gehen, wird auch noch die wenigen Mark opfern können, die nöthig sind, ihm seinen Entwurf wieder zu verschaffen. Was uns hier vielmehr auf das Empfindlichste berührt, das ist der Mangel jeglichen Gegenseitigkeits-Gefühles und jeglicher Anerkennung für eine geleistete umfangreiche Arbeit über die bedungenen wenigen Preise hinaus. Dass das nicht auf ein Versehen untergeordneter Organe zurückzuführen ist, beweist der Umstand, dass wir uns gleich bei Ausschreibung des Wettbewerbes genöthigt sahen, eine Bestimmung der Bedingungen zu rügen (Jahrg. 1900, S. 312). Es handelte sich darum, dass der Rath der Stadt Dresden es ablehnte, die Verantwortung für eine etwaige Beschädigung der ihm eingereichten Arbeiten zu übernehmen, die wir für unvereinbar mit den Interessen der Theilnehmer des Wettbewerbes und mit dem Ansehen eines so vornehmen Gemeinwesens, wie die Stadt Dresden es ist, hielten. Eine Abstellung ist leider nicht erfolgt. Daraus schliessen wir, dass auch in diesem Falle es ein

System ist, welches zu bekämpfen wir uns gezwungen sehen. Man gestatte uns folgende kleine Rechnung: Es sind dem Rathe von Dresden im Ganzen 80 Entwürfe eingeliefert worden. Bewerthen wir jeden Entwurf durchschnittlich mit nur 4000 M., mit einer gewiss nur bescheidenen Summe, so hat die deutsche Architektenschaft der Stadt Dresden Werthe im Gesammbetrage von etwa 320 000 M., wenn nicht mehr, geopfert. Dieser Summe steht die Summe der in Aussicht gestellten Preise im Betrage von 28 000 M. gegenüber, wozu noch einige Tausend Mark für angekaufte Entwürfe kommen, im Ganzen vielleicht 33–35 000 M. Es ergibt sich somit ein Verhältniss von Leistung und Gegenleistung von etwa 10:1.

Glaubt der Rath der Stadt Dresden bei dieser Sachlage wirklich nicht, eine über die Auszahlung der Preise und der Ankaufssummen hinausgehende Verpflichtung gegen die Theilnehmer des Wettbewerbes zu haben? Glaubt der Rath der Stadt Dresden wirklich nicht, dass ein so bedeutendes Opfer der deutschen Architekten bei ihm auch dankbare Anerkennung finden müsse? Oder sollten wir uns in dieser Annahme wie bei der früheren Angelegenheit, so auch jetzt täuschen? —

In dem Wettbewerb betr. Entwürfe für den Neubau eines gemeinschaftlichen Dienstgebäudes für die Kreishauptmannschaft und Amtshauptmannschaft zu Chemnitz sind 39 Entwürfe eingegangen, von welchen 16 zur engeren Wahl kamen. Den I. Preis von 4000 M. errang der Entwurf „Patria“ der Hrn. Lehnert & v. Mayenburg, den II. Preis von 3000 M. der Entwurf mit dem Kennzeichen der 2 Pf.-Marke des Hrn. Prof. Seidler, sämmtlich in Dresden. Die drei III. Preise von je 1000 M. wurden von den Entwürfen „Agricola“ des Hrn. M. Herrmann in Charlottenburg, „Im März 01“ des Hrn. Ernst Beier und „Fasching“ des Hrn. H. Töbelmann in Charlottenburg errungen. Angekauft für 750 M. wurde der Entwurf „Höchste Zeit“. —

Personal-Nachrichten.

Preussen. Dem Postbauinsp. a. D. Stadtbth. Radke in Düsseldorf ist der Charakter als kgl. Brth. und dem Prof. an der Techn. Hochschule in Berlin Dr. Hertzner als Geh. Reg.-Rath verliehen.

Dem Mar.-Schiffbmsr. Schirmer beim Reichs-Marineamt ist der Rothe Adler-Orden IV. Kl., dem Doz. an der Techn. Hochschule Mar.-Brth., Prof. Zarnack in Berlin (welcher aus dem Lehr- amte ausgeschieden ist) der Charakter als Geh. Reg.-Rath verliehen.

Verliehen ist: Den Reg.- u. Brthn. Seyberth in Breslau, Massmann in Köln, Storck in Kattowitz und Wolf in Köln a. Rh. die Stelle eines Mitgl. der kgl. Eisenb.-Dir. das.; — den Eisenb.- u. Betr.-Insp. Breuer in Köln-Deutz die Stelle des Vorst. der Betr.-Insp. i. das., Cauer u. Frahm (beiden unt. Belassung in der Stellung als Hilfsarb. in den Eisenb.-Abth. des Minist. der öff. Arb.) je die Stelle eines Betr.-Insp.-Vorst., Schaefer in Emden die Stelle des Vorst. der Betr.-Insp. das.; — dem Eisenb.-Bauinsp. Vogel in Gleiwitz die Stelle des Vorst. einer Werkst.-Insp. bei der Hauptwerkst. das.

Ernannt sind: die Eisenb.- u. Betr.-Insp. Bernhard in Stolp, Lötbecke in Elberfeld, Schwedler in Fulda, Fahrenhorst in Stettin, Heeser in Hagen, Schlonski in Thorn, Sommerkorn in Oppeln, Bauer in Stargard i. Pomm., Storck in Kattowitz, Jeran in Schneidemühl, Wolf in Köln a. Rh., Dane in Paderborn, Viereck in Posen, Dyrsen in Krefeld, Capeller in Insterburg, Mentzel in Köln-Deutz, Komorek in Glatz, Grevenmeyer in Thorn und Holtmann in Aachen; die Eisenb.-Bauinsp. Baum in Hannover, Wittfeld in Berlin, Büscher in Düsseldorf, Schwanebeck in Kiel, Kloos in Köln-Deutz, Gerlach in Berlin und Röthig in Halberstadt zu Reg.- u. Brthn.; — der Eisenb.- u. Betr.-Insp. Luniatsek in Breslau z. Eisenb.-Dir. mit dem Range der Räte IV. Kl.

Der Ob.-Brth. bei der kgl. Eisenb.-Dir. in Hannover Geh. Brth. Maret, der Reg.- u. Brth. Fuhrberg in Braunschweig i. und der Reg.-Bmsr. Goldbach in Altona, sowie der Geh. Brth. z. D. Müller in Kiel sind in den Ruhestand getreten.

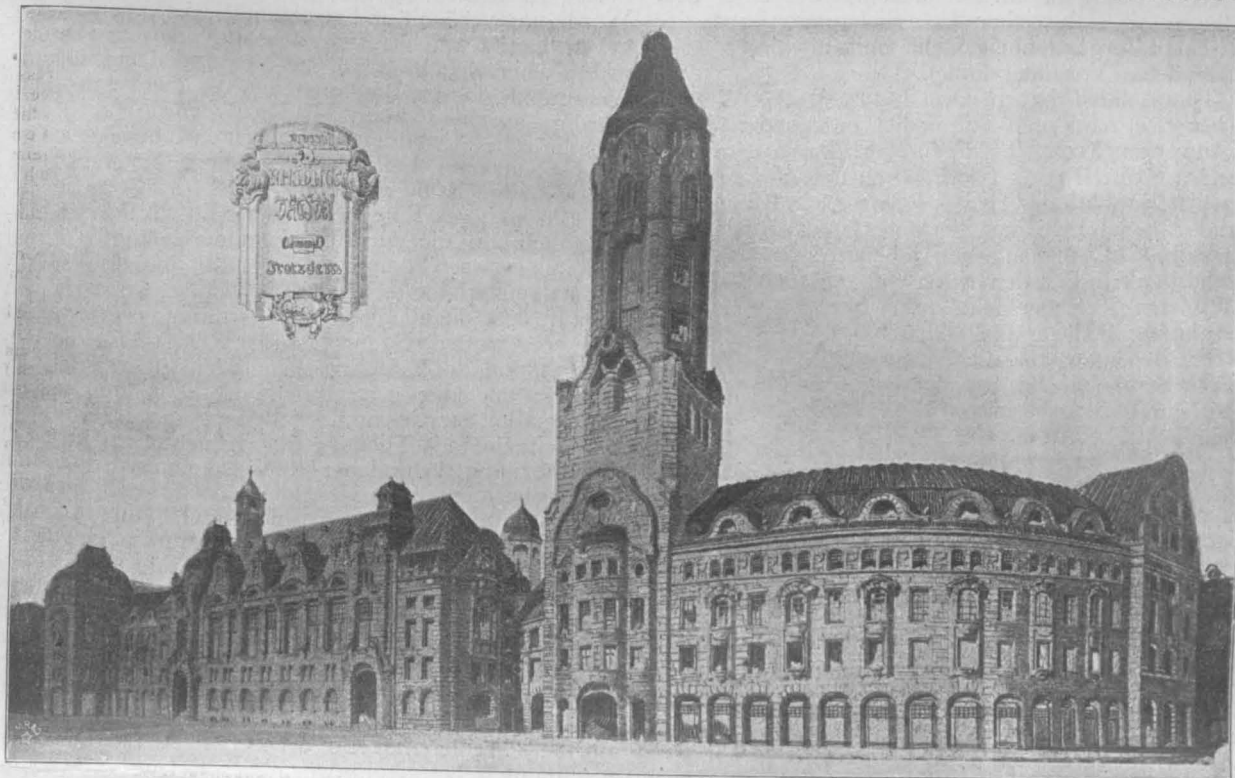
Dem Eisenb.- u. Betr.-Insp. Wegele in Ostrowo, den Reg.-Bmsr. Gg. Benoit in Hagen, Ferd. Brauer in Charlottenburg u. Heintz Köhler in Hannover-Linden ist die nachges. Entlassung aus dem Staatsdienste ertheilt.

Dem Eisenb.-Bauinsp. Kersten in Limburg a. Lahn ist die Leitung der Werkst.-Insp. das. übertragen.

Ernannt sind die Reg.-Bmsr.: Streckfuss in Königsberg i. Pr., Zimmermann in Wiesbaden, Kaule in Kattowitz, Minten in Magdeburg, Düwahl in Erfurt, Wickmann in Gravenstein, Krause in Breslau und Lehmann in Danzig zu Eisenb.- u. Betr.-Insp., — Blum in Langenberg, Lenz in Kattowitz (bish. in Berlin), Oppermann in Magdeburg, Schramke in Mainz, Rosenthal in Altona und Hellmann in Erfurt zu Eisenb.-Bauinsp.

Inhalt: Der Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für ein neues Rathaus in Dresden (Fortsetzung). — Die neue New-Yorker Stadtbahn und Anderes aus Nordamerika. — Streckmetall und seine Anwendung im Bauwesen. — Mittheilungen aus Vereinen. — Vermischtes. — Preisbewerbungen. — Personal-Nachrichten.

Kommissionsverlag von Ernst Toeche, Berlin. Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann, Berlin. Druck von Wilh. Greve, Berlin SW.



Entwurf mit dem Kennwort „Trotzdem“.

Der Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für ein neues Rathhaus in Dresden.*)

(Schluss.) Hierzu die Abbildungen auf S. 180 und 181.

Die Stilfrage ist für das neue Rathhaus in Dresden eine der interessantesten und wichtigsten. Die Bedingungen des Wettbewerbes gaben für dieselbe insofern einige Anhaltspunkte, als sie, ohne sonst Vorschriften über die Wahl des Baustiles zu machen, vorschrieben, dass der streng gothische Stil ausgeschlossen bleibe; dass ferner, und das hat auf den Stil auch einen gewissen Einfluss, die Schauseiten nach den Strassen in reiner Sandsteinarbeit, die Aussenseiten nach den Höfen in Ziegel und Putz ausgeführt werden sollten. Dass in einem Stadtbilde, wie es Dresden darbietet, ein Entwurf in streng gothischem Stile in seiner Ausführung vereinzelt dastehen würde, beweisen die wenigen streng gothischen Werke, welche Dresden vor längeren Jahren schon erhalten hat. Mit Recht legt der Verfasser der Bedingungen des Wettbewerbes den Nachdruck auf das Wort „streng“, denn es lässt sich, wie die Hrn. Börnstein & Kopp in Friedenau in ihrem schönen Entwurfe „Alte Weise“ (S. 167) gezeigt haben, sehr wohl eine freie, malerische, der strengen Systematik entkleidete Form der Gothik für das neue Rathhaus denken, welche nicht nur in Dresden vortheilhaft bestehen, sondern auch dem Gebäude eine charakteristische Gestalt verleihen würde. Leider halten die Bildungen des Grundrisses dieses interessanten Entwurfes mit den Vorzügen des Aufbaues nicht gleichen Schritt. Anzuerkennen ist bei dieser Arbeit insbesondere auch, dass die leidige Ladenfrage, welche

eine der schwersten Bedingungen des Programmes bildete und welche von nicht wenigen Bewerbern einfach umgangen wurde, hier gelöst ist, ohne dass die Läden aus der Architektur und aus dem Stile herausfallen.

Die meisten der übrigen Entwürfe tragen entweder das Gepräge der deutschen Renaissance, oder das des Barockstiles und zwar in der verschiedensten Färbung. Die schönste Ausbildung der Renaissance bieten ohne Zweifel die Entwürfe der Hrn. Ostendorf und Wendt dar. Beide geben den deutschen Stil in seiner monumentalen, mehr süddeutschen Abart und erreichen damit den doppelten Zweck der würdigen, repräsentativen und doch auch wieder der malerischen Wirkung. Der sehr skizzenhaft dargestellte, aber sowohl im Grundriss wie im Aufbau geistvolle Einzelheiten aufweisende Entwurf „Ruhe ist des Bürgers erste Pflicht“ verwendet die Renaissance wieder in anderer sehr eigenartiger Weise. Dass aber die meisten Entwürfe dem Rathhause für eine Stadt, die eine so hohe Blüthe der Barockkunst gesehen hat, den Barockstil zugedacht haben, kann nicht überraschen; überraschend ist vielmehr, dass, soweit wir bemerkt haben, nur ein Entwurf, der obenstehende mit dem Kennwort „Trotzdem“, diesen Stil in einer Weise verwendete, dass man ihr eine selbständige und hervorragendere künstlerische Bedeutung beilegen könnte. Die bisweilen an amerikanische Vorbilder erinnernden Bildungen sind vielleicht etwas zu wuchtig und schwer, es kann ihnen aber eine freie interessante Aufnahme des Stiles nicht abgesprochen werden. Mit ihrem Kennworte „Im Stile Dresdens“ verweisen die Hrn. Heino Otto und Felix Voretzsch unmittelbar auf den Barockstil hin und haben in ihrem Entwurf manchen guten Einfall gezeitigt. Eine selbständige Stellung innerhalb der Stilfrage nimmt der Entwurf des städti-

*) In unsere No. 28 haben sich leider Irrthümer eingeschlichen, welche die Leser aber vielleicht schon selbst verbessert haben. Der Entwurf der Hrn. Lossow & Viehweger errang nicht den III., sondern den dritten I. Preis, und der Entwurf der Hrn. Joh. Reichel & Heintz wurde nicht zum Ankauf empfohlen, sondern durch den III. Preis ausgezeichnet. —

schen Hochbauamtes ein. Die Erläuterung dazu lautet: „Der Stil ist so gewählt, dass er in seinen Grundformen sich dem Barockstil Dresdens anschliesst, in seiner Durchführung aber den modernen Anschauungen angepasst ist“. Damit kommen wir zu einer Erörterung, die vielleicht eine gewisse allgemeine Bedeutung einschliesst. Das ist die Frage nach der Eignung des modernen Stiles für ein Gebäude, welches unter dem Einflusse so zahlreicher Ueberlieferungen aus der deutschen Vergangenheit steht und in dieser seine glänzendsten Vorbilder findet.

Thatsächlich haben zwei Entwürfe des Wettbewerbes den modernen Stil in hervorragender Weise zur Anwendung gebracht: der Entwurf „Ernstes Streben“ der Hrn. Schilling & Gräbner in Dresden, und der Entwurf „Sophie“ des Hrn. J. Reuters in Berlin-Wilmersdorf. Seit Schilling & Gräbner in dem Ausbau der Kreuzkirche und in dem neuen Gebäude der Sächsischen Handelsbank in Dresden jenen viel angefochtenen Stil anwendeten, welchem man mit Unrecht eine Modebezeichnung beilegt und welcher im Grunde nichts anderes bedeutet, als die Auslösung der architektonischen Schmuckform aus der Abstraktion und ihre Ueberleitung zu grösserer Natürlichkeit, seit ihnen in diesem Bestreben in der Prager Strasse und an anderen Orten Andere nachgefolgt sind, hat sich der moderne Stil in der Stadt Bährs und Sempers ein Heimathsrecht erworben, sodass er auch für ein künftiges Rathhaus inbetracht kommen kann, wenn die künstlerische Gestaltungskraft, die ihm Form und Inhalt geben soll, hierzu ausreicht. Wir haben aus Anlass des Wettbewerbes in Bremen die Ansicht vertreten, dass sich in das Strassenbild dieser alten Stadt sehr wohl auch eine Fassade modernen Stiles einfügen lasse, wenn diese mit taktvoller Zurückhaltung und mit künstlerischem Feingefühl ausgebildet ist. Beides lässt sich auch für das neue Rathhaus in Dresden anwenden. In dem Entwürfe der Hrn. Schilling & Gräbner ist demselben eine Form gegeben, die vielleicht ernste Beachtung verdient, eine Form, welche mit Scharfsinn und gereifter künstlerischer Kraft davon ausgeht, die Wege der Tradition da zu verlassen, wo ein alter Ast abgestorben erscheint, und neues Leben da einzufügen, wo das alte zu erlöschen beginnt. Der Entwurf, obwohl durchaus eigenartig und frei, fällt gleichwohl nicht aus dem Rahmen heraus, welchen die Umgebung der Baustelle und die historischen Ueberlieferungen der Stadt zur Bedingung machen. Er schliesst sich in der Grundrissanlage den guten Arbeiten des Wettbewerbes an, besitzt eine gross entwickelte Treppenhaus-Lösung, gruppirt die Baumassen in zweckmässiger Weise derart, dass der westliche Theil jenseits der Gewandhausstrasse, der zugleich die Säle enthält, in der Höhe gesteigert, der östliche Theil diesseits der Gewandhausstrasse aber niedriger gehalten ist, sodass eine gute Gruppierung in die Massen kommt, eine Anordnung, die auch von einer Anzahl anderer bedeutender Entwürfe gewählt wurde. Leider enthält der Entwurf einen inneren Gebäudetheil mit Mittel-Korridoren, ein Mangel, der auch bei preisgekrönten Entwürfen, z. B. dem der Hrn. Lossow & Viehweger, wiederkehrt.

Dieser hochinteressanten Arbeit schliesst sich die des Hrn. Reuters in Wilmersdorf in ihrer kraftvollen und eigenartigen Architektur an. Der Verfasser bildet die über zwei symmetrisch gelagerten Treppenhäusern angeordneten beiden Thürme als das die langgestreckte Fassade an der Maximilians-Allee beherrschende Motiv aus. Vielleicht leidet der Aufbau etwas darunter, dass sich gleichartige Bildungen zu häufig wiederholen. Den Sitzungssaal legt der Verfasser nach rückwärts, eine Anordnung, welcher man bei diesem Wettbewerbe seltener begegnet, da die meisten Verfasser ihn in die Saalgruppe mit einbezogen haben, die neben ihrem alltäglichen Zwecke zugleich festlichen Veranstaltungen dienen soll.

Eine besondere Stellung hinsichtlich der künstlerischen Ausbildung nimmt ein Entwurf ein, welchen wir S. 167 zur Wiedergabe gebracht haben, der Ent-

wurf mit dem Kennzeichen des grün und weissen Schildes. Der Verfasser hat den beachtenswerthen Versuch unternommen, die sämtlichen Säle in einem an der östlichen Spitze des Geländes diesseits der Gewandhausstrasse gelegenen besonderen Saalbau mit grossartig entwickeltem Prachttreppenhaus, etwa nach Art des neuen Gerichtsgebäudes in der Grunerstrasse in Berlin, zusammenzufassen, eine Lösung, welche ernste Würdigung verdient und zu einem Werke Veranlassung geben kann, welches sich den unabhängigen architektonischen Schöpfungen, die hier und da als seltene Lichtpunkte in der Baukunst unserer Tage entstehen, würdig anreihen könnte. Dazu würde auch die künstlerische Ausbildung der übrigen Theile des Gebäudes beitragen, bei welcher der Farbe im Aeusseren eine wichtige Rolle zugetheilt ist.

Ein weiteres Eingehen auf die Entwürfe, namentlich auch auf die zur Auszeichnung gelangten, wird man uns erlassen können. In unserem reichhaltigen Abbildungsmaterial sprechen sie für sich selbst. Erwähnt sei nur, dass die allgemeinen Anordnungen fast durchweg so getroffen waren, dass der Ringstrasse die Repräsentation, der Kreuzstrasse und dem Inneren der Gebäudegruppe der geschäftliche Verkehr zugewiesen waren. Bei der Gesamtvertheilung der Räume, bei der weitgehenden Theilung des Grundstückes und bei der Anordnung zahlreicher Höfe wird man sich aber dem Eindrücke nicht ganz verschliessen können, dass die Zurechtfindung in einem solchen Gebäude für den Fremden nicht ohne Schwierigkeiten stattfinden würde. Es dürfte deshalb unter anderem die Anregung zu beachten sein, ob es sich nicht empfehle, eine Art Zentralraum im Mittelpunkte der Anlage zu schaffen, von welchem die Korridore zu den einzelnen Raumgruppen auslaufen, eine Anordnung, die ohne Zweifel grossen Schwierigkeiten begegnen aber einem Mangel abhelfen würde, welcher dereinst sich empfindlich fühlbar machen dürfte. Freilich hat ein grosser Theil der zur Auszeichnung gelangten Entwürfe diesem Umstande schon dadurch Rechnung getragen, dass vor den Sälen und den unter ihnen liegenden Raumgruppen Wandelhallen von mächtiger Ausdehnung angeordnet wurden, an welchen, leicht zu finden, die Treppenhäuser liegen und auf welche auch die Haupt-Korridore einmünden. Durch Gestaltungen dieser übersichtlichen Art ausgezeichnet sind die Entwürfe der Hrn. Ostendorf, Wendt, Reichel & Kühn, Grosser usw. Insbesondere die Entwürfe der Hrn. Reichel & Kühn (S. 173) und Grosser (S. 181) zeigen in der übersichtlichen Anordnung eine unübertroffene Klarheit.

Was den Entwurf des städtischen Hochbauamtes von Dresden anbelangt, so wurde schon berührt, dass er in der Sorgfalt der Durcharbeitung, soweit die praktischen Bedürfnisse infrage kommen, alles erreicht haben dürfte, was zu erreichen war, wenn auch nicht geleugnet werden kann, dass die künstlerische Durchbildung sowohl des Grundrisses wie des Aufrisses nicht gleichen Schritt hält mit den guten der zur Auszeichnung gelangten Entwürfe. In der intimeren Durcharbeitung der Einzelheiten des Grundrisses, in der künstlerischen Bewältigung der durch die Raum- und Hofverschneidungen entstandenen Schwierigkeiten kann der Entwurf bei allem Verdienste ebenso wenig Beifall finden, wie in seiner Stilauffassung. Dennoch überragt er erheblich den Hauschild'schen Entwurf. —

Ueberblickt man das Ergebniss dieses bedeutsamen Wettbewerbes imganzen, so wird man bei voller Anerkennung der aus ihm hervorgegangenen guten Entwürfe sich doch auch in Dresden dem Eingeständnisse nicht entziehen können, dass dieses Ergebniss wohl den Erwartungen, die man nach den unvollständigen Vorbedingungen, unter welchen der Wettbewerb eingeleitet wurde, noch hegen durfte, dass es aber keineswegs der grossen Bedeutung der Aufgabe entsprach. Denn als der Rath der Stadt Dresden erklärte, dass die Zuerkennung eines Preises oder der Ankauf eines Entwurfes keinen Anspruch auf die weitere Bearbeitung oder auf die Bauleitung begrün-

den; als er ferner für die preisgekrönten oder angekauften Entwürfe das unbeschränkte Eigenthum und das völlig freie Benutzungsrecht forderte, also auch hiermit jede Aussicht auf spätere Betheiligung eines Siegers an den weiteren Arbeiten abschchnitt, da konnte er sich wohl voraussagen, dass ausser den Dresdener Fachgenossen, für die vollzählig auf dem Plane zu erscheinen in diesem Falle eine Ehrensache war, kaum einer der deutschen Architekten, die sich in den grossen Wettbewerben der letzten Jahre in siegreichem Kampfe einen klangvollen Namen und vor allem durch treffliche Ausführungen den Ruf hervorragender Baukünstler erworben haben, an dem Wettbewerbe theilnehmen würde. Die Preisentscheidung hat diese Voraussicht denn auch gerechtfertigt. Das Beispiel von Leipzig, welches insofern dem Dresdener Wettbewerb gleich, als auch dieses eine Aussicht auf Theilnahme eines Siegers, der nicht Hugo Licht war, an der Ausführung sehr unwahrscheinlich erscheinen liess, welches aber wiederum von dem Dresdener Wettbewerb insofern wesentlich abwich, als der Wettbewerb von Leipzig dazu dienen sollte und auch dazu gedient hat, die Voraussetzung, die man für Hugo Licht als einen der ersten deutschen Architekten hegte, zu bestätigen und eine durch mehrere Vorentwürfe von höchster künstlerischer Bedeutung erworbene Anwartschaft auf die grosse Aufgabe zu bekräftigen, dieses Beispiel hätte in Dresden Lehre sein sollen und Lehre sein können. Es hätte dann vielleicht nicht erst des Verlaufes dieses Wettbewerbes bedurft, um die leitenden Faktoren in der schönen Königsstadt an der Elbe zu der Ueberzeugung zu bringen, dass nur ein Unternehmen ohne allen Rückhalt geeignet gewesen wäre, einen vollen, einen allseitig befriedigenden Erfolg zu bringen. Denn wer nehmen will, muss geben. Ein guter und reifer Entwurf von grossem Wurf und von selbständiger Eigenart konnte nur erwartet werden, wenn ein grosses Ziel in Aussicht stand. Und dieses Ziel ist und bleibt für den Baukünstler die Ausführung.

Wenn wir nun recht unterrichtet sind, so besteht in Dresden die Absicht, die Sieger des nunmehr entschieden Wettbewerbes sowie noch eine Anzahl anderer Theilnehmer desselben zu einem engeren

Wettbewerb zu berufen und den oder einen der Sieger dieser zweiten Konkurrenz an den Ausführungsarbeiten theilnehmen zu lassen. So freudig diese Absicht begrüsst werden kann, und so sehr man im Interesse der Aufgabe und auch des deutschen Konkurrenzwesens hoffen muss, dass sie verwirklicht werde, so kann man andererseits das Bedauern doch nicht unterdrücken, dass durch die verfehlte Grundlage des ersten Wettbewerbes eine grosse Anzahl von Fachgenossen, welchen die Lösung einer so vornehmen Aufgabe eine willkommene Gelegenheit zur wiederholten Erprobung ihrer künstlerischen Kraft gewesen wäre, von der Mitarbeit ausgeschlossen wurde.

Unabsichtlich, wie willig anerkannt sei. Denn bei allen Erwägungen und kritischen Bemerkungen über die Durchführung dieses Wettbewerbes dürfen die grossen Schwierigkeiten nicht verkannt werden, in welchen die Leiter eines so umfangreichen städtischen Gemeinwesens wie Dresden durch die von allen Seiten auf sie eindringenden Ansprüche persönlicher Natur, durch die zahlreichen Strömungen und Gegenströmungen im Kreise ihrer Mitarbeiter und Berather sich befinden. Unter solchen Verhältnissen eine neutrale Entscheidung herbeizuführen, war ein Wettbewerb der geeignetste Weg, und wenn man einerseits wiederholt beklagen darf, dass in ihm nicht alles dargeboten werden konnte, was man erwarten durfte, so darf andererseits die deutsche Fachgenossenschaft der städtischen Verwaltung von Dresden vielleicht Dank dafür wissen, dass er überhaupt ausgeschrieben wurde.

Der weiteren Entwicklung der Dinge sehen die weitesten Kreise nunmehr mit Spannung entgegen. Denn die Erbauung eines neuen Rathhauses in Dresden, der reichen Kunststadt mit ihren grossen Ueberlieferungen, ist keine Angelegenheit, die sich auf Dresden beschränkt, sie ist nicht einmal nur eine sächsische Angelegenheit, sie ist vielmehr eine deutsche, ja eine europäische Angelegenheit. Wer den Ernst des Augenblicks erfassen will, muss der Aufgabe diese Bedeutung zugestehen. Möge daher über dem weiteren Verlauf der Dinge der glückliche Stern selbstlosen Willens und gereifester Künstlerschaft leuchten. —

Albert Hofmann.

Beitrag zum Kapitel „Stauberechnungen“.

Wiederholt schon ist es mir gelegentlich der Beobachtung gewöhnlicher Hochwasserabgänge an kleineren Gerinnen aufgefallen, dass hierbei der durch Brückeneinbauten verursachte Aufstau des Wassers so gross oder sogar noch grösser ausfiel, als wie er für ein bedeutend stärkeres Hochwasser mittels der bekannten Stauformel:

$$Q = \mu \sqrt{2g} \left[\frac{2}{3} B \left\{ (y + k)^{3/2} - k^{3/2} \right\} + F(y + k)^{1/2} \right]$$

vorausberechnet worden war. Auch sind mir Vorkommnisse bekannt geworden, dass der infolge der Anlage von Brücken eingetretene besonders starke Rückstau des Hochwassers Anlass zu Streitigkeiten gegeben hat, wobei dann die Gutachten der Sachverständigen der beiden Partheien über die Stauursachen nicht in Uebereinstimmung zu bringen waren. Während zwar beiderseits die Anwendbarkeit der obigen Formel zur Stauberechnung im allgemeinen zugegeben wurde, so bemühte man sich auf der verklagten Seite, die durch die Thatsache bewiesene Ueberschreitung der berechneten Stauhöhe trotz des nicht ungewöhnlich hohen Unterwasserstandes dem Anfall einer grösseren als der in Rechnung gestellten Wassermenge zuzuschreiben, wogegen auf der anderen Seite diese Annahme bestritten und die Ursache des übermässigen Staues in örtlichen Verhältnissen, wie z. B. in ungünstiger Anordnung der Brücke gesucht wurde. Es handelte sich in allen diesen Fällen um kleinere Flüsse und Bäche, welche ein gegenüber dem Hauptschlauche verhältnissmässig sehr grosses Ueberschwemmungs-Gebiet besitzen, und es deuteten die erwähnten Wahrnehmungen jedenfalls darauf hin, dass die angewandte Stauberechnungs-Formel wenigstens bei Brücken über Wasserläufe der gedachten Art zu geringe Stauhöhen ergiebt.

Die vergangenen Jahre mit ihren ausserordentlichen Hochwasserfluthen haben nun gewiss reichliche Gelegenheit zur Beobachtung der Stauverhältnisse an Flussbrücken geboten. Zurzeit jener Wassernoth leider gerade ausser-

halb Deutschlands weilend, konnte ich bei der Rückkehr zu meinem Bedauern in dem mir zugewiesenen Bezirke, der vom Hochwasser ziemlich stark zu leiden hatte, doch nur wenige Angaben über Hochwasserhöhen an Thalübergängen vorfinden, welche zur Anstellung vergleichender Stauberechnungen geeigneten Anhalt hätten gewähren können. In einem Falle indessen ist es mir gelungen, die Wasserhöhen unterhalb, innerhalb und oberhalb einer Brücke ziemlich genau festzustellen, da diese verschiedentlich angemerkt worden waren. Hiernach war nun das Unterwasser unter der für die Bemessung der Lichtweite der fraglichen Brücke seiner Zeit als maassgebend angenommenen Höhe zurückgeblieben, eine Erscheinung, die sich leicht damit erklären lässt, dass das beobachtete Hochwasser des betreffenden Baches, obwohl zeitlich mit der Hochwasserkatastrophe des September vorigen Jahres zusammenfallend, doch noch kein Grösswasser war, welches letzteres vielmehr seine Entstehung bei der geringen Ausdehnung des Regengebietes des Baches einem noch stärkeren Niederschlage, als dem damals bemerkten, hätte verdanken müssen. Gleichwohl hat der Aufstau des Wassers an der Brücke das Doppelte der vorberechneten Stauhöhe betragen.

Die Höhenunterschiede des Unter-Brücken- und Oberwasserspiegels, wie sie hier gemessen worden sind, konnten nun durchaus nicht mit der eingangs angegebenen Stauformel in Einklang gebracht werden. Es hatte sich also hier diese Rechnungsformel sehr wenig bewährt und zugleich den grossen Nachtheil im Gefolge, dass nun eine zweite Brücke in den fraglichen Damm eingebaut werden musste, da der Aufstau des Wassers eine mit Rücksicht auf die in der Nähe der Brücke befindlichen Gebäulichkeiten unzulässige Grösse erreichte. Behufs Berechnung der Lichtweite der neu einzuschaltenden Brücke musste ich nun versuchen, die Stauformel so abzuändern, dass sie den thatsächlichen Verhältnissen besser entsprechende Ergebnisse lieferte.

Um mich von der Zulässigkeit dieser Aenderung zu überzeugen, habe ich ferner eine Reihe von Stauversuchen angestellt, indem ich, allerdings sehr im Kleinen arbeitend, in hölzernen Rinnen die Höhenunterschiede des Wassers oberhalb, innerhalb und unterhalb einer Schützenöffnung maass, dabei die Wassermenge, das Gefälle, die Weite der Oeffnung vielfach wechselnd.

Aus diesen Messungen geht nun zweifelsfrei hervor, dass der Stau bedeutend grösser ist, als er sich mit der mehrbemerkten Formel berechnen lässt, sowie dass die neue Formel:

$$y = \frac{2v_3^2 - v_1^2 - v_2^2}{2g}$$

der Wirklichkeit viel näher kommende Ergebnisse bietet.

Hierin bezeichnet:

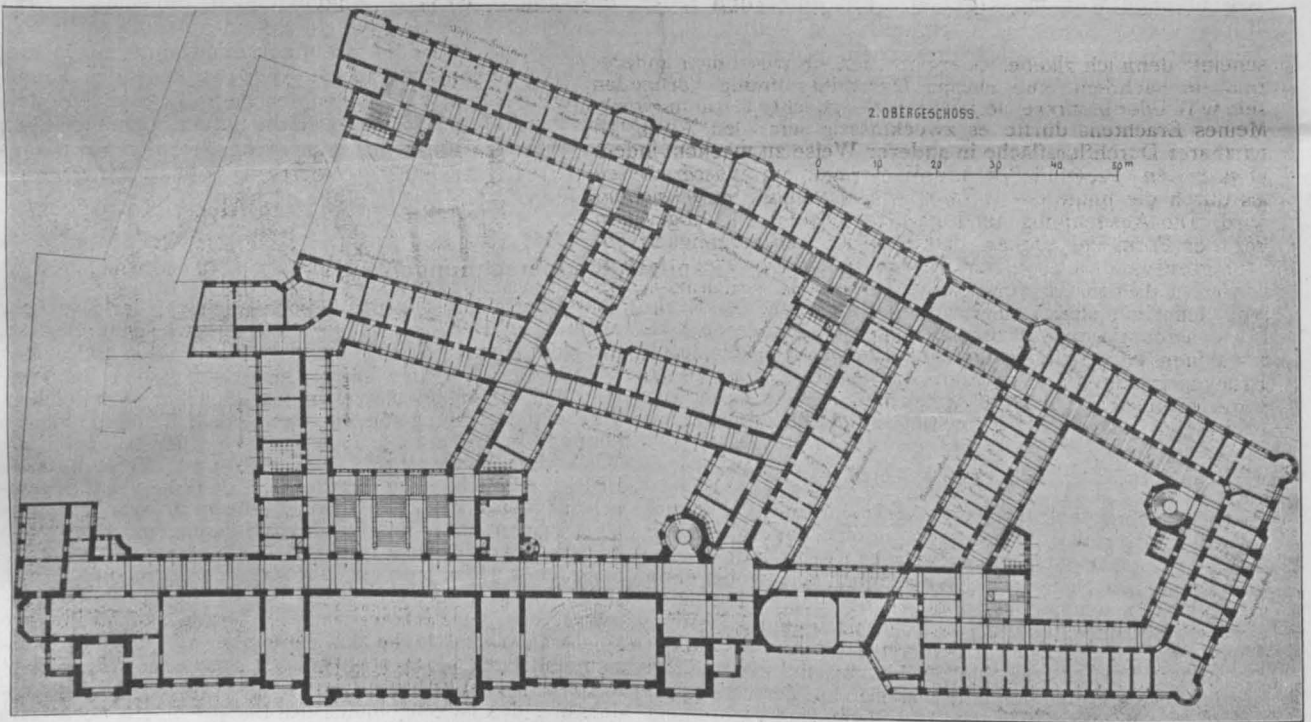
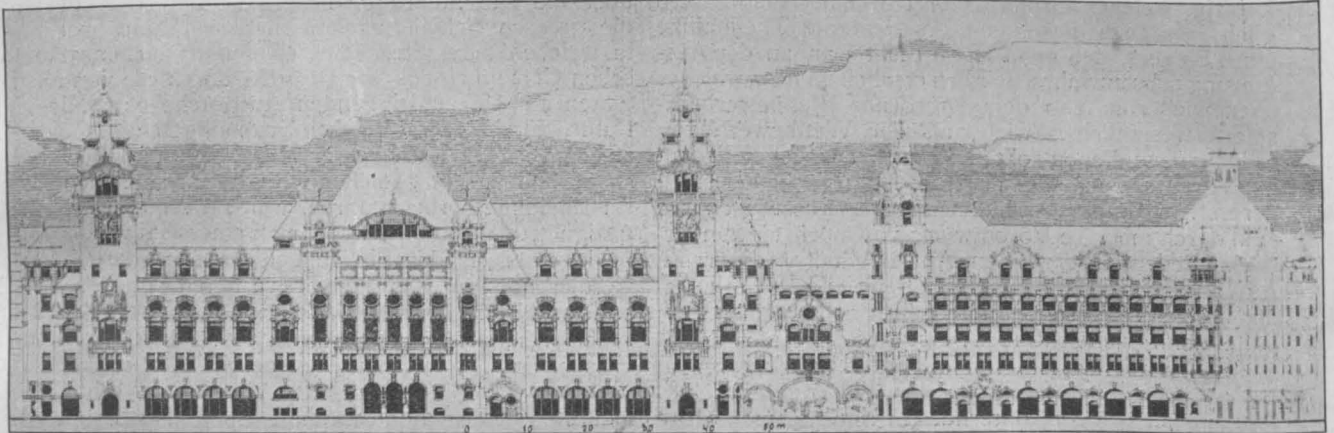
Q die Wassermenge,

F, B, f, b die Fläche bezw. Wasserspiegelbreite des ungestauten Wassers in der Brücke bezw. im freien Flusse,

μ die Einschnürungszahl,

g die Beschleunigung der Schwere.

Ich glaube nun, die Anwendung dieser Formel für die Berechnung der Stauhöhen bei Brücken über kleinere Wasserläufe mit ausgedehntem Ueberfluthgebiete empfehlen zu können. Ob sich dieselbe auch für die Berechnung des Staues an Brücken über grössere Flüsse mit mehr zusammengedrängten und tief fliessenden Wassermassen eignet, vermag ich mangels der nöthigen Anhaltspunkte nicht zu beurtheilen. Ich glaube jedoch, dass gerade durch



Entwurf des städtischen Hochbauamtes von Dresden (äusser Wettbewerb).

Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für ein neues Rathaus in Dresden.

Es bedeutet in dieser Formel:

v_1 die Geschwindigkeit des ungestauten Wassers im freien Flusse,

v_2 die Geschwindigkeit des gestauten Wassers im freien Flusse,

v_3 die Geschwindigkeit des Wassers in der Brücke.

Diese Geschwindigkeiten findet man aus den Gleichn:

$$v_1 - \frac{Q}{f} = 0,$$

$$v_2^3 - v_2 \left(\frac{f}{b} \cdot 2g + 2v_3^2 - v_1^2 \right) + \frac{Q}{b} \cdot 2g = 0,$$

$$v_3^3 + v_3 \left(\frac{F}{B} \cdot 2g - v_1^2 \right) - \frac{Q}{\mu B} \cdot 2g = 0.$$

die Hereinziehung der Grösse v_1 in die Stauformel den verschieden gelagerten Verhältnissen der einzelnen Flussgattungen schon etwas Rechnung getragen wird.

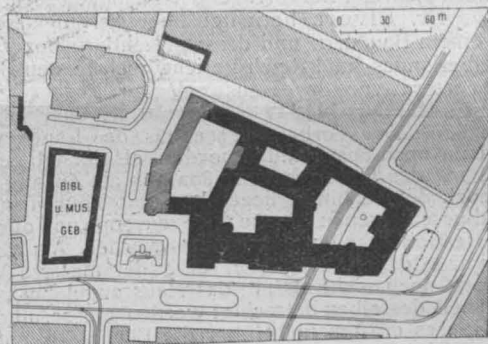
Bemerken möchte ich noch, dass allen derartigen Formeln der Mangel anhaften wird, dass die Gestalt der hauptsächlich in Betracht kommenden benetzten Querschnitte nicht berücksichtigt wird, indem mit dem Unterschiede der Wasserspiegelhöhen statt der Schwerpunkte der benetzten Flächen gerechnet wird. Liegt schon hierin eine Fehlerquelle, so birgt die Wahl der Einschnürungszahl eine weitere ein sich. Gemeiniglich wird diese Zahl μ zwischen 0,8 und 0,95 schwankend nur von der Form der Brückenpfeiler, nicht aber von der Zahl derselben abhängig gemacht, was mir nicht ganz folgerichtig zu sein



scheint; denn ich glaube, es ergibt sich ein wesentlich anderes Bild, je nachdem eine einzige Durchflussöffnung vorhanden sein wird oder mehrere Oeffnungen von gleicher Gesamtweite. Meines Erachtens dürfte es zweckmässig sein, den Abzug an nutzbarer Durchflussfläche in anderer Weise zu machen, indem etwa neben jedem Pfeiler und Widerlager ein Wasserstreifen als durch die mitgerissene Luft verdrängt nicht berücksichtigt wird. Die Ausdehnung der Luftwirbel scheint mir, abgesehen von der Form der Pfeiler, auch von der Geschwindigkeit abhängig zu sein, mit welcher das Wasser an den Pfeilerköpfen seitlich in die Brücke stürzt, also vielleicht im Verhältnisse zum Stau selbst zu stehen. Es dürfte keinem wesentlichen Anstande unterliegen, die Breite der durch die Luftwirbel als todt zu betrachtenden Wasserstreifen zu Seiten der Pfeiler und Widerlager bei kurzen Pfeilerköpfen gleich der Stauhöhe, bei langen Pfeilerköpfen halb so gross anzunehmen. —

München, im Juli 1900.

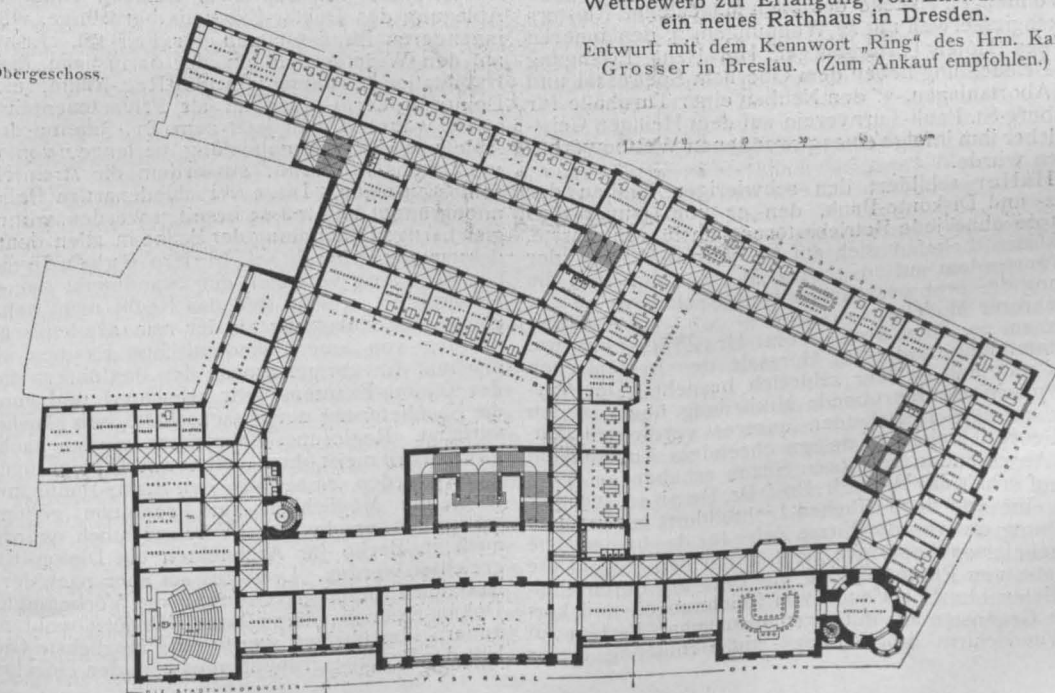
H.



Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für ein neues Rathhaus in Dresden.

Entwurf mit dem Kennwort „Ring“ des Hrn. Karl Grosser in Breslau. (Zum Ankauf empfohlen.)

2. Obergeschoss.



10. April 1901.

Mittheilungen aus Vereinen.

Der Architekten- und Ingenieur-Verein für Niederrhein und Westfalen hat in seiner Versammlung vom 1. April einstimmig den nachfolgenden Beschluss betr. das Verbandsorgan gefasst:

1. Der Verein erkennt gern die gute Absicht des Verbandsvorstandes an, muss aber Einspruch gegen die Auffassung erheben, als ob die Rechtsgiltigkeit des Beschlusses der Bremer Abgeordneten-Versammlung und des Vertrages mit der Deutschen Bauzeitung durch eine nachträgliche Abstimmung der Einzelvereine beeinflusst werden könnte.

2. Der Verein hält sowohl den Bremer Beschluss als den genannten Vertrag für rechtsgiltig. Sollte eine der betheiligten Parteien die Giltigkeit anfechten wollen, so könnte die Entscheidung nur auf dem Rechtswege herbeigeführt werden.

3. Der Verein empfiehlt die Beschleunigung des vom Hannoverschen Verein eingeleiteten schiedsrichterlichen Verfahrens in betreff der von ihm beanspruchten Entschädigung. —

Arch.- und Ing.-Verein zu Hamburg. Vers. am 15. Febr. 1901. Vors. Hr. Zimmermann, anwes. 58 Pers. Aufg. die Hrn. Röhl und Poetz.

Der Vorsitzende macht Mittheilung von einem Preisausschreiben für ein künstlerisch ausgestattetes Titelblatt zu dem Werke: „Das Bauernhaus in Deutschland, Oesterreich-Ungarn und der Schweiz“, ferner von dem Ersuchen des Hrn. Edmund Siemers in Hamburg um Veranstaltung eines Wettbewerbes unter den Mitgliedern des Arch.-V. in Hamburg zur Erlangung von Entwürfen für ein kleines Landhaus auf seinem Grundstück an der nach Blankenese führenden Elbchaussee. Die Kosten dürfen 30 000 M. betragen und es sind Preise im Gesamtwerthe von 600 M. ausgesetzt. Einen gleichen Wettbewerb haben die Hrn. Murck & Co. in Hamburg zur Erlangung von Zeichnungen für ein Salon-Tapetenmuster beantragt und dazu als Preise 200 M. zur Verfügung gestellt.

Hr. Schomburgk erstattet den Jahresbericht des Geselligkeits-Ausschusses, als dessen Vorsitzender er jetzt nach 9jähriger hervorragender Thätigkeit zurückgetreten ist.

Hr. Elvers berichtet über Streitigkeiten zwischen seinem Bauherrn und dessen Nachbarn bezw. dem Land-, Oberlandes- und Reichsgericht, welche den Bau einer mit Fenstern vor das Haus gelegten Erdgeschoss-Veranda, weil über die Bauflucht reichend, als unerlaubt bezeichnet haben. Der Vorbau ist seitens des Landgerichtes auch dann noch beanstandet worden, als derselbe entsprechend § 104 des Gesetzes von 1892 nur als Zugang vom Garten nach dem dahinter liegenden, mit Thüren und Fenstern abgeschlossenen Raume mit Freitreppe und offenen Vorderwie Seitentheilen hergestellt wurde. Als Grund hierzu wurde dabei angegeben, dass der massive Vorbau auch jetzt noch nicht als an das Haus angelehnt, sondern als Theil desselben betrachtet werden müsse, und Theile des Hauses dürften nicht über die Baulinie reichen.

Hr. Groothof bespricht 1. den von ihm entworfenen Neubau des Magdalenen-Klosters an der Richardstrasse mit 48 Wohnungen anstelle des alten Magdalenen-Klosters am Glockengiesserwall mit 42 Wohnungen, 2. den inneren Ausbau des Hôtels „Hamburger Hof“ zur Erlangung besserer Beleuchtung neben dem Oberlicht-Speisesaal und besserer Abortanlagen, 3. den Neubau einer Turnhalle für den Hamburg-St. Pauli-Turnverein auf dem Heiligen Geistfelde, welcher ihm infolge eines gewonnenen Wettbewerbes übertragen wurde.

Hr. Haller schildert den schwierigen Umbau der Kommerz- und Diskonto-Bank, den er vom Januar 1898 bis Juni 1900 ohne jede Betriebsstörung ausführen musste. Die Baukosten beliefen sich auf rd. 500 000 M., die der Heizung ausserdem auf rd. 100 000 M. Es folgt noch die Vorführung des sehr praktischen Hansa-Schlusses an der Hand mehrerer Modelle. — Gbl.

Vers. am 22. Febr. 1901. Vors. Hr. Zimmermann. Die Versammlung findet im Hörsaal des hygienischen Institutes statt und ist sehr zahlreich besucht. Der Vorsitzende macht die betrübende Mittheilung über das am 18. Febr. erfolgte Hinscheiden unseres verdienten Mitgliedes Georg Thielen, zu dessen ehrendem Angedenken sich die Anwesenden von ihren Sitzen erheben.

Darauf erhält das Wort Hr. Prof. Dr. Dunbar, welcher zunächst eine von vortrefflichen Lichtbildern unterstützte Beschreibung des von der Firma Zeise für das hygienische Institut gelieferten Apparates giebt, durch den sowohl die Wiedergabe von Photographien auf Glas mit durchscheinender Beleuchtung, als auch von Zeichnungen und körperlichen Gegenständen mit ihren natürlichen Farben auf einem Wandschirm möglich ist. Mit Benutzung dieses

Apparates und unter Vorführung zahlreicher Experimente und Präparate schildert sodann der Redner die Entwicklung und den heutigen Stand der Abwässer-Reinigung, wobei er zu dem Ergebnisse kommt, dass der heutige Stand der Forschungen auf diesem Gebiete, besonders unter Hinzuziehung des Oxydations-Verfahrens, es ermögliche, für alle Verhältnisse befriedigende Einrichtungen für die Abwässer-Reinigung zu schaffen, und dass es gerade den deutschen Forschern gelungen sei, die bisher immer noch vorhandenen Lücken zu schliessen.

Inbezug auf die Hamburger Verhältnisse berichtet der Redner, dass die Verunreinigung des Elbstromes im Gebiete der Unterelbe durch die Sielabflüsse Hamburgs, die von vielen Seiten in den schwärzesten Farben dargestellt werde, thatsächlich eine so geringe sei, dass selbst die feinsten chemischen Reagenzien nicht dazu ausreichen, um eine solche Verunreinigung nachzuweisen. Nur mit Hilfe bakteriologischer Untersuchungen sei man imstande, den Verbleib des Sielwassers im Elbstrome zu verfolgen.

Der Vorsitzende dankte dem Redner für den inhaltreichen, durch das reichhaltige Anschauungsmaterial vortrefflich unterstützten Vortrag, welcher von der Versammlung mit grossem Interesse und lebhaftem Beifall entgegengenommen wurde. — Hm.

Architekten-Verein zu Berlin. Vers. v. 18. März 1901. Vors. Hr. Bubendey, Schriftf. Hr. Bürckner, anwes. 39 Mitgl., 1 Gast. Der Vorsitzende eröffnete die Versammlung mit der schmerzlichen Mittheilung von dem Ableben von 3 Mitgliedern, des Geh. Ob.-Brth. Wetz, des Brths. Seeck und des Reg.-Bmstrs. Trieglaff in Lyck. Namentlich dem ersteren, der in verhältnissmässig jungen Jahren unerwartet aus einer erfolgreichen Thätigkeit herausgerissen wurde, gedachte der Vorsitzende in warmen Worten. Die Versammelten erhoben sich zum ehrenden Andenken der Dahingegangenen von ihren Sitzen.

Den Abend füllten dann so lebhafte Verhandlungen und Erörterungen aus über die Stellungnahme des Vereins zu den vom Verbands-Vorstande gestellten Anträgen in Sachen der Zeitschriften-Angelegenheit und zu einer an den Hrn. Kultusminister gerichteten Eingabe der Studirenden der Technischen Hochschule zu Charlottenburg wegen Zulassung der Reg.-Bauführer zur Doktor-Promotion, dass ein von Hrn. Leschinsky angesagter Vortrag über „Automobile“ von der Tagesordnung abgesetzt werden musste. In der Verbandssache wird nach einer Darstellung der Sachlage durch die Hrn. Haack und Eiselen beschlossen, bezüglich beider vom Verbands-Vorstande gestellten Fragen die Dringlichkeit und auch die Fragen selbst zu bejahen. Bezüglich der Petition der Studirenden, die von Hrn. M. Neumann dem Vereins-Vorstande mit einer warmen Befürwortung und Bitte um Unterstützung zugegangen war, entspann sich eine sehr lebhafte Erörterung, an der sich die Hrn. Wallé, Goering, Hacker, Haack, Marggraf, Neumann, Lasser, sowie der Vorsitzende selbst betheiligten. Hr. Wallé unterstützte aufs wärmste die Eingabe der Studirenden und hielt die Forderung für durchaus angemessen, dass das Bauführer-Examen ohne Weiteres zur Ablegung des Doktor-Examens berechtige, wie dies auch in anderen Bundesstaaten der Fall sei. Er weist ferner auf den Widerspruch hin, der darin liege, dass nach der Habilitations-Ordnung von 1884 Reg.-Bauführer gleich den Doktoren der Universität als Privatdozenten zugelassen seien, während man jetzt zum Dr.-Jug. ausdrücklich die Ablegung der Diplomprüfung verlange, von der bisher, wenigstens in Berlin, ausserdem die Architekten ausgeschlossen seien. Diese verschiedenartige Behandlung sei unbegründet und müsse beseitigt werden, wobei möglichst gleichartige Behandlung der Sache in allen deutschen Bundesstaaten erwünscht sei. Die Hrn. Bubendey und namentlich Goering vertreten den Standpunkt der technischen Hochschule, welche sich das Recht nicht nehmen lassen könne, die Zulassung zu der rein akademischen Doktorprüfung von einem akademischen Examen abhängig zu machen. Im übrigen würde den Bauführern die Ablegung des Diplom-Examens sehr erleichtert und von ihnen nur die Nachlieferung der wissenschaftlichen häuslichen Arbeit verlangt. Regierungs-Baumeister würden nach Vorlegung ihrer Arbeit meist ohne Weiteres zu Diplom-Ingenieuren ernannt werden, es sei also den Staats-Baubeamten keineswegs die Möglichkeit zur Promotion genommen oder wesentlich erschwert. Voraussichtlich würde übrigens auch in Berlin für Architekten ein Diplom-Examen eingerichtet werden. Letzteres sei aber nach der bereits erlassenen Promotions-Ordnung die Vorbedingung für das Doktor-Examen, daran lasse sich jetzt wohl nichts mehr ändern. Im übrigen werde eine möglichste Gleichmässigkeit der Prüfungsordnungen usw. in den einzelnen Bundes-

staaten angestrebt. Dem Vernehmen nach seien in dieser Richtung geführte Verhandlungen gerade die Ursache der auffallenden Verzögerung der ganzen Angelegenheit in Preussen. — Eine Einigung in dieser Frage konnte an dem Versammlungsabend nicht erzielt werden, besonders da die Meinungen über den Werth des Dokortitels für die Staats-Baubeamten sehr auseinander gingen. Die weitere Behandlung wird einem Ausschuss überwiesen, welcher gebildet wird aus den Hrn. O. Blum, Bubendey, Eiselen, Goering, Haag, Hinckeldeyn, Kummer, Max Neumann, Oehmke, Wallé.

Eine Anfrage im Fragekasten erbittet Auskunft, ob der Vorstand des Vereins zu dem auf Mitglieder des Architekten-Vereins und der Vereinigung Berliner Architekten, konfessionell ausserdem auf evangelische Mitglieder, beschränkten Wettbewerb um eine evangelische Kirche in Grunewald seine Zustimmung gegeben habe. Der Vorsitzende erklärt, dass das nicht der Fall sei, dass dem Vorstände die ganze Angelegenheit unbekannt geblieben sei, dass er aber durch die am 9. März in Nr. 20 der Dtschn. Bztg. bereits erfolgte thatsächliche Richtigstellung die Sache für erledigt halte. — Fr. E.

Vereinigung Berliner Architekten. In der zahlreich besuchten V. ord. Versammlung vom 14. März unter Vorsitz des Hrn. v. d. Hude wurde zunächst die Aufnahme der Hrn. E. Becher, Ludw. Hoffmann, Otto Kuhlmann, Hans Toebelemann und Joh. Wellmann als neue Mitglieder verkündigt.

Darauf führte Hr. R. Jürgens aus Hamburg als Gast seinen in Gemeinschaft mit Hrn. March verfassten Entwurf neuer Parkwege im Thiergarten zu Berlin vor. Der Deutsche Sport-Verein, der seinen Sitz in Berlin hat und der besseren Entwicklung des Fahr- und Reitsportes in der Reichshauptstadt, der hier gegenüber den anderen Weltstädten am meisten vernachlässigt ist, seine volle Aufmerksamkeit widmet, setzte sich im Jahre 1897 mit Hrn. Brth. Otto March in Charlottenburg in Verbindung, um zu erwägen, ob sich nicht im Thiergarten, am Hippodrom, eine Heimstätte für den Sport erschliessen lasse. Hr. March hatte sich bereit erklärt, dieser Frage näher zu treten, wenn er sich mit Hrn. Jürgens, dem Schöpfer der Carlshorster Rennbahn-Anlagen, in Verbindung setzen könne. Das fand Zustimmung, und aus der nun folgenden gemeinsamen Arbeit entstand ein Entwurf, welchen Redner vorführte. Dieser ging zunächst kurz auf die Geschichte des Thiergartens ein, dessen Anlage als wilde ungeordnete Waldparthie, die sich bis zum Dönhofsplatze erstreckte, bis ins 16. Jahrhundert zurückgeht. Sie wurde im 30jährigen Kriege verwüstet, wieder hergestellt und namentlich durch Friedrich den Grossen mit Knobelsdorf und Selle in eine Parkanlage umgewandelt, welche der Bevölkerung nützlich sein konnte. Damals entstanden die Hauptzüge der heutigen Anlage. Redner bekämpft nun die Ansicht, dass man glaube im Geiste und Sinne der Ueberlieferung zu handeln, wenn möglichst nichts an dem Baumbestand und den Wegen des Thiergartens geändert werde. Dadurch entstehe eine vernachlässigte Anlage, die schwer wieder in den Zustand zurückzuführen sei, der ursprünglich beabsichtigt wurde. Die grossartige Parkschöpfung Friedrichs des Grossen mit ihrer so vorzüglichen Ausnutzung für das Volk sei in diesem Sinne leider ganz verloren gegangen, weil die späteren Generationen es nicht verstanden, den Park dafür zu erhalten und den fortschreitenden Verhältnissen und Bedürfnissen der Grossstadt anzupassen. Der Thiergarten sei heute im Gegensatz zu seinem Grundgedanken nichts als eine Waldparthie mit durchquerenden Wegen, ohne schöne Entwicklung einzelner Bäume, mit krüppelhaften Baumbeständen. Derjenige, der hier Waldfrieden und Ausruhen suche, könne das doch nicht finden, denn eine allseitig so vom Verkehr umgebene Anlage müsse der idyllischen Ruhe entbehren.

Man habe bisher in nur einseitiger Weise für den Verkehr gesorgt, indem man viele schnurgerade, den Thiergarten durchquerende Wege schuf, jedoch fast nichts für den Spaziergänger zu Fuss, zu Wagen und zu Pferde, der den Reiz wechselnder Landschaftsbilder suche. Dazu durchkreuzen die Reitwege die Fusswege in gefahrvoller Weise und es werden alle Promenadenwege durch die quer laufenden Verkehrswege unterbrochen. Man handle nicht im Sinne des grossen Königs, wenn man diesen Zustand zu erhalten trachte. Redner hat nun in seinem Entwurf eine grosse Zahl der als unnötig befundenen Querwege aufgehoben und die verbleibenden in der Längsrichtung in möglichst angenehme Verbindung gebracht, um einmal ein wirkliches Spaziergehen zu ermöglichen und um andererseits möglichst grosse zusammenhängende Grundflächen zu schaffen. Hinsichtlich der Anlage neuer Reit- und Fahrwege wird auf die Bei-

spiele des Hyde-Park in London, des Bois de Boulogne in Paris und des Bois de la Cambre in Brüssel verwiesen. Redner glaubt erkannt zu haben, dass die Längen der jetzigen Reit- und Fahrwege im Thiergarten wohl genügen, dass diese Wege aber zumtheil unpraktisch liegen. In dem Entwurf sind in dem Theile vom Brandenburger Thor bis zur Siegesallee und aus den Anlagen des Denkmals der Königin Luise, des Goldfischteiches und des Floraplatzes bis zur grossen Querallee alle Reitwege fortgenommen, um diese Theile ganz dem ungestörten Genuss der Fussgänger zu überlassen. Erst mit der grossen Querallee soll der Fahr- und Reit-Verkehr beginnen und sich bis über die Anlagen des Neuen Sees erstrecken. Jeder Last- und Radlerverkehr soll hier ausgeschlossen sein. Redner schildert nun die Anlage einer 800 m langen Strecke Grosse Querallee und Grosse Sternallee zu Korsofahrten nach dem Londoner Vorbilde. Daneben sei eine Rundfahrt um die Wasseranlagen geplant, wie im Bois de la Cambre in Brüssel. Auch die Errichtung eines ländlichen Gebäudes mit Konditorei war geplant. Der Entwurf wurde Sr. Maj. dem Kaiser vorgelegt, welcher ihm im Grossen und Ganzen seinen Beifall zollte, jedoch verschiedene Abänderungen vorschlug und auch die Fortsetzung des Gedankens auf den nördlichen Theil des Thiergartens, jenseits der Charlottenburger Chaussee, wünschte. Das geschah in der Weise, dass eine grosse Rundfahrt ermöglicht und eine Verbindung mit den Wegen der Anlagen um den Neuen See hergestellt wurde. Der Grosse Stern wurde auf 120 m Durchmesser verbreitert, um neben dem Sportverkehr den Durchgangsverkehr nicht zu stören. Die Durchquerung der Siegesallee durch die Zeltenallee wurde als unnötig aufgehoben und es wurden in beiden Theilen des Thiergartens eine Reihe kleiner Reitwege beseitigt, die grossen durchgehenden aber so verbreitert, dass ein Ausweichen zu Gruppen möglich ist. Als Ergebniss des Entwurfes würde der Thiergarten etwa 10 km Fahrwege und 13 km Reitwege haben im Gegensatz zu London, welches im Hyde-Park nur 10 km Fahrwege, zu Paris, welches nur 7 km Fahrwege, und zu Brüssel, welches im Bois de la Cambre mit der Avenue Louise nur knapp 10 km Fahrwege habe. Berlin würde nach Ansicht des Redners allen diesen Städten gegenüber den Vorzug haben, dass im Herzen der Stadt die Bedürfnisse der Erholung und des Frohsinnes aller Schichten der Bevölkerung auf einem landschaftlich hervorragenden Gelände von 180 ha befriedigt werden könnten. —

An den mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag reihte sich eine mit nicht minderem Beifall aufgenommene Vorführung einer Reihe köstlicher Lichtbilder über deutsche Baudenkmäler des Mittelalters durch Hrn. Meydenbauer. Es war allen Besuchern des Vortrages wiederum ein hoher Genuss, die schönen Aufnahmen, die sich in historischer Entwicklung vom Dome in Quedlinburg mit den frühesten Anfängen romanischer Bildungen bis zum Strassburger Münster und zum Dom von Metz erstreckten, an sich vorüberziehen zu lassen. —

An der geselligen Zusammenkunft vom 28. März nahmen unter Vorsitz des Hrn. Wolfenstein 35 Mitglieder theil. Es berichtete Hr. Albert Hofmann über den Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen zu einem neuen Rathhause in Dresden. Wir haben diesen Gegenstand an anderer Stelle ausführlicher behandelt. Auf den Bericht folgte eine längere Aussprache, welche vorwiegend dem deutschen Konkurrenzwesen, wie es sich bis heute entwickelt hat, gewidmet war. Es herrschte kaum Meinungs-Verschiedenheit darüber, dass sich bei dieser Entwicklung schwere Mängel herausgestellt haben, ja, dass das deutsche Konkurrenzwesen vielfach entartet sei. Als einer der Fälle, die nach der Aussage eines Redners „öffentlich an den Pranger gestellt gehören“, der aber bis jetzt glücklicherweise noch vereinzelt dasteht, wurde der von der Firma Seemann & Co. in Leipzig erlassene, auch in diesem Blatte mehrfach berührte Wettbewerb genannt. An der lebhaften Besprechung darüber theilnahmen sich die Hrn. Alb. Hofmann, v. d. Hude, Otzen, Seeling, Solf und Spindler. Die Versammlung stimmte dem Vorschlage des Hrn. Otzen zu, in der nächsten beschlussfähigen Vereinssitzung einen ständigen Wettbewerbs-Ausschuss zu wählen, dem es obliegt, thunlichst eine Besserung in der Handhabung des deutschen Konkurrenzwesens anzubahnen, indem die Durchführung der in dieser Beziehung vorhandenen Grundsätze strenger beobachtet wird.

Im Saale hatten einige neu eingetretene Mitglieder, die Hrn. Kuhlmann, Toebelemann und Wellmann, eine Reihe von architektonischen Zeichnungen, zumeist Konkurrenz-Entwürfen, zur Ausstellung gebracht und kurze Erläuterungen an sie geknüpft. —

Vermischtes.

Die Stelle eines Konservators der Kunstdenkmäler im preussischen Staate ist z. Z. wieder erledigt, da der bisherige Inhaber derselben, Geh. Ober-Regierungs-Rath Persius, dem aus diesem Anlass der Charakter als Wirklicher Geh. Ob.-Reg.-Rth. verliehen wurde, am 1. April d. J. in den Ruhestand getreten ist.

Durch König Friedrich Wilhelm IV. vor länger als einem halben Jahrhundert ins Leben gerufen, ist dieses Amt bisher nur dreimal besetzt gewesen. Zunächst von 1843 bis 1877 durch Ferdinand v. Quast, dann nach einer dreijährigen Zwischenzeit von 1880 (endgiltig 1882) bis 1885 durch Heinrich v. Dehn-Rotfelser, endlich seit 1886 durch Hrn. Persius, der aus seiner früheren Stellung als Oberhofbaurath und Direktor der Schloss-Baukommission in dasselbe übertrat. Obwohl dem letzteren zunächst nicht die gleiche fachliche Autorität zur Seite stand, welche seine beiden Vorgänger durch ihre selbständigen Arbeiten auf dem Gebiete der Denkmalkunde und Kunstgeschichte sich erworben hatten, so ist es seiner ernsten und selbstlosen Arbeit sowie seinem zielbewussten, aber allezeit sachlichen Auftreten — unterstützt allerdings durch das in immer weiteren Kreisen erwachende Interesse an der Denkmalpflege — trotzdem gelungen, weitaus grössere thatsächliche Erfolge zu erzielen, als jene und den Einfluss der früher nahezu machtlosen Stellung des Konservators wesentlich zu verstärken. Hoch verdienstlich ist insbesondere sein Antheil an der Organisation der Denkmalpflege in den Provinzen.

Dass eine solche in dem erwünschten Umfange erst möglich sein wird, wenn gesetzliche Bestimmungen über den Schutz unserer Denkmäler in Kraft getreten sind und entsprechende Mittel zur Rettung gefährdeter Werke zur Verfügung stehen, ist allen Einsichtigen längst gewiss. Möge es dem künftigen preussischen Landes-Konservator vergönnt sein, dieses Ziel zu erreichen. —

An der Transsibirischen Eisenbahn ist vor kurzem die letzte Strecke von 666 km des die Mandschurei durchquerenden Zweiges der Ussuri-Bahn zwischen Nikolskoje und Kharbin am Sunggari fertig gestellt worden. Während bisher etwa von Nertschinsk an bis Khabarovsk auf mehr als 1500 km anstelle der Beförderung auf der Eisenbahn die Dampfschiffahrt auf dem Amur trat, ist jetzt, abgesehen von der Ueberschreitung des Baikalsees bis Wladiwostok ein zusammenhängender Schienenweg hergestellt. Kharbin ist der wichtige Knotenpunkt, von welchem nach Süden hin die Bahn nach Port Arthur und weiterhin nach Peking führt. —

Der Bau eines Handelshafens in der Wiker Bucht bei Kiel ist, wie schon kurz in No. 25 mitgeteilt wurde, von der Stadtgemeinde Kiel geplant und hierzu eine Summe von 1,1 Mill. M. zur Verfügung gestellt worden. Trotz des kostspieligen Ausbaues des inneren Hafens hat sich die Anlage eines besonderen Aussenhafens als dringend nothwendig erwiesen, da die Ausdehnung der Kaiserlichen und der Germania-Werft den neuen Hafen derart in Anspruch nimmt, dass den Handelsinteressen in demselben nicht mehr genügt werden kann. Es ist vorläufig nur die Schaffung von 500 m Kailänge in der Wik geplant, an welche sich 8000 qm Kaifläche anschliessen. Die zugehörige Wasserfläche, welche gleichzeitig als Schutz- und Liegehafen dienen kann, beträgt 9 ha. Die Marine hat bisher gegen die Anlage eines Handelshafens in der Wiker Bucht stets Einspruch erhoben, man hofft jedoch diesen Widerstand, den man für unbegründet hält, zu überwinden. —

Preisbewerbungen.

Ein Wettbewerb betr. Entwürfe für einen Saalbau im Kaiserpark zu M.-Gladbach wird vom dortigen Bürgermeister mit Frist zum 25. Juli d. J. ausgeschrieben. Es gelangen 3 Preise von 4000, 2000 und 1000 M. zur Vertheilung. Das Preisgericht wird gebildet aus den Hrn. Geh. Brth. Stübgen, Stdtbrth. Heilmann und Ob.-Masch. Mstr. Rosenberg in Köln, Prof. Georg Frentzen in Aachen, Brgrmstr. Piecq, Stadtverordn. Arch. Weigelt, Mus.-Dir. Gelbke und Stdtbmstr. Arendt in M.-Gladbach. Nach Einsicht derselben mehr. —

Einen Wettbewerb zur Erlangung von Skizzen für ein Kreishaus in Zerbst erlässt der dortige herzogliche Kreisdirektor mit Frist zum 20. Mai d. J. Es gelangen 3 Preise von 800, 500 und 300 M. zur Vertheilung. Als Architekten gehören dem Preisrichteramte an die Hrn. Prof. Vollmer-Berlin, Reg.- und Ob.-Brth. Januskowsky-Dessau, Brth. Toelpe und Dir. Prof. Opderbecke in Zerbst. Die auch als Bleistiftskizzen zugelassenen Entwürfe sind 1:200 einzureichen. Unterlagen kostenfrei durch die Kreis-Kommunal-Verwaltung in Zerbst. —

Wettbewerb Rathhaus Dresden. Der Rath der Stadt Dresden theilte uns unterm 4. April d. J. mit, dass „wegen der portofreien Rücksendung der Entwürfe noch Entschliessung gefasst werde“. Wenn wir in dieser Andeutung eine den Theilnehmern des Wettbewerbes entgegenkommende Absicht zu erblicken haben, so wollen wir dieselbe mit Genugthuung hier begrüssen. —

Personal-Nachrichten.

Deutsches Reich. Die char. Mar.-Intend.- u. Brthe. Bugge Zeidler und Wüerst sind zu etatm. Mar.-Int.- u. Brthn. und der Postbauinsp. Brth. Bing in Köln a. Rh. ist z. Postbrth. ernannt.

Braunschweig. Der tit. Reg.-Bmstr. Ebeling ist in den kgl. preuss. Staatsdienst übergetreten.

Elsass-Lothringen. Dem Wasser-Bauinsp. Basse in Strassburg ist der Char. als kais. Brth. mit dem Range der Räte IV. Kl. verl.

Preussen. Versetzt sind: Die Reg.- und Gewerberäthe Grünewald in Hildesheim nach Schleswig, Rittershausen in Schleswig nach Erfurt, Schüler in Breslau nach Hildesheim und Siebert in Erfurt nach Breslau; — die Gewerberäthe Jahr in Neusalz a. O. nach Neisse, Hartmann in Schleswig nach Sangerhausen, Meissner in Eisleben nach Limburg a. d. Lahn, und Kattentidt in Bochum nach Schleswig.

Die Verwaltung der Gewerbe-Inspekt. Berlin S ist dem Gewerbe-Inspekt. Donath, die der Gewerbe-Inspekt. Berlin W dem Gewerbe-Inspekt. Karl Schmidt verliehen.

Die Reg.-Bfhr. Karl Imand aus Wiesbaden, Ernst Seckel aus Berlin, Severin Menzel aus Königsberg i. Pr. und Rich. Blunck aus Heide (Hochbch.), — Walth. Oberlander aus Wusterhausen u. Friedr. Euler aus Oberkaufungen (Masch.-Bfch.) sind zu Reg.-Bmstrn. ernannt.

Der Privatdoz. an der Techn. Hochschule in Hannover Eisenb.-Bau- u. Betr.-Insp. a. D. Hoyer, der Prof. an ders. Hochsch. Troske und der Ob.-Brth. Taeglichsbeck sind zu Mitgl. des Techn. Prüfungsamtes in Hannover, letzterer zugl. z. i. stellv. Vors. ern.

Der Eisenb.-Dir. Sürth in Dortmund ist gestorben.

Sachsen. Der Garn.-Bauinsp. Braunbeck in Bautzen ist behufs Uebertritts in den kgl. württemb. Garn.-Baudienst aus dem Dienste der Militärverwaltung ausgeschieden.

Die Reg.-Bmstr. Bächner, Mirus u. E. Richter sind zu Bauinsp. bei der Staatseisenb.-Verwaltg. und der Reg.-Bmstr. Kolb bei der staatl. Hochbauverwaltg. ist z. Landbauinsp. ernannt.

Der Brth. Wille in Freiberg ist in den Ruhestand getreten.

Sachsen-Weimar. Dem Stadtbrth. Schmidt in Weimar ist das Ritterkreuz II. Abth. des Hausordens der Wachsamkeit oder vom weissen Falken verliehen.

Todtenschau.

Geheimer Baurath Prof. Heinrich Garbe †. Wie wir bei Schluss unserer Nummer vernehmen, ist in diesen Ostertagen, am 6. April, der Geheime Baurath Prof. H. Garbe, Dezernt für die baupolizeilichen Angelegenheiten des kgl. Polizeipräsidiums in Berlin, im Alter von 62 Jahren einer Lungenentzündung erlegen. Die Bedeutung des Verstorbenen, sein den Bestrebungen und natürlichen Bedürfnissen der Baukunst entgegenkommendes liberales Verhalten sind so gross, dass sie nicht mit zwei Worten erledigt werden können, sondern dass wir uns vorbehalten müssen, darauf eingehender zurückzukommen. —

Brief- und Fragekasten.

Hrn. Ing. P. in Hamburg. Sie finden Einiges in der Ztschr. des österr. Ing.- u. Arch.-V., sowie in der Schweizer Bztg. —

Hrn. R. F. in Dresden. Ihren Wunsch dürfte die Verlagsbuchhandlung von A. Schroll & Co. in Wien am ehesten erfüllen können. —

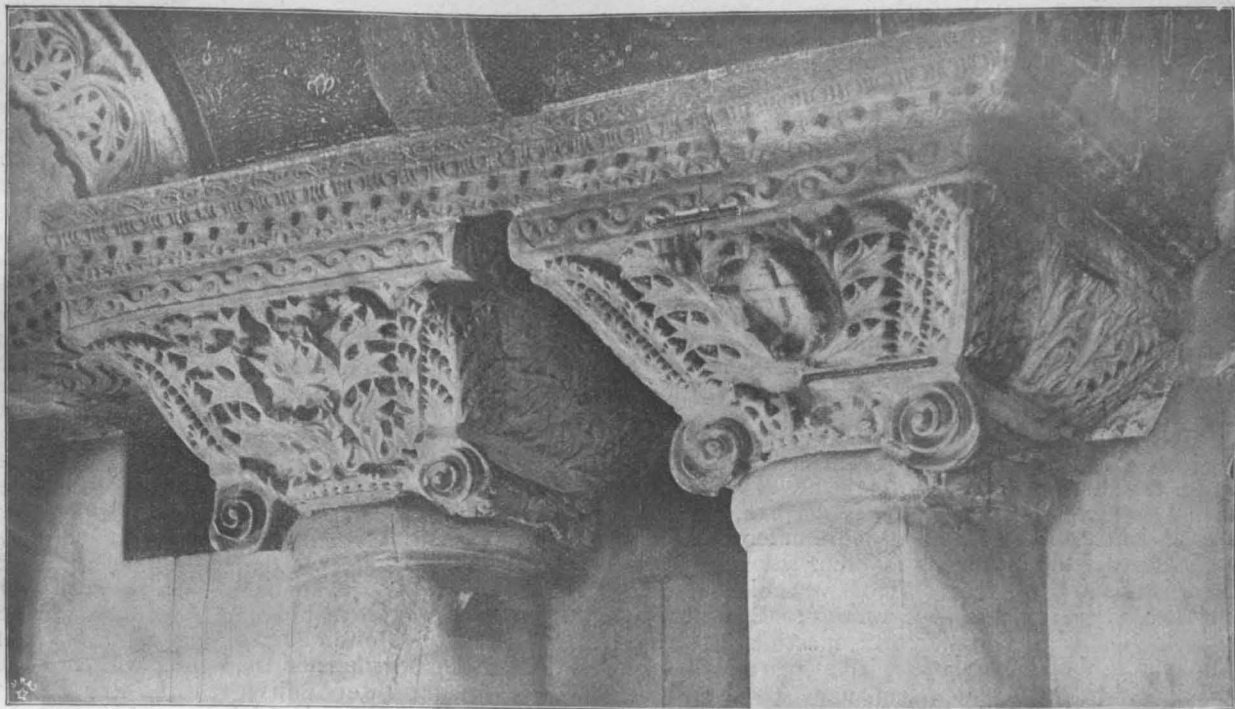
Fragebeantwortungen aus dem Leserkreise.

Zu der in No. 19 abgedruckten, F. St. unterzeichneten Fragebeantwortung, Linoleum auf Gipsestrich betreffend, (vergl. No. 7 Frage 2 u. 3) wurden uns noch folgende Ergänzungen gegeben. Die Firma Schilchs & Wolff, Frankfurt a. M., schreibt: Gipsestrich unter Linoleum wird sich stets bewähren, wenn der Gips gut ist, d. h. auf einen entsprechend hohen Grad erhitzt ist, so dass er die Eigenschaft des Treibens mit Sicherheit verliert, und wenn der Estrich sachgemäss, gleichmässig hergestellt und namentlich nicht zu früh geklopft wird. Zu beiden ist grosse Sorgfalt und Erfahrung nothwendig, man sollte also den Gips nur aus den besten Fabriken beziehen und die Estrichausführung nur an erfahrene Firmen übertragen. Zementestrich ist zu kalt und spröde und bekommt ohne Betonunterlage fast immer Risse. — In ähnlichem Sinne äussert sich die Firma E. Gossel, Ellrich a. H. Von anderer Seite wird einerseits auf Torgament, andererseits auf Terranova als Ersatz für Gipsestrich hingewiesen. Auch bei diesen Materialien wird die sachgemässe Herstellung in erster Linie Bedingung für die Bewährung sein.

Wir halten hiermit die häufig wiederholte Frage der Bewährung des Linoleums auf Gips- und sonstigen Estrichen für uns für abgeschlossen. —

Inhalt: Der Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für ein neues Rathhaus in Dresden (Schluss). — Beitrag zum Kapitel Staubrechnungen. — Mittheilungen aus Vereinen. — Vermischtes. — Todtenschau. — Preisbewerbungen. — Personal-Nachrichten. — Brief- und Fragekasten.

Kommissionsverlag von Ernst Toeche, Berlin. Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann, Berlin. Druck von Wilh. Greve, Berlin SW.



Kapitelle aus San Marco in Venedig.

Die Erhaltung des Strassburger Münsters.



er die neuere Litteratur über das Strassburger Münster verfolgt, wird finden, dass schon im Kriegsjahre 1870 eine baugeschichtliche Studie von F. Adler über dasselbe erschien, in welcher der Beschädigungen gedacht war, die das Bauwerk durch die Belagerung erlitten hatte (vgl. No. 44—52 des Jahrg. 1870 der Dtschn. Bauztg.). Es folgte in No. 23 des nächsten Jahres derselben Zeitschrift ein Nachtrag über die Wiederherstellung der Steinspitze, wobei der Verfasser mit Recht die wohlgelungene Ausführung als einen Beweis hervorhob für die um-

sichtige Leitung und erprobte Erfahrung des Münsterarchitekten Klotz. „Mögen ihm“, so schloss der Aufsatz, „recht bald vonseiten des Deutschen Reiches die Mittel zur Verfügung gestellt werden, um alle übrigen Schäden an dem vaterländischen Baue mit gleicher Sachkenntniss zu beseitigen“. In der That hat das Deutsche Reich schon damals zur Beseitigung der Kriegsschäden im besonderen an den Kunstverglasungen, an der Orgel und an dem Chorgestühl in glasigen, an dem Ausbau des Werkes beständig vorhanden waren, das ohne die hierdurch ermöglichte sorgfältige Pflege wohl schon längst dem Untergange verfallen wäre.“

U. F. W. bestritten wurden. Näheres hierüber hat s. Z. Adler in dem zweiten Nachtrage in No. 43 des Jahrg. 1872 der Dtsch. Bztg. mitgetheilt. Mit grossem Interesse verfolgten die deutschen Architekten die weitere Bauthätigkeit am Münster. Angeregt durch das begeisterte Vorgehen des Bauinspektors Hrn. Schuster, machte sich in Fachkreisen das Bestreben geltend, die dem Ausbau des Kölner Domes gewidmete allgemeine Theilnahme und die werthvollen Arbeitskräfte der leistungsfähigen Kölner Dombauhütte demnächst einem anderen grossen deutschen Bauunternehmen zuzuwenden, wobei in erster Linie das Strassburger Münster ins Auge gefasst wurde. Auf der Tagesordnung der IV. Generalversammlung des Verbandes deutscher Architekten- und Ingenieurvereine zu Wiesbaden im September 1880 stand die Frage der Vollendung des Kölner Domes, des Strassburger Münsters und des Münsters zu Ulm (vgl. No. 79 des betr. Jahrg. uns. Ztg.). Den Hauptbericht über diese Frage übernahm damals Wiethase in Köln, während als Gegenberichterstatter Egle in Stuttgart und Eggert in Strassburg, letzterer im Namen des dortigen Architekten- und Ingenieur-Vereins, auftraten. Indem Wiethase auf die Lage der Bauarbeiten an den beiden Münsterbauten in Strassburg und Ulm näher einging, hob er u. a. hervor: „Das Strassburger Münster sei vor allen anderen deutschen Domen dadurch begünstigt, dass durch die Frauenhaus-Stiftung, die einen jährlichen Ertrag von 100 000—120 000 M. einbringe, von altersher verhältnissmässig reiche Mittel zur Unterhaltung und zum Ausbau des Werkes beständig vorhanden waren, das ohne die hierdurch ermöglichte sorgfältige Pflege wohl schon längst dem Untergange verfallen wäre.“

Dieser Hinweis auf eine anscheinend überaus günstige Lage des Stiftsvermögens hat jedenfalls nächst der Erwägung, dass der weitere Ausbau des

Strassburger Münsterthurmes noch nicht spruchreif sei, bei der denkwürdigen Beschlussfassung mitgewirkt, welche von der Generalversammlung des Jahres 1880 einstimmig angenommen worden ist. Indem der Verband die Vollendung des Kölner Domes als eine kunstgeschichtliche That bezeichnete, welche Deutschland mit einem erhabenen Denkmal der Baukunst bereichert habe, stellte er die Forderung, es möchten in Zukunft die Geldmittel wie für den Kölner Dom beschafft werden zum Weiterbau unvollendeter deutscher Baudenkmäler. Er hielt es für angemessen, dass zunächst für das Münster zu Ulm, dessen Vollendungsbauplan bisher fast ausschliesslich aus den Mitteln des Landes Württemberg gefördert worden, und für welchen feststehende Baupläne vorhanden seien, eine allgemeine deutsche Prämien-Kollekte (Dombau-Lotterie) veranlasst würde. Die Frage der Vollendung des Strassburger Münsters wurde als eine noch offene bezeichnet. Diese Beschlüsse des Verbandes, der Ausdruck inniger Theilnahme an den erhabenen Werken deutscher Vergangenheit, hatten einen grossen praktischen Erfolg zu verzeichnen: kaum 10 Jahre später, am 31. Mai 1890, konnte der Ulmer Münsterthurm mit der Kreuzblume gekrönt werden (vergl. die Berichte in No. 49, 52 und 55 des Jahrg. 1890). Es war wieder ein Ehrentag deutscher Baukunst!

Doch während in Ulm der Thurbau in rüstiger fröhlicher Arbeit emporwuchs, schwebte über dem Werke der Strassburger Hütte ein schweres Verhängniss. Der Architekt des Münsters, Klotz, welcher 32 Jahre unter französischer, 10 Jahre unter deutscher Regierung das Werk Erwins in Treue verwaltet, war schon im Beginn des Jahres 1880 verschieden, und der Meisterstuhl stand 8 Jahre verwaist. Der nächste Nachfolger im Amte, Petiti-Klotz, musste seine Stelle schon nach einigen Monaten niederlegen, und dem Wirken der beiden folgenden Dombaumeister, A. Hartel und F. Schmitz, setzte der Tod ein unerwartet frühes Ziel. Die Werkhütte beklagte den Verlust tüchtiger Meister. Zu der schmerzlichen Trauer, welche über das Denkmal deutscher Baukunst weite Schatten warf, trat bald die Sorge über die Zukunft des Werkes.

Schon die eingehende Untersuchung des Baues durch zwei hervorragende Gothiker, Boeswillwald und v. Schmidt, liess über die nächste Aufgabe der Stiftsverwaltung keinen Zweifel mehr zu: die Erhaltung des überlieferten Baubestandes. Das von ihnen erstattete Gutachten (No. 26, Jahrg. 1889) hatte über die Nothwendigkeit und Dringlichkeit umfassender Maassnahmen und Bauarbeiten aufgeklärt und die Verwaltung zur Bereitstellung grösserer Geldmittel veranlasst, um die technischen Arbeitskräfte zu verstärken und die äussere Instandsetzung des Bauwerkes energisch in Angriff zu nehmen. Auch die Akademie des Bauwesens, welche sich über die weiteren

Baupläne im Jahre 1894 gutachtlich äusserte, hob entschieden die Nothwendigkeit einer sachgemässen und pietätvollen Instandsetzung des geschichtlichen Baudenkmales hervor (vergl. No. 104, 1894). „Es bleibe die schwere und höchst verantwortliche Aufgabe bestehen, in selbstloser Weise und ohne dass die Spuren einer individuellen Thätigkeit sichtbar werden, mit grösster Hingabe und Sorgfalt alle erforderlichen Maassnahmen zu treffen, um den vorhandenen Bestand des National-Denkmales zu bewahren und der Zukunft unversehrt zu erhalten.“

Leider aber trat bald zutage, dass die verfügbaren Baumittel nicht ausreichten, weder zur Erhaltung der Werkhütte, noch zur Erhaltung des Werkes Unser Lieben Frauen. Schon im Jahre 1894 musste eine Einschränkung der Werkhütte verfügt werden und der weiterhin herabgesetzte Kredit der Werkhütte hatte auch eine entsprechende Verminderung der Arbeitskräfte und damit auch der Arbeitsleistung zur Folge. Der Kapitalbestand des Stiftsvermögens war schon durch die begonnene Instandsetzung des Langhauses stark in Anspruch genommen worden und die Haupteinnahmen aus den Pacht- und Zinserträgen der Stifts-Grundstücke und -Häuser gingen von Jahr zu Jahr zurück. Es war daher bei der Aufstellung des Arbeitsplanes, welcher in Form einer Denkschrift U.F.W. im Auftrage der Stiftsverwaltung veröffentlicht worden ist, geboten, nicht nur die bautechnische Seite, sondern auch die bauwirthschaftliche Seite der Aufgabe zu würdigen, welche bei der Pflege des Bauwerkes erfüllt werden muss. Es war dabei nicht nur die Frage wichtig, wie das Bauwerk der Zukunft überliefert werden soll, sondern es musste auch nothwendig auf die weitere Frage eingegangen werden: Wie und mit welchen Mitteln es überliefert werden kann. In begründeter Darlegung wurde darauf hingewiesen, dass der Schwerpunkt der Pflege des Werkes in bautechnischer berechtigter und bauwirthschaftlich gesicherter Arbeit liege. Allein wie die Verhältnisse jetzt liegen, ist nicht einmal Aussicht vorhanden, dass die nothwendige äussere Instandsetzung des Münsters aus eigenen Mitteln der Stiftsverwaltung wird bestritten werden können. Das Maass der nothwendigsten Arbeiten zur äusseren Instandsetzung wurde im vorigen Jahre durch eine eingehende Besichtigung und die erforderlichen Aufnahmen an Ort und Stelle annähernd festgestellt und aufgrund einer übersichtlichen Massenberechnung veranschlagt, soweit überhaupt die Abschätzung der Bauschäden und ihre Abhilfe ohne besondere kostspielige Rüstungen möglich war. Ueber das Ergebniss ist unter dem 24. Juli v. J. dem Hrn. Bürgermeister von Strassburg ausführlich berichtet worden. Neuerdings hat sich auch der Gemeinderath der Stadt mit der äusseren Instandsetzung des Münsters befasst. Der bereits in

Die altchristliche Baukunst in der Auffassung des Architekten.

Nach einem Vortrage des Hrn. Geh. Reg.-Rth. Prof. Chr. Hehl in der „Vereinigung Berliner Architekten“.)

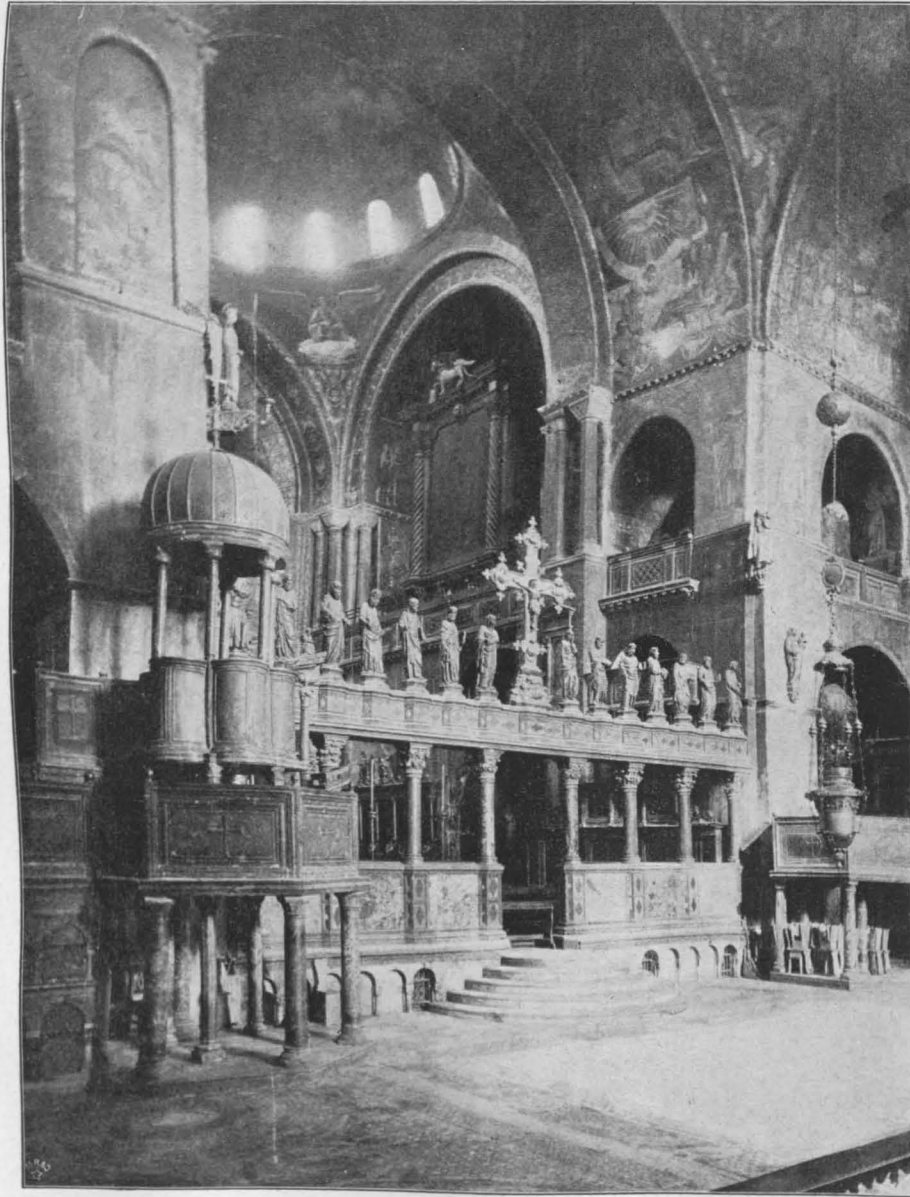
(Hierzu eine Bildbeilage und die Abbildungen auf S. 185 und 189.)

Das Gebiet der altchristlichen Baukunst ist wenig erforscht. Weder die Kunstgeschichte, noch auch die Baugeschichte, weder der nicht zugleich technisch gebildete Kunstgelehrte, noch der zugleich historisch gebildete Architekt haben diesem fernabliegenden, jedoch bei näherer Betrachtung ausserordentlich ergiebigen Gebiete die Aufmerksamkeit zugewendet, welche anderen Perioden der Baukunst zuteil geworden ist. Theilweise mit daher mag es kommen, dass vielleicht für keine Periode der Baukunst sich die Ansichten von Kunstgelehrten und praktischen Architekten so gegenüberstehen, wie hier. Dafür gab der Autor des unter dem vorstehenden Titel in der „Vereinigung Berliner Architekten“ abgehaltenen Vortrages überzeugende Beweise.

Redner war, wie eine Reihe anderer bedeutender deutscher Architekten der Gegenwart, ein Schüler des Gothikers Ungewitter in Kassel. Seine ersten Bauten trugen dementsprechend das gothische Gepräge, bis ihm im Jahre 1884 der Auftrag wurde, die am 21. Nov. 1883 durch Blitzschlag abgebrannte Kirche in Harsum im roma-

nischen Stile auszuführen. Die Kirche wurde am 24. Okt. 1886 eingeweiht; sie war ihrem Urheber auf eine längere Reihe von Jahren aus den Augen gekommen und als er sie nach langer Zeit wiedersah, erlebte er eine schwere Enttäuschung. Eine Reise nach Oberitalien, nach Ravenna und Rom, hatte ihn die grossartigen Eindrücke der altchristlichen Bauwerke, ihre Einfachheit und Grossräumigkeit, ihre natürliche Entwicklung aus den konstruktiven Bedingungen kennen gelehrt und mit diesen Erfahrungen sah er sein altes Bauwerk wieder. Eine tiefgehende künstlerische Wandlung war die Folge, die zunächst in der Garnisonkirche zu Hannover, in einem Entwurf zur Garnisonkirche in Dresden, in der Herz Jesu-Kirche in Berlin und der Rosenkranzkirche in Steglitz bei Berlin zum Ausdruck kam.

San Marco in Venedig übte auf den Besucher einen unvergleichlichen Reiz aus, besonders der reiche Innenraum mit seiner majestätischen Dämmerung und seiner Farbenpracht auf Goldgrund. San Marco ist stilistisch nicht aus einem Guss, es berühren sich spätromischer, byzantinischer und morgenländischer Einfluss. 828 wurden die Gebeine des hl. Marcus aus Alexandrien nach Venedig gebracht und vermuthlich wurde zu ihrer Bergung San Marco im IX. Jahrh. als Backsteinkirche erbaut. Viele Kunsthistoriker meinen als Basilika, was aber doch immerhin zweifelhaft sein kann, denn die dicken Mauern der



AUS SAN MARCO IN VENEDIG *
 PRESBYTERIUM MIT KANZEL
 UND BAPTISTERIUM IN DER
 VORHALLE * * * * *
 ≡ DEUTSCHE BAUZEITUNG ≡
 * XXXV. JAHRG. 1901 — NO. 30 *

der Tagespresse veröffentlichte Kommissionsbericht dürfte wohl die Beachtung der Fachgenossen verdienen. Er lautet:

Im Auftrage des Bürgermeisters hat der Münsterbaumeister am 24. Juli 1900 einen begründeten Bericht erstattet über Umfang und Kostenaufwand der nothwendigen Bauarbeiten zur äusseren Instandsetzung des Münsters; der Bericht hebt zunächst hervor:

„Dass über die Nothwendigkeit, ja Dringlichkeit einer wirksamen Pflege des geschädigten, theilweise im Verfall befindlichen Bauwerkes in Fachkreisen kein Zweifel bestanden, noch besteht, und verweist in dieser Hinsicht auf das Gutachten von Boeswillwald-Schmidt vom Jahre 1888, auf das Gutachten der kgl. Akademie des Bauwesens vom Jahre 1894 und auf die im Jahre 1897 im Auftrage der Stiftsverwaltung veröffentlichte Denkschrift „Unser Frauen Werk“. Nur über die Forderungen der praktischen Baupflege, insbesondere über die Grenzen des erhaltungswerthen Baubestandes seien verschiedene Auffassungen der Fachleute zutage getreten. Leider habe man vor der Wiederaufnahme umfangreicher Wiederherstellungsarbeiten die Aufstellung eines begründeten Arbeitsplanes unterlassen und sich betreffs der wirtschaftlichen Möglichkeit der durchzuführenden Instandsetzung einer Täuschung hingegeben. Schon durch die grösseren Arbeiten an der Südseite des Münsters wurde das Stiftsvermögen derart in Anspruch genommen, dass schon 1895 eine Einschränkung der Werkhütte geboten schien und auch in den folgenden Jahren der Kredit der Bauarbeiten, entsprechend der ungünstigen Finanzlage des Stiftes, herabgesetzt wurde. Da jedoch die Stiftsverwaltung es als ihre vornehmste Aufgabe ansehen muss, für die dauernde Erhaltung und Sicherung des ihrer Obhut anvertrauten Kunstwerkes Sorge zu tragen, erschien es unabweisbar, völlige Klarheit zu gewinnen über den Umfang und den Kostenaufwand der nothwendigsten Arbeiten zur Instandsetzung des Bauwerkes. In diesem Sinne hat sich der Münsterbaumeister der Aufgabe unterzogen, das Maass der nothwendigsten Erhaltungs- und Sicherheitsarbeiten durch eingehende Untersuchung und Aufnahme des geschädigten Baubestandes — soweit dies überhaupt ohne besondere Rüstungen ausführbar war — in Form einer Massenberechnung und eines Kostenüberschlages festzustellen, wobei die Instandsetzung des Langhauses und die des Thurmbaues getrennt behandelt ist. Nach diesem Arbeitsplan, welchem umfangreiche Detailaufnahmen und Berechnungen zu Grunde liegen, wird die weitere Instandsetzung des Langbaues (d. h. des Mittelschiffes, der Seitenschiffe, der Vierung, der Querschiffe, des Chores und der anschliessenden Kapellen), für welche bisher etwa 675000 M. bereits aufgewendet sind, einen weiteren Kostenaufwand von

mindestens 347000 M. beanspruchen. Die Instandsetzung des Thurmbaues, welche durch Einrüsten, Aufnehmen und Ergänzen des südwestlichen Strebepfilers eingeleitet worden ist, wird nach dem Ueberschlage einen Kostenaufwand von mindestens 1612000 M. verlangen. Zu den genannten Summen kommen die weiteren Kosten für allgemeine und besondere Bauleitung im Regiebetrieb, welche zu 294000 M. veranschlagt sind. Es werden somit im Ganzen mindestens 2253000 M. aufzuwenden sein, um den Arbeitsplan zur äusseren Instandsetzung des Münsters ausführen zu können. Nach Ansicht des Münsterbaumeisters kann für die Ausführung ein Zeitraum von 20 Jahren als zulässig angesetzt werden unter der Voraussetzung, dass für die Bauarbeiten auf eine ständige, gut organisirte, der schwierigen Aufgabe gewachsene Werkhütte gerechnet werden kann. Unter dieser Annahme müssten somit jährlich mindestens 112650 M. oder rund 115000 M. zur Verfügung stehen.

Nur durch eine möglichst baldige Beschaffung ausreichender Baumittel werde die Stiftsverwaltung instand gesetzt sein, der schwierigen und verantwortlichen Pflege des Strassburger Münsters gerecht zu werden.“

Die Kommission erkennt im allgemeinen die Nothlage des Stiftes an, welches nicht instande sein werde, aus eigenen Mitteln die geplante äussere Instandsetzung des Münsters durchzuführen, und das um so weniger, da andererseits für die Zwecke der kirchlichen und gemeindlichen Nutzniessung des Werkes Unserer lieben Frau weitere grössere Ansprüche an das Stiftsvermögen schon jetzt und voraussichtlich noch weiterhin gestellt werden. Wenn die Beschaffung der nothwendigen Baumittel nicht, wie in zahlreichen anderen Städten, durch eine Lotterie möglich sein sollte, so müsste auf eine Unterstützung durch grössere Staatsverbände gerechnet werden, da die Mittel des Stiftes für diese Aufgabe bei weitem nicht reichen. An der Erhaltung des Strassburger Münsters als eines der hervorragendsten Baudenkmäler hat nicht nur die Stadt Strassburg, sondern auch das Reichsland Elsass-Lothringen und im weiteren Sinne das deutsche Reich ein grosses Interesse. Es ist deshalb anzunehmen, dass sowohl der Landesausschuss von Elsass-Lothringen als auch der Reichstag einen Antrag unterstützen wird, nach dem Vorgange bei vielen anderen deutschen Baudenkmalern, mit einem angemessenen Kostenbetrag auch zur dauernden Unterhaltung des Strassburger Münsters beizusteuern. Die Kommission beantragt, dass der Gemeinderath hiernach die weiteren Schritte zur Beschaffung ausreichender Baumittel für die Instandsetzung des Münsters unternehme.

Die Angelegenheit wird an die Frauenstiftskommission zurückverwiesen. —

Apsiden lassen auf einen ausgebildeten Gewölbebau schliessen. Jedenfalls hat 976 ein Brand dieser Kirche stattgefunden, welcher die Folge hatte, dass sie zu der heutigen Grundrissform des griechischen Kreuzes erneuert wurde und zwar bis etwa 1043. In den Jahren 1071 bis 1084 wurde das Innere mit Marmor und Mosaiken verziert und erst im XII. und XIII. Jahrhundert ist das Aeusserere mit Marmor und zumtheil antiken architektonischen Ueberresten verkleidet worden. Es ist also fast ununterbrochen von einem Dogen zum anderen an dem Werke gebaut worden und selbst im XV. Jahrhundert sind noch gothische Zuthaten hinzugekommen.

Auf der einsamen Insel Torcello, früher ein Bischofssitz, heute still und menschenleer, waren es der Dom Sa. Maria und der Zentralbau Sa. Fosca, beide aus dem VII. Jahrhundert, welche den Redner besonders anzogen. Beide Kirchen haben vom IX. bis XII. Jahrhundert geschickte Wiederherstellungen erfahren. Nach der formalen Behandlung des Inneren von Sa. Maria, wo ältere antikerömische und mittelalterliche Formen zusammenwirken, ist anzunehmen, dass schon eine frühere Kirche bestanden haben muss, deren Nachbildung die jetzt noch erhaltene ist, denn diese Nachbildung entspricht dem Geiste der basilikalen Kirchenanlage des IV. Jahrhunderts: drei Schiffe mit drei Chören. Prachtvolle Mosaiken finden sich namentlich im Chor. Motive der hochinteressanten Zentralanlage

von Sa. Fosca hat Redner zuerst bei der St Elisabeth-Kirche in Hannover und später am Chore der Herz-Jesu-Kirche in Berlin benutzt. Die Wanderung berührte sodann Murano mit seinem herrlichen Backstein-Dom, dessen aus dem XII. Jahrhundert stammende Chorseite insbesondere von grosser Schönheit ist.

In Ravenna zog es den Redner zuerst nach Nazaro e Celso, nach dem Grabmal der Galla Placidia, mit seinen herrlichen Mosaiken, unter welchen besonders der gute Hirte über dem Eingang hervorragt. Die Anlage ist gute Hirte über dem Eingang hervorragt. Die Anlage ist noch ein echter Kreuzbau, mit einer Kuppel über der Vierung, 450 noch ganz im römischen Geiste erbaut. Dann ging die Wanderung zum Grabmal des Theodorich, ernst und schwermüthig, ein Mausoleum für die Ewigkeit; weiterhin zu den beiden Apollinariskirchen, Nuovo und in Classe. Nuovo wurde 504, noch unter Theodorich († 526), als 3-schiffige Basilika mit korinthisirenden Säulen erbaut und von 553—560 im Mittelschiff mit herrlichen Mosaiken ausgestattet. S. Apollinaris in Classe ist die besterhaltene Kirche von Ravenna, liegt aber sehr vereinsamt. Sie wurde 534 begonnen und 549 als ein Prachtbau von feinen Verhältnissen vollendet. Prachtige Mosaiken schmücken wieder das Innere. Das Aeusserere, vor einem Hintergrund dunkler Pinien, weit und breit kein Haus, bietet ein unvergessliches Bild von schauerlich-schönem Eindruck dar. Dieses Bild schwebte dem Redner vor, als er die St. Bernwards-

Wie sich auch der Gemeinderath der Stadt Strassburg zu der Frage der Erhaltung des Münsters stellen möge, es ist kaum anzunehmen, dass die Stadtverwaltung einen ansehnlichen Betrag zur Instandsetzung des Bauwerkes beisteuern kann und wird. Fraglich bleibt es auch, ob das Reichsland einen beträchtlichen Zuschuss leisten wird, sodass am ehesten noch vom Deutschen Reiche Hilfe zu erwarten ist.

Wie schon J. Kohte in dem vorjährigen Aufsatz „Vom Münster in Strassburg“ (vergl. Denkmalpflege 2 u. 3 1900) betont hat, bleibt vor der Hand die Beschaffung der Baumittel die wichtigste Frage, die gelöst sein will: „Das Strassburger Münster ist eines unserer hehrsten Nationaldenkmäler, für welches jeder Deutsche sich begeistert; die Sorge für die Pflege und Erhaltung des Werkes muss aber auch als eine Ehrensache des Deutschen Reiches gelten“. Dieser Gedanke wird wohl in den Herzen aller deutschen Fachgenossen einen lebhaften Widerhall finden.

Jedem Fachmanne, welcher in letzter Zeit Gelegenheit hatte, das Strassburger Münster eingehender zu besichtigen, wird es verständlich sein, dass die Erhaltung dieses geschichtlichen Bauwerkes eine beson-

ders schwierige und eine dringliche geworden ist; bei ihrer Lösung mitzuwirken, werden gewiss viele deutsche Fachgenossen bereit sein. Vor nunmehr 20 Jahren hat der Verband der deutschen Bauleute zu der vorgeschlagenen Vollendung des Strassburger Münsters Stellung genommen; es dürfte wohl an der Zeit sein, die jetzige Frage der Erhaltung des Strassburger Münsters auf die Tagesordnung der diesjährigen Abgeordneten-Versammlung des Verbandes zu setzen. Bei der jetzigen Nothlage verdient diese Frage eine gründliche Erörterung und Beurtheilung in bautechnischer und bauwirtschaftlicher Richtung, und das Ergebniss der Berathungen wird nicht nur dem Strassburger Münster, sondern auch allen geschichtlichen Bauwerken zugute kommen, deren Wohl und Wehe den Freunden und Pflegern deutscher Baukunst am Herzen liegt. Die Vereinigung gleichgesinnter und gleichstrebender Fachgenossen hat im deutschen Bauwesen schon manche grosse That geleistet — möchte es dem Verbands der deutschen Fachgenossen gelingen, Mittel und Wege zu finden, das ehrwürdige Werk deutscher Meister in den Reichslanden dem deutschen Volke sicher zu bewahren! —

Arntz.

Ueber die geplante Donau-Main-Grossschiffahrtsstrasse.

Vor einiger Zeit hielt in München der nunmehrige Leiter des bayer. Kanalproj.-Büreaus, königl. Bauamtmann Faber, einen sehr interessanten Vortrag, dem wir nachstehenden Auszug entnehmen. Redner gab zuvörderst einen kurzen Rückblick auf die von seinem Amtsvorgänger, dem nunmehrigen Reg.- und Kreis-Brth. Hensel-München, bereits bearbeiteten Studien, welche sich auf die Linie Kelheim-Bamberg, d. i. den eigentlichen Donau-Main-Kanal erstreckten. Da die Dtsch. Bztg. bereits im v. J. hierüber eingehend berichtete, so sei nur wiederholt, dass die Kosten dieser Strecke sich auf rd. 130 Mill. M. berechnen, und dass es keinem Zweifel unterliegt, dass das nöthige Speisewasser unter der Voraussetzung, dass beim Aufstieg aus dem Altmühlthal und beim Abstieg in das Pegnitzthal wassersparende Hebewerke angewendet werden, vorhanden ist, bezw. beschafft werden kann.

Der Vortragende befasste sich nun hauptsächlich mit der Wasserstrasse zwischen den Städten Bamberg und Aschaffenburg. Die reine Kanalisierung des Mains zwischen diesen Punkten ist zwar ausführbar, jedoch würden hierzu mindestens 55 Stauufen mit einem mittleren Gefälle von 2,23 m und einer mittleren Haltungsänge von nur 5,6 km erforderlich. Ein Rheinschiff müsste alsdann von Mainz bis Bamberg auf 391 km Länge 68 Schleusen passiren. Unter solchen Verhältnissen ist ein wirtschaftlicher Betrieb namentlich im Wettbewerb mit den viel kürzeren Bahnlinien nicht möglich. Etwas längere Haltungen kann man schaffen durch Vertiefung des Flussbettes des Main, doch ist der hieraus entstehende Gewinn nicht wesentlich, dafür die Kostenmehrung sehr bedeutend. Vortheilhafter erscheint die Anlage eines Seitenkanales, oder, da ein solcher auf die ganze Thallänge wegen der örtlichen Verhältnisse nicht

möglich ist, eine Verbindung von Kanalisierung und Seitenkanal, wie diese auch mit Erfolg z. Zt. an der Moldau in Böhmen angewendet wird. (Auch der Entwurf des Brths. Hensel über die Führung des Kanals im Altmühlthal hat dieses System zugrunde gelegt.) Auf diese Weise erhält man ausser den schon bestehenden 3 Wehren (Bischberg, Schweinfurt und Würzburg) noch deren 17, während sich die Anzahl der Schleusen, also auch der Haltungen, zu 23 ergibt, sowie eine Länge der letzteren von i. M. 13 km. Dabei sieht Faber vor, diesem Schiffahrtswege zwischen Aschaffenburg und Bamberg derartige Abmessungen zu geben, dass auf demselben die grössten Rheinschiffe mit 1500 t Ladung bis nach Bamberg gelangen können. Die Möglichkeit der Speisung des Kanales erscheint gesichert; die Seitenkanäle sind als Werkkanäle gedacht mit einem Querschnitt von 90 qm und einer mittleren Wassergeschwindigkeit von 0,35 m, so dass sich in denselben rd. 31,5 Sek./cbm Wasser bewegen, welche an den 6—7 m hohen Schleusen Wasserkräfte von 2500 bis 3000 P.S. zur Verfügung stellen, welche in erster Linie zu einem billigen Schiffszuge und im Weiteren zur Benutzung für Industrie und Landwirthschaft zur Verfügung stehen. Dass am unteren Main die Ausnutzung der Wasserkraft der Stauwehre noch nicht erfolgt ist, hat seinen Grund darin, dass die hierzu nöthigen Anlagen nicht sofort eingebaut worden sind; der nachträgliche Einbau derselben würde zuviel kosten, sodass dann vorläufig wenigstens eine erspriessliche Rente nicht zu erwarten wäre.

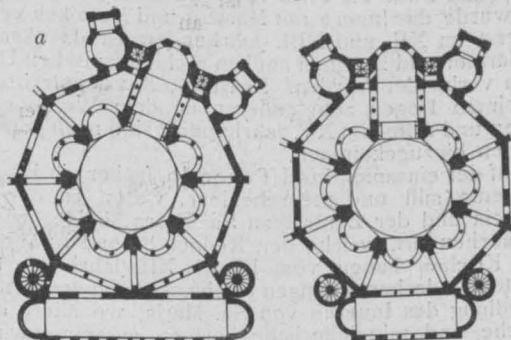
Mit kurzen Worten streifte Redner auch die von vielen Seiten inbetracht gezogene Möglichkeit der Abschneidung der Mainkrümmungen. Das Ergebniss der vorgenommenen Studien ist dahin zusammenzufassen, dass es nicht angezeigt ist, diesen Gedanken noch länger inbetracht zu

vielmehr, dass die schräge Lage vom Architekten absichtlich gewählt wurde, um eine grössere Vorhalle und mehr Zugänge zum Kirchenraum schaffen zu können (a). Die Orientierung der Kirche ist streng nach Osten erfolgt. Das

San Vitale, die herrliche Schöpfung des VI. Jahrhunderts, wird gewöhnlich als eine Hauptschöpfung der byzantinischen Architektur in Anspruch genommen. Dehio z. B. hält sie nach Anlage und Ausbildung für völlig byzantinisch. Nach Ansicht des Redners aber ist die Grundrissanlage auf ein römisches Motiv vom Tempel der Minerva Medica zurückzuführen; auch die Einzelheiten sind mehr römisch, als ausgesprochen byzantinisch. Die Kirche wurde noch unter Theodorich 524 begonnen und 534 vollendet, also in einer Zeit, in welcher Byzanz noch nicht Herr von Ravenna war, denn erst 539 wird dieses durch Belisar gewonnen. Eine Eigenheit der Ravennatischen Bauten ist der Kämpferblock; er ist aus einer konstruktiven Nothwendigkeit entstanden. Da durch den Gewölbebau dicke Mauern nöthig wurden, dieselben aber vielfach von zarten korinthischen Kapitellen, die römischen Bauten entnommen waren, getragen wurden, so ergab sich die Nothwendigkeit, einen Zwischenheil zur Aufnahme der Last zwischen Stütze und Bogen einzuschieben.

Der schräg gestellte Narthex, welcher nicht der Hauptaxe der Kirche entspricht, soll nach der geläufigen Ansicht der Kunsthistoriker der vorbeiziehenden Strasse seine Lage verdanken. Redner theilt diese Ansicht nicht, glaubt

innere ist wiederum mit kostbaren Mosaiken geschmückt. In konstruktiver Beziehung ist zu erwähnen, dass bei dieser Kirche auch die Anfänge der Strebepfeiler zu suchen sind. —



San Vitale 0 10 20 30 m in Ravenna.

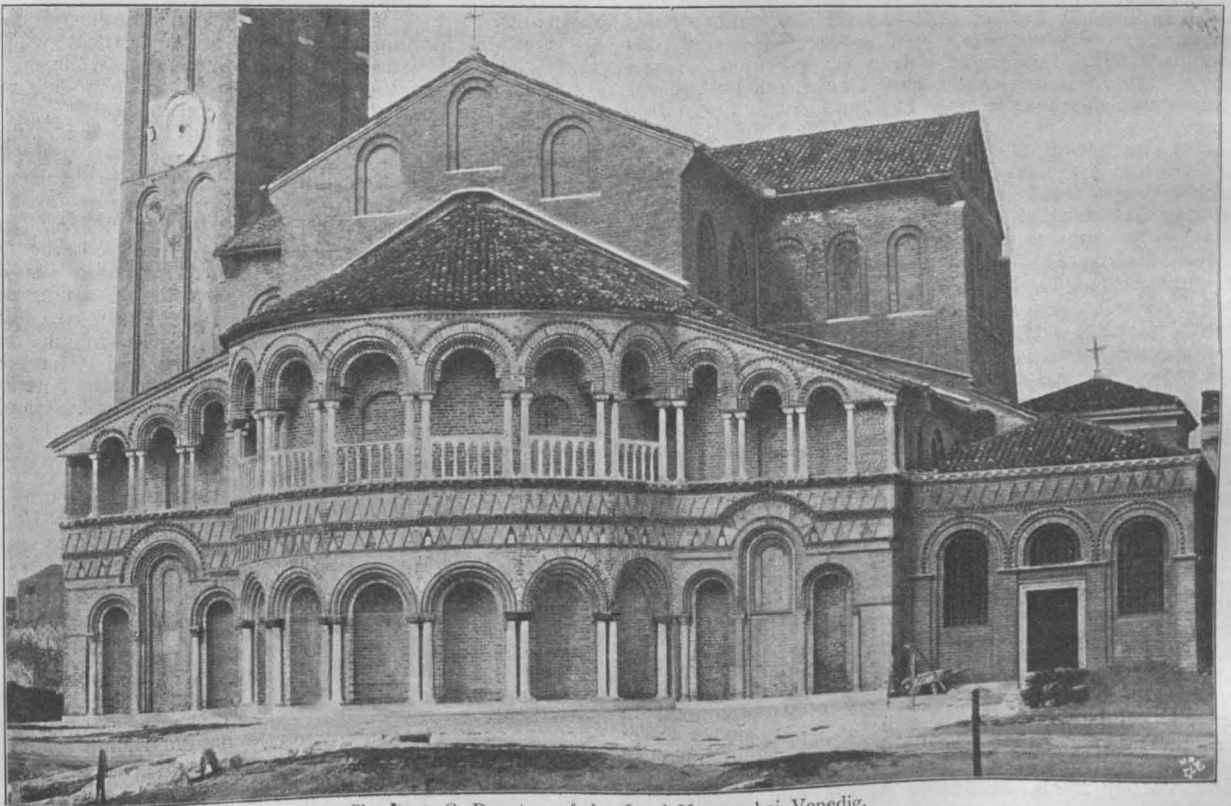
(Schluss folgt.)

ziehen, denn theils würden diese Linien für den Betrieb nicht wesentlich günstiger, z. B. Lohr-Aschaffenburg, theils werden die Kosten und die Bauschwierigkeiten unverhältnissmässig hohe, und schliesslich ist bei einer solchen Lösung jede Möglichkeit ausgeschlossen, Schiffe mit 1500^t

grosse Höhen hinaufgehoben werden und auf der anderen Seite ebensoviel wieder herabfallen, was nur mittels grossartiger Hebewerke geschehen könnte, während auf dem Thalwege die gewöhnliche altbewährte Schleuse überall anwendbar ist. Die Kosten des Grossschiffahrtsweges Bam-



Sa. Fosca auf der Insel Torcello bei Venedig.



Chor von S. Donato auf der Insel Murano bei Venedig.

Ladevermögen bis nach Bamberg zu bringen. Vergleichende Berechnungen haben ergeben, dass die Baukosten dieser Abkürzungslinien in umgekehrtem Verhältniss zu nehmen sind, wie die Längen gegenüber dem Thalwege sich verkürzen. Dabei müssten die grossen Lasten wiederholt auf

berg-Aschaffenburg mit rd. 300 km Länge würden bei Anwendung der reinen Kanalisierung etwa 80 Mill. M., nach dem gemischten System dagegen etwa 120 Mill. M. erfordern. Hiernach käme der Grossschiffahrtsweg Kelheim-Aschaffenburg auf rd. 250 Mill. M. zu stehen. —

Architekten-Verein zu Berlin. Versammlung vom 25. März 1901. Vors. Hr. Grassmann, anwes. 36 Mitgl. Es wurden an diesem Abende die 10 Ausschüsse gewählt, welchen die ständigen Arbeiten des Vereins übertragen sind. Im übrigen füllte den Abend ein Vortrag des Hrn. O. Stiehl über „Anfänge des deutschen Hausbaues“. Den interessantesten, eingehenden Mittheilungen des Redners, die mit Beifall aufgenommen wurden, entnehmen wir den nachstehenden kurzen Gedankengang.

Das Wohnhaus des Mittelalters in Deutschland in seiner reichen, späteren Ausbildung erscheint uns in seiner malerischen Gestaltung zwar als ein glänzendes Vorbild, es erweckt aber vielfach den Anschein, als habe bei seiner Anlage Grundsatzlosigkeit gewaltet. Es wird dabei zu wenig beachtet, dass die jetzige Benutzungsweise, die Einteilung der Räume usw. ganz anders ist, als in der ursprünglichen Anlage. Wir müssen uns, wenn wir volles Verständniss gewinnen wollen, in die alten Bedingungen hineindenken und dabei zurückgehen bis auf die ersten Entwicklungsstufen des deutschen Wohnhauses. Es ist davon freilich wenig mehr vorhanden, aber in alten Schriftstellern, alten Gesetzen (lex salica), in Inventarien der Domänen aus der Karolingischen Zeit, in den Werken der Mönche, alten Historien usw. findet sich mancher Aufschluss über das ursprüngliche deutsche Haus. Es zeigt sich dabei jedoch ein grosser Unterschied in der Kultur der verschiedenen Gegenden Deutschlands. Bis fast zum 16. Jahrhundert ist Deutschland ein Kolonisationsland, und so findet sich oftmals alte Kultur neben ganz neuen, primitiven Einrichtungen auf neuer Rodung. Zudem stand der Süden noch stark unter dem Einflusse Roms, während sich im Norden eine rein bauerliche Kultur vorfand mit äusserst einfachen Verhältnissen, wo jeder mit den Erzeugnissen seines Bodens nicht viel anderes anzufangen wusste, als sie selbst zu verbrauchen. Daher auch der häufige Wechsel des Hoflagers der Fürsten von einem Besitzthum zum anderen. Ueberall findet sich die zerstreute Wohnweise, nicht nur da, wo man in Einzelhöfen hauste, sondern auch da, wo man sich zu Dörfern zusammenschloss. Auch hier lag jedes Gehöft für sich, auf welchem der freie Mann als Herr schaltete, jedem Asylrecht gewähren konnte, soweit des Schwertes Spitze über den Grenzzaun reichte. Das Haus in seiner ursprünglichen Gestalt zeigt bei quadratischem oder auch rundem Grundriss in Erinnerung des alten Nomadenlebens zunächst das Zeltdach, an dessen Stelle viel später der Giebel, das Satteldach tritt. Das ganze Innere zeigte einen grossen Raum, ohne Zwischenwände, ohne Decke, nur bei grosser Ausdehnung eine Mittelstütze. In Skandinavien findet sich diese Form bis in das 16. Jahrhundert hinein. Neben diesem Hauptraum entstehen eigene Häuser zu den verschiedensten Zwecken, eine Halle zu Festen, Schlafhäuser, Badestuben, das Frauenhaus, das vielfach über unterirdische Getreidesilos, selbst etwas in die Erde gesenkt, also warm, angelegt wurde. Die Bauart ist eine sehr leichte, Reisig, Flechtwerk zu den Wänden, später auch festere Konstruktion, Pfahlwerk, Block- und Fachwerkbau. Der Fussboden liegt in Erdhöhe, oder auch schwebend über derselben, wie z. B. in der Kaiserpfalz zu Aachen. Die Wände werden auf der Innenseite mit Teppichen, Fellen bedeckt, später auch mit Holzvertäfelung. Fenster sind nicht vorhanden, nur dicht unter der Dachtraufe eine Reihe kleiner Oeffnungen, die „Augenthore“, im Norden „Windthore“ (das englische window). Durch eine Oeffnung im Dache tritt die Luft ein, zieht der Rauch des Feuers ab, das auf dem Herde, d. h. ursprünglich auf der flachen Erde, die später durch einen Lehm Schlag geschützt wird, brennt. Das Haus ist unverschlössen, erst sehr viel später lernte man das Schloss in der Form des uralten Hakenschlosses kennen (das schon die Aegypter verwendeten). Ueberaus einfach war auch der Hausrath, dessen Mittelpunkt der Stuhl, der Ehrensitz neben dem Feuer, bildete.

Erst spät kommt der Steinbau von Süden zu den Deutschen, zuerst nur zu den Fundamenten, dann auch zum Aufbau verwendet. Karl der Grosse muss noch zu seinen Steinbauten Lombarden heranziehen, da er keine geeigneten Werkleute besitzt. Mit dem Steinbau wird auch der zweigeschossige Bau eingeführt. Der Söller mit dem flachen Dach, in dessen Anlage und Konstruktion zunächst viele Fehler gemacht werden, sodass wir aus alten Berichten von häufigen Zusammenstürzen hören. Für den unteren Raum wird nun auch das Fenster nöthig, das aber selten, selbst in den Kirchen, Verglasung erhält. Sogar die Pfälzen der Hohenstaufen aus dem 12. Jahrhundert zeigen für die Haupträume noch keine Verglasung. Noch bis ins 16. Jahrhundert ist eine solche in gewöhn-

lichen Bauten eine Seltenheit. Es stellt sich nun auch das Verlangen nach Mehrzweckigkeit ein. Die Pfalz Karls des Grossen besass schon eine Reihe von Einzelräumen unter demselben Dach, denn es wird berichtet, dass der griechische Gesandte 5 Zimmer durchschreiten musste, ehe er in das Gemach des Kaisers kam. Zu gleichen Anordnungen führt in den Dörfern der Platzmangel infolge der Vermehrung der Sippe, die einzelnen Gehöfte schieben sich dichter an einander, und die bisher in Einzelbauten untergebrachten Anlagen werden unter einem Dache vereinigt. Es bildet sich der Typus des sächsischen und friesischen Bauernhauses. Die mehrgeschossige Anlage zwingt dann auch zum Bau von Schornsteinen, die aber erst sehr spät bis über Dach geführt werden. In Bremen wanderte z. B. erst 1453 der erste Schornsteinfeger aus der Fremde ein, ein Beweis dafür, dass die Schlotte bis dahin nur vereinzelt bestanden haben können. Das freie Feuer ist aber noch immer der Mittelpunkt des Hauses. Erst 1514 wird in Genf als besondere Merkwürdigkeit der erste Ofen gesetzt. Allerdings hatte man in manchen Gegenden schon länger durch Einschlebung des von aussen heizbaren Backofens in das Hausinnere dessen Räume mit zu erwärmen gesucht. Die gesteigerten Lebensbedürfnisse machen sich auch nach anderer Richtung bemerkbar, es entstehen besondere, meist durch einen langen, engen Gang mit dem Hause verbundene Aborträume, die man in den Klöstern übrigens schon länger kannte, z. Th. sogar in sehr opulenter Weise angelegt hatte. Neben dem Hause entsteht dann auch der Garten, der bisher unbekannt war, allerdings zunächst nicht als Ziergarten, sondern um Nutzpflanzen, Arzneikräuter usw. zu ziehen.

Im 9. bis 10. Jahrhundert setzt die etwas reichere Ausgestaltung ein und es entwickeln sich dann allmählich, folgerichtig das einfache Handwerkerhaus, das reiche Patrizierhaus. Was jetzt in ihrer Anlage unklar erscheint, sind Zuthaten späterer Zeiten. Die ursprünglichen Anlagen waren durchaus zweckentsprechend, den persönlichen Bedürfnissen der Bewohner angepasst. — Fr. E.

Arch.- und Ing.-Verein für Niederrhein und Westfalen. Vers. vom 14. Jan. 1901. Vors.: Hr. Stübgen. Anwes.: 44 Mitgl.

Der Schriftführer berichtet über das Vereinsleben des verfloffenen Jahres. Der Verein zählte am 1. Januar 1901 240 Mitglieder, 133 einheimische und 107 auswärtige. 1900 fanden, ausser der Festsitzung anlässlich des 25jährigen Stiftungsfestes, 11 Vereinsversammlungen statt, die von durchschnittlich 30 Mitgliedern besucht waren. An 7 Abenden wurden Vorträge gehalten, während in 4 Versammlungen Vereinsangelegenheiten behandelt und kleinere technische Mittheilungen gemacht wurden.

Am 21. März fand eine Besichtigung des neuen grossen Wasserbehälters und der stadtkölnischen Elektrizitätswerke am Zugweg, und am 1. Juni eine Besichtigung des neuen Kunstgewerbe-Museums am Hansaring statt.

An dem anlässlich der Pariser Weltausstellung stattgehabten internationalen Architekten-Kongresse theilte sich der Verein sehr zahlreich und übernahm für die übrigen deutschen Kongresstheilnehmer die Führung und alle geschäftlichen Veranstaltungen für Reise und Aufenthalt. Der Vorsitzende giebt unter lebhafter Zustimmung dem einmüthigen Urtheile über den würdigen und glanzvollen Verlauf des Stiftungsfestes Ausdruck, das dem Ansehen des Vereins nach aussen grossen Vorschub geleistet und für sein inneres Leben einen kräftigen Anstoss gegeben habe. Er stattet namens des Vereines dem aus den Hrn. Kaaf, Kleefisch und Siegert bestehenden Festausschusse lebhaften Dank für die umsichtige und erfolgreiche Vorbereitung des Festes ab.

Aufgenommen werden die Hrn.: Reg.-Bmstr. Frielingsdorf, Eisenb.-Bau- u. Betr.-Insp. Rohlfis, Eisenb.-Bau- u. Betr.-Insp. Gerh. Müller, kgl. Brth. u. Stdtbrth. a. D. Wingen, Ing. Schäfer und Stdtbauinsp. Wattmann.

Es werden die Hrn. Mettegang, Schreiber und Wille neu und Hr. Schott wieder in den Vorstand auf 2 Jahre gewählt. Anstelle des Hrn. Schellen wird Hr. Kleefisch auf 1 Jahr in den Vorstand gewählt. Zum Vorsitzenden für das Jahr 1901 wird Hr. Stübgen wiedergewählt, der die Wahl unter lebhaftem Beifall annimmt.

Zu Mitgliedern des Ausschusses für Ausflüge und Festlichkeiten werden die Hrn. Kleefisch, Bäderker und Siegert, zu Mitgliedern des Bücherei-Ausschusses die Hrn. Mewes, Schott und Unna, zu Rechnungsprüfern die Hrn. Bolte, Eberhard und Paffgen, zu Verbands-Abgeordneten die Hrn. Kaaf und Stübgen gewählt. Falls einer der letztgenannten beiden Herren verhindert sein sollte, wird der Vorstand ermächtigt, einen Ersatzmann zu bestimmen. —

Vermischtes.

Ausbildung der Stirnmauern auf überschütteten Gewölben zur Verminderung des ungünstigen Einflusses des Erddruckes. Bei Brückengewölben nach der bestehend skizzirten Bauart ist eine Inanspruchnahme des Gewölbemauerwerkes in der Längsaxe auf Zug infolge des von der Erdüberfüllung gegen die sie stützende Gewölbestirnmauer ausgeübten Druckes unvermeidlich. Bei höherer Auffüllung und unter Erschütterungen, wie solche insbesondere bei Gewölben unter Eisenbahndämmen vorkommen, kann diese Inanspruchnahme sehr bedeutend werden und das Gewölbemauerwerk zerreißen. Nach der meistens angewendeten Theorie wirkt bekanntlich der Erddruck (E) gegen eine die Erde stützende Wand (a) unter einem Winkel, welcher mit der Normalen (N) zur letzteren den Reibungswinkel (ϱ) der verwendeten Erde einschliesst. Je mehr sich die Richtung der Kraft E der Lothrechten nähert, desto kleiner wird ihre wagrechte Seitenkraft $E \cdot \cos(\varrho + 90 - \alpha)$, welcher die zulässige Zugspannung des Gewölbemauerwerkes das Gleichgewicht halten soll.

Stellt man nun die Bedingung, dass auf die Einheit der Fläche (f) die Zugspannung im Gewölbemauerwerk die Grösse (s) nicht überschreiten darf, so erhält man die Bedingungs-

$$E \cdot \cos(90^\circ + \varrho - \alpha) \leq s \cdot f,$$

setzt man $-(\varrho + \alpha) = \sigma$, so erhält man

$$\sin \sigma \leq \frac{s \cdot f}{E};$$

hieraus kann der Winkel σ berechnet werden. Der Winkel α , unter welchem die hintere Begrenzungswand (a) der Abschlussmauer gegen die Horizontale geneigt sein soll, ergibt sich dann aus $\alpha \geq \varrho + \sigma$.

In den Fällen, in welchen ein Wölbmaterial verwendet werden soll, welches nur eine geringe Zugfestigkeit besitzt und in welchen ausserdem das Gewölbemauerwerk nicht schon wegen der geforderten Tragfähigkeit des Gewölbes an sich eine auch der oben gestellten Bedingung entsprechende Stärke erhalten muss, wird sich für den Winkel α der hinteren Begrenzungswand der Abschlussmauer mit der Horizontalen also ein Werth ergeben, welcher kleiner ist als 90° und um σ grösser sein kann, als der Reibungswinkel ϱ .

Die auf solche Weise nach hinten geböschte Abschlussmauer wird zwar etwas mehr Mauerwerk erfordern, als eine steiler gehaltene Mauer; es wird aber hierdurch nicht nur die Inanspruchnahme des Gewölbemauerwerkes auf Zug auf das zulässige Maass beschränkt, sondern es wird auch gleichzeitig der Widerstand der Mauer gegen Drehwirkungen und wegen des grösseren Gewichtes gegen Abschieben von dem Gewölberücken vermehrt. —

Fries, Bez.-Ing. in Bamberg.

Der Stadtbaumeister von Reutlingen. Zu dieser S. 164 berührten Angelegenheit erhalten wir eine Zuschrift, deren wesentlichen Inhalt wir im folgenden wiedergeben: „Das Ausschreiben des Reutlinger Stadtrathes im „Schwäb. Merkur“ berührt die Werthschätzung der Technik nicht, und nichts lag dem Reutlinger Stadtrath ferner, als eine Geringschätzung der akademischen Techniker. Der Stadtrath handelte einfach nach der üblichen, von den akademischen Technikern selbst gebildeten Tradition. Denn von sämtlichen Stadtbaumeisterstellen Württembergs sind nur 2 mit akademischen Technikern besetzt und zwar deshalb, weil die letzteren nie solche Stellen wünschten, da ihnen Gehalt, Beschäftigung und namentlich die Aufsichtsbehörde nicht zusagten. Noch nie haben die akademischen Techniker Württembergs das Verlangen geäussert, in den Korporationsdienst der Amtsstädte zu treten und so hat sich die Sitte ausgebildet, hierfür Techniker aus der Baugewerkschule zu verwenden. Hierbei wird dann darauf gesehen, dass solche Bewerber die halbstaatliche Werkmeisterprüfung und die staatliche besondere Prüfung im Wasserbaufache bestanden haben. Diese Mindestbedingungen hat auch der Reutlinger Stadtrath in seinem Ausschreiben gestellt, es dürfte daher hierin eine Geringschätzung der Technik nicht zu erblicken sein. Die eigentlichen Motive, die den Verfasser des fraglichen Artikels bewusst oder unbewusst geleitet haben, sind jedoch tiefer: sie sind auf den leidigen Zwiespalt zwischen Technischer Hochschule und Baugewerkschule in Stuttgart zurückzuführen, der durch persönliche Gegensätze entfacht wurde. Dieser Zwiespalt ist auch in dem Verhalten des Württem-

bergischen Vereins für Baukunde erkennbar, der keinen ehemaligen Schüler der Baugewerkschule als Mitglied zählt, obwohl sich unter diesen Personen von grossem Ansehen befinden.

Die Sache hat auch eine soziale Seite, denn von den württembergischen Baubeflissenen studiren die Vermöglichen an der Technischen Hochschule und die Unbemittelten besuchen die Baugewerkschule, und zwar öfters mit den eigenen Ersparnissen. Wenn nun ein solcher self-made-man, wie es auch der neue Stadtbaumeister von Reutlingen ist, der nebenbei bemerkt, sich viele Jahre noch auf dem Bureau der kgl. Bauräthe Eisenlohr & Weigle in Stuttgart weiter bildete, einmal eine bessere Stelle, der er völlig gewachsen ist, erhält, so dürfte dies doch kein Beitrag zur „Werthschätzung der Technik“ im Sinne des Einsenders sein. — W. Kull, Architekt in Stuttgart.

Monierbauten. Im Bereiche der preussischen Staatseisenbahn-Verwaltung hat in den letzten Jahren eine erhebliche Vermehrung der Ausführungen nach Monierbauweise stattgefunden. Dieselben erstreckten sich auf die Herstellung von Wasserbottichen, Ummantelung von Intzethürmen, Petroleumkellern, Unterwölbung von Personentunneln in Stationen, Decken, Fussbodenabdeckungen und Treppen in Gebäuden, Brückenfahrbahntheilen, Wege- und Strassenüber- und Unterführungen, Röhren- und Plattendurchlässe usw. In grosser Zahl sind namentlich Wege- und Strassenüberführungen zur Ausführung gekommen. Soweit die Kürze der Verwendungszeit ein Urtheil zulässt, haben sich die Monierbauten, soweit die Ausführung von Wasserbottichen, Ummantelung von Intzethürmen, Brücken-Fahrbahntheilen und Wege- und Strassen-Überführungen infrage kommt, im allgemeinen gut bewährt. Ungünstige Erfahrungen sind von einigen Bahnen mit der Ausführung von Monierdurchlassröhren unter Eisenbahngleisen gemacht worden. Mehrfach ist ein Zerdrücken der Röhren vorgekommen, weshalb solche Anlagen unter hohen Dämmen und bei nicht genügend tragfähigem Untergrunde nicht zu empfehlen sind. Vielfach haben sich nach Fertigstellung der Bauwerke Haarrisse gezeigt, die jedoch nur in seltenen Fällen die Eiseneinlage erreicht haben. Zur Vorbeugung des Auftretens solcher Risse wird ein Oelfarbenanstrich der äusseren Flächen empfohlen. — k.

Todtenschau.

Geheimer Baurath Prof. Heinrich Garbe †. Am 6. d. M. verstarb zu Berlin (wie wir in einem Theile der Auflage unserer letzten Nummer bereits kurz mitgeteilt haben) unerwartet im Alter von 62 Jahren der Geh. Brth. Prof. H. Garbe, der seit dem Jahre 1888 der I. Abth. des kgl. Polizeipräsidiums zu Berlin als Reg.- und Baurath angehörte, also derjenigen Abtheilung, welcher die Erledigung der landespolizeilichen Angelegenheiten, wichtiger ortspolizeilicher Geschäfte, die Handhabung der Strassen- und Verkehrspolizei, die Aufsicht über Theater, Konzert- und Versammlungssäle usw. obliegt. Garbe, der im Frühjahr 1866 zum hannoverschen Wasserbau-Kondukteur ernannt worden war, ist bis zum Jahre 1875 in verschiedenen Stellungen zunächst als Baumeister, dann seit 1871 als Bauinspektor praktisch thätig gewesen, und folgte dann einem Rufe als Professor für Wasserbau an die technische Hochschule zu Hannover, woselbst er seit 1885 gleichzeitig nebenamtlich das Dezernat für die wasserbaulichen Angelegenheiten der Finanzdirektion Hannover übernahm. 1887 schied er aus dem Lehramte aus, um zunächst als technischer Attaché nach London zu gehen und dann in Berlin die Stellung zu übernehmen, welche er bis zu seinem, nach nur mehrtägiger Krankheit, erfolgten Tode verwaltete. Seinem Lehrberufe ist er insofern treu geblieben, als er verschiedentlich fachschriftstellerisch hervorgetreten ist, namentlich auch als Mitarbeiter der Abtheilung für Wasserbau im Handbuch der Ingenieurwissenschaften.

Die Thätigkeit Garbes in Berlin fällt in eine Zeit der regsten Entwicklung der dem öffentlichen Verkehr dienenden Einrichtungen. Der Ausbau der Berlin durchquerenden Wasserstrassen zu einem Grossschiffahrtswege, die Umgestaltung der Berliner Brücken und wichtiger Strassenzüge, die Entwicklung des Strassenbahnnetzes und die Einführung des elektrischen Betriebes, die Ausführung der Siemens'schen Hochbahn und die vorbereitende Thätigkeit für die Ausführung von Untergrundbahnen fällt in seine Amtsperiode, und es darf dem Verstorbenen die Anerkennung nicht versagt werden, dass er diesen Fragen mit offenem Blick und mit weiten Gesichtspunkten gegenüber getreten ist, dass er, soweit sein Einfluss reichte, einer engherzigen Verschärfung der polizeilichen Aufsicht und Erschwerung einer natürlichen Entwicklung entgegengetreten ist. Es

ist begreiflich, dass trotzdem seine Thätigkeit, die als eine ihrer vornehmsten Aufgaben den Schutz der Allgemeinheit gegenüber dem Einzelnen im Auge behalten, vielfach also in wirkliche und vermeintliche Rechte des Einzelnen eingreifen musste, auch scharfen Angriffen ausgesetzt gewesen ist. Soweit die Fachkreise hierbei in Betracht kamen, mag die dozirende, etwas überlegene Art, in welcher der Verstorbene gern seine Anschauungen zum Ausdruck brachte, auch vielfach verstimmend mitgewirkt haben. Es muss jedoch an dieser Stelle betont werden, dass auf demjenigen Gebiete, auf welchem der Verstorbene wohl die meisten Widersprüche und Anfeindungen erfahren hat, auf dem Gebiete der Handhabung der polizeilichen Sicherheits-Vorschriften für öffentliche und private Theater, Konzert- und Versammlungssäle, dieser Widerspruch nicht sowohl aus Fachkreisen, sondern in der Hauptsache aus den Kreisen der Theater- und Saalbesitzer hervorgegangen ist, die sich in der wirtschaftlichen Ausnutzung ihres Besitzes bedroht sahen durch Vorschriften, die nach den grossen Katastrophen, von denen Deutschland zum Glück bisher verschont geblieben ist, allerdings mit grosser Schärfe einsetzten. Hier ist es aber wieder gerade der Verstorbene gewesen, der sich keineswegs Bestrebungen zu einer Milderung unnötiger Härten verschlossen hat, wie die von ihm zu diesem Zwecke noch vor kurzem eingeleiteten Konferenzen mit berufenen Vertretern des Baufaches darthun. Gerade auch auf dem Gebiete der Baupolizei hat sich der Verstorbene einer steigenden Anerkennung in den Kreisen der Fachleute zu erfreuen gehabt, die in ihm einen Mann verlieren, von dessen Thätigkeit sie noch manchen wohlthätigen Einfluss erhoffen durften. —

Preisbewerbungen.

Ein Preisausschreiben der Stadt Dt. Krone betrifft Entwürfe für den Neubau einer Volksschule. Zu dem Wettbewerb sind die deutschen Architekten eingeladen; er verheisst 3 Preise von 1500, 1000 und 500 M. Unter den Preisrichtern befinden sich die Hrn. Dir. Clauss in Dt. Krone, Stdtbrth. L. Hoffmann-Berlin und Kreisbauinsp. Jahr in Dt. Krone. Einsendungstermin der Entwürfe ist der 1. August d. J. Unterlagen kostenlos durch den Magistrat. —

Wettbewerb Synagoge Düsseldorf. Wir haben S. 44 d. Bl. eine kurze Nachricht über den Ausfall eines Wettbewerbes zur Erlangung von Entwürfen für eine neue Synagoge in Düsseldorf gegeben. Es macht uns nun ein Gewinner eines der ersten vier gleichen Preise von 1200 M. die Mittheilung, dass die Gemeinde-Vertretung Hrn. Prof. Kleesattel in Düsseldorf, welcher Preisrichter und Vertrauensmann der Gemeinde in dieser Angelegenheit war, mit der „Aufstellung eines neuen Entwurfes“ betraut habe. Nun schreiben die „Grundsätze für das Verfahren bei öffentlichen Wettbewerben“ in § 3 vor, dass die Annahme des Richteramtes die Verzichtleistung „auf jede unmittelbare oder mittelbare Preisbewerbung und Theiligung an der Ausführung des betreffenden Baues“ bedinge. Für den Fall also, dass die uns gemeldete Nachricht zutreffend ist und die Aufstellung eines neuen Entwurfes als Einleitung zu den Ausführungs-Arbeiten zu betrachten wäre, müssten wir ein solches Verhalten als mit den „Grundsätzen“ nicht im Einklang stehend erachten. — *Vgl. Seite 272.*

Wettbewerb Rathhaus Dresden. Als Verfasser des Entwurfes mit dem Kennzeichen des grün und weissen Schildes (S. 167) nennen sich uns die Architekten Billing & Mallebrein in Karlsruhe i. B. —

Personal-Nachrichten.

Preussen. Dem Ob- und Geh. Brth. Maret in Hannover ist bei s. Uebertritt in den Ruhestand der Rothe Adler-Orden III. Kl. mit der Schleife, dem Ob-Brth. Frhr. v. Seeger im kgl. württ. Kriegsminist. der kgl. Kronen-Orden III. Kl., dem Geh. Ob-Reg.-Rath Persius ist der Char. als Wirkl. Geh. Ob-Reg.-Rath mit dem Range eines Rathes I. Kl. verliehen.

Der Bauinsp. Brth. Schwarze in Bromberg, die Wasser-Bauinsp. Brthe. Scheck in Stettin, Jaspers in Münster i. W., Roloff in Breslau, Sievers in Potsdam, Prüssmann in Ruhrort und Clausen in Dirschau, die Eisen-Bauinsp. Brthe. Wegner in Kassel und Schwartz in Altona, der Landbauinsp. Brth. Plachetka in Berlin, der Kreis-Bauinsp. Brth. Stever in Halle a. S. sind zu Reg.-u. Brthn. ernannt.

Den Reg.-u. Brthn. Schlichting in Gumbinnen u. Weichselstrom-Baudir. Götz in Danzig ist die nachges. Entlassung aus dem Staatsdienst, ersterem mit Pension und unter Beilegung des Charakters als Geh. Brth. ertheilt.

Die Reg.-u. Brthe. Schwarze, Jaspers, Roloff und Sievers sind den kgl. Reg. in Bromberg bezw. Münster i. W., Marienwerder und Gumbinnen überwiesen worden.

Versetzt sind: die Reg.-u. Brthe. Gersdorff von Wiesbaden als Weichselstrom-Baudir. nach Danzig, Rasch von Paris nach Wiesbaden, Biedermann von Marienwerder nach Minden, Gerhardt von Königsberg i. Pr. nach Berlin in die Bauabth. des Minist. d. öff. Arb., Jasmund von Koblenz und Tinecauer von Gumbinnen nach Königsberg i. Pr.; — die Wasser-Bauinsp. Brthe. Pohl von Minden an die Reg. in Potsdam, Vathich von Torgau nach Wilhelmsburg und Golttermann von Koblenz als Stellvertr. des Oderstrom-Baudir. nach Breslau; — der Wasser-Bauinsp. Kauffmann von Düsseldorf an die Rheinstrom-Bauverwaltung in Koblenz; — die Kreis-Bauinsp. Brth. Büttner von Königsberg i. Pr. nach Bartenstein, Held von Bartenstein nach Königsberg i. Pr., Brth. Andreae von Landsberg a. W. als Landbauinsp. an die Reg. in Bromberg und der Landbauinsp. Bode von Bromberg als Kreis-Bauinsp. nach Landsberg a. W.; die Kreis-Bauinsp. Brth. Tietz von Heiligenstadt als Landbauinsp. nach Swinemünde, Brth. Bucher von Strassburg i. W.-Pr. als Bauinsp. nach Kiel, Brth. Lucas von Celle nach Münster i. W., Brth. Hesse von Langenschwalbach nach Demmin, Rohr von Wittstock nach Langenschwalbach, Wilkens von Trier als Landbauinsp. nach Berlin in die Bauabth. des Minist. der öffentl. Arb., Brth. Hillenkamp von Wesel nach Trier und Pickel von Berent i. W.-Pr. nach Wesel, der Bauinsp. Schiele von Gumbinnen nach Königsberg i. Pr., der Kreis-Bauinsp. Brth. Taute von Ragnitz als Landbauinsp. an die Reg. in Gumbinnen; der Eisen-Bauinsp. Fürstenau von Halle a. S. als Bauinsp. nach Berlin.

Der Landbauinsp. Büttner in der Bauabth. des Minist. der öffentl. Arb. in Berlin ist der Minist.-Baukommission das. überwiesen worden.

Ernannt sind zu Landbauinsp.: die Kreis-Bauinsp. Bürde aus Goldap und Tesenwitz aus Biedenkopf in Berlin, Biecker aus Wollstein in Koblenz, Dewald aus Schlawa in Marienwerder, Rakowski aus Oppeln in Wormditt, Mettegang aus Wehlau in Köln a. Rh.; der Bauinsp. Müssigbrodt aus Danzig in Berlin; die Reg.-Bmstr. Haltermann in Krefeld, Cuny in Eisenach, Illert in Halle a. S. und Hertel in Ruhrort;

zu Wasser-Bauinsp.: die Reg.-Bmstr. Schraeder in Düsseldorf, Crackau in Magdeburg, Hildebrand in Küstrin, Jaenicke in Kosel, Emil John in Breslau, Beyerhaus in Koblenz, Joseph in Stettin, Atzpodien in Dirschau, Bölte in Trier, Hans Schultze in Tönning, Rumland in Tilsit, Rückmann in Fürstenwalde a. Spree, Bräunlich in Freienwalde a. O., Middeldorf in Berlin, Günther in Breslau, Joh. Meyer in Kolbergermünde, Hessler in Emden, Bergius in Münster i. W., v. Normann in Memel, Zander in Naumburg a. S., Römer in Graudenz, Progaschky in Berlin, Stoltenburg in Thorn und Schaffrath in Wesel.

Brief- und Fragekasten.

Hrn. Arch. F. Fl. in Heidelberg. Wenn Sie die Anschaffung von Grundstücken im Auftrage Dritter nicht gewerbsmässig betreiben, können Sie auch nicht nach einem Prozentsatz des Werthes des Grundstückes liquidiren, sondern nur eine den tatsächlichen Leistungen entsprechende Vergütung beanspruchen.

Ob im Streitfall darüber der Richter die eine oder andere Norm anerkennen würde, ist sehr zweifelhaft, da es sich nicht um eine fachliche oder künstlerische Leistung handelt, sondern, so viel wir sehen können, um Leistungen — wenigstens überwiegend um solche — die auch von einem Nichtfachmann ausgeführt werden könnten. Der einzig gangbare Weg, auf dem Sie zu einer angemessenen Vergütung gelangen können, scheint uns der der Vereinbarung zu sein.

Die Anfertigung von Bebauungsplänen kann, da eine Werthangabe für das aufgetheilte Gelände nicht möglich ist, nur nach Maassgabe der darauf verwendeten Zeit usw. bezahlt werden, fällt also unter § 8 der Norm vom Jahre 1888, oder § 10, Abs. 47 der neuen Norm (S. 111 d. D. Bztg.).

Hrn. B. in C. Eine Baugewerkschule, die nur durch ihren Fachunterricht die Berechtigung zum Einjähr.-Dienste zu verleihen vermöchte, giebt es in Deutschland nicht. Von denjenigen Anstalten, die vom Verb. d. Baugewerks-Meister anerkannt sind, ist namentlich Hildburghausen zu nennen, welches einen besonderen Unterricht zur Erlangung des Einj.-Zeugnisses eingerichtet hat.

Hrn. Arch. A. N., Hannover. Ein Sonderwerk über Zierbrücken in Parkanlagen ist uns unbekannt. Das neueste derartige Material dürften Sie in den gelegentl. der Wandervers. d. Verbandes deutsch. Arch.-u. Ing.-Vereine herausgegebenen Werken über die Bauten der betr. Versammlungsorte finden.

Hrn. M. in Interburg. Es giebt einstweilen kein Mittel, Salpeterausschlag dauernd zu beseitigen.

Hrn. Arch. J. in Neuh. Ihren Zweck dürften Sie am besten auf dem Wege der Anzeige erreichen.

Hrn. Ing. P. in Hamburg. Sie finden Einiges in der Ztschr. des österr. Ing.-u. Arch.-V., sowie in der Schweizer Bztg. —

Anfragen an den Leserkreis.

Wer kann Firmen für die Ausführung von Dauerbädern angeben? (Bäder mit kontinuierlich zu- und ablaufendem Wasser und selbstthätiger Wärmezirkulation zur Heilung Verbrannter.) — In welchen Krankenhäusern sind derartige Einrichtungen getroffen und mit welchem Erfolge? F. H. in L.

Inhalt: Die Erhaltung des Strassburger Münsters. — Die altchristliche Baukunst in der Auffassung des Architekten. — Ueber die geplante Donau-Main-Grossschiffahrtsstrasse. — Mittheilungen aus Vereinen. — Vermischtes. — Todtenschau. — Preisbewerbungen. — Personal-Nachrichten. — Brief- und Fragekasten.

Hierzu eine Bildbeilage: Aus San Marco in Venedig.

Kommissionsverlag von Ernst Toeche, Berlin. Für die Redaktion verantwortlich, Albert Hofmann, Berlin. Druck von Wihl. Greve, Berlin SW.

Mittheilungen aus Vereinen.

Arch.- u. Ing.-Verein für Niederrhein u. Westfalen. Vers. vom 28. Jan. 1901. Vors.: Hr. Kaaf, anw. 38 Mitgl., 2 Gäste. In den Verein aufgenommen werden die Hrn. Reg.- und Brth. Meyer, Arch. Hösel, Reg.- und Gew.-Rth. Trilling, Garn.-Bauinsp. Hahn, Reg.-Bfhr. Otto Müller, Reg.-Bfhr. Keindorff, Arch. Carl Pinno als einheim. und Bmstr. Krüger in Oberkassel als ausw. Mitgl.

Es folgen Mittheilungen aus der Versammlung über Die Pariser Weltausstellung. Bei der Konstruktion der Bauten dieser Ausstellung ist in weitem Umfange das System Hennebique verwendet worden. Dieses vom amerikanischen Standpunkte aus rationelle System ist bei uns noch sehr wenig bekannt. Seine Einführung wird auf Schwierigkeiten stossenden Bestimmungen der Baupolizei gegenüber, da man das System nicht wissenschaftlich genau berechnen kann, trotzdem die Erfahrung lehrt, dass das System ausserordentlich tragfähig ist. Dadurch entstehen Weiterungen, die den Hauptvorteil des Systems, das schnelle Bauen, wieder aufheben.

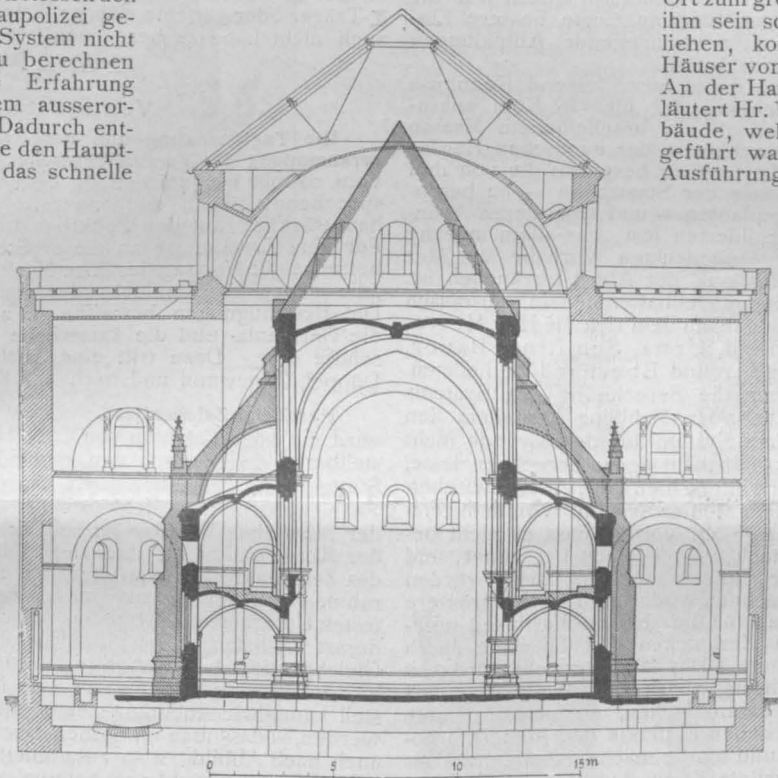
Hr. Schilling spricht dann über die Ausstellung von Arbeiterhäusern in Vincennes. Diese haben wenig Interesse erweckt, weil die wirklich besten Anlagen nicht ausgestellt waren. Namentlich die belgischen waren sehr wenig ansprechend. Es hat dort offenbar noch nicht der Anschluss der besseren Architekten an diese Art von Bauausführungen stattgefunden. Die Herstellung von Arbeiterwohnungen aufgrund des Genossenschaftswesens ist nicht lediglich eine Errungenschaft unserer Zeit, das beweisen z. B. die Fuggerei in Augsburg

im 16. Jahrhundert und ebenso die Beguinagen in den Kreisen Geldern und Flandern, welche Redner in ihren Einrichtungen schildert. Alle diese Anlagen aber werden weit übertroffen von der Musteranlage der Neuzeit, der Arbeiterkolonie in Port Sunlight bei Liverpool, die auf der Ausstellung durch ein Modell ihrer Gesamtanlage und durch ein ausgeführtes Haus vertreten war.*

Hr. Wille schliesst an die Ausführungen des Hrn. Schilling an und bestätigt den ausserordentlich guten Eindruck, den die Arbeiterhäuser der Port Sunlight-Compagnie hervorgerufen haben. Die Höchster Farbwerke hatten ebenfalls ihre Gebäude ausgestellt, diese sind als musterhafte Einrichtungen bekannt; sie gereichen dem ganzen

Ort zum grossen Vortheil und haben ihm sein schmuckes Aussehen verliehen, kommen aber gegen die Häuser von Port Sunlight nicht auf. An der Hand von Tafelskizzen erläutert Hr. Wille eingehend das Gebäude, welches in Vincennes ausgeführt war und welches von der Ausführung am Orte selbst über-

troffen werden soll. Die Häuser besitzen alle im Erdgeschoss die sogen. Kochstube, einen Raum, welcher zum Wohnen dient, in welchem aber auch der Kochofen aufgestellt ist. An diesen Raum schliesst sich die nach englischer Art nöthige Aufwaschküche an, in welcher Spülstein und Waschkessel stehen. Aus dieser Küche betritt man den Hof. Von derselben zugänglich sind dann weiter Speisekammer und Bad. Im Obergeschoss liegen stets 3 Schlafzimmer. In einem kleinen Hofgebäude sind der Abort und ein Raum für Brennmaterial untergebracht. Es stellt also jedes kleine Gebäude eine



Querschnitte der Dreifaltigkeits-Kirche in Hannover und der Rosenkranz-Kirche in Steglitz. (Architekt Prof. Chr. Hehl in Charlottenburg.)

Die altchristliche Baukunst in der Auffassung des Architekten. *) (Schluss.)

Von Ravenna führte der Weg nach Rom, der lang ersehnten ewigen Stadt. Die Steigerung des Eindruckes ist gewaltig. Hier wird der Beschauer durch die an Raumwirkung grossartig angelegten Werke der antik römischen Baukunst fast erdrückt. Die ernste Monumentalität erzwingt sich unbedingte Bewunderung. Es liegt nahe, dass sich die altchristliche Kunst hier am längsten in den Fesseln der alten römischen bewegt hat. Hier hat die altchristliche Kunst nichts Neues geschaffen, wenigstens nichts Neues in formaler Beziehung; hier hat sie nur von den römischen Vorbildern des Alterthums gelehrt. In der Raumbildung hat die altchristliche Kunst wohl Grosses geleistet, aber auch in dieser Beziehung nichts Neues geschaffen. In Oberitalien, Spanien, in oströmischen Reiche, in Zentralsyrien, in Afrika, Sizilien und Gallien, kurz überall da, wo die grossen römischen Ueberlieferungen in ihrem Einfluss eine Abschwächung erfahren hatten, hier hat sich viel früher eine eigene Baukunst entwickelt, wie in Rom selbst. In Zentralsyrien z. B., welches im Jahre 105 n. Chr. römische Provinz geworden war, und wo sich eine thätige Bevölkerung mit einer reichen Bauhätigkeit entwickelte, fand das Christenthum mit seinen baulichen Bestrebungen eine frühe Aufnahme. Der

französische Forscher Melchior de Vogüé zeigt uns in seinem Werke, welche hervorragenden Bauten dort vom 1. bis 6. Jahrhundert entstanden sind. Es hatte sich eine Art mittelalterlichen Charakters herausgebildet, den wir erst im XII. Jahrhundert im Fränkischen wiederfinden. Die hohe Blüthe der Baukunst dauerte aber nur bis zum 7. Jahrh.; in dieser Zeit wurde das Land verödet. Es blieben die Werke einer neuen und hohen künstlerischen Entwicklung der Baukunst bestehen, wie sie keine andere Provinz aufzuweisen hat. Bei der Basilika von Schakka z. B. finden wir wohl die erste Anlage eines Kreuzganges.

Von alledem zeigen die römischen Werke wenig. Denn die Denkmäler der christlich-römischen Generation, die ja nach ihrem Siege nach der konstantinischen Zeit sich frei bewegen konnte, sind fast ausschliesslich die Gotteshäuser; bewegen konnte, in welchen die neuen Geder Palast- und der Tempelbau, in welchen die neuen Gedanken enthalten waren, hören von dieser Zeit an auf. Redner berührt nun eine Anzahl der altchristlichen Werke Roms: San Lorenzo fuori le mura, mit dem einsamen Thurm, zumtheil aus dem IV.-VI. Jahrhundert stammend; San Maria Maggiore, aus dem IV. Jahrh., San Paolo, im V. Jahrh. errichtet, 1823 abgebrannt. Wenn aber auch diese Werke keine oder nur wenig wirklich neue Gedanken zeigen, so besitzen sie dagegen eine unerreichbare Grossräumigkeit, die zumtheil auf die leichte Bauweise, auf die Holzdecken, die offenen Dachstühle usw. zurückzuführen ist. Werke dieser Grösse konnten entstehen in einer Zeit der Freiheit, in welcher die religiöse Begeisterung und Hingabe ihre höchsten Triumphe feierten. Nur ein-

*) Auf Seite 188 ist im Feuilleton zu verbessern, dass auch Dehio die Anlage von San Vitale auf den Tempel der Minerva Medica zurückführt.

Wohnung von 4 sehr geräumigen Zimmern, Küche, Speisekammer, Abort und Bad dar. Das in Vincennes ausgeführte Haus hatte im Erdgeschoss noch ein Zimmer (parlour) mehr. Der innere Ausbau ist bis in alle Einzelheiten ein technisch vorzüglicher und ebenso ist der äussere architektonische Aufbau, der dem altenglischen Baustil folgt und der geschnitztes Holzwerk (englisches Eichenholz), angetragene Stuckornamente in den Giebefeldern und theilweise Steingesimse zeigt, ein solcher, der weit hinaus geht über das, was man sich als berechtigtes Bild eines Arbeiterhauses vorstellen kann. Der wöchentliche Miethpreis für ein derartiges Haus beträgt 3—4 M., also ungefähr 200 M. jährlich. Es wäre sehr zu begrüßen, wenn es möglich wäre, derartige Häuser bei uns zu errichten, sie würden sehr würdige und sehr gesuchte Heimstätten sein für gesellschaftlich viel höher stehende Familien, z. B. alle mittleren Beamten, die sich in unseren Grossstädten mit 4 zimmerigen Wohnungen, denen jedwede Bequemlichkeit fehlt, die dafür aber um so theurer sind, in kläglicher Weise behelfen müssen. Die grösste Art der Port Sunlight-Häuser sind die für Beamte des Werkes und enthalten Wohnungen von 8—10 Zimmern, stellen also für unsere Verhältnisse grossräumig angelegte bessere Einfamilienhäuser dar. Später vorzulegende Abbildungen sollen die Anlage weiter erläutern.

Hr. Schilling giebt daran anschliessend Kenntniss von der Grundrisseinrichtung der hier in Köln auszuführenden Arbeiterhäuser, die in bescheidenem Maasse Anklänge an die Aufwaschküche der englischen Häuser erhalten werden. Hr. Mettegang bespricht die von ihm bearbeiteten Arbeiterhäuser der Staatsbahn — im besonderen die für Oppum geplanten — und stellt deren Aehnlichkeit mit den vorgeschilderten fest, vor allem in bezug auf die Anordnung einer gedeckten Vorhalle vor der Wohnstube, von welcher aus der Abort zugänglich ist.

Es entspinnt sich dann ein lebhafter Meinungswechsel über das System Hennebique, an dem sich die Hrn. Mettegang, Schilling, Renard, Unna, Schilling, Bauer, Kaaf, Bohrer, Oslender und Eberhard betheiligen. Nachdem Hr. Unna über die Berechnung des Systems Aufklärung gegeben, weist Hr. Schilling vor allem den Einwurf zurück, dass dem System aus dem Grunde nicht zu trauen wäre, weil es sich nicht genau berechnen lasse. Es sei kein wesentlicher Unterschied vorhanden zwischen dem Hennebique- und dem Monier-System. Von dem letzteren ist auch zu Anfang gesagt worden, dass es nicht berechenbar wäre und doch wird es jetzt berechnet, und zwar sei dies auch für Stützen möglich. Diese würden nur auf Zerknicken berechnet, wodurch sich viel grössere Querschnitte ergeben, als für die absolute Festigkeit notwendig sind. Gegen das Zerknicken sind die Stäbe durch Betonumhüllung gesichert. Das Moniersystem wird seit seiner 10jährigen Einführung günstig beurtheilt. Man darf heute höchstens noch daran denken, ob nicht im Laufe der Zeit die atmosphärischen Einflüsse den immerhin porösen Beton zersetzen und mürbe machen können, so dass schliesslich das eingebettete Eisen durch atmosphärische

Einwirkungen, z. B. schweflige Säure, angegriffen werden kann. Praxis und theoretische Berechnung sind heute auf dem Standpunkte, auch schwer belastete Gewölbe damit ausführen zu können. Es ist dem Hennebique-System nicht der Vorwurf zu machen, dass es unberechenbar sei.

Aus den Erörterungen geht hervor, dass sich die Baupolizei dem System noch sehr abgeneigt zeigt: z. B. erwähnen die Hrn. Oslender und Renard einen Düsseldorf'er Bau, der eingestellt worden sei, weil die Baupolizei es nicht gestattet hat, Hennebique-System zu verwenden. Dem gegenüber betont Hr. Kaaf unter allgemeiner Zustimmung, dass ein solches System, welches so grosse Vortheile besitzt, nicht einfach verboten werden dürfe. Es ist notwendig, dass den Behörden der Beweis geliefert wird, dass diese Bauausführung vollkommene Tragfähigkeit besitzt, eine Festigkeit, wie sie schon an Beispielen bewiesen ist, z. B. den Frankfurter Adler-Fahrradwerken, welche eine Explosion durchgemacht haben, ohne dass die Konstruktion wesentlich erschüttert worden wäre. Auch würden bei den Fortschritten der exakten Wissenschaften unsere Mathematiker schon eine Berechnungsformel zu finden wissen, man denke nur, dass man einen I-Träger oder gar eine eiserne Brückenkonstruktion früher auch nicht habe zu berechnen verstanden. —

Vermischtes.

Die Tagesordnung und der Festplan der 42. Hauptversammlung des Vereins deutscher Ingenieure in Kiel 1901 vom 10. bis 13. Juni enthält, dem Versammlungsorte entsprechend, neben den inneren Vereinsangelegenheiten hauptsächlich auf den Schiffbau bezügliche Gegenstände. Für eine Erwähnung an dieser Stelle käme allenfalls in Betracht der Vortrag des Hrn. Marine-Bmstr. Mönch über „die neuen Trockendocks der kaiserlichen Werft Kiel“. Die Besichtigungen betreffen u. a. die Howaldtswerke, die Germania- und die kaiserliche Werft, einige Kriegsschiffe usw. Dazu tritt eine Ausfahrt nach Glücksburg, Düppel, Alsensund und nach der Flensburger Förde. —

Parallelo-Zeichentisch. Unter vorstehendem Namen wird ein nach Patenten von C. A. Hirth konstruierter, verstellbarer Zeichentisch von der Firma Albert Marts in Stuttgart hergestellt, dessen allgemeine Anordnung und Verwendbarkeit aus den Abbildgn. 1—3 ersichtlich ist, und der nicht ohne Vorzüge zu sein scheint. Das Wesentliche der Konstruktion ist, dass der Holzrahmen, auf welchen das Zeichenbrett lose aufgesetzt wird, durch einen Gelenkrahmen von der Gestalt eines Parallelogrammes mit dem festen Untergestell verbunden und durch ein Gegengewicht derart ausbalanciert ist, dass in jeder beliebigen Stellung Gleichgewicht besteht. Es ist also leichte Verstellbarkeit bei sicherer Feststellung in jeder Lage erreicht. Das Gestell kann, wie Abbildg. 1 zeigt, fast senkrecht aufgerichtet werden, sodass man im Stehen zeichnen kann, es ist aber auch nach Abbildg. 2 so zusammenlegbar, dass man es in nahezu wagrechter Lage benutzt, und es kann schliesslich

mal noch ist eine derartige Begeisterung wieder aufgetreten, im XII. Jahrhundert auf dem Boden von Nordfrankreich, wo in der kurzen Zeit von 1150—1200 die meisten Kirchen entstanden.

Welchen Nutzen der Redner aus dem Studium der altchristlichen Baukunst für seine praktischen Bauausführungen in künstlerischer und wirtschaftlicher Beziehung gewonnen hat, zeigt eine Gegenüberstellung seines letzten mit einem seiner frühen Werke. In wirtschaftlicher Beziehung tritt das Ergebniss mit überraschender Wirkung zutage beim Vergleich der Querschnitte der Dreifaltigkeits-Kirche in Hannover und der Rosenkranz-Kirche in Steglitz, dem letzten Werke des Künstlers. In der umstehenden Abbildung sind beide Querschnitte nach dem gleichen Maassstabe in einander gezeichnet. Beide Kirchen haben die gleichen Baukosten verursacht und dabei die weitaus bedeutendere Raumwirkung der im frühen märkischen Backsteinstil gehaltenen, im Inneren byzantinischen Vorbildern nachgebildeten Steglitzer Kirche gegenüber der mit kleineren Kunstmitteln geschaffenen Dreifaltigkeits-Kirche in Hannover! Und doch gilt die letztere auch heute noch als ein hervorragendes Werk der neueren Kirchenbaukunst gothischen Stiles. —

Ein Wort noch der Orientirung der Gotteshäuser. Schon die Naturvölker haben sich beim Gebet nach Osten, nach der aufgehenden Sonne, gewendet. Uralte, auf dem Sonnenkultus beruhende Vorstellungen mögen hier eingewirkt haben. Das Christenthum entlehnte mit anderem dem heidnischen Kultus auch die Orientirung, die Frage ist aber mehr eine lithurgische, als eine architektonische. — Bis zum Bekanntwerden des Kompasses am Ende des

XI. Jahrhunderts richtete man sich nach dem Sonnenaufgange, oder, wenn die Kirche einem Märtyrer geweiht war, nach dem Stande der Sonne an seinem Todestage. Daher sind auch in Rom, wo im übrigen die ersten Kirchen, wenn sie frei lagen, nach Westen gerichtet wurden, die verschiedenartigsten Richtungen nachzuweisen. Nach dem XI. Jahrhundert, als schon die Magnetnadel benutzt wurde, sind trotzdem noch die verschiedenartigsten Richtungen entstanden; man glaubte, in den meisten Fällen seien Strassenzüge maassgebend gewesen. Es giebt aber eine glaubliche wissenschaftliche Erklärung des Ingenieurs Wehner in Frankfurt a. M. dafür (Denkmalpflege 1899). Er wies darauf hin, dass der Erdmagnetismus Schwankungen im Gang der Magnetnadel erzeugt habe. 1580 stand sie 11° 30' östlich, 1618 nur noch 8° östlich vom astronomischen Meridian. 1663 fiel letzterer mit dem magnetischen Meridian zusammen. 1763 fand eine Ablenkung von 8° 10', 1814 eine solche von 22° 34' nach Westen statt; jetzt geht die Nadel wieder zurück. Lässt sich also schon hieraus die Verschiedenartigkeit der Lage für die Kirchen erklären, die man mit dem Kompass in der That nach Osten einzustellen suchte, so ist, wie schon angedeutet, keineswegs gesagt, dass alle Kirchen nach Osten gerichtet wurden, schon deshalb nicht, weil dazu ein Gebot nicht vorhanden war, denn der Bischof Gregor von Nyssa (331—394) sagte, wenn man sich nach Osten wende, so geschehe es nicht, um dort Gott zu suchen, denn dieser sei überall, sondern weil der Orient unser erstes Vaterland ist. Man wird also in der Orientirung der Kirche mehr eine beibehaltene Tradition, als ein Gebot der christlichen Kirche zu erblicken haben. —

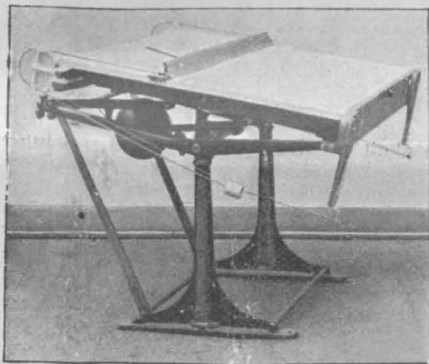
nach gethaner Arbeit völlig zusammengeklappt werden. Eine leichte Holzplatte mit Materialienkasten, die in das Untergestell eingesetzt wird, gestattet ausserdem, an dem Zeichentisch Berechnungen und Erläuterungen zu der Zeichnung zu schreiben, die man bequem dabei übersieht. An dem Rahmen des Zeichenbrettes sind oben 2 Kettenräder angebracht, über welche fein gearbeitete Gliederketten laufen, die am unteren Ende eine Reisschiene tragen,

ganz unbedeutende Maass von 70—80 kg, lässt sich aber immerhin noch unschwer transportieren. Die Zeichenbretter werden in 2 Grössen, 100/150 bzw. 125/200 cm, geliefert. Die Kosten ausschl. des Schreibpultes und Materialienkastens stellen sich dann auf 200 bzw. 230 M. —

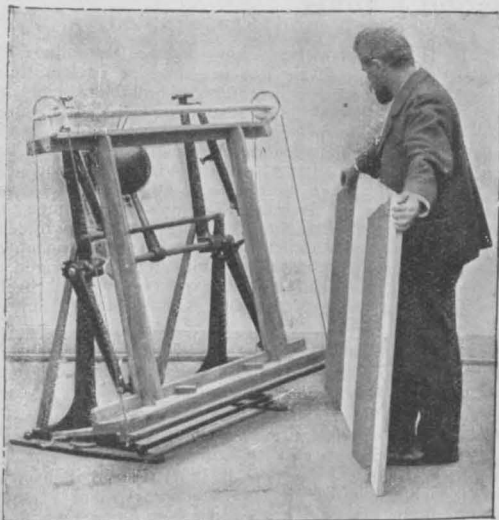
Einige praktische Neuerungen an Schulbänken hat die Schulbankfabrik A. W. Remy & Cie. zu Neuwied zu verzeichnen. Sie hat bei dem bekannten Sitz mit der Federplatte die eiserne Stange beseitigt und den Sitz, wie aus Abbildg. 1 zu ersehen ist, auf ein Lager *g* gelegt, welches an dem Bankträger *f* befestigt ist. Dadurch, dass die Sitzstütze *a* auf dem Ansätze *b* des Lagers *g* eine geschlossene Führung erhält, wird die Bewegung ausserordentlich genau. Besser noch ist der Sitzbau nach Abbildg. 2. Die Sitzstütze und Lagerung ist genau wie bei Abbildg. 1 ausgebildet, mit dem einzigen Unterschiede, dass hierbei die Federplatte *c* gebogen ist, wodurch der Vortheil erreicht wird, dass letztere stets einen Gegendruck ausübt. Denn wenn die Feder durch die Schraube *e* angezogen wird, so streckt sie sich etwas und drückt dann, da sie bestrebt ist, in ihre ursprüngliche Stellung zurückzukehren, gleichmässig auf die Lagerung. Der Sitz kann daher niemals lahm werden und arbeitet geräuschlos. Beide Arten von Konstruktionen sind durch D. R.-G.-M. geschützt. Im übrigen sind die Bänke selbstverständlich genau den Körperformen entsprechend gebaut. Mit diesen Bänken lassen sich die verschiedensten Tischformen verbinden. Besonders zu



Abbildg. 1.

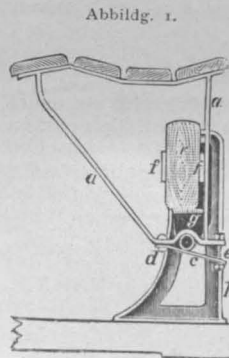


Abbildg. 2.



Abbildg. 3.

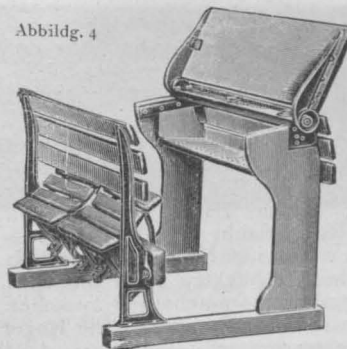
während am anderen Ende Gegengewichte, die auf straff gespannten Drähten geführt werden, angeordnet sind. Die Reisschiene, die keine seitlichen Anschlagknöpfe besitzt, sondern ganz frei hängt, wird auf diese Weise sicher parallel geführt. Das Gewicht des Tisches, dessen Gestell in Gusseisen hergestellt ist, stellt sich (ohne Gegengewicht, das abgeschraubt werden kann) auf das allerdings nicht



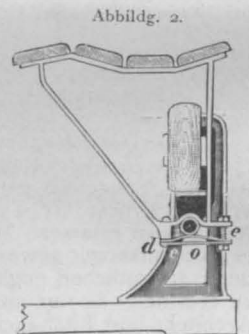
Abbildg. 1.



Abbildg. 3.



Abbildg. 4.



Abbildg. 2.

empfehlen sind die Bänke mit aufstellbaren Tischplatten, Abbildg. 3, welche beim Reinigen bei zurückgelegten Sitzen und hochgestellten Tischplatten in der Bank genügend freien Raum lassen, wie Abbildg. 4 zeigt. —

Der „Doktor-Ingenieur“ in Preussen. Am 11. Okt. 1899 ist den preuss. Techn. Hochschulen durch Allerhöchsten Erlass das Recht beigelegt worden, die Würde eines Dr. Ing. zu verleihen, und am 19. Juni 1900 erschien die von den beteiligten Techn. Hochschulen vereinbarte Promotionsordnung, welche in § 1 Abs. 2 als Vorbedingung für die Zulassung zum Doktor-Examen den „Ausweis über die Erlangung des Grades eines Diplom-Ingenieurs nach Maassgabe der Bestimmungen, welche das vorgeordnete Ministerium hierüber erlassen wird“, fordert. Seitdem hörte man nichts von der Sache, und da die preussische Promotionsordnung der Uebergangs-Bestimmungen entbehrt, wie sie zweckmässiger Weise bei anderen Bundesstaaten vorgesehen sind, so sahen sich die preussischen technischen Hochschulen also 1 1/2 Jahre lang ausserstande, von dem ihnen verliehenen Rechte Gebrauch zu machen. Dem Abgeordneten Sanger war es vorbehalten, durch eine an den Hrn. Kultusminister im Abgeordnetenhaus vor einiger Zeit gerichtete Anfrage über den Grund dieser auffälligen Verzögerung die erste offizielle Aeusserung herauszulocken, aus welcher jedoch nur zu entnehmen war, dass bezüglich der Diplom-Prüfungsordnung Verhandlungen mit den anderen Bundesstaaten schwebten, um eine möglichst gleichartige Behand-

lung zu erzielen. Es scheint aber doch, als wenn diese Anfrage an maassgebender Stelle nicht ganz ohne Wirkung gewesen wäre, denn soeben ist, wie die Tagesblätter schon meldeten, den preussischen techn. Hochschulen vom Kultusministerium eine das Promotionsrecht der Technischen Hochschulen erläuternde Verfügung zugegangen, wonach diese berechtigt sind, denjenigen, welche die Diplomprüfung nach der bisherigen Form bestanden haben, oder sie bestehen werden, bis zum Inkrafttreten einer neuen Prüfungsordnung auf Antrag den Rang eines Diplom-Ingenieurs zu verleihen und sie sodann zu der Doktor-Promotion, sofern sie im übrigen den gestellten Ansprüchen genügen, zuzulassen. (Bezüglich der Ernennung zum Diplom-Ingenieur ist sofort unterm 10. April d. J. eine entsprechende Bekanntmachung der Techn. Hochschule zu Berlin erlassen.)

So sind denn endlich die preuss. technischen Hochschulen in der Lage, von dem ihnen verliehenen Rechte Gebrauch zu machen. Unverständlich bleibt es allerdings, warum man zu dieser Lösung der Frage $1\frac{1}{2}$ Jahre Zeit gebraucht hat, um so mehr, als von den technischen Hochschulen schon im Jahre 1899 eine vorläufige Lösung gerade in dem jetzt erfolgten Sinne ausdrücklich beantragt und später wiederholentlich erbeten sein soll. Auf diesen Antrag ist eine amtliche Antwort, dem Vernehmen nach, nie erfolgt und auch der vorliegende Ministerial-Erlass erwähnt denselben nicht.

Wir behalten uns im übrigen vor, auf die Behandlung der ganzen Frage der Doktor-Promotion noch näher einzugehen. —

Preisbewerbungen.

Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für ein neues Kollegiengebäude der Universität Freiburg. Dem Vernehmen nach sollen für das nächste Budget von den Badischen Ständen Mittel zur Erbauung eines Kollegiengebäudes der Universität Freiburg i. B. verlangt werden, wobei die Regierung beabsichtigt, zur Erlangung von Plänen einen Wettbewerb auszuschreiben; ob allgemein oder beschränkt, scheint noch nicht festzustehen. Dieses Vorgehen, das der frisch auftretenden badischen Architektenschaft Gelegenheit bieten würde, ihr Können an einem grösseren Monumentalbau zu zeigen, darf auf das Wärmste begrüsst werden. Damit würde sich ein Systemwechsel vollziehen, mit dem Baden, allerdings spät, dem Vorbilde anderer Bundesstaaten bei der Erbauung aussergewöhnlicher Staatsbauten folgen würde. Das Gebäude soll in der Nähe der ihrer Vollendung entgegen schreitenden Universitäts-Bibliothek, einem interessanten Werke C. Schäfers, errichtet werden. —

Ein engerer Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für ein Denkmal der Königin Viktoria vor dem Buckingham-Palast in London ist unter den Hrn. T. G. Jackson, Aston Webb, Ernest George, Thomas Drew und Rowand Anderson erlassen. Mit Recht glaubt der „Builder“, dass es zweckmässiger gewesen wäre, einen Skizzenwettbewerb unter sämtlichen englischen Architekten und Bildhauern zu eröffnen, da nur aus einer Zusammenarbeit zwischen Architekt und Bildhauer, wie sie in Frankreich die Regel bilde, ein gutes Werk zu erwarten sei. —

Einen Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen zu Werthpapieren erlässt die Reichsdruckerei in Berlin mit Frist zum 15. Juni 1901. Es gelangen 4 Preise von je 500 M. zur Vertheilung. Die Beurtheilung erfolgt durch die künstlerische Sachverständigen-Kommission der Reichsdruckerei.

Ein Preisausschreiben betr. die Reinigung der Abwässer der Gerbereien ergeht vom „Verein Deutscher Gerber“ unter Verheissung dreier Preise von 1000, 600 und 300 M. Näheres durch den genannten Verein, Berlin C., Rathaus-Str. 1. —

Wettbewerb Kreishaus Zerbst. Das Gebäude soll auf einer nahezu rechtwinkligen Eckbaustelle an der Bahnhofsstrasse und Kasper-Strasse, gegenüber dem neuen kaiserl. Postamt, errichtet werden. Mit letzterem, welches im Stile einer maassvollen deutschen Renaissance gehalten ist, soll es eine einheitliche architektonische Gruppe bilden, jedoch ist eine stilistische Gleichartigkeit nicht erforderlich. Die Baukosten sollen einschl. eines Nebengebäudes den Betrag von 110000 M. nicht überschreiten. Die üblichen Räume sind auf ein Keller- und zwei Obergeschosse zu vertheilen. Der Kreis Zerbst behält sich vor, jeden nicht preisgekrönten Entwurf für 200 M. anzukaufen, er wäre also in diesem Falle nicht abhängig von der Zustimmung der Verfasser. Eine Zusicherung betr. die Bauleitung wird nicht gemacht und eine Verpflichtung, den Kreishausbau nach einem der eingereichten Entwürfe auszuführen, nicht übernommen. —

Wettbewerb betr. ein Dienstgebäude der Kreis- und der Amtshauptmannschaft in Chemnitz. Der angekaufte Entwurf mit dem Kennwort „Höchste Zeit“ hat die Hrn. Emmingmann & Ludw. Becker und H. Gerdes in Berlin zu Verfassern. Der Urheber des mit einem III. Preise ausgezeichneten Entwurfes „Im März 01“ ist Hr. Ernst Beier in Chemnitz. —

Der engere Wettbewerb für ein Kreishaus mit Landrathswohnung in Hanau (S. S. 124) ist von den Preisrichtern dahin entschieden worden, dass der Entwurf „Osterhase“ von Prof. Friedr. Pützer in Darmstadt für die Ausführung anzunehmen sei. —

Wettbewerb Rathaus Dresden. Als Verfasser des von uns S. 177 veröffentlichten Entwurfes mit dem Kennworte „Trotzdem“ nennen sich (uns die Hrn. Meier & Werle in Berlin. —

Personal-Nachrichten.

Deutsches Reich. Dem Winkl. Geh. Ob.-Brth. im Reichseisenbahnamt Streckert ist die Erlaubniss zur Anlegung des ihm verlieh. Ehren-Grosskomthurkreuzes des grossh. oldenb. Haus- u. Verdienst-Ordens des Herzogs Peter Friedrich Ludwig ertheilt.

Der Mar.-Brth. f. Maschinenbau Klamroth ist z. Mar.-Ob.-Brth. und Maschinenbau-Betr.-Dir., der Mar.-Bfhr. des Schiffbefs. Sichtau z. Mar.-Schiffbmsr. und der Reg.-Bmsr. Zimmermann ist z. Mar.-Garn.-Bauinsp. in Wilhelmshaven ernannt.

Der Mar.-Schiffbmsr. Reimers vom Stabe des I. Geschw. tritt z. Werft in Wilhelmshaven zurück, der Mar.-Schiffbmsr. Buschberg vom Stabe des Kreuzergeschw. tritt zur Werft in Kiel zurück; der Mar.-Schiffbmsr. Pilatus in Kiel ist zum Stabe des I. Geschw. und der Mar.-Schiffbmsr. Cleppien in Wilhelmshaven z. Stabe des Kreuzergeschw. kommandirt. —

Baden. Dem Reg.-Bmsr. Sing in Donaueschingen ist der Titel Bez.-Bauinsp. verliehen.

Elsass-Lothringen. Ernannt sind: der Bez.-Bauinsp. Brth. Kuhn in Colmar z. Hochbauinsp. in Strassburg, Mel.-Bauinsp. Villinger in Strassburg z. Kreis-Bauinsp. in Rappoltsweiler, Bauinsp. Reupke in Strassburg z. Hochbauinsp. in Saargemünd, Kr.-Bauinsp. Wolff in Bolchen z. Hochbauinsp. in Colmar, Reg.-Bmsr. Frhr. von Sensburg in Bolchen z. Bauinsp. bei d. Bez.-Präs. in Metz.

Versetzt sind: Die Kr.-Bauinsp. Brth. Heberling von Gebweiler nach Hagenau, Knapp von Rappoltsweiler nach Thann, Sautter von Erstein nach Bolchen, der Bauinsp. Jaehnik in Metz an das Bez.-Präs. in Strassburg.

Der Kr.-Bauinsp. Brth. Seyller in Hagenau ist in den Ruhestand getreten.

Preussen. Dem Kr.-Bauinsp. Hennicke in Wilhelmshaven ist der Rothe Adler-Orden IV. Kl. verliehen.

Der Geh. Brth. Caesar in Altona ist z. Ob.-Brth. mit dem Range der Ober-Reg.-Räthe und der Reg.-Bmsr. Samwer in Münster i. W. z. Eisenb.-Dir. mit dem Range der Räthe IV. Kl. ernannt.

Ernannt sind zu Kreis-Bauinsp.: die Reg.-Bmsr. Lang in Goldap, Haubach in Heiligenstader, Bock in Norden, Aronson in Biedenkopf, Lottermoser in Wollstein, Brohl in Schlawa, Kitschler in Oppeln und Gust. Schroeder in Wehlau und der Reg.-Bmsr. Anschütz in Danzig zum Bauinsp.

Der Geh. Brth. Prof. Garbe in Berlin ist gestorben.

Brief- und Fragekasten.

Hrn. F. B. in Schwelm. Eine solche Methode dürfte es kaum geben, denn durch die Feuchtigkeit des Klebemittels wird immer eine Verlängerung der Zeichnungen entstehen, ein Umstand, dem aber, wenn es nicht auf ganz besondere Genauigkeit ankommt, dadurch zumheil wieder begegnet wird, dass ja auch der Maassstab eine Verlängerung in gleichem Umfange erleidet. —

Hrn. Arch. A. W. in Altona. Wir haben von den uns überreichten Schriftstücken betr. den Wettbewerb des Husumer Arbeiter-Bauvereines mit Interesse Kenntniss genommen, können aber in der Angelegenheit nichts Weiteres thun, da wir seinerzeit (S. 616, Jahrg. 1900) ausdrücklich vor einer Betheiligung an diesem Wettbewerbe gewarnt haben. Die schlimmen Erfahrungen, die Sie hier gemacht haben, haben Sie sich daher wohl selbst zuzuschreiben. —

Hrn. J. Sp. in Potsdam. Das kann Ihnen jeder Kupferschmied sagen. —

Hrn. H. Kr. in Langfuhr. Wir kennen die fragliche Deckenkonstruktion nicht. —

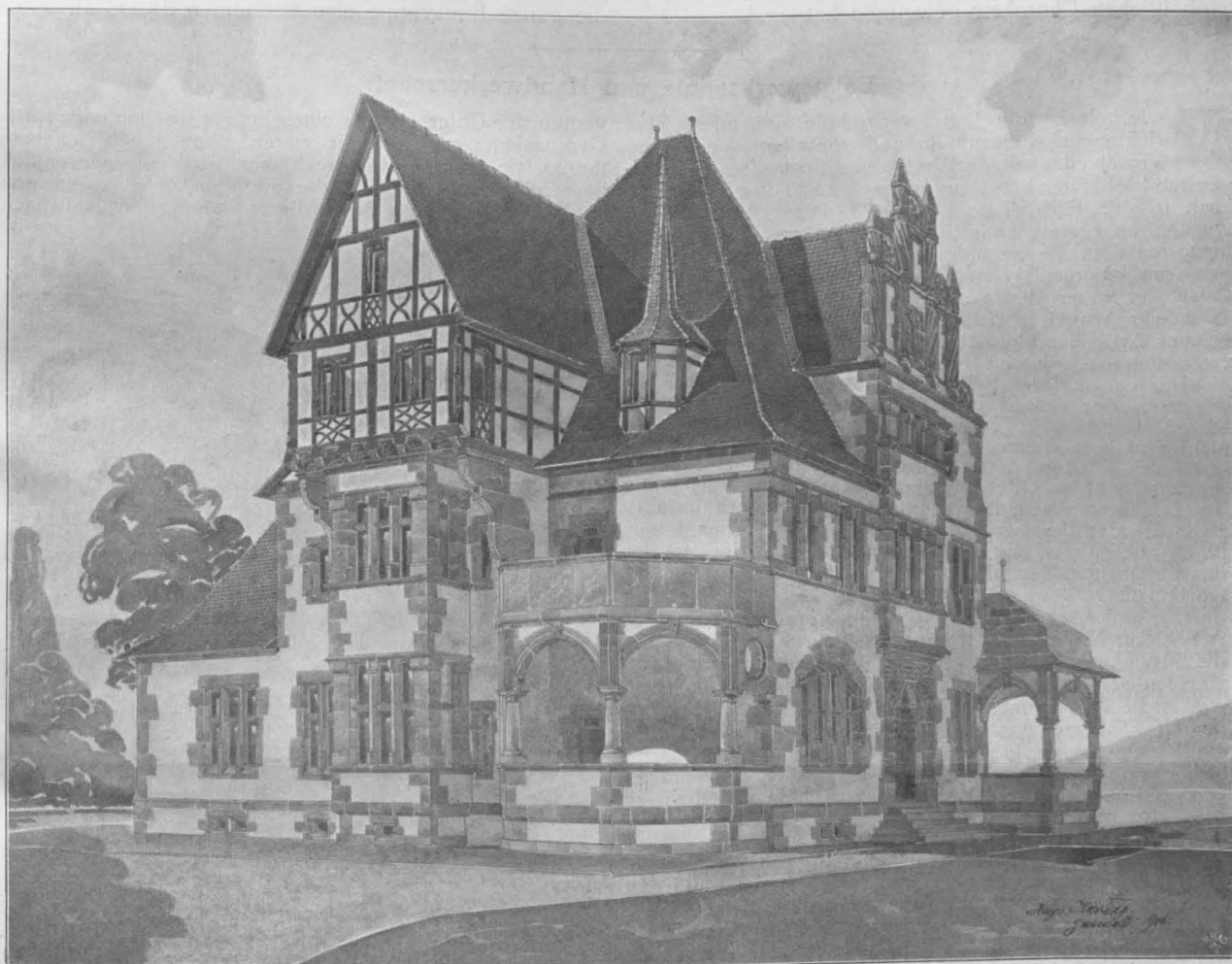
Fragebeantwortungen aus dem Leserkreise.

Zur Anfrage in No. 16 wird uns die Mosaikplatten-Fabrik in Deutsch-Lissa in Schlesien genannt, deren Erzeugnisse sich den Mettlicher Platten nähern sollen. —

Auf die Anfrage des Hrn. G. K. in Herford in No. 24 haben wir in dankenswerther Weise eine sehr grosse Anzahl von Rathschlägen erhalten. Dieselben sind aber so verschiedenartig und zumheil einander so widersprechend, dass wir das ganze Material zunächst dem Urheber der Anfrage mit der Bitte zugesendet haben, das ihm für seinen besonderen Fall geeignet Erscheinende zu erproben und uns von dem Resultat Mittheilung zu machen. Diese Mittheilung werden wir nicht zögern zu veröffentlichen. —

Inhalt: Mittheilungen aus Vereinen. — Die altchristliche Baukunst in der Auffassung des Architekten. — Vermischtes. — Preisbewerbungen. — Personal-Nachrichten. — Brief- und Fragekasten.

Kommissionsverlag von Ernst Toeche, Berlin. Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann, Berlin. Druck von Wihl. Greve, Berlin SW.



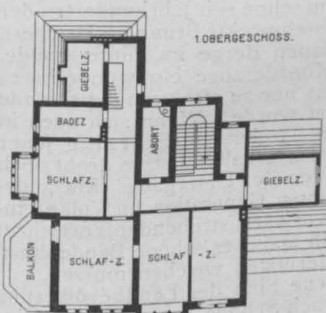
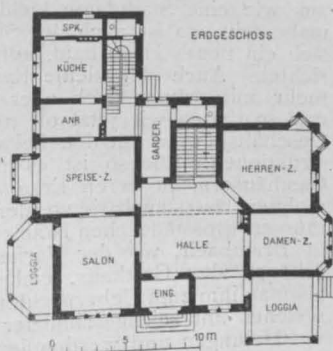
Haus Ludowici in Landau (Pfalz).

Architekt: Professor Hugo Hartung in Grunewald bei Berlin.

(Hierzu die Abbildungen auf S. 200.)

Das Wohnhaus mit Stallgebäude des Hrn. Fabrikbesizers August Ludowici in Landau in der bayerischen Rheinpfalz, eine kleinere treffliche Arbeit des zukünftigen Vertreters der mittelalterlichen Architektur an der Technischen Hochschule in Dresden, ist ein aus einer ausgesprochen deutschen Empfindung hervorgegangenes Werk mit der Stilrichtung der Wende der gothischen und der Renaissance-Zeit. Es schliesst sich in den Materialien und Formen den natürlichen Bedingungen, wie sie die Rheinpfalz darbietet, und den historischen Ueberlieferungen, welche dieser deutsche Boden an zahlreichen Stellen noch trägt, treu an. In den unteren Geschossen aus dem gelblichen einheimischen Sandstein und aus lichten Putzflächen gestaltet, in den Dachausbauten aus dem lebhaften Fachwerk gefügt, steht das Ganze als eine malerische Gruppe von ansprechender und anheimelnder

Wirkung in einem ein Eckgelände an der Kreuzung zweier Strassen bildenden Garten, hinter ihm das schlichte Stallgebäude. Die Grundriss-Eintheilung geht aus den beistehenden Skizzen hervor. Das sich auf einem nur niederen Sockel über der Gartenfläche erhebende Erdgeschoss ist Hauptgeschoss; es enthält, um die Eintrittshalle mit Erkerausbau, Treppe und Garderobe gruppiert, Damenzimmer, Herrenzimmer, Salon und Speisezimmer, und in der gleichen Höhenlage die Küche mit ihren Nebenräumen. Im Kellergeschoss liegen demgemäss nur Vorrathsräume. Im Obergeschoss befinden sich die Schlafräume und im Dachgeschoss Fremdenzimmer und Mädchen-



gelasse. — In den Formen der deutschen Frührenaissance mit spätgothischen Einzelheiten gehalten, bringt das Haus die in ihm angeschlagene Stilrichtung mit grosser Treue zum Ausdruck. Die Fenster sind durchaus Pfostenfenster, die Dächer hohe Ziegeldächer. Ecken,

Gesimse, Thür- und Fenster-Umrahmungen, sowie die Giebelaufbauten der einen Seite sind in dem gelblichen bis grauen Pfälzer Sandstein gehalten. Aus statischen Gründen sind die Giebelaufbauten der anderen Seiten als Fachwerk-Konstruktionen ausgeführt, die auf starken Vorkragungen aufrufen. Es war dem Architekten vergönnt, auch den inneren Ausbau des Hauses, und zwar in der Art der Aussenseiten durchzuführen, wodurch das Werk aussen und innen einen einheitlichen Charakter gewonnen hat.

Baugewerkschule und Handwerkerschule.

Wiederholt ist die Baugewerkschule mit ihren Einrichtungen, Lehrmitteln und vor allem wegen der Verschiedenheit der Vorbildung ihrer Zöglinge Gegenstand lebhafter Erörterungen sowohl in der Tages- als auch in der Fachpresse gewesen. Diese Verhältnisse wurden aber stets vom Standpunkte der Schule, nicht auch von dem des Schülers beleuchtet, weshalb die Verbesserungsvorschläge vielfach nicht ohne Bedenken waren. Auch der unter der vorangeschickten Überschrift erschienene Artikel in No. 22 d. Bl. bringt Vorschläge so eigener Art, dass ein näheres Eingehen auf diese Frage zweckdienlich erscheint.

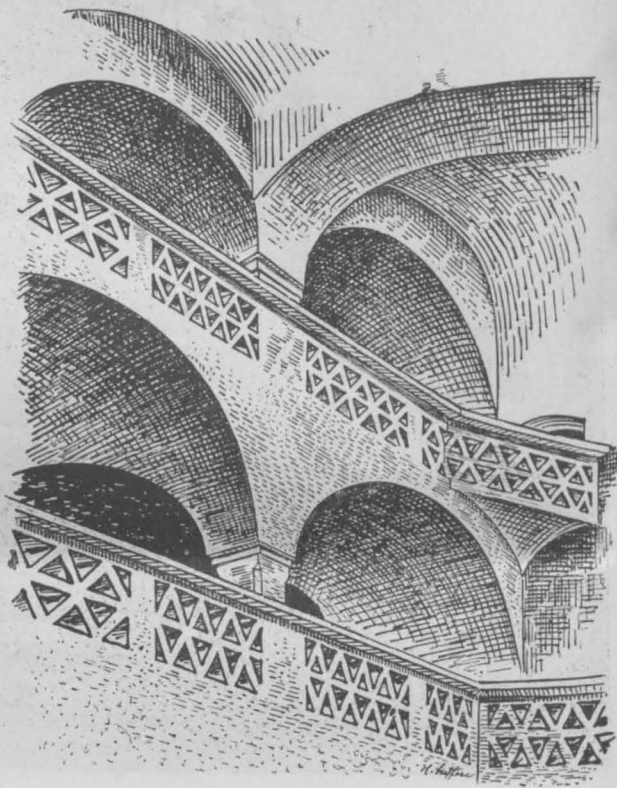
Der von anderer Seite gemachte Vorschlag, den Absolventen der Baugewerkschule das Zeugnis für den Dienst als Einjährig-Freiwilliger auszustellen, kann wohl nicht ernst genommen werden, da dessen Ausführbarkeit zweifellos an dem hohen Durchschnittsalter der Schüler scheitern würde. Oder wie denkt man sich die Verleihung des Einjährigen-Zeugnisses entweder an einen fünfundzwanzig- oder dreissigjährigen Techniker, der seiner Militärpflicht bereits genügt hat oder an einen Techniker, der das Einjährigen-Zeugnis bereits auf dem Gymnasium erworben hat?

Desto ernster aber ist der Vorschlag des Verfassers des Artikels in No. 22 der Dtschn. Bztg. zu nehmen, welcher die Aufnahme-Bedingungen bis zur Forderung der Einjährigen-Berechtigung gesteigert wissen will. Nicht etwa, weil diese Forderung ein Hemmnis für die Schüler bedeutet, sondern, weil bei Verwirklichung dieses Planes die Baugewerkschule entvölkert werden würde. Denn bisher sind durchschnittlich nur 10% aller eintretenden jungen Leute mit dem Berechtigungsschein versehen, so dass also 90% von der Aufnahme zurückgewiesen werden müssten und nicht ersetzt werden würden. Oder glaubt der Verfasser, dass lediglich die geringen Anforderungen an die allgemeine Bildung die jungen Leute mit dem Einjährigen-Zeugnis bisher von dem Besuche der Baugewerkschule abgehalten haben und dass jenes prozentuale Verhältnis durch Verschärfung der Aufnahme-Bestimmungen ein so wesentlich anderes werden würde, dass die bestehenden Baugewerkschulen nur mit Absol-

Das schlichte, jedoch gefällig gruppierte Stallgebäude, von welchem wir S. 200 Ansicht und Grundrisse geben, ist ohne Anwendung von Werkstein lediglich in Putzarchitektur und Holzfachwerk gehalten. In dieser Ausbildung, sowie in der Wahl steiler Ziegeldächer sucht es stilistischen Anschluss an das Hauptgebäude.

Die Baukosten betrugen 64 000 M. für das Hauptgebäude und 17 000 M. für das Stallgebäude, für die ganze Baugruppe also zusammen 81 000 M. —

venten der Untersekunda eines humanistischen oder Real-Gymnasiums zu besetzen wären, ohne dass gleichzeitig die soziale Lage der Bautechniker eine ganz wesentlich bessere wird? Junge Leute mit dem Zeugnis für den einjährig-freiwilligen Militärdienst können alsbald nach



Abbildg. 4. Loggien einer Hofanlage in Sterzing.

Sterzing und die Erhaltung der Bau- und Kunstdenkmäler Tirols.

Von Hugo Steffen, München.

Der alterthümliche Städtecharakter der meisten Gebirgstädtchen Tirols mit ihren interessanten Strassen, den vielen verschiedenartigen Erkern und hohen Giebeln an den Häusern, den meist kunstvoll gearbeiteten, weit in die Strasse hängenden Wirthshauschildern, dem ehrwürdigen Rathhause, vor dem schon seit Jahrhunderten der alte, mit einer Heiligenfigur geschmückte Brunnen plätschert, dazu die majestätischen blauen Berge im Hintergrunde, dies alles bietet für das Künstlerauge ein wunderbares Bild, das aber in letzter Zeit nur zu oft durch unpassende Neu- oder Umbauten gestört wurde. Wenn sich auch in der hier zu besprechenden Tirolerstadt Sterzing jener anheimelnde Typus noch ganz erhalten hat, so droht doch einigen werthvollen Gebäuden der Untergang. Ein anderer Sinn wächst mit der neuen Generation im Volke empor und durch den rastlos vorwärts strebenden Fortschritt wird im Laufe der Zeit noch manches schöne Baudenkmal Alttirols den neuen Anforderungen weichen müssen.

Doch der ausgesprochene Sinn der Landbevölkerung für das wirklich und natürlich Schöne hat sich theilweise bis in die Neuzeit erhalten und schön geformte bemalte Betläden, Schränke und allerlei Hausgeräth werden von den sogen. Kistlern ganz im Sinne ihrer Vorfahren noch heute zu Brambach angefertigt, eine wirkliche Volkskunst, die aber leider gerade auch wie die prächtigen Gebirgstrachten im Aussterben begriffen ist. Statt der einheimischen kunstgewerblichen Erzeugnisse, welche wir sonst in den

Lauben und Bogengängen alter Städte einkaufen konnten, finden wir jetzt meist die bekannte billige Fabrikware, oft schon mit den Ornamentformen des in den Grossstädten erzeugten neuen Stiles bedeckt. Aber nicht mit dem Kunstgewerbe allein, sondern auch mit der volkstümlichen Baukunst ist es so bestellt, denn auch sie geht immer mehr zurück und es würde vielleicht nicht so falsch sein, einen naheliegenden Vergleich zu wagen. Gerade wie das Gebirgsmädchen mit ihrer reizenden althergebrachten Tracht nicht mehr zufrieden ist und sich durchaus wie eine Stadtdame kleiden will, was ihr doch niemals steht, so ist auch der Sinn des Gebirglers, falls er sich ein neues Haus baut, auf grosstädtische Formen gerichtet. Auch der kleine Kaufmann begnügt sich nicht mehr mit seinem nach alter Tradition gebauten Laden, und so finden wir jetzt oft mitten in den alten Strassen Geschäftshäuser mit den bekannten sichtbaren Eisenkonstruktionen. Ebenso ist es mit den alten gemüthlichen Gasthäusern, in deren Erkerstuben es sich so lauschig wohnen lässt; auch sie werden meistens abgebrochen und müssen grosstädtischen Hôtels Platz machen, wie kürzlich in Brambach, wo der Verfasser, angezogen durch ein schönes altes Gasthaus, einkehrte. Wie erfreut war er, als man ihm zum Ueberrachen ein Erkerstübchen anwies, welches mit reichgeschnitzter Holzdecke, Intarsia-Wandvertäfelungen und werthvollen Möbeln aus d. J. 1580 ausgestattet war. Und der Wirth dieses Hôtels hatte sein Haus zum Abbruch bestimmt und bot die kostbaren inneren Einrichtungen zum Kaufe an.

In dem Städtchen Sterzing werden demnächst allem Anscheine nach mehrere Häuser abgebrochen, wenn es nicht schon geschehen ist, deren innere Höfe vor allem

Verlassen der Schule in den Subalterndienst eintreten, und welche Zukunft haben die mit derselben Vorbildung versehenen Techniker nach dem anstrengenden Praktikum und Absolvierung der kostspieligen Baugewerkschule? Als Privattechniker gewährt der Besitz des Berechtigungsscheines keine besonderen Vergünstigungen, da, wie allgemein bekannt, in Privatbetrieben lediglich das Maass an technischen, namentlich praktischen Kenntnissen infrage kommt, und beim Eintritt in den technischen Subalterndienst sind diese Beamten trotz der mit viel Aufwand an Zeit, Geld und Mühe erworbenen besseren Bildung — Gymnasial- und Baugewerkschul-Bildung — in Gehalt und Art der Beschäftigung wesentlich schlechter gestellt, als die mit gleicher Vorbildung versehenen Beamten anderer Verwaltungen. Auch das Ansehen der Bureaubeamten der Staatsbauverwaltung scheint hinter dem der Bureau-Beamten anderer Verwaltungen zurückzustehen, wozu die anfängliche Verleihung des Titels eines Bauschreibers an die technischen Bureaubeamten beigetragen haben mag. Dies ist zur Genüge bekannt, es beweist auch die geringe Zahl der sich Meldenden und die wiederholt vorgekommene Amtsniederlegung selbst etatsmässig angestellter technischer Bureaubeamten der preussischen allgemeinen Staatsbauverwaltung. Es werden daher junge Leute mit dem Einjährigen-Zeugniss nur bei ausgesprochener Neigung für das Baufach sich demselben zuwenden, weshalb der eingangs erwähnte Prozentsatz zwischen Schülern mit der Einjährigen-Berechtigung und Nichtberechtigung in absehbarer Zeit eine wesentliche Verschiebung nicht erfahren wird. Werden junge Leute ohne Einjährigen-Berechtigung also von dem Besuche der Baugewerkschule ausgeschlossen, so ist die Existenzfähigkeit dieser Schule infrage gestellt. Es würde kaum eine Baugewerkschule als solche bestehen bleiben, die übrigen müssten in Handwerker- oder Polirschulen umgewandelt werden. Die Folgen dieser Umwälzungen sind gar nicht abzusehen. Hingewiesen sei nur auf den Umstand, dass die Lehrer der jetzigen kgl. Baugewerkschulen durchweg zu kgl. Baugewerkschullehrern oder -Oberlehrern ernannt sind und daher nicht ohne Weiteres einer Handwerker- oder

gar Polirschule überwiesen werden könnten. Ferner würden die ausserpreussischen sowie die Privatschulen diesem Beispiele voraussichtlich nicht folgen, wodurch dieselben einen ungeahnten Aufschwung nehmen würden. Auch wäre die Gründung neuer Baugewerkschulen von privater Seite zu erwarten. Und doch sollte der Zweck der in den letzten Jahren erfolgten Gründung einer ganzen Reihe neuer kgl. Baugewerkschulen der sein, dem Privatschulwesen zu steuern. Der jetzige Zustand aber, dem man mit einem vermeintlichen Radikalmittel ein plötzliches Ende zu bereiten glaubt, würde in alter Weise weiterbestehen.

Für die jetzige Baugewerkschule, welche zweifellos Bedeutendes leistet, ist erwiesenermassen die Zeit zu einer vollständigen Umwälzung noch lange nicht gekommen. Sie ist aber verbesserungsfähig. Als unerlässliche Vorbedingung für die Aufnahme sollte der Nachweis einer solchen Bildung Bedingung sein, wie sie eine mehrklassige Volks- oder Bürgerschule bietet. Daran sollte aber, was bisher nicht immer der Fall gewesen ist, streng festgehalten werden. Diese Vorbildung genügt für Techniker, wie sie bisher beispielsweise für Postassistenten stets genügt hat. Aber auch die Anforderungen an die technischen Vorkenntnisse der Aufzunehmenden sind steigerungsfähig. Wer nicht genügendes Vorstellungsvermögen besitzt, sollte ebenfalls von der Aufnahme ausgeschlossen werden. Man braucht mit den einschlägigen Verhältnissen nur einigermaßen vertraut zu sein, um zu wissen, dass nicht der Mangel an allgemeiner Bildung allein der Grund des Stolperns ist, auch die rein technischen Fächer haben schon Manchen zum Straucheln gebracht.

Zu empfehlen ist schliesslich das Fortfallen der öffentlichen Ausstellung von Schülerarbeiten am Schlusse des Halbjahres. Die vielen Paradeponys der Lehrer, welche sich unter den Arbeiten befinden, kosten den Schülern viel Kraft und Zeit, welche nutzbringenderen Arbeiten zugewandt werden könnte. Eine staatliche Lehranstalt bedarf dieses von den Privatschulen überkommenen Reklamemittels nicht. —

— u —

Mittheilungen aus Vereinen.

Arch.- u. Ing.-Verein zu Hamburg. Vers. am 1. März 1901. Vors. Hr. Zimmermann, anwes. 75 Pers., aufgen. Hr. Ing. Hr. W. Rave. Der Vorsitzende macht Mittheilung von dem Tode des Vereinsmitgliedes Ing. C. B. Wiese, zu dessen Ehren sich die Anwesenden von ihren Sitzen erheben.

Es erhält das Wort Hr. Olshausen, welcher im Anschluss an seinen kürzlich gehaltenen Vortrag über die Einsetzung eines Vereins-Ausschusses betreffend die Arbeiterwohnungsfrage berichtet. Es sei 1892 von einem Vereins-Ausschusse eine Denkschrift ausgearbeitet worden, in deren Schlusssatz ausgesprochen wurde, dass die Privatthätig-

keit zur Herstellung kleiner Wohnungen nach Möglichkeit gefördert werden müsse, und dass man die Gründung einer diesem Zwecke dienenden Privat-Baugesellschaft anregen solle. Dieser Anregung sei aber, ausser durch die Gründung des Bau- und Sparvereins und später der Schiffszimmerer-Baugenossenschaft, keine weitere Folge gegeben. Im Jahre 1900 hat die Vermehrung kleiner Wohnungen nur 448 betragen, wovon 270, oder 60%, durch die vorgenannten oder ähnliche Institutionen hergestellt worden seien. Wenn unser Verein damals die Ansicht vertreten habe, dass das Beschaffen kleiner Wohnungen vor allem Aufgabe der Privatthätigkeit sei, so stehe er damit nicht allein, denn auch in einer Denkschrift des Grafschaftsrathes von London sei dasselbe ausgesprochen. Ebenso habe sich der

von Bedeutung sind und die den Architekten durch ihre Anordnung interessieren. Eine solche Anlage ist der in unseren Abbildungen wiedergegebene Loggienhof mit Bogengängen und Pfeilern aus dem 15. Jahrhundert, welcher eine Lichtöffnung von 5—7 m hat. Wir finden hier die verwickeltesten Gewölbekunststückchen, bei deren Durchdringungen höchst malerische Winkel und Uebergänge erzielt wurden. Ausserordentlich gut wirken alle diese Höfe durch ihre gedrungene Masse und einfachen Verhältnisse bei Vermeidung aller Einzelheiten und Ornamente. Bemerkenswerth sind auch die mit den einfachsten Mitteln hergestellten Brüstungen der Bogengänge, welche aus grossen Mauersteinen von 40 cm so gebildet sind, dass sie würfelförmige Formen zeigen, deren dreieckige Oeffnungen sich, prächtig dunkel wirkend, von den dahinterliegenden weissgetünchten Mauerflächen abheben. Unterbrochen werden die Brüstungen durch Postamente, die sich unter und zwischen den betr. Pfeilern bilden, um so die Eintönigkeit zu vermeiden. Vor allem aber reizend wirkt der Uebergang mit Thür zu einem Raume der anderen Hofseite im zweiten Stock; es ist dies die bekannte Anordnung, welche unsere Vorfahren mit der grössten Kaltblütigkeit vollzogen und deren Unregelmässigkeit gerade den schönsten Zauber hervorruft. Die durch solche einfache Mittel hergestellten Hofloggien mit Uebergängen wirken stets höchst vornehm und wenn wir in den zahlreichen Höfen Sterzing umherwandeln, finden wir auch immer wieder jene einfachen Würfelornamente der Brüstungen, welche nur aus Mauersteinen gebildet sind, eine Eigenenthümlichkeit, die fast nur in Sterzing vorkommt.

Der Grundrisskizze haben wir zwei Längsansichten des Hofes beigegeben (S. 201); die eine derselben, vom Strassen-

eingange nach dem Hintergebäude zu, zeigt das Gesamtbild mit dem vorher erwähnten kleinen Uebergange im zweiten Stock, während uns die andere Ansicht die entgegengesetzte Seite mit Blick nach dem Eingang vor Augen führt. Hier gewahren wir die an der Giebelwand entlang angebrachte Treppe, welche nach dem Vorsaal des ersten Stockes führt, wie die dritte Skizze zeigt. Treppe wie Saal erhalten ihre Beleuchtung durch die offenen Galleriebögen des Hofes. Hier entfaltet sich aber wieder ein neues reizvolles Bild. Der Ausgang der Treppe wird durch eine seitliche Balustrade von der erwähnten Würfelform geschützt, während eine weitere Stiege mit Seilhandgriff hinauf zum zweiten Stock führt. Dieser ganze Theil mit seinen malerisch durchbrochenen Gewölben giebt ein beredtes Zeugnis von dem reich entwickelten Schönheitssinn der Alten ab. Die vierte Skizze (S. 198) zeigt eine Einzelheit der Loggien-Architektur, nach dem Hintergebäude zu gesehen. —

Nehmen wir nun Abschied von diesem interessanten Hause und wandeln wir unter den alten Laubengängen mit ihren charakteristischen Kaufläden dem Rathhause zu! Wohl manches schönen Höfchens, welches uns durch die geöffnete Hausthür zum Anschauen entgegenwinkt, möchten wir noch gedenken, doch wir wollen uns heute auf das Rathhaus beschränken, das mit seinen gothischen Bögen den Anfang zu den eben durchschrittenen, längs der Strasse hinlaufenden Laubengängen macht. Wie aus den Bauformen ersichtlich, stammt dasselbe aus der gleichen Zeit, wie die vielen an der gleichen Seite liegenden spätmittelalterlichen Häuser nebst Höfen; ja fast möchte uns die Vermuthung aufkommen, dass möglicher Weise zu dieser Zeit in Sterzing eine Bauhütte bestanden haben

Verein für öffentliche Gesundheitspflege in Deutschland in seiner Versammlung in Trier im Jahre 1900 auf Veranlassung der Hrn. Adickes und Stübgen in demselben Sinne ausgesprochen. Die Aufgabe sei nun heute, zu ergründen, welche Ursachen für die Thatsache vorliegen, dass die Privatbauthätigkeit dieser ihr naturgemäss zufallenden Aufgabe bisher nicht in hinreichendem Maasse gerecht werde.

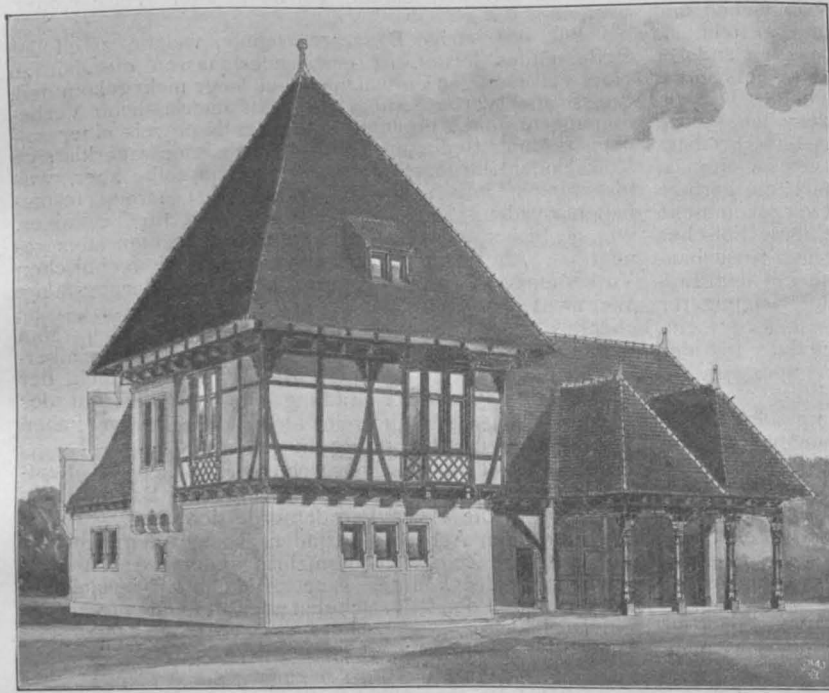
Dabei dürfe sich der Verein nicht auf die rein technische Seite der Frage beschränken, müsse vielmehr auch

die wirtschaftliche mit berücksichtigen. Kostenanschlag, Rentabilitäts-Berechnung usw. seien Materialien, mit denen sich jeder im Privatbauwesen thätige Architekt fortdauernd zu beschäftigen habe. Man höre fortwährend aussprechen, dass die Erschwerungen, die das Baupolizei-Gesetz und das Bebauungsplan Gesetz für das Bauen kleiner Wohnungen darbiete, die Gründe seien, welche die Privatthätigkeit von der Lösung dieser Aufgabe fernhalte. In eine genaue Untersuchung darüber, in wie weit dies richtig sei, lasse sich aber Niemand ein. Darauf komme es aber gerade an, wenn man Vorschläge für geeignete Maassnahmen zur Beseitigung der Ursachen, welche bisher das Bauen kleiner Wohnungen verhindert haben, machen wolle. Redner bittet, einen Ausschuss für diese Fragen zu wählen; in diesem befinden sich die Hrn.: Ruppel, Vicenz, Elvers, Dr. Wentzel und Rambatz. —

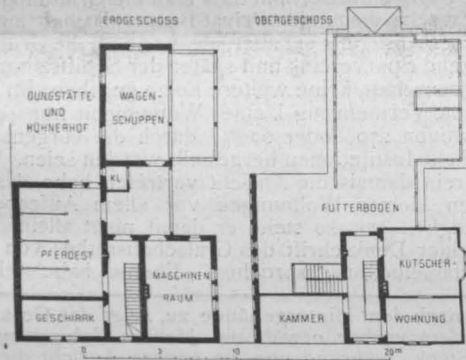
Es erhält hierauf das Wort Hr. Löwengard, welcher über die im Wettbewerbs-Ausschusse ergebnisslos verlaufenen Verhandlungen, über den von den Architekten Groothoff und Genossen mit Schreiben vom 17. Dez. 1900 erhobenen Protest gegen das Verfahren der Jury bei dem Wettbewerb für ein Ober-Landesgerichts-Gebäude, berichtet (vergl. S. 99 Jahrg. 1900 der Dtschn. Bztg.). Redner theilt mit, dass die Ansichten der Ausschuss-Mitglieder darüber, ob das Preisgericht bei Empfehlung eines, wegen Ueberschreitung der vorgeschriebenen Platzgrenzen von der Preisurtheilung ausgeschlossen, Entwurfes zum Ankauf und zur Ausführung, seine Zuständigkeit überschritten habe, sehr weit auseinander gegangen seien. Einige seien sich die Mitglieder des Ausschusses darüber gewesen, dass seitens des Preisgerichtes ein Formfehler gemacht sei, indem es die Empfehlung des fraglichen Entwurfes zur Ausführung in

seinem Protokoll ausgesprochen habe. Ein Theil der Ausschuss-Mitglieder lege aber diesem Formfehler keine grössere Bedeutung bei, weil jedes Mitglied des Preisgerichtes, also auch alle zusammen, das Recht hätten, dem Bauherrn nach Erledigung der Preisvertheilung unter den programmässigen Entwürfen einen Rath über die Vorzüge aller eingegangenen Arbeiten zu ertheilen. Demgegenüber sei der andere Theil des Ausschusses der Ansicht gewesen, dass das Preisgericht überhaupt nicht das Recht habe, einen von der Preisurtheilung ausgeschlossenen Entwurf zur Ausführung zu empfehlen. Das Preisgericht habe sich auf die ihm gestellte Aufgabe: Beurtheilung der programmässigen Entwürfe, zu beschränken. Eine Einigung der auseinander gehenden Meinungen sei nicht zu erreichen gewesen.

In der Besprechung, an der sich die Hrn. Groothoff, Haller, Löwengard, Zimmermann, Himmelheber,



Landhaus Ludowici in Landau. Stallgebäude. — Architekt: Hugo Hartung-Berlin.



könnte, welche die ganze älteste Häusergruppe nebst Rathaus und Stadtpfarrkirche in einer bestimmten Reihe von Jahren vollendete. Denn die bei allen diesen Gebäuden auftretenden gleichen typischen Formen, sowie die für die damalige Zeit äusserst geschickte Theilung der Grundstücke, vor allem aber die stets wiederkehrenden gleichen Steinmetzzeichen sind Grund zu einer derartigen Annahme, welche sich vielleicht auch nachweisen liesse.

Den Ueberlieferungen nach ist das Rathaus in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts durch die Bauleute Meister Zeilstein, Hänsel, Seittner und Jöchl ausgeführt worden. Im Erdgeschoss befand sich nach vorn die Brot-, nach hinten die Fleischbank, während im ersten und zweiten Stock die Rathhausräume untergebracht waren. An die Hinterfront schloss sich noch ein äusserlich sehr schmuckloses Tanzhaus an, welches aber schon um 1550 als Kornspeicher und später als Theater diente, in welchem einst die Sterzinger selbst spielten, jetzt aber Schauspieler von Beruf gastiren. Die beiden Erker wurden erst um 1524 vollendet und der vordere, mit Wappen usw. reich verzierte, wegen grosser Baufälligkeit i. J. 1889 abgetragen und wiederhergestellt.

Der prächtige alte Rathhaussaal weist schön geschnittene Holzvertäfelungen und kunstvolle Thürbeschläge auf, vor allem aber sind die werthvollen Tafelgemälde von Hans Mueltscher, Ulm, 1456—1458 gefertigt, sowie Werke des Malers und Dichters Vigil Raber hervorzuheben; auch eine Original-Federzeichnung unbekannten Ursprungs, An-

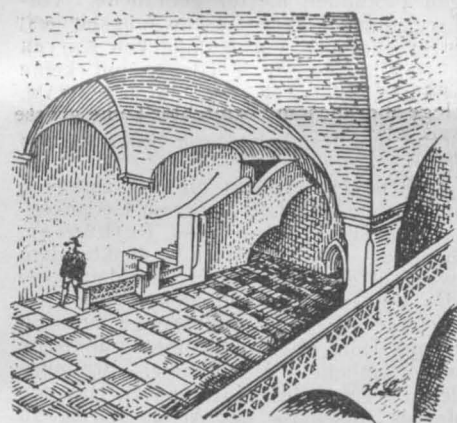
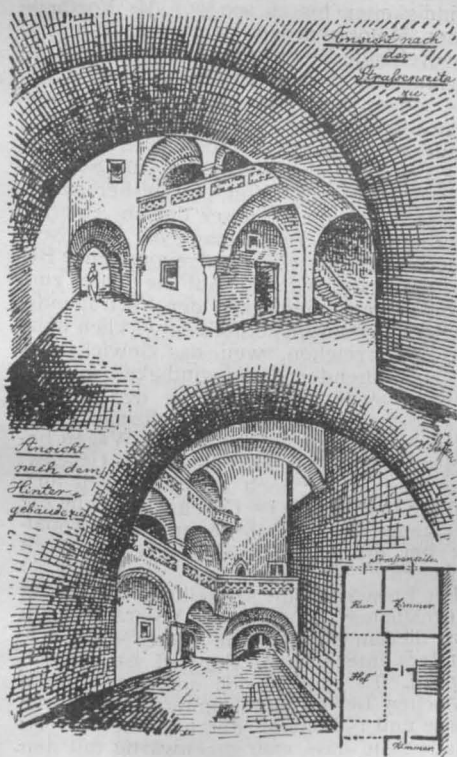
sicht von Sterzing aus d. J. 1608, ist von hoher Bedeutung. Interessiren dürfte uns auch das in seiner Art seltene Lüsterweibchen, ein Prunkstück des Saales aus der Blüthezeit der Renaissance, welches auf mächtigem Steinbockgehörn die meisterhaft geschnittene und bemalte Halbfigur der Lucretia trägt.

Der hervorragendste und edelste Theil des Rathhauses ist aber unstreitig der Vorsaal, welcher den Architekten ganz gefesselt hält; unser Bild (S. 201) zeigt die Ansicht desselben im ersten Stockwerke. Man erreicht ihn von einem kleinen Vorplatze des Hausganges aus, der sein Licht durch die auf der Abbildung sichtbare, mit dem einfachen, reizvollen Gitterwerke umschlossene Oeffnung erhält. Dasselbst führt uns auch die Stiege hinan, welche sammt Austritt unter der oberen Treppe angelegt ist, und wir befinden uns nun in dem anheimelnden, traulichen Vorgemach, das durch seine grossartig einfache Architektur einen fast feierlich ernsten, vornehmen Eindruck macht, der durch geschmackvoll vertheilte alte Heiligenbilder und Epitaphien von alten adeligen Sterzinger Familien noch erhöht wird. Wahrlich ein wunderbar malerisches mittelalterliches Stimmungsbild, welches in seiner Art einzig dastehen dürfte!

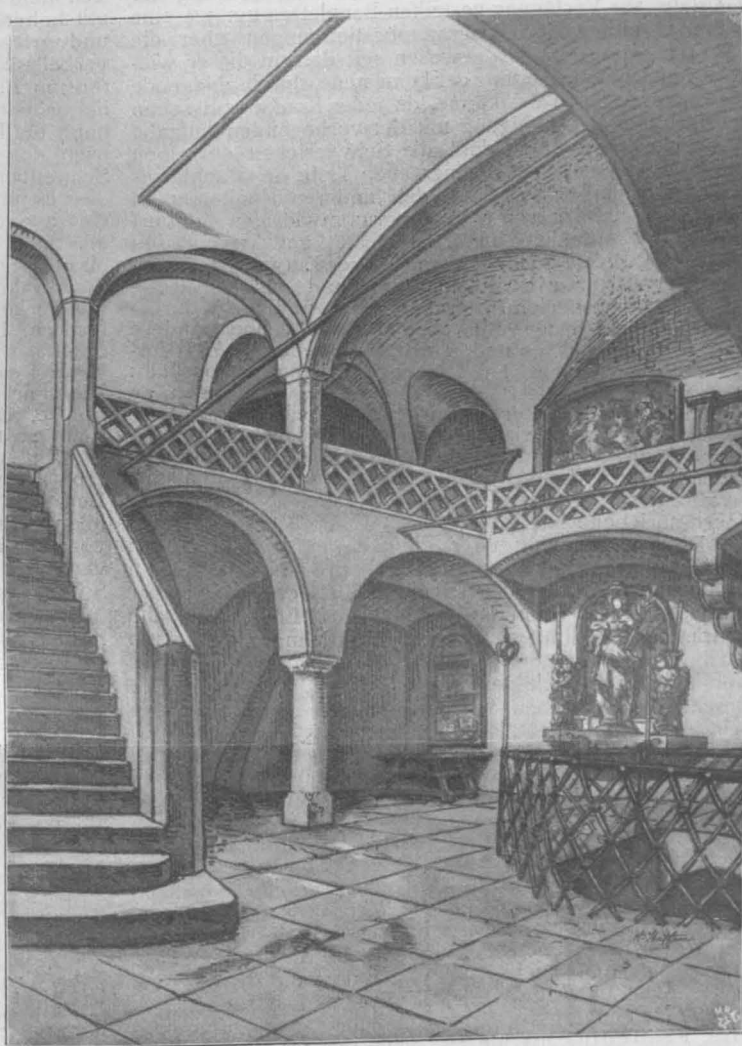
Eine Bogengallerie mit den bekannten, in den Sterzinger Höfen stets wiederkehrenden Brüstungen zieht sich um den ganzen Saal herum, nur dass hier bei der Hälfte der Gallerie das Würfelornament in Wegfall gekommen ist und an dessen Stelle ein einfaches, der Stimmung angepasstes schmiedeisernes Gitter tritt.

Ruppel, Fittschen, Göbel, Olshausen, Ohrt, Trog und Hennicke betheiligen, gehen die Ansichten über die Befugnisse des Preisgerichtes bezüglich der nicht programmgemässen Arbeiten ebenfalls auseinander. Für die Auffassung, dass das Preisgericht recht gehandelt habe, wird geltend gemacht, dass man dasselbe im Interesse einer möglichst vollkommenen Lösung der zur Preisbewerbung gestellten

Aufgabe in seinen Befugnissen nicht beschränken dürfe, dass es auch kaum zu befürchten sei, dass daraus bei zukünftigen Wettbewerben die Gefahr erwachse, dass die Bewerber sich nicht an die Bestimmungen des Programmes halten würden. Jedenfalls könne man den Preisrichtern nicht verwehren, ihre Ansichten auch über die eingegangenen programmwidrigen Arbeiten dem Bauherrn mitzuthemen. Daraus folge aber, dass man an dem hier geübten Verfahren des Preisgerichtes höchstens einen geringen Formfehler rügen könne, der ausserdem noch um so milder beurtheilt werden müsse, weil die technischen Mitglieder des Preis-



Abbildg. 1—3. Hofanlage in Sterzing.



Ansicht des Vorsaaes im Rathause zu Sterzing.

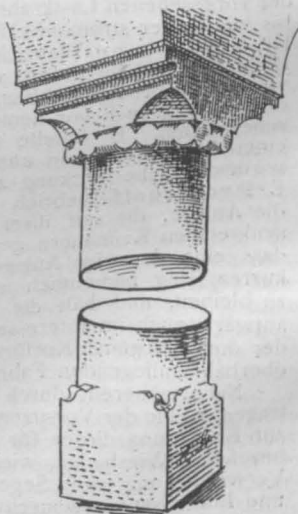
Wie bei dem vorhin beschriebenen Hofe, so sind es auch hier die verwickeltesten Gewölbekunststücke mit Bögen und Stüchkappen, in die wiederum Nischen einschneiden, über welche wir uns stets freuen müssen.

Eine Empore mit denselben Architekturformen, wie wir sie auf der einen Seite des beschriebenen Rathaus-Vorsaaes sehen, befindet sich in der 10 Minuten von der Stadt entfernten Stadtpfarrkirche, deren Gewölbe durch 16 m hohe Marmorsäulen getragen werden. Der achteckige Chor dieser Kirche stammt aus der Mitte des 15. Jahrhunderts, das Langhaus ist erst später, 1497—1525, vollendet; laut Baurechnung sind als ältester Bauführer Meister Benedikt (1513—1514), und als Werkmeister Hanz Lutz von Schussenried, der Erbauer des berühmten Bozener Pfarrturmes, aufgeführt. Von besonderer künstlerischer Bedeutung ist das Südportal der Kirche, welches ein sehr reiches Spitzbogenrelief mit thronender Madonna und den darunter befindlichen verblassten farbigen Wappenschildern des Deutschen Reiches, Oesterreichs und Tirols enthält. Die zahlreichen, an der Süd- und Westseite der Kirche angebrachten, in Marmor ausgeführten Grabdenkmäler der Frührenaissance sind gleichfalls von hohem künstlerischem Werth.

Aus der gleichen Zeit verdienen noch der den Abschluss der Rathausstrasse bildende „Zwölferthurm“ vom Jahre 1468, sowie der von dem Gewerken Hans Jöchl erbaute und nach ihm benannte „Jöchlsthurm“ Erwähnung. Letzterer zeigt die charakteristischen Staffelgiebel und

Renaissance-Erker und enthält im Inneren wundervolle, vorzüglich erhaltene gothische Schnitzereien. Eine grosse Holzdecke im zweiten Stock, welche in der Mitte das farbige Wappen von Mathias Jöchl nebst Jahreszahl 1469 zeigt, ist in technischer wie künstlerischer Hinsicht ein Meisterwerk ersten Ranges. Von Interesse ist noch, dass sich an der Stadtpfarrkirche dieselben Steinmetz-Zeichen vorfinden, wie in den Höfen der Eingangs beschriebenen Privathäuser und an einer Säule des Rathaus-Vorsaaes.

Der beste Gedanke ist aber die Ueberzeugung, dass wenigstens die prächtigen öffentlichen Gebäude erhalten bleiben sollen, und so hegen wir nur noch von den male- rischen Höfen der Privatbauten Sterzings den gleichen Wunsch, damit auch sie gegen jeden Ansturm der Bauspekulation genügend Schutz finden möchten. —



Säule aus dem Rathaus-Vorsaal in Sterzing.

gerichtet, gegenüber dem etwas zweifelhaften Wortlaut des Programmes, sich nicht einig darüber gewesen seien, ob bei dem fraglichen Entwurfe überhaupt eine Ueberschreitung des Programmes angenommen werden dürfe. Aufgrund dieser Auffassung beantragt Hr. Haller: „Dem Protest der Hrn. Groothoff und Gen. seitens des Architekten- und Ingenieur-Vereins keine weitere Folge zu geben“.

Demgegenüber wird von den Vertretern der gegen- theiligen Ansicht geltend gemacht, dass die Konkurrenten, und jedenfalls auch der Verfasser des zum Ankauf und zur Ausführung empfohlenen Entwurfes, nicht darüber im Zweifel gewesen seien, dass mit der Vergrößerung der Tiefe des zur Verfügung gestellten Bauplatzes um 7 m eine Ueberschreitung der Programmbestimmungen über die Platzgrenzen verbunden gewesen sei; dass in dieser will- kürlichen Ueberschreitung gar keine neue, durchschlagende Idee gefunden werden könne, da jeder Konkurrent schon bei flüchtiger Beschäftigung mit der vorliegenden Aufgabe gesehen haben werde, dass die Schwierigkeit derselben gerade in der zu knapp bemessenen Tiefe des Bauplatzes liege, und dass es deshalb den anderen Konkurrenten gegenüber unbillig sei, den programmwidrigen Entwurf durch die Empfehlung zur Ausführung gewissermaassen mit dem I. Preise zu bedenken. Dieser Entwurf stelle zu- nächst auch nur eine Lösung aufgrund des selbst ge- schaffenen erweiterten Programmes dar, und es sei durch- aus noch nicht festgestellt, ob dafür nicht noch andere bessere Lösungen gefunden werden könnten. Ein Ver- treter dieser Ansicht, Hr. Löwengard, beantragt deshalb: „Der Verein beschliesst, den Vorstand zu beauftragen, an geeigneter Stelle dafür zu wirken, dass ein neuer Wett- bewerb für ein Oberlandes-Gerichtsgebäude ausgeschrie- ben werde, aufgrund eines neuen sorgfältig durchge- arbeiteten Programmes und eines Bauplatzes, der eine etwa um 7 m grössere bebaubare Tiefe als der bisher vorgeschriebene hat“.

Da eine Einigung über die sich entgegenstehenden Ansichten nicht herbeizuführen ist, wird über die beiden vorliegenden Anträge abgestimmt, wobei der Antrag Haller mit 24 gegen 26 Stimmen abgelehnt, der Löwengard'sche Antrag dagegen mit 27 gegen 24 Stimmen angenommen wird. Bei dieser geringen Mehrheit wird auf Antrag des Vorsitzenden beschlossen, vor Ausführung des gefassten Beschlusses denselben noch einmal zur Besprechung zu bringen. —

Hm.

Arch.- u. Ing.-Verein zu Wiesbaden. V. ord. Vers. am 5. März. Vors. Hr. Stdtbmstr. Genzmer, anwes. 24 Mitgl., 8 Gäste. — Nach Erledigung geschäftlicher Angelegenheiten ertheilte der Vorsitzende das Wort Hrn. Stdtbmstr. Thiel- Biebrich zu Mittheilungen über die geplante neue Rhein- kai-Anlage bei Biebrich. Redner erläuterte anhand ausgestellter Pläne die Bauanlage, die sich von der preussi- schen Landesgrenze abwärts bis zur jetzigen Anlegestelle der Rhein-Dampfboote gegenüber dem Nassauer Hof er- strecke, und gab kurze Erklärungen über die Art des Aus- baues. Die Vorlegung dieses Entwurfes gab zu sehr leb- haftem Meinungsaustausch Veranlassung. Auf Anfrage des Hrn. Frobenius machte Hr. Thiel weitere Mittheilungen über die Kosten, die sich auf 780 M. für 1 m Länge ohne Anschüttung berechnen. Hr. Kaufmann hielt die Mit- wirkung von Wiesbaden für zweckmässig. Hr. Simon Hess, Mitgl. der städt. Verkehrs-Kommission, empfahl Vermehrung der vorgesehenen Lastkrahne und Ausdehnung der Anlage bis zur weiter stromaufwärts gelegenen Kurfürstenmühle. Hr. Schönbrunn-Biebrich hielt eine Uferverbreiterung für nöthig und theilte mit, dass sich die Anlage nicht auch vor das Biebricher Schloss, das stromabwärts liegt, aus- dehnen soll, auch vor demselben keine Bahngleise vorge- sehen seien. Es handle sich im übrigen um Schaffung einer Anlage von rein nützlichem Charakter. Ueber die wirthschaftliche Wirkung zu sprechen sei verfrüht. Hr. E. Dyckerhoff-Biebrich erörtert nochmals ausführlich die Anlage, die auf ihrer Gesamtlänge von 380 m mit senkrechten Kaimauern geplant sei. Er wies darauf hin, dass eine derartige Anlage nothwendig wäre, um kon- kurrenzfähig namentlich mit Mainz und Gustavsburg zu bleiben, und hält die Fortführung der Mauer strom- aufwärts auch im Interesse von Wiesbaden, die Besitzerin der dort belegenen Kurfürstenmühle sei, sowie der weiter oberhalb anliegenden Fabrikbesitzer für rathsam.

Nach weiteren, durch Hrn. Thiel beantworteten An- fragen dankte der Vorsitzende letzterem für die Anregung zur Erörterung dieser für Biebrich und sein Hinterland, besonders Wiesbaden, wichtigen Pläne, denen er baldige Verwirklichung zum Segen der beteiligten Gemeinden und Interessenten wünscht.

Sodann sprach Hr. Reg.-Bmstr. Berlitz: „Ueber elek- trischen Bahnbetrieb, insbesondere für Haupt-

und Schnellverkehrsbahnen“. Nachdem der Vor- tragende ausgeführt hatte, dass der elektrische Betrieb bei Strassenbahnen sich in jeder Beziehung gut bewährt habe, gehe man jetzt auch dazu über, Hauptbahnen elek- trisch zu betreiben. Er unterschied dabei 1. umgewan- delte Hauptbahnen und 2. neue Bahnen für Schnellver- kehr mit Geschwindigkeiten bis zu 200 km. Als Vortheile für den elektrischen Motor wurden bezeichnet: die un- mittelbar erzeugte drehende Bewegung, die einfache Kon- struktion, die Ausnutzung der Adhäsionskraft u. dergl. Der Redner führte sodann weiter aus, dass „Gleichstrom“ sich mehr für kurze Strecken eigne, dagegen „Drehstrom“ mit hoher Spannungsvertheilung für grosse Entfernungen und grosse Kraftleistungen, also besonders für Schnell- verkehrsbahnen vorthellhaft sei. Von den bisher ausge- führten Bahnen seien zu nennen, ausser den in Amerika hergestellten Hauptbahnen, in Deutschland die Wannsee- bahn bei Berlin, deren versuchsweise aufgenommener Be- trieb sich bis jetzt gut bewährt habe. Auf die Mittel zum Schnellverkehr übergehend, bemerkte der Vortragende, dass es unmöglich sei mit Dampflokomotiven wirklich hohe Geschwindigkeiten zu erreichen, weil das Gewicht der Maschine mit der zunehmenden Geschwindigkeit verhält- nissmässig zu schwer werde. Die jetzt bei den preuss. Staatsbahnen in Gebrauch stehende Schnellzugs-Loko- motive könne bei 90 km Geschw. noch 7 D-Zug-Wagen be- fördern. Diese Leistungsfähigkeit sinke bei 120 km Geschw. erheblich, so dass hierbei nur noch 1 D-Zugwagen fort- bewegt werden könne und bei 135 km Geschw. erreiche die Maschine für ihr eigenes Gewicht überhaupt die Maximal- grenze, sie könne bei dieser Geschwindigkeit nur noch sich selbst fortbewegen.

Zurzeit würden Entwürfe für Schnellbahnen bis zu 200 km Geschw. ernstlicher Bearbeitung unterzogen; in Berlin habe sich zu diesem Zwecke eine „Gesellschaft“ ge- bildet. Ein besonders interessanter Entwurf ist kürzlich veröffentlicht worden. Es handelt sich um eine Schnell- verkehrsbahn zwischen Berlin und Hamburg, die diese Strecke in 1 Stunde und 15 Minuten durchfahren soll. Es möge daran erinnert sein, dass man gegenwärtig mit den besten Zügen gegen 4 Stunden hierfür gebrauche. Vor- aussetzung zur Erreichung obiger Geschwindigkeit sei: durchaus gerade Strecke, also Vermeidung von Kurven und erheblichere Gefälle, ferner 3 Gleise und keine Weichen. Die Ausführung dieser Bahn ist auf 140 Mill. M. veranschlagt. Sie soll sich bezahlt machen, wenn jeder Einwohner von Berlin und Hamburg diese Bahn jährlich nur einmal durchfährt.

Die klaren Ausführungen fesselten die Versammlung ausserordentlich und gaben ebenfalls zu regem Gedanken- austausch Anlass, an dem sich die Hrn. Hess, Bethäuser, Dähne u. a. beteiligten. Der Vorsitzende dankte dem Redner unter Hinweis auf den lebhaften Beifall, den seine Mittheilungen in der Versammlung gefunden haben.

Zum Schluss reichte der Vorsitzende einige ihm von Hrn. Brth. Winter aus Rom übersandte photographische Abbildungen des öffentlichen Monumental - Brunnens herum, der vor den Thermen des Diokletian zu Häupten der Villa Nazionale als Abschluss der Acqua Marcia zu Rom errichtet worden ist und zu den aus der Tagespresse bereits bekannten Vorgängen Veranlassung gab, nachdem von klerikaler Seite die Entfernung der als unsittlich be- zeichneten Brunnenfiguren verlangt worden war. — G.

Vermischtes.

Karlsruher Jubiläums-Kunstaussstellung 1902. Zu dieser Veranstaltung, die wir mehrfach berührt haben, bewilligte der Karlsruher Bürgerausschuss einstimmig einen Beitrag von 50 000 M. Bei diesem Anlass nahm sich der Stadt- verordnete Ob.-Brth. Baumeister mit Wärme der Bau- kunst an, brachte das Befremden der badischen Archi- tektenkreise über die Ausschliessung von der Ausstellung zum Ausdruck und schlug vor, man solle der Architektur wenigstens einen Raum zur Ausstellung von malerisch dargestellten Entwürfen und Modellen überweisen und den Architekten die innere architektonische Ausschmückung des Ausstellungsgebäudes übertragen. Wenn darauf der Ob.-Bürgermeistr. Schnetzler erwiderte, dass nicht Ge- ringschätzung, sondern lediglich die Raumverhältnisse die Ursache seien, dass die Baukunst an der Ausstellung nicht beteiligt werde, so wird Jeder, der die Raumverhältnisse um die Festhalle in Karlsruhe herum, wo das Ausstellungsge- bäude errichtet werden soll, kennt, sich eines Lächelns nicht erwehren können. Gleichwohl haben wir alle Veranlassung, neben Hrn. Ob.-Brth. Baumeister auch Hrn. Oberbrgmstr. Schnetzler dankbar zu sein, denn er erklärte sich bereit, das Ausstellungs-Comité zu der nochmaligen Erwägung an- regen zu wollen, ob nicht die Architektur in der von Bau-

meister bezeichneten Weise zur Ausstellung zugelassen werden und auch das Kunstgewerbe entsprechende Berücksichtigung finden könne. Der Oberbürgermeister hat sich zu diesem Schritte augenscheinlich aufgrund der in seiner langjährigen erfolgreichen Thätigkeit in der Leitung der Geschichte der badischen Residenz gemachten Wahrnehmung bestimmen lassen, dass die Baukunst im öffentlichen Leben eines fortgeschrittenen Gemeinwesens eine Hauptrolle spielt. Hier liegt also das Hinderniss nicht, auch nicht beim Ausstellungs-Comité oder beim Staatsminister Nökk, von welchem man zu wissen glaubt, dass er jedem Zweige der Kunst ein reges Interesse entgegenbringt. Das eigentliche Hinderniss liegt anderswo. —

Ueber die Stellung der technischen Beamten in Hamburg*). Hamburg, die vielgepriesene Handels- und Hafenstadt, die infolge ihrer bedeutenden Entwicklung und ihres Aufblühens ihren technischen Beamten täglich neue interessante Aufgaben stellt, entbehrt heute noch eines Gesetzes, welches die Anforderungen an die Vorbildung ihrer technischen Beamten festsetzt. Nur ein sehr geringer Theil dieser Beamten verfügt über eine abgeschlossene Hochschulbildung und nur äusserst wenige können nachweisen, die jetzt in allen Bundesstaaten vorgeschriebene zweite Hauptprüfung bestanden zu haben. Versuche, die der Senat in dieser Richtung vor einigen Jahren durch Vorlage eines entsprechenden Gesetzes bei der zweiten gesetzgebenden Körperschaft machte, sind an dem Widerstande letzterer gescheitert, und seitdem ist in dieser Beziehung nichts mehr geschehen. Infolge dieser Verhältnisse zeigt die Mehrzahl der technischen Beamten in Hamburg eine grosse Mannigfaltigkeit der Vorbildung, die ein engeres kollegiales Verhältniss innerhalb dieses Kreises nicht aufkommen lässt und die natürlich auch auf das Ansehen und die Stellung dieser Beamten von nachtheiliger Einwirkung ist.

Der Hauptsache nach zerfallen die oberen technischen Beamten in Hamburg in 3 Klassen: die der Bauinspektoren, der Baumeister I. Gehaltsklasse und diejenige der Baumeister II. Gehaltsklasse. Da von einem Aufrücken in eine höhere Klasse nach dem Dienstalter keine Rede ist, ein solches vielmehr stets von einem neuen Wahlakte abhängig ist, so sprechen das Walten des Zufalls und persönliche Beziehungen vielfach mit, da das Aufrücken stets von dem jeweiligen Vorschlage des Oberbeamten abhängt. Bei dieser Sachlage ist wohl erklärlich, wenn viele jüngere Kräfte den Hamburgischen Staatsdienst wieder verlassen. Trotz des bei einigen technischen Beamten herrschenden Strebens, ihre Stellung durch Nachweis einer guten Vorbildung zu verbessern, hat es sich in letzter Zeit ereignet, dass Personen mit geringerer Vorbildung zu festgestellten Baumeistern ernannt worden sind. An eine Gleichstellung der Baumeister mit den Assessoren, wie solche in Preussen schon seit 1886 besteht, ist unter solchen Umständen natürlich nicht zu denken. Dass die Unsicherheit bezüglich des weiteren Fortkommens und die Unklarheit der Stellung auf vielen technischen Beamten in Hamburg beklemmend lastet und eine richtige Arbeitsfreude nicht aufkommen lässt, liegt wohl auf der Hand. —

Das nachträgliche Eintreten von Rissen in den Wänden von Gebäuden infolge des Schwindens des Holzes. Erfahrungen in dieser Beziehung haben mir die Gewissheit verschafft, dass, solange das Bauholz überhaupt seine Elastizität noch besitzt, Rissebildungen in den Wänden eintreten, sobald die Räume in einer Weise benutzt werden, welche eine gründlichere und nachhaltigere Austrocknung der Luft in denselben verursacht, als dies seither der Fall war. Interessant sind auch vier Beobachtungen, die Gebäude betreffen, welche ich selbst bewohnte: Im Jahre 1879 führte ich in einem etwa 10–11 Jahre alten Hause, in welchem einzelne Räume nicht genügend gelüftet waren, eine wirksame dauernde Lüftung mittels Anlage eines Zugschornsteines aus. Die dadurch bewirkte Austrocknung der Luft hatte in den Wänden jener Räume und der anstossenden Gellasse das Auftreten von Rissen zur Folge, wie sie sonst nur bei Senkungen oder bei Neubauten zu sehen sind. — Im Jahre 1880 richtete ich ein etwa 40 Jahre altes Bauernhaus zu meinem Baubureau ein. Da bei dieser Benutzung eingetretene regelmässige Fensterlüftung und die intensivere Heizung bewirkten ebenfalls das Auftreten fraglicher Risse.

* Anmerkung der Redaktion. Wir haben den vorstehenden Erwägungen Raum gegeben, weil sie vielfach getheilt werden. Wir möchten aber doch unsere eigene Meinung über die Angelegenheit dahin zusammenfassen, dass nicht in erster Linie eine entsprechende Vorbildung, sondern die thatsächliche Leistung der Faktor ist, der bei der Bekleidung eines Amtes hauptsächlich in Betracht kommt. Es ist dabei noch immer die Erfahrung gemacht worden, dass jede Person, die irgend eine Stellung bekleidet, nicht die Achtung besitzt, die von einer gewissen Vorbildung abhängig ist, sondern die Achtung, die sie verdient, d. h. auf die sie sich durch ihre Leistungen ein begründetes Anrecht erworben hat. —

Von 1890–92 bewohnte ich ein Haus, dessen Alter nach seiner Bauweise und aufgrund von Erkundigungen zu etwa 100 Jahren anzunehmen ist. Durch mich kamen Dauerbrand-Öfen in die Wohnung. Dieselben bewirkten trotz ständiger Verdampfung von Wasser auf denselben Risse in den Wänden und Schwinden im Schreinwerk in einem Maasse, ganz wie es sonst bei flüchtig hergestellten oder schlecht gegründeten Bauten zu sehen ist. — Im Jahre 1892/93 erbaute ich mir ein eigenes Haus, auf sonniger luftiger Anhöhe frei gelegen und auf absolut trockenem, festem Keupermergel stehend. Das Zimmerwerk besteht aus geflüstem Schwarzwald-Holze, welches vor seiner Verarbeitung im Herbst den ganzen Sommer auf freiem Platze gelagert war. Der Rohbau blieb den Winter über stehen, die Vergipsung erfolgte erst im Mai, es war also das Möglichste gethan, um eine gründliche Austrocknung zu erreichen. Seit 1893 werden in dem Gebäude einige Dauerbrand-Öfen benutzt. Ein Dachzimmer, unter welchem und neben welchem von jeher besonders gründlich geheizt worden ist, war seither als Kastenzimmer in Gebrauch. Seit vorigem Frühjahr dient es als Schlafzimmer und seither erweiterten sich die in den Wänden trotz aller Vorsicht eingetretenen Risse auffallend, obschon sonst im Hause nirgends eine Spur von einer Bewegung zu sehen ist und Fundament-Senkungen absolut ausgeschlossen sind. Die regelmässige Fensterlüftung und das Bewohnen des übrigen unheizbaren Zimmerchens haben hingereicht, um das Holzwerk von Neuem zum Schwinden zu bringen. — C. Schmid, Prof. an der k. Baugewerkschule Stuttgart.

Der Technische Doktorgrad in Oesterreich. Nachdem die Schweiz dem deutschen Beispiele gefolgt ist, nachdem auch vor kurzem Ungarn selbständig in dem gleichen Sinne vorgegangen ist, haben sich nun auch die Bestrebungen der österreichischen Fachgenossen zur Erreichung des gleichen Zieles, der Verleihung des Rechtes der Doktor-Promotion an die Technischen Hochschulen verknüpft. Am 4. April d. J. hat unter dem Vorsitz des Unterrichtsministers Dr. Ritter v. Hartel eine Konferenz der Vertreter der sämtlichen österreichischen technischen Hochschulen stattgefunden, auf welcher die Form zur Berathung stand, unter welcher denselben die Verleihung des technischen Dokortitels zuzugestehen sei. Die getroffenen Vereinbarungen haben sofort die kaiserliche Genehmigung erhalten und zwar mit der Maassgabe, dass durch die Promotion der Grad eines „Doktors der Technischen Wissenschaften“ erworben wird. Die unter dem 14. d. M. erlassene Promotionsordnung schliesst sich möglichst den Bestimmungen derjenigen der philosophischen Fakultäten der Universitäten an, und die Ablegung des 2. Staatsexamens wird als Vorbedingung für die Zulassung gefordert. —

Die XXVI. Versammlung des Deutschen Vereins für öffentliche Gesundheitspflege zu Rostock findet vom 18 bis 21. Sept. d. J. statt. Unter den Vorträgen befinden sich Mittheilungen des Hrn. Landes-Masch.-Ing. A. Oslender in Düsseldorf über „Fortschritte auf dem Gebiete zentraler Heizungs- und Lüftungs-Anlagen für Wohnhäuser und öffentliche Gebäude im letzten Jahrzehnt“; ferner Berichte der Hrn. Stdtbrth. E. Genzmer in Halle a. S. und Privatdoz. Dr. Th. Weyl in Charlottenburg über „Strassenbefestigungsmaterialien und -Ausführungsarten, sowie ihr Einfluss auf die Gesundheit“. —

Preisbewerbungen.

Wettbewerb Rathaus Dresden. In der Nummer des „Dresdner Anzeigers“, des städtischen Organs von Dresden, vom 14. April d. J. lesen wir Folgendes: „Der nur aus Mitgliedern der städtischen Kollegien bestehende Sonder-Ausschuss hat dem Rathe empfohlen, von der Veranstaltung eines engeren Wettbewerbes, aus dem voraussichtlich ein ohne weiteres zur Ausführung geeigneter Entwurf wiederum nicht hervorgehen würde, Abstand zu nehmen und die preisgekrönten Dresdner Architekten, Hrn. Lossow und Viehweger und Alfred Hauschild, die sich zur gemeinschaftlichen Planbearbeitung erboten hatten, zu beauftragen, aufgrund des zu ergänzenden Bauprogrammes und unter Beachtung der in den übrigen preisgekrönten und angekauften Entwürfen enthaltenen werthvollen Motive, sowie nach Maassgabe der vom Bau-Ausschuss zu gebenden Direktiven eine neue Planung zu entwerfen, aufgrund deren die Entschliessung über die Auftragertheilung zur Ausführung erfolgen soll. Um einen grösseren Theil der Fälle geistiger Arbeit, welche in den Wettbewerbs-Entwürfen niedergelegt ist, für die weitere Planbearbeitung nutzbar zu machen, hat der Sonder-Ausschuss weiter empfohlen, noch 5 Entwürfe, u. zw. diejenigen mit den Kennworten: „Du musst“, „Quousque“, „Monumental“, „Salus publica suprema lex (No. 61)“ und

„Auf altem Walle“ um je 1000 M. anzukaufen. Wenn der Ausschuss nicht dazu gelangt ist, zu empfehlen, die weitere Planbearbeitung und die Ausführung Hrn. Stdtbrth. Bräter zu übertragen, so hat er sich hierbei unter rückhaltloser Anerkennung der hervorragenden Verdienste, die sich Hr. Stdtbrth. Bräter um die Verwaltung des städtischen Hochbauwesens erworben hat, und unter voller Würdigung der seinen amtlichen Entwurf auszeichnenden erheblichen Vorzüge einmal von dem Wunsche, seine bewährte Kraft für die Leitung des städtischen Hochbauamtes zu erhalten, dem in der nächsten Zeit eine besonders grosse Anzahl wichtiger Bauaufgaben obliegen, sodann aber von der Erwägung leiten lassen, dass die spezielle Planung und die Ausführung des Rathhausbaues die volle Kraft eines Architekten in Anspruch nimmt und deshalb neben der Leitung des Hochbauamtes unmöglich erscheint. Ueber die Beschlüsse des Ausschusses werden nunmehr noch Rath und Stadtverordnete zu befinden haben.“ —

Wir geben der lebhaften Hoffnung, Ausdruck, dass Rath und Stadtverordnete von Dresden diesen Beschlüssen des Sonderausschusses, über welchen der Geist des Hrn. Hartwig gewaltet zu haben scheint, nicht zustimmen werden. Wir wollen und können es einstweilen noch nicht glauben, dass die Stadt Dresden mit Bewusstsein eine Einbusse an ihren grossen künstlerischen Traditionen erleiden und, was ihre bedeutendste Bauaufgabe anbelangt, hinter Leipzig und Frankfurt a. M. zurückstehen will. Denn dass sie es würde, wenn der Beschluss des Sonderausschusses bestätigt würde, steht für uns, die wir die bauliche Entwicklung der Stadt seit Jahrzehnten verfolgen durften, ausser aller Frage. Freilich, schon aus der fatalen Art und Weise, wie in den „Dresdner Nachrichten“ Stimmung für einzelne von Dresdener Architekten herrührende Entwürfe gemacht war, konnte man auf starke Unterströmungen schliessen. Dass sie in dieser Weise zutage treten würden, hat wohl selbst der nicht geglaubt, der der ganzen Angelegenheit von vornherein ohne irgend welche Hoffnung für unsere schöne Kunst gegenüberstand. Dresden hat einige Kräfte, die in deutschen Kunstangelegenheiten sonst recht laut und mit Erfolg ihre Stimme erhoben haben. Warum schweigen sie diesmal so hartnäckig?

Ja, ja, es ist schon recht lange her, dass die sächsische Hauptstadt den schönen Namen des „Elbflorenz“ erhielt. Es fängt bedenklich an zu bröckeln an der künstlerischen Hegemonie, die Dresden unter Sachsens Städten bisher behauptete. Noch ein Werk wie das Zentraltheater und andere bauliche Unternehmungen ähnlichen Charakters, und der künstlerische Schwerpunkt des Landes wandert einige Meilen weiter nach Westen, von der Elbe an die Plesse. —

Ein engerer Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für eine neue evangelische Kirche in Schöneberg bei Berlin wird mit Frist zum 28. Juni d. J. unter 11 Architekten erlassen. Die Bausumme ist mit 250 000 M. angegeben. Es gelangen 3 Preise von 1000, 750 und 500 M. zur Vertheilung; ein Ankauf nicht preisgekrönter Entwürfe für 400 M ist vorbehalten. —

Chronik.

Die Eröffnung der „Internationalen Kunstausstellung Dresden 1901“ erfolgt heute, den 20. April. —

Das neue Schauspielhaus in München, Architekten: Heilmann & Littmann in München, ist am 19. April eröffnet worden. —

Ausbau der grossen Dolomitenstrasse von Bozen nach Ampezzo. Die noch auszuführenden Theilstrecken dieser Strasse sind: 1. die Strecke von Moena durch das Fassathal über das 2242 m hohe Pordoihoch nach Buchenstein; 2. die Strecke von Buchenstein über den 2119 m hohen Falzaregopass nach Cortina d'Ampezzo. Die Gesamtkosten der noch auszuführenden Baustrecken sind auf 1 300 000 Kronen veranschlagt. —

Die Ausstellung „München im XVIII. Jahrhundert“, durch die Hrn. Arch. Gabriel v. Seidl und Historienmaler Rud. v. Seitz ins Leben gerufen, ist am 14. April eröffnet worden und soll bis 2. Juni geöffnet sein. Bei der Eröffnung hielt Gabr. v. Seidl eine Ansprache, in der er sagte: „Die Liebe zum heimatlichen Boden, zur Stadt, in der wir schaffen und leben, in der wir grösstentheils geboren und aufgewachsen sind, das Interesse an ihrer Geschichte, die Anhänglichkeit an der Ueberlieferung unserer Voreltern, ihren Sitten, ihrer Art, ihrem Leben, die Freude an diesem Werk hat eine Anzahl gesinnungsverwandter Männer vereinigt, diese Ausstellung „München im 18. Jahrhundert“ ins Leben zu rufen.“ —

Eine Volksbadeanstalt mit Lesehalle soll nach dem Entwurf des Stdtbrth. Egeling auf dem Wartburgplatze in Schöneberg errichtet werden. —

Kanalisation von Elberfeld. Die Oberleitung und Oberaufsicht bei Ausführung der bis 1906 zu beendenden Entwässerungs-Anlagen der Stadt ist dem Ingenieur W. H. Lindley übertragen worden. —

Ein Technikum für Aschaffenburg ist nach den Vorschlägen des Direktors Kempf in Augsburg geplant. —

Bibliotheken in Nordamerika. Andrew Carnegie hat sich erbotten, der Verwaltung von Gross-New-York 5 200 000 Dollars zur

Errichtung öffentlicher Bibliotheken zu schenken, wenn die Stadt 65 Baustellen für solche beschaffe und sich verpflichte, für die Unterhaltung der Bibliotheken jährlich 500 000 Dollars zu verwenden. Ebenso hat Carnegie der Stadt Saint-Louis (Missouri) 1 Mill. Dollars zur Gründung einer Bibliothek angeboten, wenn die Stadt 150 000 Dollars jährlich für deren Unterhaltung anwenden wolle. —

Eine französische wasserwirtschaftliche Vorlage mit einem Gesamtkostenbetrage von 610 Mill. Frs. ist der Deputiertenkammer soeben vorgelegt worden. Dieselbe umfasst Verbesserungsanlagen an vorhandenen Schiffahrtskanälen und Häfen, sowie umfangreiche Neuanlagen. Die Bauzeit ist auf 16 Jahre bemessen. —

Brief- und Fragekasten.

Hrn. Arch. R. K. in H. Da die Erledigung eines Streitfalles durch Schiedsgericht ein abgekürztes, sonst aber richterliches Verfahren ist, welches in Sonderbestimmungen der Prozessordnung seine Ordnung und Ausgestaltung gefunden hat, so sind auch die dadurch entstehenden Kosten nach dem Gesetz zu ermitteln und den Parteien aufzuerlegen (Reichsges. v. 30. Juni 1878, abgedruckt u. a. in der Hütte, II. Bd., S. 589). Die Anwendung der Normen für Leistungen der Architekten usw. ist im schiedsgerichtlichen Verfahren ausgeschlossen, dagegen mag es Ihnen unbenommen sein, Ihren Auftraggeber zum Ersatz der Mehrkosten und zur Gewährung derjenigen Vergütung anzuhalten, die bei Bezahlung nach den Bestimmungen des angezogenen Gesetzes ungedeckt geblieben sind. Hierüber entscheidet der Inhalt des Vertrages, der zwischen Ihnen und Ihrem Auftraggeber besteht.

Hrn. E. G. in T. Gleiche Fälle wie der Ihrige sind in den Berliner Vororten schon öfter dagewesen und u. W. so erledigt worden, dass der Bauerlaubnis-Antrag an beide betr. Gemeinden gerichtet wurde, entweder so, dass der Antragsteller beiden Polizeibehörden die Vorlagen gleichzeitig machte, oder auch so, dass er die Erlaubniss zunächst von der Polizeibehörde, in deren Bezirk die Strasse lag, an der gebaut werden sollte, und demnächst von der anderen Stelle einholte. Es ist auch vorgekommen, dass die für das Bauen an der Strasse zuständige Polizeibehörde vor Ertheilung der Erlaubniss die Vorlagen der anderen Polizeibehörde zur Aeusserung zusendete und alsdann den Erlaubnisschein allein ausstellte. Das dürfte auch in jedem Falle der am raschesten zum Ziele führende Weg sein. Wenn die beiden Polizeibehörden Bedingungen stellen, die sich widersprechen, so bleibt Ihnen der Weg der Klage beim Kreis- bzw. Bezirksausschuss.

Hrn. Bmstr. P. H. in Dr. Wenn Sie nicht etwa ein Zinkdach wählen wollen oder können, wissen auch wir Ihnen keine andere Auskunft zu ertheilen, als das Dach flacher zu machen. Zu einer Anfrage an den Leserkreis entbehrt die Frage der allgemeinen Bedeutung zu sehr. —

Fragebeantwortungen aus dem Leserkreise.

Auf die in No. 25 gestellte Anfrage theile ich mit, dass ich in den Jahren 1893/94 für eine Seidenstoff-Fabrik hieselbst 4 Arbeiter-Doppelwohnhäuser für 16 Familien gebaut habe, deren Innenwände bei 2 Stock Höhe sämtlich $\frac{1}{2}$ -Steinstärke erhielten, während die Aussenmauern 32 cm stark ($2 \frac{1}{2}$ Stein mit 6 cm Luftschicht dazwischen) aufgeführt wurden, welche Anordnungen sich in jeder Beziehung bewährt haben. Nur möchte ich rathen, bei hoch- und freilegenden Gebäuden die Wetterseiten nicht zu fugen, wie es hier geschehen, sondern mit Zementputz bzw. Schiefer- oder Zinkbekleidung zu versehen, weil die hindersteine, auch wenn sie mit Asphalt-Theer getränkt sind, bei anhaltender nasser Witterung doch immerhin etwas Feuchtigkeit durchlassen, wodurch die Tapeten mehr oder weniger in Mitleidenschaft gezogen werden. Dies ist nun zwar nicht von Belang, weil die feuchten Stellen infolge der regen Luftzirkulation zwischen den Wänden ebenso schnell wieder verschwinden, wie sie entstehen, allein es erscheint doch rathsam, auf die Möglichkeit solcher Vorkommnisse von vornherein Rücksicht zu nehmen und entsprechende Vorkehrungen zu treffen.

Ob die Anordnung solcher Wände polizeilich zulässig ist, hängt von den Bestimmungen der Bauordnung des betr. Ortes und nicht zum mindesten davon ab, wie dieselben gehandhabt werden. Denn mit der allgemeinen Vorschrift, die man so häufig antrifft, dass die Tragwände so und so stark hergestellt werden müssen, ist in den meisten Fällen nicht viel anzufangen, am allerwenigsten bei Gebäuden, wie sie der Fragesteller im Auge hat, weil sie die Sache zu sehr und zwar ganz unnütz vertheuern. Die Stärke der Wände sollte daher unter Berücksichtigung der Witterungseinflüsse nur nach der wirklichen Belastung, die solche Mauern auf die Dauer zu tragen haben, von Fall zu Fall bestimmt werden. —

Pasche, Stadtmstr. in Langenberg, Rheinland.

Betr. die Anfrage in No. 25. In einem Vorort bei Hagen befindet sich ein Wohnhaus $2 \frac{1}{2}$ Stock hoch, mit 40 cm starken Umfassungswänden. Das Haus enthält an der Strasse und nach der Tiefe 3 Zimmer, Flur in der Mitte, sämtliche Innenwände sind im Erdgeschoss und im I. Obergeschoss $\frac{1}{2}$ Stein stark ohne Verwendung von Holzfachwerk hergestellt. Die Balken liegen auf einer Mauerlatte, die Thürzargen gehen nur bis Oberkante Thür, nicht bis zur Mauerlatte. Die Stockwerkshöhen betragen 3,20 und 3,10 m. Die Wände im Dachgeschoss sind gezimmert. Bemerkenswerth ist, dass Flurwand und Treppenhauswand an ihrem Zusammenstoss eine freie Ecke bilden. Das Haus ist 11,66 m lang, 10 m tief, die Höhe vom Fussboden des Erdgeschosses bis Dachgesims 7,30 m.

P. Wiehl, Hagen i. W.

Inhalt: Haus Ludowici in Landau (Pfalz). — Baugewerkschule und Handwerkerschule. — Sterzing und die Erhaltung der Bau- und Kunstdenkmäler Tirols. — Mittheilungen aus Vereinen. — Vermischtes. — Preisbewerbungen. — Chronik. — Brief- und Fragekasten.

Kommissionsverlag von Ernst Toeche, Berlin. Für die Redaktion verantwortl. Albert Hofmann, Berlin. Druck von Wihl. Greve, Berlin SW.

Die Erwerbung des Technischen Doktorgrades auf den deutschen Technischen Hochschulen.

Am 11. Oktober 1899 wurde den preussischen Technischen Hochschulen durch Allerhöchsten Erlass das Recht beigelegt, den technischen Doktorgrad zu verleihen; am 25. Nov. desselben Jahres folgte zunächst Hessen, am 28. Dez. Baden diesem Beispiele; am 12. Jan. 1900 schloss sich Sachsen, am 22. Jan. Württemberg an; am 8. Mai 1900 ging Braunschweig

sowie über die Einrichtung bezw. Umgestaltung einer rein akademischen Abschlussprüfung, dem Diplomexamen, stattgefunden, das als Grundlage für das nachfolgende Doktor-Examen dienen sollte. Diese Verhandlungen führten zum Erlasse von Promotions-Ordnungen um die Mitte des vorigen Jahres, die in formeller Beziehung gleichartig gehalten (meist sogar wörtlich übereinstimmend) in materieller Hinsicht in einigen Punkten doch nicht unwesentlich von einander abweichen. Dasselbe gilt von der Münchener Promotionsordnung, die am 10. Januar 1901 nachfolgte.

Die Verschiedenheit beginnt schon mit dem Titel, welcher durch Ablegung der Doktorprüfung erworben wird. Dem Beispiele Preussens folgend, wo den Technischen Hochschulen nicht der erhoffte „Doktor der Technischen Wissenschaften“, sondern — wohl in einer Konzession an die alten Fakultäten — der „Doktor-Ingenieur“ (abgekürzt „Dr.-Ing.“) verliehen wurde, folgten mit Ausnahme von Bayern alle anderen Bundesstaaten, wobei Hessen und Württemberg auch den Gebrauch der deutschen Buchstaben für diesen Titel vorschreiben. Bayern allein gab seiner Technischen Hochschule in München den „Doktor der technischen Wissenschaften“ — ein Vorgehen, das vor kurzem auch in Oesterreich Nachahmung gefunden hat —, wobei allerdings in Anlehnung an die Bezeichnung der anderen Bundesstaaten den Abteilungen der Architekten, der Bau- und Maschinen-Ingenieure sowie der Chemiker die Befugnis erteilt wurde, die Bezeichnung „Doktor-Ingenieur“ hinzuzufügen.

Gleich ist in allen Bundesstaaten die bei der Zulassung zur Doktorpromotion verlangte allgemeine Schulbildung, die durch das Reifezeugnis eines deutschen Gymnasiums, Realgymnasiums bezw. einer Oberrealschule nachzuweisen ist. In Bayern tritt als gleichberechtigt noch eine diesem Staate eigene Lehranstalt, die „Industrie-Schule“ hinzu.

Gleich sind auch die Anforderungen, welche im Doktor-Examen selbst gestellt werden, welches die Einreichung einer „in deutscher Sprache abgefassten wissenschaftlichen Abhandlung, welche die Befähigung des Bewerbers zum selbständigen wissenschaftlichen Arbeiten darthut“, fordert, und die Ablegung einer mündlichen Prüfung verlangt, „welche ausgehend von dem in der Dissertation behandelten Gegenstande, sich über das betreffende Fachgebiet erstreckt“. Abgesehen von München ist in dem die Dissertation erläuternden Satze hinter „Arbeiten“ noch einzuschalten „auf technischem Gebiete“. Ausserdem muss diese Arbeit einem Zweige der technischen Wissenschaften angehören, für welche eine Diplomprüfung an der Technischen Hochschule besteht. (Die für Architekten in Preussen bisher fehlende Diplomprüfung wird dem Vernehmen nach geschaffen werden, so dass also die Architekten nicht, wie man glaubte, von der Doktorpromotion ausgeschlossen sind.) In München sind diese Bestimmungen allgemeiner gefasst, weil dort auch Lehramts-Kandidaten, technische Physiker und Landwirthe (nach Ablegung der bezüglichen Staatsprüfungen) promoviren können. Es gilt dort nur die Bestimmung, dass die Arbeit „einem an der Technischen Hochschule behandelten Lehrgegenstande entnommen sein muss, insoweit diese den technischen Wissenschaften angehören oder als Grundlagen oder Hilfsdisziplinen derselben erscheinen“. Die Verwendung der Diplomprüfungs-Arbeit zur Dissertation ist auf allen Hochschulen ausgeschlossen.

Einige Schwierigkeiten wird noch die Festsetzung der Grenzen machen, innerhalb deren sich die Doktor-Dissertation bewegen darf. Ausser wissenschaftlichen Abhandlungen im engeren Sinne wird man bei Ingenieuren jedenfalls auch „mit fachmännischer Beschreibung und wissenschaftlicher Begründung versehene Konstruktions-Entwürfe“ zulassen müssen, wie dies in der österreichischen Promotions-Ordnung ausdrücklich vorgesehen ist. Schwieriger gestaltet sich die Frage bei Architekten, sobald es sich nicht um kunst- oder bauwissenschaftliche Abhandlungen, sondern um Arbeiten oder Entwürfe handelt, deren Schwergewicht auf dem künstlerischen Gebiete liegt.

Die wichtigsten Bestimmungen der Promotions-Ordnungen liegen durchweg in dem 2. Absatz des § 1, der die akademischen Vorbedingungen für die Zulassung zum Doktorexamen enthält. Während die alten Fakultäten im allgemeinen nur den Nachweis eines akademischen Trienniums verlangen, oder die Ablegung des Staatsexamens (z. B. neuerdings bei den Medizinern), das allerdings in der Hauptsache von Prüfungs-Kommissaren abgehalten



Das neue Kunstgewerbe-Museum in Köln a. Rh. Architektur eines Seiteneinganges. — Architekt: Franz Brantzky in Köln.

in derselben Weise vor und zuletzt wurde in Bayern der Technischen Hochschule zu München am 10. Jan. 1901 dieses Recht erteilt, mit welchem die Gleichstellung der wissenschaftlichen Erziehung auf den Technischen Hochschulen mit derjenigen auf den Universitäten auch äusserlich zum Ausdruck gebracht worden ist. Zwischen den Unterrichts-Verwaltungen der 6 zuerst genannten Bundesstaaten haben dann in der ersten Hälfte des Jahres 1900 Verhandlungen über die Regelung der Doktorpromotion,

wird, die gleichzeitig als Professoren die betr. Lehrfächer vertreten, baut sich das Dokorexamen der Technischen Hochschulen vorwiegend und in erster Linie auf einem rein akademischen Abschlussexamen nach 4jährigem Studium, dem Diplomexamen auf, für welches neue Bestimmungen in allen Bundesstaaten erst noch erlassen werden sollen. Dem Vernehmen nach schweben über eine gleichartige Regelung z. Zt. Verhandlungen zwischen den beteiligten Unterrichts-Verwaltungen.

Man hat sich hierbei offenbar von zwei verschiedenen Gesichtspunkten leiten lassen. Einerseits wollte man durch möglichst strenge Vorbedingungen den Doktor-Ingenieur auf eine möglichst hohe Stufe stellen, ihm einen streng wissenschaftlichen Charakter geben, in der bewussten oder unbewussten Absicht, dem vielfach von den alten Fakultäten erhobenen Vorwurf, die Technik sei ja gar keine Wissenschaft, zu begegnen. Man ist dabei wohl auch von der durchaus anzuerkennenden Ansicht ausgegangen, dass der Werth des den Technischen Hochschulen verliehenen Rechtes nicht sowohl darin liege, dem „Doktor-Ingenieur“ eine möglichst Verbreitung zu verschaffen, als vielmehr in der durch die Verleihung des Rechtes zum Ausdruck gekommenen Gleichstellung mit den Universitäten, wodurch sich unausbleiblich auch eine allmähliche Aenderung in der Werthschätzung technischer Bildung vollziehen wird. Andererseits aber scheint die Absicht vorzuliegen, gegenüber dem überwiegenden Schwergewichte des Staatsexamens, das nothwendig einen erheblichen und nicht unbedenklichen Einfluss auf den Studiengang, auf die freie Entwicklung unserer technischen Hochschulen ausüben musste, den Doktor-Ingenieur in die Waagschale der rein akademischen, von Rücksichten auf den Staatsdienst freien Abschlussprüfung des Diplom-Examens zu legen, und so diesem zu einem höheren Ansehen als bisher, auch im eigenen Lande, zu verhelfen.

Die Promotions-Ordnung der preussischen Hochschulen erkennt daher als Vorbedingung für die Zulassung zur Doktorpromotion nur „den Ausweis über die Erlangung des Grades eines Diplom-Ingenieurs nach Maassgabe der Bestimmungen an, welche das vorgeordnete Ministerium hierüber erlassen wird“. Durch einen kürzlich veröffentlichten Erlass des Kultusministeriums ist bis zum Inkrafttreten der neuen Diplomprüfungs-Ordnung das bisherige Diplomexamen als Vorbedingung anerkannt zur Ernennung zum Diplom-Ingenieur und zur demnächstigen Zulassung zum Dokorexamen (vgl. Dtsch. Bztg. No. 31 d. J.).

Braunschweig und Hessen verlangen ebenfalls zunächst die Erlangung des Grades eines Diplom-Ingenieurs nach Maassgabe der noch zu erlassenden Bestimmungen, letzterer Staat führt als zuzulassen ausserdem die Diplom-Ingenieure der Technischen Hochschulen Aachen, Berlin, Braunschweig, Dresden, Hannover, Karlsruhe, Stuttgart auf (nicht München, das sich bisher den Vereinbarungen nicht angeschlossen hat).

Bayern fordert für eigentliche Techniker, d. h. für alle Disziplinen, in denen ein Diplomexamen besteht, die vorherige Ablegung desselben, im übrigen wie schon bemerkt (bei Lehramts-Kandidaten, technischen Physikern, Landwirthen) die Ablegung des Staatsexamens. Es ist aber der Entscheidung des Ministeriums vorbehalten, welche sonstigen Prüfungen etwa gleich zu stellen sind.

Sachsen lässt in erster Linie die eigenen, bezw. die auf den anderen deutschen technischen Hochschulen, welche der Vereinbarung beigetreten sind, geprüften Diplom-Ingenieure zu. Im übrigen ist auch hier der Entscheidung des Ministeriums vorbehalten, inwieweit technische Staatsprüfungen auch anderer Bundesstaaten, bisherige Diplomprüfungen der der Vereinbarung beigetretenen technischen Hochschulen und schliesslich Diplom- oder sonstige Prüfungen der nicht beigetretenen deutschen Hochschulen (nur München) als Ersatz betrachtet werden können.

Baden verlangt ebenfalls die Ernennung zum Diplom-Ingenieur, beschränkt im übrigen das Recht der Doktor-Promotion auf Architektur, Ingenieurwesen, Maschinenwesen, Elektrotechnik und Chemie. Zugelassen werden auch alle Diplom-Ingenieure der der Vereinbarung ange-

hörigen Bundesstaaten, sowie alle, welche früher in Karlsruhe das Diplomexamen bestanden haben. Ausserdem heisst es noch: „Für solche, welche eine Diplomprüfung an einer anderen Hochschule oder eine Staatsprüfung abgelegt haben, kann in geeigneten Fällen auf näher begründeten Antrag des Senates die Zulassung durch Entschliessung des Unterrichts-Ministeriums erfolgen“.

Württemberg schliesslich lässt neben dem erlangten Grade eines Diplom-Ingenieurs „bis auf Weiteres“ auch die jetzige Diplomprüfung für Architektur, Bauingenieurwesen, Maschinen-Ingenieurwesen, chemische Technik, ferner die geodätische Diplomprüfung, beide in Stuttgart, und schliesslich die erste Württembergische Staatsprüfung im Baufache gelten. Ueber die etwaige Gleichstellung sonstiger Prüfungen soll dann weiter das Ministerium im Einzelfalle die Entscheidung fällen.

Gemeinsam ist dem Anschein nach allen Doktor-Promotions-Ordnungen die Forderung der vorangehenden Ernennung zum Diplom-Ingenieur, wenigstens spricht das Doktor-Diplom nur von einem „Diplom-Ingenieur“, der zum Doktor ernannt wird. Bei einzelnen Hochschulen kann nach Vorstehendem diese Ernennung zwecks nachheriger Ablegung des Dokorexamens ohne weiteres aufgrund anderer, bestimmt bezeichneter, oder im Einzelfalle zu bestimmender Examina erfolgen. Die preussischen technischen Hochschulen, denen sich Darmstadt und Braunschweig angeschlossen haben, verlangen dagegen unbedingt die Ablegung eines Diplomexamens, das allerdings, wie verlautet, für Reg.-Bauführer in der Form zur Anwendung kommen soll, dass nur die mit dem Diplomexamen verbundene häusliche Arbeit nachzuholen ist. Bei den Reg.-Baumeistern würde die Ablegung einer Prüfung wohl überhaupt wegfallen, die Ernennung zum Diplom-Ingenieur vielmehr von den akademischen Behörden aufgrund der Baumeister-Arbeit auf Antrag bewirkt werden. Es würde aber auch so die Zulassung der Reg.-Baumeister von dem freien Ermessen der technischen Hochschule abhängen.

Diese Regelung entspricht, wie wir glauben, den Wünschen der Staatsbautechniker, namentlich in Preussen, nicht, und lässt der Befürchtung Raum, dass die sich hier und da, namentlich unter den jüngeren Fachgenossen der Staats- und Privat-Techniker, geltend machende Gegensätzlichkeit eher verschärft, als behoben wird. Andererseits ist das Bestreben der technischen Hochschulen, das rein akademische Schlussexamen mehr zur Geltung zu bringen, der Vertiefung des Studiums nach bestimmten Richtungen grössere Freiheit zu lassen, als dies bei dem viel zu umfangreichen, und daher leicht zur Verflachung führenden Wissensapparat der ersten Staatsprüfung möglich ist, wohl zu verstehen. Wird aber diesem Ziele wirklich ein ernstes Hinderniss bereitet, wenn den jetzigen Reg.-Bauführern und Reg.-Baumeistern bis auf weiteres die Zulassung zur Doktor-Promotion ohne besonderes Nachexamen, ohne vorherige ausdrückliche Ernennung zum Diplom-Ingenieur zutheil wird? Wir glauben kaum, dass der Andrang so ungeheuer sein wird, dass die Befürchtung, es würden bei der beabsichtigten Verschärfung der Diplomprüfung minderwerthige Elemente in grösserer Zahl auf dem Wege des leichteren Bauführer-Examens auch den Grad des Doktor-Ingenieurs zu erwerben suchen und diesen dann diskreditiren, zutreffend ist.

Wir stehen an dem Anfange einer neuen Zeit, vor der Einführung von Maassregeln, die für das ganze technische Unterrichtswesen nicht nur, sondern auch auf die Leistungen der aus den Hochschulen hervorgegangenen Techniker von einschneidendstem Einflusse werden können. Lassen sich aber die Wirkungen dieser Maassregeln schon jetzt mit solcher Sicherheit übersehen, dass sich eine Festlegung bis ins Einzelne gehender Bestimmungen und zwar gerade nach der Richtung des „Berechtigungswesens“ empfiehlt, das ja leider bei uns ohnehin eine viel zu grosse Rolle spielt? Wir möchten glauben, dass die Einführung von entsprechenden Uebergangs-Bestimmungen, bis sich die Verhältnisse klar entwickelt haben, hier ganz besonders am Platze wäre, namentlich wenn diese Bestimmungen gleichmässig für alle Bundesstaaten Geltung fänden. —

Fr. E.

Der hessische Gesetzentwurf betreffend den Denkmalschutz.

Als die erste in Deutschland hat sich die hessische Regierung entschlossen, den Ständen des Grossherzogthums einen Gesetzentwurf betreffend den Schutz und die Wiederherstellung der Bau- und Kunstdenkmäler, sowie die Erhaltung der Naturdenkmäler des Landes zur Berathung und Beschlussfassung vorzulegen. Der von dem Ministerialrath Hrn. v. Biegeleben unter Mitwirkung des Hrn. Geh. Ob.-Brth. Prof. K. Hofmann ausgearbeitete und sowohl nach der künstlerischen, wie auch

nach der juridischen und verwaltungsrechtlichen Seite sorgfältig durchgearbeitete Entwurf dürfte für die Bestrebungen anderer Länder in dieser Richtung von wesentlichem Einfluss sein und daher auf ein allgemeines Interesse rechnen können. Wir geben ihn daher nachstehend nahezu in vollem Umfange wieder:

I. Ein Bauwerk, dessen Erhaltung wegen seiner Bedeutung für die Geschichte, insbesondere für die Kunstgeschichte, im öffentlichen Interesse liegt (Baudenkmal),

darf nur nach vorgängiger behördlicher Genehmigung veräussert, ganz oder theilweise beseitigt, verändert, wiederhergestellt oder erheblich ausgebessert werden. Durch Verordnung kann festgesetzt werden, dass nur solche Bauwerke, welche vor einem bestimmten Zeitpunkte entstanden sind, als Baudenkmäler gelten.

2. Bauliche Anlagen oder Veränderungen in der Umgebung eines Baudenkmal, welche den unveränderten Fortbestand dieser Umgebung zum Nachtheil des Denkmals gefährden, dürfen nur nach vorgängiger behördlicher Genehmigung ausgeführt werden.

3. Eine nach Artikel 1, 2 beantragte Genehmigung kann nur versagt werden, wenn der beabsichtigten Handlung im Interesse der Erhaltung des Baudenkmal oder sonst aus künstlerischen oder geschichtlichen Rücksichten Bedenken entgegenstehen.

Die Ertheilung der Genehmigung kann auch bedingungsweise erfolgen und insbesondere an die Bedingung geknüpft werden, dass die Ausführung der Arbeiten, auf welche sich die Genehmigung bezieht, nur nach einem von dem Ministerium des Inneren gebilligten oder zu billigenden Plan und unter Leitung eines dem Ministerium des Inneren genehmen Beamten oder sonstigen Sachverständigen erfolgt.

4. Für die Ertheilung der nach Artikel 1, 2 erforderlichen Genehmigung ist das Kreisamt zuständig, in dessen Bezirk das Baudenkmal sich befindet. Nimmt das Kreisamt Anstand, die Genehmigung bedingungslos zu ertheilen, so entscheidet darüber der Kreisausschuss.

5. Das Kreisamt hat auf Antrag allgemein im Voraus sowohl diejenigen Arbeiten zu bezeichnen, welche in keinem Fall der Genehmigungspflicht nach Artikel 1, 2 unterliegen, als auch für diejenigen Arbeiten, welche es in keinem Falle zu beanstanden findet, die Genehmigung zu ertheilen. Die Entschliessung des Kreisamtes kann, solange nicht mit einer der nach Absatz 1 von dem Kreisamt zugelassenen Arbeiten begonnen worden ist, widerrufen werden.

6. Handlungen der Staatsverwaltung unterliegen nicht der in Artikel 1, 2 vorgeschriebenen Genehmigungspflicht; das Ministerium des Inneren kann jedoch anordnen, dass eine Handlung der in Artikel 1, 2 bezeichneten Art erst vorgenommen werden darf, nachdem es erklärt hat, dass der beabsichtigten Handlung im Interesse der Erhaltung des Denkmals oder sonst aus künstlerischen oder geschichtlichen Rücksichten keine Bedenken entgegenstehen.

7. Soweit eine Privatperson (natürliche Person oder juristische Person des Privatrechts) über ein Baudenkmal zu verfügen berechtigt ist, finden die Vorschriften der Artikel 1, 2 nur Anwendung, wenn das Baudenkmal in das amtliche Verzeichniss der Baudenkmäler (Denkmaliste) eingetragen worden ist. Die Denkmallisten werden bei den Kreisämtern geführt. Die Eintragung erfolgt in der Liste desjenigen Kreisamtes, in dessen Bezirk das Baudenkmal sich befindet.

Der Verfügungs-Berechtigte kann gegen die Eintragung, unbeschadet der vorläufigen Wirkung der kreisamtlichen Benachrichtigung, binnen einer unerstrecklichen Frist von vier Wochen von dem Zeitpunkt der erfolgten schriftlichen Zustellung an, Einspruch erheben.

8. Soweit eine Privatperson über die Umgebung eines Baudenkmal zu verfügen berechtigt ist, findet die Vorschrift des Artikels 2 nur Anwendung, wenn das Kreisamt dem Verfügungs-Berechtigten gegenüber erklärt hat, dass der Denkmalschutz nach Artikel 2 sich auf diese Umgebung erstreckt.

9. Die Löschung eines Eintrages in der Denkmalliste, sowie die Zurücknahme einer aufgrund des Artikels 8 abgegebenen Erklärung erfolgt durch das Kreisamt; sie bedarf der Genehmigung des Ministeriums des Inneren.

10. Trägt das Kreisamt Bedenken, einem nach Artikel 1, 2 seitens einer Privatperson gestellten Genehmigungsantrag ohne weiteres zu entsprechen, so hat es sich zunächst

darüber zu verlässigen, ob dem Staate die Mittel zur Verfügung stehen, welche bei Versagung der Genehmigung oder nur bedingungsweiser Ertheilung einer solchen zur Befriedigung eines etwa nach Artikel 12 Abs. 1, 2 zu erhebenden Anspruches erforderlich sein würden. Sind die erforderlichen Mittel nicht vorhanden, so hat das Kreisamt die Genehmigung zu ertheilen.

11. Falls auf einen nach Artikel 1, 2 seitens einer Privatperson gestellten Genehmigungsantrag binnen 6 Wochen weder die Genehmigung ertheilt, noch dem Antragsteller von der Beanstandung der Genehmigung Kenntniss gegeben wird, ist der letztere in seiner Verfügung unbeschränkt. Die in Abs. 1 bestimmte Frist kann seitens des Ministeriums des Inneren sowohl bis zu drei Monaten verlängert, als auch auf Nachsuchen des Antragstellers abgekürzt werden.

12. Wird einer Privatperson die von ihr nach Artikel 1, 2 beantragte Genehmigung durch rechtskräftige verwaltungsgerichtliche Entscheidung versagt oder nur bedingungsweise ertheilt, so kann dieselbe binnen 6 Wochen von der Rechtskraft der Entscheidung an bei dem Kreisamt Ersatz des ihr durch Versagung der Genehmigung oder durch nur bedingungsweise Genehmigung zugefügten Schadens seitens des Staates verlangen.

Der Eigenthümer kann, insofern die Umstände dies rechtfertigen, wahlweise anstelle des in Absatz 1 bezeichneten Schadensersatzes verlangen, dass der Staat ihm gegen Uebertragung des Eigenthums an dem Baudenkmal oder dem in dessen Umgebung gelegenen Grundstück Entschädigung leistet.

Für die Bemessung der nach Absatz 1, 2 dem Staat obliegenden Leistungen sind die für die Entschädigung im Enteignungs-Verfahren geltenden Grundsätze maassgebend.

Der Staat ist berechtigt, binnen sechs Wochen von der Erhebung des in Absatz 1, 2 bezeichneten Anspruches an, insofern eine gütliche Einigung nicht zustande kommt, gegen den Eigenthümer behufs Entziehung oder Beschränkung des Eigenthums die Einleitung des Enteignungs-Verfahrens bei dem Kreisamt zu beantragen. Die aufgrund des Artikels 4 getroffene verwaltungsgerichtliche Entscheidung ist auch für das Enteignungs-Verfahren maassgebend.

Wird der Enteignungsantrag seitens des Staates nicht innerhalb der in Abs. 4 bestimmten Frist gestellt, so steht der Verfolgung der in Absatz 1, 2 bezeichneten Ansprüche im Rechtswege nichts entgegen.

13. Die Bestimmungen der Artikel 10, 12 finden entsprechende Anwendung auf eine Kirche, Religions-Gemeinde oder öffentliche Stiftung, welche nach Artikel 2 eine Genehmigung hinsichtlich der Umgebung eines ihrer Verfügung nicht unterworfenen Baudenkmal beantragt hat.

14. Der Staat ist berechtigt, Grundeigenthum im Wege des Enteignungs-Verfahrens insoweit zu entziehen oder zu beschränken, als es erforderlich ist

1. zum Zwecke der Erhaltung eines Baudenkmales, dessen Unterhaltung oder Sicherung in einer seinen Bestand oder die Erhaltung wesentlicher Theile gefährdenden Weise vernachlässigt wird,
2. zum Zwecke einer durch künstlerische oder geschichtliche Rücksichten gebotenen Freilegung eines Baudenkmales.

Der Staat kann durch Entschliessung des Ministeriums des Inneren das ihm nach Absatz 1 zustehende Enteignungsrecht auf die Gemeinde, den Kreis oder die Provinz, in deren Bezirk das Baudenkmal sich befindet, übertragen.

15. Der Staat kann jederzeit auf seine Kosten den Zustand eines Baudenkmales durch Aufnahmen feststellen lassen. Die gleiche Befugniss steht den Gemeinden in Ansehung der in ihrem Bezirk befindlichen Baudenkmäler zu. Den mit der Feststellung beauftragten Personen ist seitens der Verfügungs-Berechtigten freier Zutritt zu allen Oertlichkeiten, deren Betretung zum Zwecke der Feststellung erforderlich ist, zu gestatten. (Schluss folgt.)

Mittheilungen aus Vereinen.

Arch.- u. Ing.-Verein zu Hamburg. Vers. am 8. März 1901. Vors. Hr. Zimmermann, anwes. 114 Pers. Aufgen. als Mitgl. die Hrn. Ziviling. Gottlieb Behrend, Ing. Carl Goldschmidt, Reg.-Bfhr. Aug. Eugen Glaser.

Die Versammlung beschäftigt sich zunächst mit einer erneuten Erörterung über das Verfahren des Preisgerichtes in dem Wettbewerbe für ein Ober-Landesgerichts-Gebäude in Hamburg. Anlass zu dieser zweiten Besprechung hatte die nur geringfügige Mehrheit gegeben, welche sich, bei Abstimmung über die entgegen stehenden Anträge Haller und Löwengard, für den Antrag Löwengard in der vorhergehenden Sitzung gefunden hatte. Die

gegensätzlichen Auffassungen gelangten nochmals in einer sehr lebhaften Besprechung zum Ausdruck, an welcher sich die Hrn. Ohrt, Löwengard, Groothoff, Avé-Lallemant, Heubel, Gleim, Haller, Martens, Himmelheber und Wurzbach betheiligen. Von einer Wieder-gabe der von den einzelnen Rednern hervorgehobenen Gesichtspunkte kann im Hinblick auf die bereits über die letzte Versammlung gebrachte Mittheilung abgesehen werden (Seite 200). Hr. Löwengard zog seinen Antrag zugunsten eines von Hrn. Groothoff in gleichem Sinne, aber etwas anderer Fassung eingebrachten Antrages zurück, welcher aus 3 Theilen bestand.

Die Abstimmung ergab die Annahme der beiden ersten Theile mit folgendem Wortlaute:

1. Das Verfahren des Preisgerichtes für den Wettbewerb um ein Ober-Landesgerichts-Gebäude, wonach ein Entwurf, der die im Programm vorgeschriebenen Baugrenzen willkürlich überschritten hat, zur Ausführung empfohlen worden ist, kann nicht als korrekt erachtet werden.

2. Es würde den übrigen Konkurrenten gegenüber billig erscheinen, einen neuen Wettbewerb unter Zugrundelegung eines entsprechend veränderten Programmes zu veranstalten.

Der dritte Theil des Antrages, dahingehend, dass der Vorstand beauftragt werden solle, dem Beschlusse zu 2. entsprechend einen Antrag an die Behörden zu richten, wurde abgelehnt.

Hierauf hielt Hr. Culin einen Vortrag über das „Goldschmidt'sche Schweissverfahren“, welches unter anderem, neuerdings zum Schweissen von Strassenbahnschienen im Freien an Ort und Stelle anstatt der Verlaschung angewendet wird. Das Verfahren beruht auf der Eigenschaft des Aluminiums als eines wirksamen Reduktionsmittels, bezw. auf der Entdeckung des Hrn. Dr. Goldschmidt in Essen, dass Mischungen von gepulvertem Aluminium mit gepulverten Metalloxyden sich entzünden lassen, und zwar schon bei niedrigen Temperaturen, zumtheil mit einfachem Streichholz, und dass bei der überaus lebhaften und schnellen Verbrennung mit blinder Lichtwirkung, bezw. der dabei stattfindenden Verbindung des Aluminiums mit dem Sauerstoff der Metalloxyde eine so ausserordentlich hohe Temperatur entsteht, wie sie sonst nur mit Hilfe des elektrischen Stromes hervorgebracht werden kann. Diese Temperatur ist zu nahezu 3000° ermittelt worden. Die Metalloxyde werden dabei zu Metallen von grosser Reinheit reduziert, während die bei dem ungemein schnell und ruhig verlaufenden Prozess entstehende Schlacke, aus fast reinem geschmolzenem Aluminiumoxyd oder Thonerde bestehend, einen künstlich dargestellten Schmirgel bildet, welcher den natürlichen an Härte (Härtegrad 9, also nach dem Diamant der härteste Körper) und Schleifvermögen noch übertrifft. Dieser künstliche Korund oder Schmirgel ist als werthvolles Nebenprodukt dem Erfinder gleichfalls, unter der Bezeichnung „Corubin“, geschützt, und wird nicht nur als Schleifmittel, sondern bei seiner schweren, nur im Knallgasgebläse zu erzielenden Schmelzbarkeit auch zur Herstellung von Schmelztiegeln und als Schutzmittel verwendet. Zur praktischen Ausnutzung des Verfahrens wählt man das billigste Metalloxyd, nämlich Hammer-schlag, d. i. Eisenoxyduloxyd, welches fein gepulvert und mit granulirtem Aluminium gemischt wird. Diese Mischung ist als „Thermit“ patentirt und wird von der „Allgemeinen Thermit-Gesellschaft“ in Essen hergestellt.

Redner erläuterte an Hand von Zeichnungen die Anwendung des Thermits zum Schweissen von Fassoneisen, Röhren und besonders von Schienen. Die zu schweisenden Enden werden mit einer besonderen Schraubenpresse aneinander gedrückt, mit einer Form und trockenem Sande umgeben, und durch Verbrennung von Thermit zur Schweiss-hitze gebracht. Die Kosten für das Verschweissen eines Schienenschnittes belaufen sich noch auf 20–25 M.

Den Schluss des Vortrages bildete ein sehr wirkungsvolles Experiment, indem Redner durch Entzündung von Thermit in zwei Eisenplatten grosse Löcher einschmolz, wobei die rasch entwickelte ungeheure Hitze so lokalisiert bleibt, dass man die Platten mit der Hand anfassen kann. Redner ist bereit, im Frühling bei einem Vereinsausfluge das Schienenschweiss-Verfahren praktisch vorzuführen.

Dem Dank des Vorsitzenden, besonders auch für das letztere freundliche Anerbieten, schliesst sich die Versammlung mit lebhaftem Beifall an. —

Mo.

Vermischtes.

Personalveränderung in der Abtheilung für Bauwesen im preuss. Ministerium der öff. Arbeiten. Sicherem Vernehmen nach wird Hr. Oberbaudir. E. Kummer demnächst auf längere Zeit aus dem preussischen Staatsdienste ausscheiden und die Oberleitung bei Ausführung des Seehafens von Montevideo übernehmen, bezügl. deren er einen Kontrakt von längerer Dauer mit der Regierung von Uruguay abgeschlossen hat. Der verdienstvolle Beamte, welcher verhältnissmässig rasche Karriere gemacht hat, legte erst im Jahre 1875 das Baumeister-Examen ab, wurde 1883 zum Hafenbauinspektor, 1893 zum vortragenden Rath, schliesslich 1896 zum Oberbaudirektor als Nachfolger von A. Wiebe ernannt. Er ist ausserdem zeitweilig als Lehrer an der Technischen Hochschule zu Charlottenburg thätig gewesen und erhielt 1894 den Professor-Titel. Mit ihm scheidet aus dem Ministerium ein Mann von hervorragender praktischer Tüchtigkeit aus, namentlich auf dem Gebiete des Hafenbaues, auf dem er als Sieger

im Wettbewerbe um den Entwurf für den Hafen für Malmö in Schweden, zuerst auch in den weiteren Kreisen der Fachgenossen bekannt geworden und seitdem wiederholt auch als Gutachter im Auslande hervorgetreten ist. Dem Vernehmen nach dürfte ihm die Möglichkeit des späteren Wiedereintrittes in das Ministerium als vortragender Rath vorbehalten bleiben. Die Person seines Nachfolgers ist noch nicht bekannt, dürfte aber wohl wiederum unter den jüngeren vortragenden Räten zu suchen sein.

Preisbewerbungen.

Ein allgemeiner Wettbewerb betr. Entwürfe für die Bebauung einzelner Stadttheile von Gothenburg in Schweden wird durch eine bez. Kommission zum 1. Nov. d. J. erlassen. Es gelangen 3 Preise von zusammen 8000 Kronen (1,12 M.) zur Vertheilung. Der höchste Preis beträgt 4000 Kr., der niedrigste nicht unter 1000 Kr. Ein Ankauf nicht preisgekrönter Entwürfe für je 300 Kr. ist vorbehalten. Unterlagen gegen 10 Kr. durch den Schriftführer der Stadtverordneten in Gothenburg. Wir hoffen, auf den Wettbewerb noch zurückkommen zu können. —

Der Wettbewerb der Firma Seemann & Co. in Leipzig betr. Entwürfe zu modernen Fassaden hat zu unserer Freude bezüglich der von uns beanstandeten Bedingung eine zufriedenstellende Abänderung erfahren. Die Firma behält sich für alle nicht preisgekrönten oder zum Ankauf gelangten Entwürfe das erste Veröffentlichungsrecht gegen eine Entschädigung von je 50 M. vor und beabsichtigt, auf diesem Wege noch etwa 20–30 Entwürfe zu erwerben. Wir wollen nunmehr mit einer angelegentlichen Empfehlung zur Theilnahme an dem interessanten Wettbewerb nicht mehr zurückhalten. —

Der Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für die architektonische Ausschmückung der Kleinen Weserbrücke in Bremen wurde mit 19 Entwürfen beschickt. Den I. Preis errang Hr. F. Rauschenberg in Karlsruhe, den II. Preis Hr. Börnstein in Berlin, den III. Preis die Hrn. Klingenberg & Weber in Bremen. —

Wettbewerb Rathhaus Dresden. Unter dem 17. April d. J. theilte uns der Rath in Dresden mit, dass er die portofreie Rücksendung der Konkurrenz-Entwürfe angeordnet habe. Der Verfasser des angekauften Entwurfes mit dem Kennwort „Auf altem Walle“ ist Hr. H. Thüme in Dresden. —

Brief- und Fragekasten.

Mitglieder-Verzeichniss des Verbandes deutscher Architekten- und Ingenieur-Vereine. Das Mitglieder-Verzeichniss des Verbandes deutscher Architekten- und Ingenieur-Vereine ist im Druck nahezu vollendet und soll in den nächsten Tagen zur Versendung gelangen. Wir bitten daher alle die Firmen, welche mit den Korrekturen ihrer Inserate noch im Rückstande sind oder noch Inserate aufgeben wollen, um schleunigste Mittheilung. —

Berlin S.W. 46, Bernburgerstrasse 19.
Der Verlag der Deutschen Bauzeitung.

Hrn. Arch. H. Sch. in Charl. Die beabsichtigte Klage verspricht keinen Erfolg, weil der Nachweis nicht wird geführt werden können, dass die Vergebungs-Bedingungen völlig unannehmbar sind, wenngleich sie einen Vorsichtigen von dem Wettbewerb abschrecken können. Noch weniger wird der Beweis gelingen, dass der Ausschreiberin die Absicht der Bereicherung auf Kosten derer vorgeschwebt hat, welche Uebersendung der Bedingungen verlangen würden, was Sie ihr zu unterstellen geneigt sind. Würde vielleicht Mancher es vorgezogen haben, eine geringere Ungewissheit über die Vergebungs-Bedingungen im Ausschreiben walten zu lassen, so giebt gleichwohl das im Streitfalle beobachtete Verhalten noch keine ausreichende Unterlage für den Vorwurf, gegen Treu und Glauben gehandelt zu haben, und stellt noch nicht die Merkmale für eine Bereicherungsklage her. —

K. H-e.

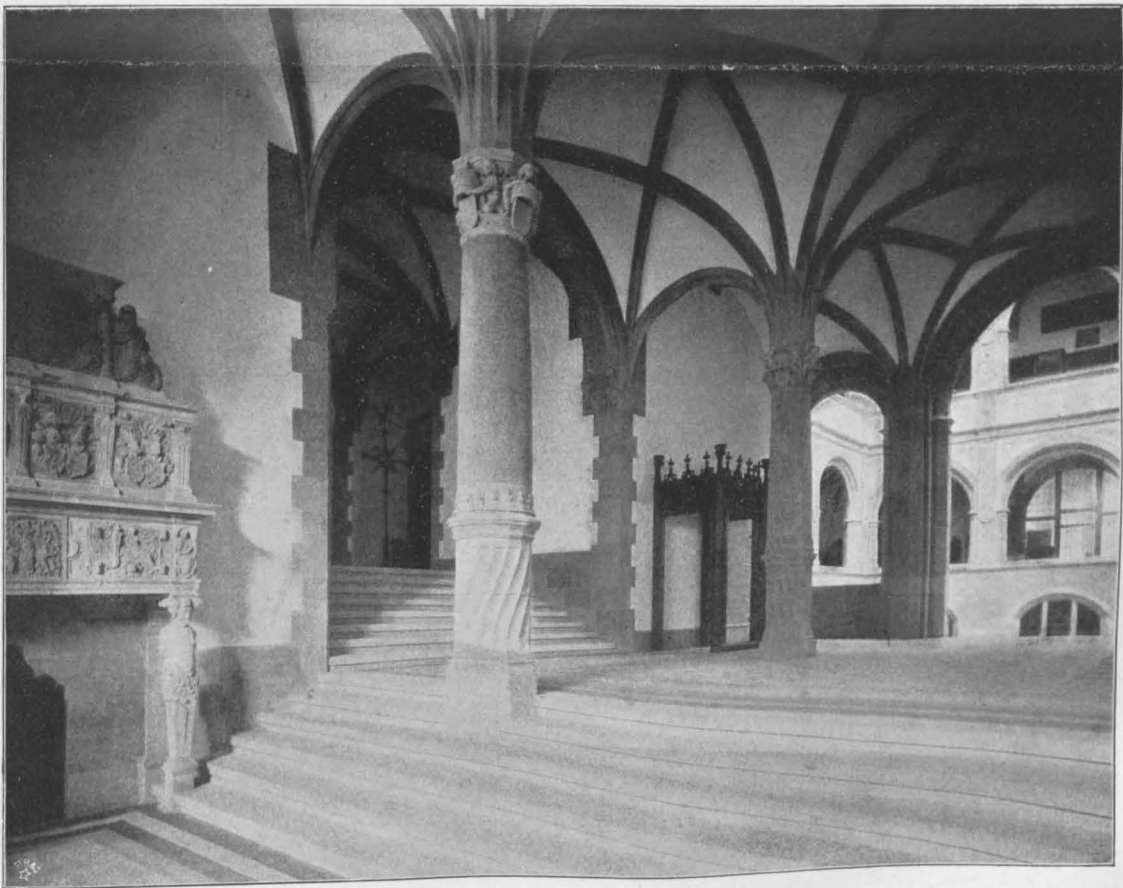
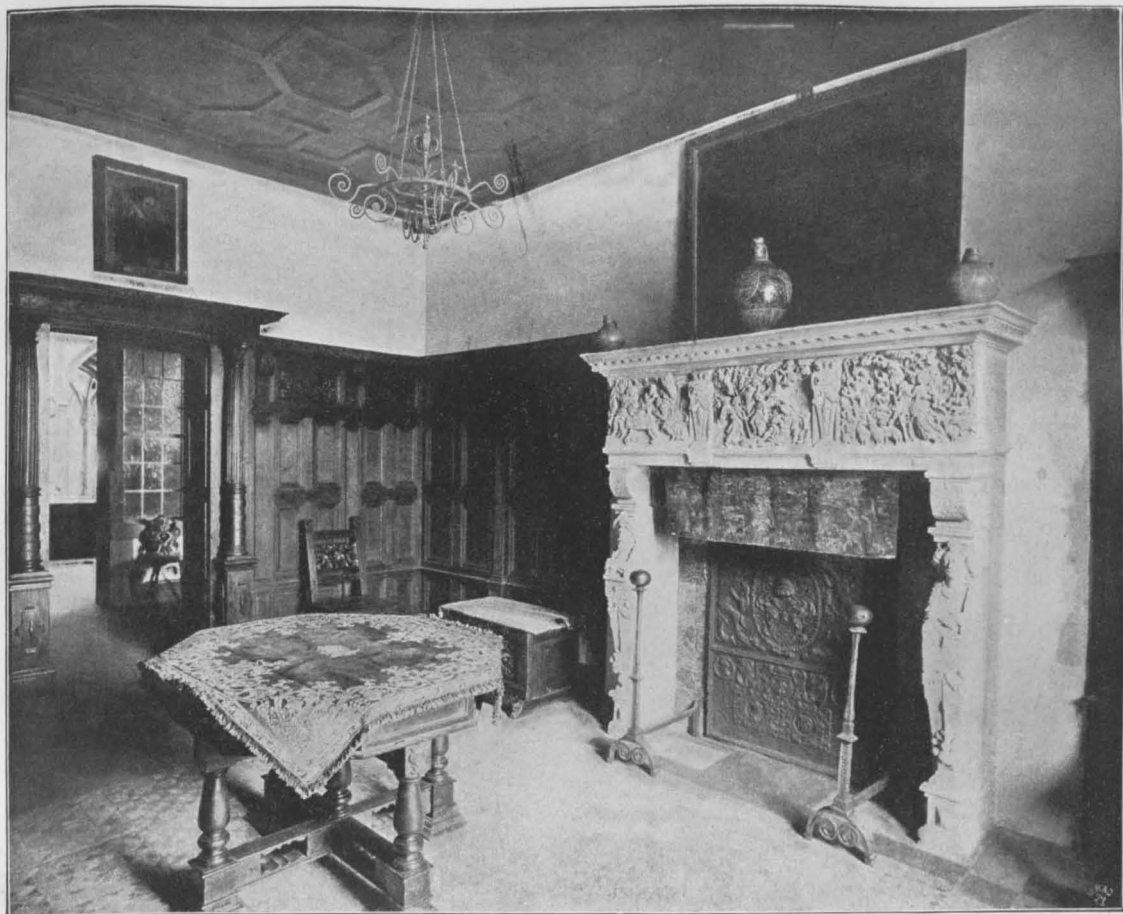
Hrn. Arch. H. B. in Kreuznach. Es ist in hohem Grade erwünscht, dass wenn Sie fremde Bauten veröffentlichen, Sie auch die Namen der Erbauer hinzufügen; Sie sollten alle Mittel anwenden, diese Namen zu erfahren. —

Hrn. Arch. E. L. in Odessa. Ob Sie einen Entwurf zu einem Stadthause in R., welchen Sie für einen Herrn „Kollegen“, wie Sie sagen, als Konkurrenz-Arbeit anfertigten und nicht abschickten, da derselbe mit der Bezahlung im Verzug blieb, bei uns veröffentlichen können? — Nein, nein! — Uebrigens ein interessanter Beitrag zum Konkurrenzwesen! —

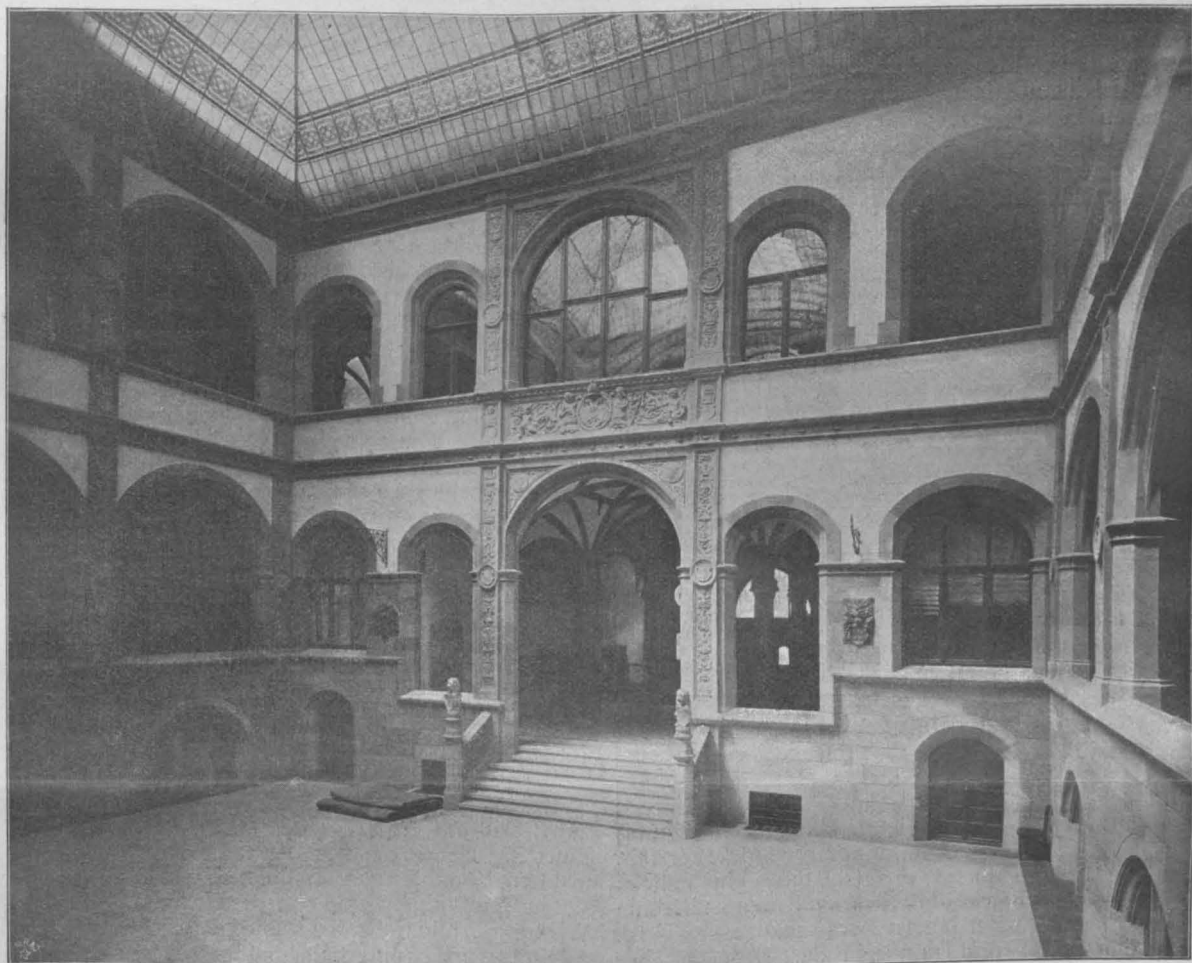
Inhalt: Das neue Kunstgewerbe-Museum am Hansaring in Köln a. Rh. — Die Erwerbung des Technischen Doktorgrades auf den deutschen Technischen Hochschulen. — Der hessische Gesetzentwurf betreffend den Denkmalschutz. — Mittheilungen aus Vereinen. — Vermischtes. — Preisbewerbungen. — Brief- und Fragekasten.

Hierzu eine Bildbeilage: Das neue Kunstgewerbe-Museum am Hansaring in Köln a. Rh.

Kommissionsverlag von Ernst Toeche, Berlin. Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann, Berlin. Druck von Wilh. Greve, Berlin SW.



AS NEUE KUNSTGEWERBE-MUSEUM
 AM HANSARING IN KÖLN AM RH. *
 ARCHITEKT: FR. BRANTZKY IN KÖLN
 * ANSICHT DER VORHALLE UND DES
 ZIMMERS FÜR KÖLNISCHE SPÄT-RE-
 NAISSANCE IM ERDGESCHOSS * * *
 DEUTSCHE BAUZEITUNG
 * XXXV. JAHRGANG 1901 — NO. 34 *

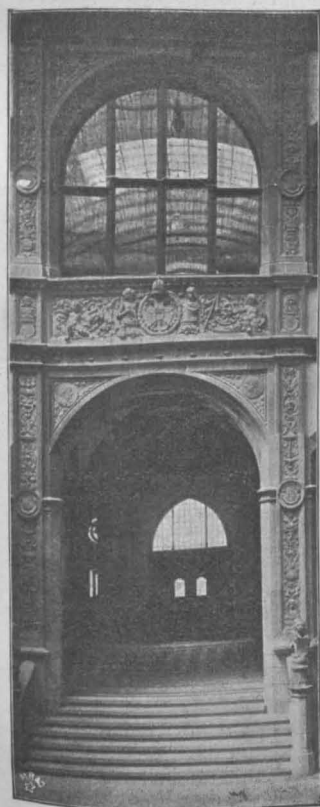


Neuere Kunst- und Gewerbe-Museen.

V. Das neue Kunstgewerbe-Museum in Köln a. Rh.

Architekt: Franz Brantzky in Köln a. Rh.

(Hierzu die mit No. 33 vorausgeschickte Bildbeilage und die Abbildungen auf S. 212 u. 213.)

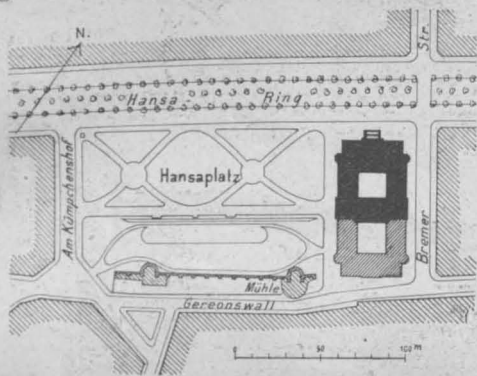


Eine Reihe von Jahren hindurch fristete das neue Kunstgewerbe-Museum in Köln, welches durch Beschluss der Stadtverordneten-Versammlung vom 28. April 1887 als eine Frucht der das ganze westliche Europa seit mehr als einem Vierteljahrhundert durchziehenden kunstindustriellen Bewegung mit den in dieses Gebiet gehörenden Beständen des Wallraf-Richartz-Museums in Köln als Grundstock gegründet wurde, ein nur bescheidenes Dasein in den Räumen der ehemaligen Taubstummen-Anstalt an der Rechtschule. Eine Anzahl werthvoller Schenkungen, bedeutende jährliche Zuschüsse und die emsige

Thätigkeit des unter dem Vorsitz des Hrn. Geh. Brth. Pflaume zum weiteren Ausbau des Museums begründeten Kunstgewerbe-Vereines hatten ein so rasches Wachsthum der Sammlungen zur Folge, dass sich das Gebäude an der Rechtschule bald als unzulänglich erwies. Eine nur vorübergehende Abhilfe wurde im Jahre 1892 dadurch erzielt, dass die Abtheilung für Möbel in der städtischen Schule am Gereonswall und die Bibliothek im Tempelhause in der Rheingasse untergebracht wurden. Diese Zustände der gezwungenen, die Verwaltung ungemein erschwerenden Dezentralisation erhielten im Jahre 1895 Aussicht auf Beseitigung, als der Geh. Kommerz.-Rth. Otto Andreae der Stadt Köln ein Geschenk von 400 000 M. machte, welches diese in den Stand setzte, der Errichtung eines Neubaus für das Museum näher zu treten. Es wurde im Bereiche der alten, zur Ringstrasse umgewandelten Wälle ein günstig gelegener Bauplatz ausgewählt und aufgrund eines in einem allgemeinen Wettbewerbe errungenen Sieges Hr. Arch. Franz Brantzky in Köln mit der Aufstellung der Ausführungspläne betraut. Mit welchem Erfolge er sich dieser interessanten Aufgabe widmete, zeigen die beistehenden Abbildungen.

Das auf eine Erweiterung auf beinahe die doppelte Grundfläche angelegte Gebäude nimmt, wie der Lageplan zeigt, den östlichen Theil des Hansaplatzes am

Hansaring ein. Es ist an die Front der Bremer Strasse herangerückt, um die erhaltenen Ueberreste der Gereonsmühle und eines Theiles der alten Kölner Stadtmauer in ihrem malerischen Aufbau nicht zu verdecken, sondern mit ihnen eine anziehende, aus Kunst und Natur geschaffene Gruppe zu bilden. In dieser baut sich das Museum als eine geschlossene Baugruppe auf; die Anlage ist eine streng symmetrische mit dem Haupteingang am Hansaring. Wenn diese auch ausserordentlich übersichtlich und zweckmässig erscheint, so wiesen die günstigen Verhältnisse des Platzes doch auch auf eine gruppierte Lösung hin, welche sich am Hansaplatz, in der Richtung Nord-Süd entwickeln und engere Beziehungen zur Gereonsmühle knüpfen konnte. Es hätte dann das neue Gebäude unter Umständen als östliche Platzwandung mit starken Vorlagen und Rücksprüngen erscheinen können. Vielleicht aber waren die



Möglichkeit leichter Erweiterung und geschlossenen Bestandes des einstweilen errichteten Theiles des Gebäudes die Gründe für die Ausführung in der Weise, wie sich das Haus jetzt aufbaut. Dieses erhebt sich in Sockel-, Erd- und Obergeschoss; ein hohes Dachgeschoss ist in nur bescheidenem Umfange ausgebaut. Als Stil ist die kölnische Spätgotik mit ihrem Übergange in die Frührenaissance gewählt; die letztere überwiegt im Inneren des Gebäudes. Als Material ist durchweg Haustein verwendet; die Materialbehandlung lässt sich aus unseren Abbildungen wohl erkennen.

In der Anlage bietet das Gebäude ein nahezu quadratisches Rechteck dar, dessen Räume sich um einen inneren Lichthof lagern, dessen Maasse — rd. 17^m in der Breite und 14,5^m in der Tiefe — eher bescheidene als grosse genannt werden können, welcher aber in seinen Grössenverhältnissen nicht nur den Eindruck einer vollkommen ausreichenden Anlage macht,

sondern welcher daneben auch den für ein kleines Kunstgewerbe-Museum vielleicht noch werthvolleren Eindruck einer gewissen Intimität erregt und dadurch die in ihm aufgestellten Gegenstände zu einer ihrer Bedeutung entsprechenden Wirkung kommen lässt. Das hohe Sockelgeschoss enthält die Hausmeister-Wohnung, Pack- und Vorrathsräume, Räume für die Heizung usw., und kann zumtheil auch für Sammlungszwecke nutzbar gemacht werden. Das Haus wird durch eine sehr stattliche gewölbte Vorhalle betreten, von welcher unsere Beilage ein Bild giebt, und an welcher zur Linken die Räume für die Verwaltung, rechts Garderobe mit Kasse und ein Kopierraum liegen. An diese beiden Räume schliessen sich, sofort in die Augen fallend, die schlicht angelegten, aber weiträumigen Treppenhäuser an. Um den Lichthof lagern sich in natürlicher Weise 9 Sale und Zimmer, in welchen, unter Zuhilfenahme der Gänge des Lichthofes, 12 Gruppen der Sammlungen zur Aufstellung gelangt sind. Die gleiche Einteilung wiederholt sich im Obergeschoss, welches weitere 11 Sammlungsgruppen birgt, derart, dass über der Vorhalle Bibliothek und Lesesaal liegen, von der Vorderfassade bis zum Lichthof durchreichend, welchen rechts und links, die ganze Ausdehnung der Vorderfront einnehmend, ein Zeichen- und ein Büchersaal angegliedert sind. Diese Raumgruppe, die auch zu Tageszeiten benützt wird, zu welchen die kunstgewerblichen Sammlungen geschlossen sind, kann von den übrigen Sammlungsräumen in einfacher Weise abgeschlossen werden. Ein bemerkenswerther Raum des Obergeschosses ist der Pallenberg-Saal an der Südfront des Gebäudes; als eine Stiftung eines kunstsinnigen Kölner Bürgers, des Besitzers der bekannten Anstalt für Innenausstattung in Köln, wurde sein Entwurf dem Maler Melchior Lechter in Berlin übertragen und es werden an seine demnächst bevorstehende Eröffnung grosse künstlerische Erwartungen geknüpft. Ob sie gerechtfertigt werden, erscheint nach dem getheilten Eindruck, welchen der allerdings nicht vollständige Saal bei seiner Aufstellung in der Weltausstellung von Paris auf die Besucher machte, nicht ganz ohne Zweifel. Ueber die Art der Aufstellung der sehr gewählten Sammlungen in den einzelnen Räumen, wie sie in feinfühlig und die Gegenstände zur besten Wirkung bringenden Weise durch Hrn. Dir. O. v. Falke geleitet wurde, möge der auf unserer Beilage abgebildete Raum mit Gegenständen aus der Zeit der Kölnischen Spätrenaissance Rechenschaft ablegen. In einem Kunstgewerbe-Museum, welches mehr sein will, als

Der „Doktor der technischen Wissenschaften“.

So wollen wir ihn einstweilen und in Uebereinstimmung mit der überwiegenden Mehrzahl der Staaten, die ihn bisher eingeführt haben, bezeichnen. Denn wir haben die Hoffnung, dass das Zwitterding „Dr. ing.“, welches in Preussen als ein Produkt der Einflüsse des humanistischen Zopfes entstanden ist, ein nicht allzu langes Leben fristen und bald ersetzt werden wird. Aus Anlass der Einführung des technischen Doktors in Oesterreich nun hat die „N. Fr. Pr.“ in ihrer Nummer vom 16. April d. J. einen die Frage des technischen Doktorates vom Standpunkte der allgemeinen modernen Kultur trefflich beleuchtenden Aufsatz gebracht, der zudem als die unbefangene Aeusserung einer grossen Allgemeinheit in hohem Grade beachtenswerth ist und unseren eigenen Empfindungen darüber fast bis ins Einzelne genau so sehr entspricht, dass wir glauben den Aufsatz nachstehend in seinem vollen Wortlaute wiedergeben zu sollen:

„Eine unscheinbare Neuerung wirft ein helles Schlaglicht auf eine unmerklich vollzogene Wandlung unserer Auffassung vom Werthe der verschiedenen Geistesthätigkeiten. Den Hörern der technischen Hochschulen ist das Recht auf die Erwerbung des Dokortitels zuerkannt worden. Mit dem Beispiele war Deutschland vorangegangen, von dessen Kaiser das Wort stammt, dass unser Zeitalter im Zeichen des Verkehrs stehe. Die Schnelligkeit, mit der dies Beispiel auch bei uns Nachahmung gefunden hat, beweist, dass hier eine Reform vom Baume der Entwicklung gepflückt wird, die schon völlig reif gewesen ist. Nirgends hat sich merklicher Widerspruch erhoben. Einige Zöpfe, die noch immer daran festhalten, dass die Huma-

nora ein Privilegium besitzen sollten auf die Verleihung akademischer Würden, mögen dagegen murren. Die öffentliche Meinung hat die Schmälerung dieses ausschliesslichen Vorrechtes mit Gelassenheit, ja mit Befriedigung hingenommen. Wer über der Zeiten Verderbniss klagen will, kann eine Entwerthung einer schönen, nur für wissenschaftlich Qualifizierte bestimmten Auszeichnung in dem Anrechte erblicken, das nun auch Ingenieuren und Architekten zugestanden werden soll. Wer das weiss, wie es um die wissenschaftliche Qualifikation recht vieler der jungen Leute bestellt ist, die der Tradition gemäss das Doktorat anstreben und auch erlangen, wird den Titel selbst nicht allzu hoch anschlagen und in seiner Ausdehnung auf absolvirte Techniker nicht gerade ein Zugeständniss an den allmächtigen Nivellirungsdrang unserer Zeit sehen wollen. In den meisten Fällen ist der Erwerb des Dokortitels nur eine Geldfrage. Aerzte und Advokaten finden den Titel auf dem Wege ihrer normalen Studien; für alle übrigen Berufe ist er kein notwendiger Behelf, sondern nur ein sozialer Zierrath, dessen Besitz nicht einen höheren Grad von Tüchtigkeit bezeichnet. Wer ihn trotzdem anstrebt, muss vor allem über die nicht unbedeutenden Mittel zur Bezahlung der Taxen verfügen. An manchen Universitäten des deutschen Reiches ist nach der Erlegung dieser Taxen die sogenannte Doktoratsprüfung nur eine Formalität. An anderen freilich werden die Modalitäten der Titelverleihung strenger genommen, und so hat sich mit der Zeit selbst ein Unterschied in der Werthung der Titulatur herausgebildet, je nach der Universität, von welcher der Titel stammt. Auch in Oesterreich hat der Doktorgrad, seit er nicht mehr, wie früher, die Ablegung der Staatsprüfungen bei den Juristen ersetzt,

ein Magazin für eine Sammlung werthvoller Gegenstände, sind die gegenseitigen Beziehungen von Raum und Gegenstand von grösster Bedeutung. In dem neuen Kunstgewerbe-Museum in Köln a. Rh. erscheinen sie allenthalben glücklich gewahrt, soweit dies bei der naturgemässen Lückenhaftigkeit einer solchen Sammlung möglich ist. —

Die Ausführung des Baues erfolgte durch das Hochbauamt der Stadt Köln unter der Oberleitung des Hrn. Stadtbrth. Heimann; die besondere Bauleitung übten nach einander die städtischen Architekten Hrn. Gerlach und Wisch aus. Die Maurer-, Putzer- und die anderen hier einschlägigen Arbeiten hatte die Firma Besser in Köln übernommen; die Steinmetzarbeiten in Heilbronner Sandstein lieferte die Firma Winterfelt in Miltenberg a. M., die Steinmetzarbeiten in Tuffstein wurden durch Acker in Bonn, die Arbeiten in Niedermendiger Basalt durch Siegert in Köln ausgeführt. Die Zimmerarbeiten waren an Lissem, die Schreinerarbeiten an Hörsch, die Eisenkonstruktionen an Liesegang, sämmtlich in Köln, übertragen. Die Decken wurden, soweit sie nicht gewölbt sind, nach dem System Kleine ausgeführt. Für die ornamental-

Bildhauerarbeiten waren die Bildhauer Rothe & Barutzky in Köln gewonnen worden. In die figürlichen Bildhauerarbeiten theilten sich die Kölner Bildhauer Albermann und Degen in der Weise, dass ersterer die Arbeiten der Vorderfront, letzterer die der Seitenfronten übernahm. — Für die gesammten Baukosten ergab sich ein Betrag von 665 000 M. —

Mit dem neuen Kunstgewerbe-Museum ist die blühende Handelsstadt am Niederrhein an ihrer vornehmsten Strasse, der nach dem Vorgange anderer Städte mit den bedeutendsten Monumentalbauten besetzten Ringstrasse, die im Halbkreis vom Rhein zum Rhein den alten Stadtkern umzieht, mit einem Bauwerke bereichert worden, welches, im überlieferten Stile der Stadt gehalten, im Vereine mit den erhaltenen alten Ueberresten aus einer grossen Vergangenheit, hier der Gereonsmühle, eine Baugruppe von eindrucksvoller Wirkung darbietet. Es ist das ausgezeichnete monumentale Erstlingswerk eines feinsinnigen Künstlers, welcher im baukünstlerischen Schaffen der Gegenwart schon mit an der ersten Stelle steht und von welchem wir noch manches Werk frischer Kunst erwarten dürfen. —

Die Verwaltung der öffentlichen Arbeiten in Preussen 1890—1900.

Unter obigem Titel ist soeben ein umfangreicher, an Se. Majestät den König vom Hrn. Minister der öffentlichen Arbeiten erstatteter Bericht*) erschienen, der einen interessanten Rückblick über die Entwicklung und Ausdehnung der Thätigkeit des Ministeriums überhaupt, sowie des Eisenbahnwesens und der allgemeinen Bauverwaltung im besonderen für das verflossene Jahrzehnt giebt. Das Werk umfasst 242 Seiten Text mit zahlreichen eingedruckten, oder auf besonderer Tafel beigegebenen, graphischen Darstellungen; 87 Seiten Anhang statistischen Inhaltes, der hauptsächlich das Gebiet der Verkehrs-Entwicklung, der Betriebssicherheit, des Tarifwesens usw. der Eisenbahnen berührt, und enthält ausserdem 2 Karten, welche den Zuwachs der preussischen Eisenbahnen in dem infrage stehenden Zeitraum bezw. die Eintheilung der Direktionsbezirke am 1. April 1900 zur Darstellung bringen. Das Eisenbahnwesen ist dabei nur in grossen Zügen behandelt, da dem Landtage darüber alljährlich ausführliche Berichte vorgelegt werden, die auch der Oeffentlichkeit zugänglich sind, während die Arbeiten der Bauverwaltung, welche keine derartigen Berichte erstattet, besonders ausführlich besprochen werden.

Der erste Abschnitt behandelt die Organisation des Ministeriums selbst, dessen Aufgaben und Geschäftskreis

im letzten Jahrzehnt im wesentlichen dieselben geblieben sind, nachdem am 1. April 1890 die Abtheilung für Berg-, Hütten- und Salinenwesen abgetrennt worden ist. Bezüglich der Eisenbahn-Abtheilungen hat insofern eine Veränderung stattgefunden, als im Anschluss an die Neubildung der Eisenbahn-Behörden vom 1. April 1895 zu den vorhandenen 3 Abth. der allg. Verwaltung, der technischen Angelegenheiten und des Verkehrswesens noch eine Finanz-Abtheilung hinzugefügt und gleichzeitig zur Entlastung des Ministers und zur Aufrechterhaltung der Einheitlichkeit der Verwaltung ein Unter-Staatssekretär bestellt wurde. Die Bauabtheilung hat einen Zuwachs ihrer Thätigkeit erhalten durch die Mitwirkung bei Bekämpfung der Hochwasser- und Eisgefahr, sowie am 31. Dez. 1894 durch Uebertragung der Verwaltung der Verkehrsabgaben. Nach Erlass des Gesetzes vom 28. Juli 1892 betr. die Neuordnung der Angelegenheiten der Kleinbahnen und Privatanschlussbahnen, fiel der Bauabtheilung die Bearbeitung dieser Materie allein zu, bezw. in Gemeinschaft mit der Eisenbahnabtheilung, soweit es sich um ganz oder theilweise mit Maschinenkraft betriebene Anlagen handelt. Ist nun auch der Geschäftskreis des Ministeriums im ganzen nicht erheblich verändert, so hat der Umfang der Geschäfte doch in so hohem Maasse zugenommen, dass z. B. die Zahl der vortragenden Räte von 41 auf 51 gestiegen ist. Hierzu sei als Vergleich angeführt, dass, abgesehen von

*) Berlin 1901, Verlag von Jul. Springer.

wesentlich an Werth eingebüsst. So kann der Besitz des Dokortitels wahrlich nicht als der Beweis ganz exceptioneller geistiger Fähigkeiten gelten oder als eine Auszeichnung, die nur einer allereinsten Elite verliehen werden dürfte. Von einer gänzlichen Abschaffung dieser nicht viel sagenden Titulatur wollen gleichwohl diejenigen nichts wissen, die sich der kleinen Auszeichnung bewusst sind, mit welcher der Besitz des Titels im sozialen Verkehr trotz alledem noch verknüpft ist. Hat der Titel aber einen bestimmten sozialen Werth, so wirft sich die Frage ganz von selbst auf, warum gerade diese oder jene Branche ein Vorrecht auf ihn haben soll und eine andere nicht.

Hinter dieser Frage versteckt sich nur die andere, ob der ausschliesslich humanistisch-historischen Ausbildung ein grösserer Werth beizulegen ist, als der praktisch technischen. Für viele Anhänger der heutigen Bildungsmethoden ist gerade diese Frage gänzlich indiskutabel. Die Erduldung einiger Schuljahre, in denen auf den Sport lateinischer und griechischer Exercitien das Hauptgewicht gelegt wird, soll dem Geiste die besonders feine Prägung verleihen, die aus anderem Bildungsstoffe nicht zu gewinnen ist. Dass weder Goethe noch Schiller eine solche Prozedur an sich durchgemacht hatten, dass Alexander v. Humboldt geradezu erklärt hat, er wäre derselbe nicht geworden, wenn er den Leidensweg des modernen Gymnasiasten durchgeschleift worden wäre, dass die Griechen und Römer selbst auf ihren Gymnasien alles andere eher trieben als Turnübungen zwischen den Fussangeln einer fremden Sprache, das verschlägt den Vertheidigern der Gymnasial-Orthodoxie nichts. Sie haben aber dennoch Schritt für Schritt zurückweichen und einen grossen Theil der Universitäts-Disziplinen auch denjenigen preisgeben

müssen, die, von anderen Bildungsanstalten herkommend, eine andere Ausbildung genossen haben. Einen weiteren Schritt in der vollen Würdigung der realistischen Bildungsmethoden, die eine Beschäftigung mit dem Material des klassischen Unterrichtes, der antiken Litteratur und Geschichte ja keineswegs ausschliessen, bedeutet nun die Zulassung der Techniker zum Doktorat. Der Dokortitel bildet gewissermaassen die letzte Schanze für die Vertheidiger des Vorrechtes der humanistischen Schulung. Nun ist auch diese Schanze genommen, ohne dass man zu befürchten brauchte, ein Zeitalter idealitätslosen Banausenthums oder bildungsfeindlicher Barbarei werde über uns hereinbrechen. Nicht eine Werthverminderung wird der Dokortitel erfahren durch die Oeffnung der Pforte, die den ausgebildeten Technikern den Weg zum Doktorat freigiebt, sondern umgekehrt eine Wertherhöhung. Man müsste die Zeichen der Zeit schlecht verstehen, wenn man nicht eine merkliche Abnahme in der allgemeinen Schätzung der rein historischen und formalen Geistes-Disziplinen erkennen wollte. Schon wird dem alleinseligmachenden Juristentum von den Fachmännern der verschiedenen juristischen Ober-Kuratoren unterstellten Ressorts der Krieg angekündigt. Im sozialen Leben der Grosstädte, in den Zentren der Grosstaaten spielen durchaus nicht mehr die Mandarinen weltabgewandter Gelehrsamkeit die hervorragendste Rolle. Je mächtiger die Naturwissenschaft geworden ist, je wichtiger die der angewandten Wissenschaft, der Technik zugefallene Aufgabe, die Bedürfnisse der ungeheuer angewachsenen Bevölkerung zu befriedigen, desto mehr gewinnen selbst innerhalb der wissenschaftlichen Welt die Vertreter der exakten Disziplinen an



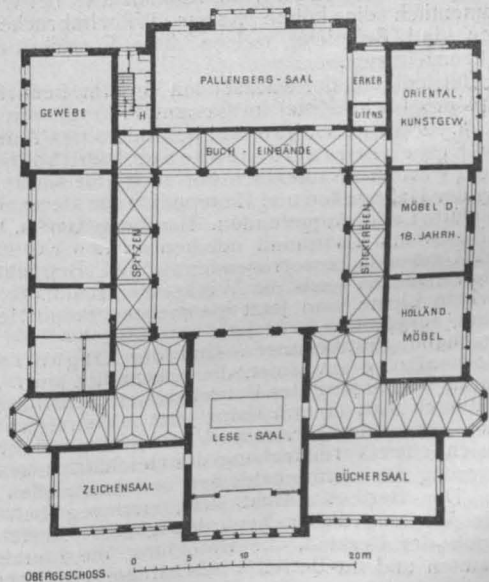
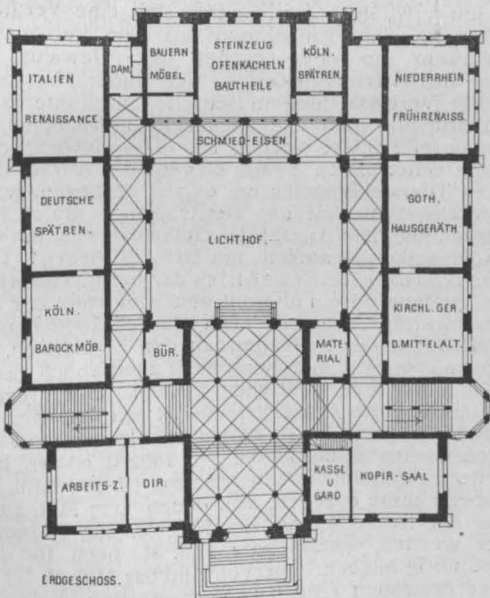
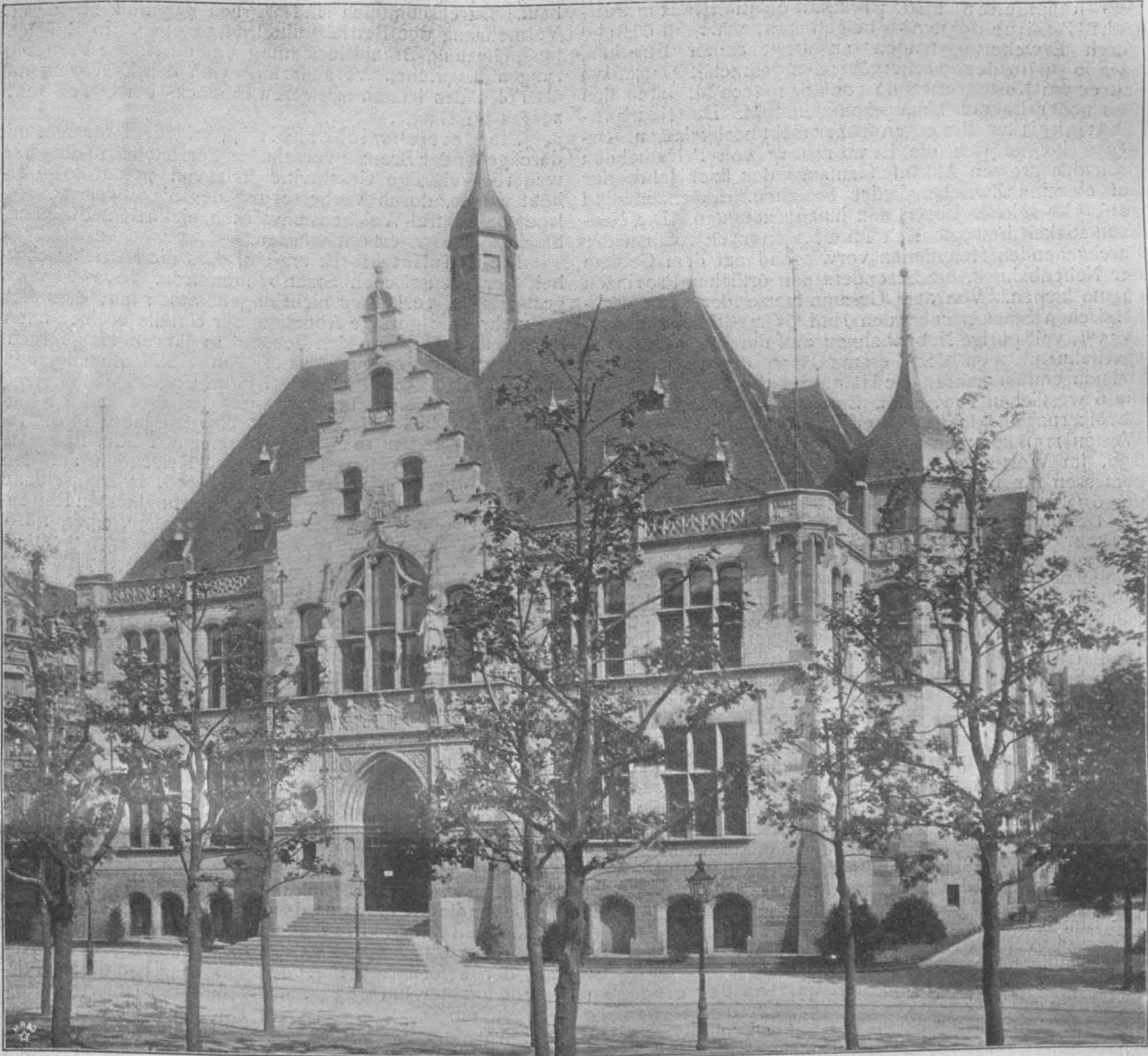
Das neue Kunstgewerbe-Museum in Köln a. Rh. Theilansicht mit dem Haupteingang. — Architekt: Franz Brantzky in Köln.

Ansehen und Bedeutung. Ein Abschliessen des Doktorates gegen die Angehörigen der höchstgewertheten Berufe hätte füglich zu einer sozialen Devaluierung des Titels selber führen können.

Die Verleihung des Dokortitels an qualifizierte Techniker, die sich obendrein noch einer besonderen Prüfung unterziehen müssen, ist also nur eine zeitgemässe Besieglung einer schon vollzogenen Thatsache, der eminenten Steigerung des Ansehens der technischen und exakt wissenschaftlichen Berufe. Und es kann Niemand sagen, dass die Techniker, auf den Nutzwerth ihrer Thätigkeit pochend, es verabsäumt hätten, sich durch ihren Erwerb auch rein geistiger, historischer und humanistischer Bildung der neuen Auszeichnung würdig zu erweisen. Es giebt keine technische Hochschule ohne ausgezeichnete Lehrkräfte für alles das, was wir unter dem Begriffe allgemeiner Bildung zusammenfassen. Aber auch in dem Wesen der technischen Studien selbst liegt mehr geistbildendes Material, als die jedes psychologischen Einblickes bare orthodoxe Pädagogik zu begreifen vermag. Die Konstruktion einer Brücke ist eine künstlerische und mathematische Aufgabe, an der die Phantasie wie das exakte Denken gewiss nicht in minderem Grade sich bethätigen müssen, als bei philologischer Textkritik oder theologischer Exegese. Chemie und Physik sind in den letzten Jahrzehnten in einer Weise vertieft worden, die ihr Studium schon zu einem par excellence philosophischen macht. Es ist gewiss kein

Zufall, dass der bedeutendste Philosoph unseres Jahrhunderts, der umfassendste Geist, den die Menschheit seit Leibniz vielleicht überhaupt gehabt, Herbert Spencer, der geniale Schöpfer der Evolutionslehre, von Haus aus Ingenieur gewesen ist. Die Nebel der philosophischen Scholastik konnte nur ein ganz realistisch geschulter Mann zerstreuen. Welche Anregung und Befruchtung selbst die Geschichtswissenschaft und Philologie von den realistischen Methoden der Naturwissenschaft erfahren haben, bedarf für den Kundigen keiner besonderen Erwähnung. Und da sollte der Ehrentitel der Wissenschaftlichkeit ausschliesslich auf die Angehörigen jener Branchen beschränkt bleiben, die heute viel mehr die Empfangenden als die Gebenden sind? Darin läge eine Ungerechtigkeit und zugleich ein Kennzeichen der Zurückgebliebenheit. Die Laudatores temporis acti mögen die Profanirung alter Zunftwahrzeichen als ein weiteres Symptom des Niederganges beklagen. Wer von der Ueberzeugung durchdrungen ist, dass die Kultur nicht im Rückgange begriffen, sondern gerade Dank der Technik und den exakten Wissenschaften eine ungeahnte Bereicherung erfahren hat, der wird in der Zuerkennung des ehrwürdigen Dokortitels auch an die Techniker nur ein Zeichen der Anerkennung und berechtigter Dankbarkeit für ganz hervorragende, gemeinnützige Leistungen erblicken. Im Zeitalter des Verkehrs dürfen die Männer der Technik in der öffentlichen Ehrung nicht hinter den Vertretern der reinen Gelehrsamkeit zurückstehen.“ —

dem auch mit Reichsgeschäften betrauten Kriegsministerium und Auswärtigen Amt, die Höchstzahl der Räte 29 und zwar im Kultusministerium, die Kleinstzahl 12 im dann noch über die Zusammensetzung und Thätigkeit der am 7. Mai 1880 gestifteten, dem Minister d. öff. Arbeiten unterstellten Akademie des Bauwesens, über die Ergebnisse



Das neue Kunstgewerbe-Museum in Köln a. Rh. Architekt: Franz Brantzky in Köln.

Ministerium des Inneren beträgt. Von den vortragenden Räten gehören 27 der Eisenbahnabth., 24 der Bauabth. an. — Der allgemeine Theil des Berichtes verbreitet sich

der Prüfungen für den technischen Staatsdienst, die Theilnahme des Ministeriums an öffentlichen Ausstellungen, seine litterarische Thätigkeit usw.

Der 2. Abschnitt ist dem Eisenbahnwesen gewidmet. Das Staatseisenbahnnetz hat sich vom 1. April 1890 bis 1. April 1900 von 23 842,23 km auf 30 347,73 km vermehrt, d. h. um 27,3 %. Zu diesem Zuwachs hat die Vereinigung des hessischen und preussischen Staatseisenbahn-Besitzes 951,30 km beigetragen, während 66,84 km durch Erweiterungsbauten an bestehenden Strecken, 4293,70 km (in dem vorhergehenden Jahrzehnt 4119,06 km) mit einem Kostenaufwande von 402 193 000 M. durch den Bau neuer Bahnen hinzugekommen sind. Die Neubauthätigkeit hat also gegen früher nicht nachgelassen. Dagegen konnte sich die Erwerbung von Privatbahnen nach den grossen Ankäufen anfangs der 80er Jahre nur auf einzelne Zwischenglieder beziehen. Imganzen sind 1216,75 km solcher Linien neu hinzugekommen. Die Neubauthätigkeit bewegte sich im übrigen nach Ausbau der durchgehenden Hauptlinien vorwiegend auf dem Gebiete der Nebenbahnen, die besonders den östlichen Provinzen zugute kamen. Von dem Gesamtnetze der preussisch-hessischen Staatseisenbahnen sind 65,87 % Hauptbahnen, 33,55 % vollspurige Nebenbahnen und nur 0,58 % Schmalspurbahnen. Von der Gesamtlänge der preussischen Bahnen entfällt nahezu die Hälfte auf die 6 östlichen und die 6 westlichen Provinzen. Entsprechend der geringeren Bevölkerungsdichte (im Osten 80 Personen auf 1 qkm, im Westen 115) kommen auf je 10 000 Einwohner im Osten 8,30, im Westen nur 7,97 km, dagegen nach der Fläche bemessen für 1 qkm umgekehrt im Westen 9,15, im Osten nur 6,73 km.

Besondere Aufmerksamkeit wurde dem wachsenden Verkehr entsprechend dem Ausbau von eingleisigen zu zweigleisigen Strecken zugewendet, zum nicht geringen Theile auch im Interesse der Landesvertheidigung. Ebenso wurden auf einigen besonders verkehrsreichen Strecken 3. und 4. Gleise hinzugefügt (imganzen 84 km). Zusammen hat dieser Ausbau eine Länge von 3059,9 km und einen Kostenaufwand von 182 587 000 M. ergeben. Von den Hauptbahnen waren am Schlusse der Berichtsperiode nahezu 60 % zweigleisig ausgebaut, was einen Zuwachs von nahezu 12 % bedeutet.

Im Oberbau hat man den Stahlschienen auf hölzernen oder eisernen Querschwellen den Vorzug für Hauptbahnen gegeben. Die Langschwellen sind nahezu ganz verschwunden, ebenso die eisernen Schienen, die 1890 noch 21 % der Gesamtlänge ausmachten. Durch längere Schienen (12 statt 9 m), dichtere Lage der Schwellen, Verstärkung der Laschenverbindung ist der Oberbau wesentlich im Interesse der Betriebssicherheit verstärkt worden; auf besonders stark befahrenen Strecken, namentlich auf den Linien der Schnellzugsverbindungen, wurde die alte, nur 33,4 kg schwere Schiene gegen eine breitrückige von 41 kg Gewicht für 1 m ausgewechselt.

Besondere Fortschritte sind im Bau der eisernen Brücken zu verzeichnen gewesen, bei denen ebenfalls das Flusseisen an die Stelle des Schweisseisens getreten ist. Die Weichselbrücken bei Dirschau und Fordon, die Nogatbrücke bei Marienburg, die Rheinbrücke bei Worms und namentlich die kühne Kaiser-Wilhelmbrücke bei Münstern sind Beispiele, welche diese Fortschritte am besten kennzeichnen.

Zur Befriedigung der wachsenden Verkehrsbedürfnisse sind sehr erhebliche Mittel im Gesamtbetrage von über 400 Mill. M. für den Neubau und besonders den Ausbau und die Erweiterung vorhandener Bahnhöfe usw. verwendet worden. Namentlich hat auch eine starke Vermehrung der Haltestellen und Haltepunkte für kleine Städte und das platte Land stattgefunden. Hamburg, Berlin, Wiesbaden, Neuss und Dortmund nehmen an den Kosten für Bahnhofs-Umbauten hervorragenden Antheil. Beträchtliche Umbauten erfuhren auch die Werkstätten-Bahnhöfe. Mit elektrischem Lichte sind jetzt die meisten Bahnhöfe von Bedeutung ausgestattet.

Eingehende Mittheilungen sind der Organisation und Verwaltung gewidmet, die bekanntlich am 1. April 1895 durch Beseitigung der Betriebsämter, Schaffung von 20 Direktionen statt 11 (mit Mainz jetzt 21), straffere Zentralisation eine durchgreifende Veränderung erfuhr mit der Absicht einer Vereinfachung des Geschäftsganges und Verbesserung der wirthschaftlichen und finanziellen Leistungen. Der Bericht spricht sich durchweg befriedigt über die Wirkung dieser Neuordnung aus. Ausführlich wird auch der Bestand, die Besoldung, die Eintheilung der Beamten und im Betriebe beschäftigten Arbeiter, sowie die soziale Fürsorge für dieselben besprochen.

Die Betriebsmittel haben eine zeitgemässe Umgestaltung erfahren. Die Lokomotiven, sowohl für Güter- wie für den schnellen Personenverkehr, werden stärker gebaut, letztere als vierachsige Maschinen meist nach dem Verbundsystem. Anstelle der dreiachsigen Personenwagen

sind vielfach nach amerikanischem Muster die wesentlich ruhiger fahrenden vierachsigen mit Drehgestell getreten, die Güterwagen sind durch Umbau, wo angängig, von 10^t Tragfähigkeit auf 12,5^t gebracht, die neuen werden mit 15^t gebaut. Durchschnittlich sind jährlich 73,5 Mill. M. für die Vermehrung der Betriebsmittel ausgegeben. In Beleuchtung, Heizung, Bremseinrichtung sind durchweg Verbesserungen ausgeführt. Veränderungen an den D-Wagen sind als Folge des letzten schweren Unglücks bei Offenbach zurzeit im Gange.

Die Betriebssicherheit ist, trotzdem für alle mit durchgehender Bremse versehenen Personenzüge die ohne weiteres zulässige Geschwindigkeit von 75 auf 80 km erhöht wurde, durch Verbesserung des Signalwesens, Anlage von Zentral-Weichenstellwerken, elektrische Streckenblockirung usw. erhöht worden.

Die Unfallstatistik ergibt, dass die Betriebssicherheit der preussischen Staatsbahnen trotz des wesentlich gesteigerten Verkehrs nicht abgenommen hat, dass sich vielmehr eine geringe Abnahme der Unfälle ergibt, unter denen allerdings in den letzten 10 Jahren einige recht schwere zu verzeichnen sind. Auf 1 Mill. Zugkilometer aller Züge gerechnet kamen 1890 an Unglücksfällen 11,72; die Zahl sinkt dann bis 1895 stark auf 6,55 und ist seitdem fast gleich geblieben mit 6,50 im Jahre 1899. Im Mittel der letzten 10 Jahre betrug, auf 1 Mill. Reisende gerechnet, die Zahl der getödteten Reisenden auf den preussisch-hessischen Staatsbahnen 0,096, in Deutschland 0,102, in England 0,125. Die Zahl der verunglückten Reisenden überhaupt stellte sich bezw. auf 0,490, 0,522, 1,816. Das ungünstigste Jahr 1897 zeigt noch immer wesentlich niedrigere Zahlen, als das für England günstigste Jahr 1895.

Das Verkehrswesen hat im vergangenen Jahrzehnt eine wesentliche Umgestaltung erfahren. Durch das am 1. Januar 1893 in Kraft getretene internationale (Berner) Uebereinkommen für den Eisenbahn-Frachtverkehr sind für Mitteleuropa grosse Erleichterungen für den Güterverkehr und neue rechtliche Grundlagen geschaffen worden. Deutschland, Oesterreich, Ungarn, Belgien, die Niederlande, Luxemburg, Frankreich, Italien, die Schweiz, Dänemark sind beigetreten. Die deutschen Bestimmungen mussten sich diesem Abkommen anpassen. Das führte zu dem Ersatz des „Betriebsreglements für die deutschen Eisenbahnen“ durch die am 1. Jan. 1893 in Kraft getretene, am 1. Jan. 1900 revidirte „Verkehrsordnung für die Eisenbahnen Deutschlands“. Auch in den Tarifbestimmungen, Vorschriften für einheitliche Abfertigungen usw. haben Fortbildungen stattgefunden.

Ueber die Steigerung des Verkehrs geben folgende Zahlen Aufschluss. Die Zahl der gefahrenen Zugkilometer im Personenverkehr ist um 59,7 % gestiegen, die Anzahl der beförderten Personen um 135 % und der Personenkilometer um 94,5 %, schliesslich die Höhe der Einnahmen um 66,9 %. Letzteres Ergebniss hat stattgefunden, trotzdem eine Preismässigung für die Person um 29,5 %, den Personenkilometer um 14,2 % stattgefunden hat. Die Verkehrsdichte für 1 km Betriebslänge ist allerdings um 53 % gestiegen, sodass sich eine Vermehrung der kilometrischen Einnahmen aus dem Personen- und Güterverkehr um 32 % ergeben hat. Gewaltig ist die Hebung des Güterverkehrs, der durch Herabsetzung der Tarife, Vereinfachung im Betriebe, durch internationale Vereinbarungen über die gegenseitige Wagenbenutzung wesentlich erleichtert worden ist. Das Gewicht der beförderten Gütertonnen ist um 68,5 %, die Anzahl der gefahrenen Tonnenkilometer um 63,7 % gestiegen, während die Verkehrsdichte auf 1 km Betriebslänge um 28,4 % zugenommen hat. Die Anzahl der Güterwagen ist um 51,6 %, die Ladefähigkeit derselben um 89 % gestiegen.

Das finanzielle Ergebniss der preussischen Staatsbahnen ist dauernd ein überaus günstiges trotz der erheblich gesteigerten Ausgaben. Der Betriebskoeffizient, d. h. das Verhältniss der Ausgaben zu den Einnahmen, stellte sich 1899 auf 57,95 % und damit nicht unerheblich niedriger, als in allen anderen deutschen Staaten. Der Prozentsatz der Verzinsung des Anlagekapitals ist seit 1889 von 6,26 % auf 7,28 % im Jahre 1899 gestiegen. Insgesamt haben die preussischen Staatsbahnen seit 1882 d. h. dem Inkrafttreten des Eisenbahn-Garantiegesetzes rd. 6053 Mill. M. Betriebsüberschüsse ergeben, von denen 3117 Mill. zur Verzinsung der Kapitalschuld, 909 Mill. M. zur Tilgung verwendet wurden, sodass 2014 Mill. M. noch für andere Zwecke übrig blieben. Hiervon sind 624 Mill. M. für extraordinäre Ausgaben (Ausbau, Verbesserung, Vermehrung der Betriebsmittel) der Eisenbahnen selbst (im letzten Jahrzehnt allein 519 Mill. M.) ausgegeben, während noch 1390 Mill. M. für andere Zwecke, andere Ressorts verblieben. 1890 sind hieraus rd. 68,22 Mill. M., 1900 imganzen 193,3 Mill. M. aufgewendet worden.

Der Schluss des Abschnittes über das Eisenbahnwesen beschäftigt sich mit den Privat- und Kleinbahnen. Erstere sind von 1693 km am 31. März 1890, trotz der Verstaatlichung von 600 km, bis 1. April 1900 auf 3012 km (ausserdem 605 km in Bau) mit einem Anlagekapital von 292 Mill. M. angewachsen. Die Verzinsung ist eine sehr verschiedene, im Mittel 5 1/2 %. Einzelne bringen aber gar keine Reineinnahmen, andere bis 16 1/2 %. Der Aufschwung im Bau von Kleinbahnen, in denen Preussen bisher hinter anderen Ländern zurückstand, rechnet von der Einführung des Kleinbahngesetzes (28. Juli 1892), das am 1. Oktober 1892 in Kraft trat und die bisherige Unzulänglichkeit und Unbestimmtheit der Rechtsverhältnisse

beseitigte. Weiter trug dann zur Entwicklung das Gesetz vom 8. April 1895 bei, nach welchem zur Förderung der Entwicklung der Kleinbahnen Mittel zur staatlichen Unterstützung dieser Unternehmen, bis 1. April 1900 im Ganzen 29 Mill. M., bereit gestellt wurden. Am 28. Juli 1892 waren 90 Kleinbahnen mit zusammen 1035 km Länge vorhanden, am 31. März 1900 dagegen 320 mit 7267 km Länge und einem Baukostenaufwande von über 604 Mill. M., davon 23,74 Mill. M. Staatsunterstützung. Von diesen Anlagen dienen 106 dem Personenverkehr, namentlich in Städten und deren Umgebung, 77 vorzugsweise dem Handel und der Industrie, 89 in erster Linie der Landwirthschaft. —

(Schluss folgt.)

Der hessische Gesetzentwurf betreffend den Denkmalschutz.

(Schluss.)

16. Das Kreisamt kann einer Gemeinde in Ansehung eines ihrer Verfügung unterworfenen Baudenkmal an-sinnen, für die ordnungsmässige und würdige Unterhaltung und Wiederherstellung, sowie für eine aus künstlerischen oder geschichtlichen Rücksichten gebotene Freilegung des Baudenkmal Sorge zu tragen.

Wenn der Gemeindevorstand der Ausgabe widerspricht, entscheidet der Kreisausschuss unter Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit der Gemeinde darüber, ob die Ausgabe und in welcher Grösse gemacht werden soll.

Auch wenn in Gemässheit des Absatz 1 ein Ansinnen an die Gemeinde erfolgt ist, bedarf die Art der Ausführung der Arbeiten in jedem Falle der behördlichen Genehmigung nach Maassgabe der Bestimmungen der Artikel 1, 2, 3, 4.

17. Gerath ein Baudenkmal, über das eine Kirche, eine Religions-Gemeinde oder öffentliche Stiftung zu verfügen berechtigt ist, durch Vernachlässigung in gänzlichen oder theilweisen Verfall, so kann das Kreisamt dem Verfügungs-Berechtigten ansinnen, für die Verhinderung des Verfalles und ordnungsmässige Unterhaltung Sorge zu tragen.

18. Die Festsetzung einer Fluchtlinie (Strassen- oder Baufluchtlinie, welche ein Baudenkmal gefährdet oder sonst für dasselbe von Bedeutung ist, bedarf in allen Fällen der Genehmigung des Ministeriums des Inneren.

19. Im Interesse der Freihaltung eines Baudenkmal kann durch Ortsstatut bestimmt werden, dass Gebäude nur in einer bestimmten Entfernung von dem Baudenkmal errichtet werden und die in dessen Nähe befindlichen Gebäude eine bestimmte Höhe künftig nicht überschreiten dürfen.

20. Auf ein Baudenkmal in der Verfügungsgewalt einer Privatperson finden die Bestimmungen der Artikel 14, Absatz 1, 15, 18, 19 nur Anwendung, wenn es nach Artikel 7 endgiltig in die Denkmalliste eingetragen ist.

21. Die Vorschriften der Artikel 1, 3, 4, 5, 16, 17 finden entsprechende Anwendung auf bewegliche, im Besitz von Gemeinden, Kirchen, Religions-Gemeinden oder öffentlichen Stiftungen befindliche Gegenstände, deren Erhaltung wegen ihrer Bedeutung für die Geschichte, insbesondere für die Kunstgeschichte, im öffentlichen Interesse liegt (bewegliche Denkmäler).

Die Ausstattung eines Baudenkmal mit beweglichen Gegenständen als Zubehör darf seitens einer Gemeinde, Kirche, Religions-Gemeinde oder öffentlichen Stiftung nur nach vorgängiger behördlicher Genehmigung erfolgen. Die Vorschriften der Artikel 3, 4 finden entsprechende Anwendung.

22. Wer eine Ausgrabung nach verborgenen unbeweglichen oder beweglichen Gegenständen von kulturgeschichtlicher oder sonst geschichtlicher Bedeutung vorzunehmen beabsichtigt, hat hiervon dem Kreisamt oder einer anderen seitens des Ministeriums des Inneren zu bezeichnenden Behörde Anzeige zu erstatten und den seitens der zuständigen Behörde ergehenden Anordnungen hinsichtlich der Ausführung der Ausgrabung, der Verwahrung und sonstigen Sicherung, sowie der Behandlung etwa aufzufindender Gegenstände nachzukommen.

Das Gleiche gilt, wenn die beabsichtigte Grabung zwar nicht auf die Auffindung von Gegenständen der in Absatz 1 bezeichneten Art gerichtet, dem Grabenden aber bekannt ist, dass gelegentlich der Grabung wahrscheinlich die Entdeckung solcher Gegenstände stattfinden wird.

Die beabsichtigte Ausgrabung oder Grabung darf nicht vor Ablauf von zwei Wochen von Erstattung der Anzeige ab beginnen, insofern nicht bereits vorher die nach Absatz 1, 2 zu erlassenden Anordnungen getroffen worden sind.

23. Werden in einem Grundstück verborgene unbewegliche oder bewegliche Gegenstände von kulturgeschichtlicher oder sonst geschichtlicher Bedeutung bei Ausgrabungen nach solchen oder gelegentlich aufgefunden, so

hat der Eigenthümer des Grundstücks oder der sonst Verfügungsberechtigte von diesem Fund spätestens am folgenden Tage der zuständigen Behörde Anzeige zu erstatten und den Anordnungen Folge zu leisten, welche entsprechend der Bestimmung in Artikel 22, Absatz 1 getroffen werden. Die gleiche Verpflichtung liegt dem Leiter der Arbeiten, bei denen der Fund gemacht worden ist, ob. Zur Erfüllung der Anzeigepflicht genügt die Erstattung der Anzeige seitens eines von mehreren Anzeigepflichtigen.

Handelt es sich um gelegentliche Funde, bezüglich deren behördliche Anordnungen aufgrund des Absatzes 1 oder des Artikels 22, Absatz 2 noch nicht ergangen sind, so darf der Anzeigepflichtige die begonnenen Arbeiten, insoweit ihre Fortsetzung die bereits gefundenen Gegenstände oder weiter zu erwartenden Funde gefährden würde, und insoweit ihm die Einstellung der Arbeiten ohne unverhältnissmässigen Nachtheil möglich ist, nicht vor Ablauf von drei Tagen von Erstattung der Anzeige ab fortsetzen.

24. Das Ministerium des Inneren kann ausnahmsweise die Erfüllung der in Artikel 22, 23 festgesetzten Verpflichtungen erlassen.

25. Der Staat ist zum Ersatz des Schadens verpflichtet, welcher einem Betheiligten durch Befolgung der auf Grund der Artikel 22, 23 getroffenen Anordnungen verursacht worden ist.

26. Den mit der Nachforschung nach verborgenen Gegenständen von kulturgeschichtlicher oder sonst geschichtlicher Bedeutung durch den Staat beauftragten Personen ist seitens der Verfügungs-Berechtigten die Besichtigung etwaiger Fundstätten zu gestatten.

27. Der Staat ist berechtigt, Grundeigenthum im Wege des Enteignungs-Verfahrens insoweit zu entziehen oder zu beschränken, als es erforderlich ist zum Zwecke der Ausführung von Ausgrabungen nach unbeweglichen oder beweglichen, vermuthlich in einem Grundstück verborgenen Gegenständen von kulturgeschichtlicher oder sonst geschichtlicher Bedeutung, welche durch Grabungen oder sonst in ihrem Fortbestand gefährdet sind, oder bezüglich welcher der Verfügungs-Berechtigte eine sachgemässe Ausgrabung ohne wichtige Gründe weder vorzunehmen noch zuzulassen gewillt ist. Die Bestimmung des Art. 14, Abs. 2 findet entsprechende Anwendung.

28. Das Kreisamt, der Kreisausschuss und der Provinzial-Ausschuss sollen in allen Fällen, welche nach Maassgabe der vorstehenden Bestimmungen ihrer Entschliessung oder Entscheidung unterliegen, unbeschadet der Mitwirkung der zuständigen Baubeamten, das Gutachten des Denkmalpflegers und in wichtigeren Fällen, insofern es sich um Baudenkmäler handelt, zugleich das Gutachten der Ministerial-Abtheilung für Bauwesen einholen. Die vorstehende Verpflichtung entfällt, wenn das Ministerium des Inneren durch allgemeine Anordnung oder in einzelnen Fällen Ausnahmen zugelassen hat.

Ist das Gutachten der Ministerial-Abtheilung für Bauwesen einzuholen, so hat der Denkmalpfleger sein Gutachten in der Regel gemeinsam mit dieser zu erstatten. Das Ministerium des Inneren kann in den ihm geeignet erscheinenden Fällen das Gutachten des von ihm einzusetzenden Denkmalrathes einholen. Auf Verlangen eines Betheiligten ist der Denkmalrath durch zwei Sachverständige zu verstärken, von welchen der eine durch den Antragsteller, der andere durch das Ministerium des Inneren ernannt wird. Ausnahmsweise kann auch die Berufung eines besonderen Denkmalrathes im Einzelfalle seitens des Ministeriums des Inneren beschlossen werden.

Dem Denkmalpfleger kann seitens des Ministeriums des Inneren die Befugniss beigelegt werden, in Fällen dringender Gefahr vorläufig die Einstellung gesetzwidrig begonnener Arbeiten zu verfügen, oder sonst die zur Verhütung gesetzwidriger Handlungen erforderlichen Maassnahmen anzuordnen.

29. Natürliche Bildungen der Erdoberfläche, wie Wasserläufe, Felsen, Bäume u. dergl., deren Erhaltung aus geschichtlichen oder naturgeschichtlichen Rücksichten oder aus Rücksichten auf landschaftliche Schönheit und Eigenart im öffentlichen Interesse liegt (Naturdenkmäler), können auf Antrag des Ministeriums der Finanzen, Abtheilung für Forst- und Kameralverwaltung, seitens des Kreisamtes einem besonderen Schutz unterstellt werden. Dieser Schutz kann auch auf die Umgebung eines Naturdenkmals ausgedehnt werden.

30. Arbeiten, welche den unveränderten Bestand eines nach Artikel 29 amtlich geschützten Naturdenkmals oder zum Nachtheil dieses den unveränderten Bestand seiner amtlich geschützten Umgebung zu gefährden geeignet sind, dürfen nur nach vorgängiger Genehmigung des Kreisamtes ausgeführt werden.

Eine nach Abs. 1 beantragte Genehmigung kann nur versagt werden, wenn der beabsichtigten Handlung im Interesse der Erhaltung des Naturdenkmals oder sonst aus den in Artikel 29, Abs. 1 angeführten Rücksichten Bedenken entgegenstehen.

Die Bestimmungen in Artikel 3, Abs. 2, Artikel 4, 5, 6, 10, 11, 12 finden auf die nach Artikel 29 amtlich geschützten Naturdenkmäler und deren amtlich geschützte

Umgebung entsprechende Anwendung, wobei es gleichgiltig ist, ob eine Privatperson oder eine Person des öffentlichen Rechtes die Verfügungs-Berechtigung besitzt.

31. An einem nach Artikel 29 amtlich geschützten Naturdenkmal oder in dessen amtlich geschützter Umgebung dürfen keine Gegenstände angebracht oder aufgestellt werden, welche für jenes missständig erscheinen.

32. Die Bestimmung in Artikel 28, Abs. 1 findet auf die in Artikel 29, Abs. 1, 2 bezeichneten Gegenstände mit der Maassgabe entsprechende Anwendung, dass an Stelle der Baubeamten die Forstbeamten und an Stelle des Denkmalpflegers und der Ministerial-Abtheilung für Bauwesen die Ministerial-Abtheilung für Forst- und Kameral-Verwaltung zu treten haben.

33. Wer den Vorschriften der Artikel 1, 2, 15, 21, 22, 23, 26, 30, Abs. 1, 31 vorsätzlich oder fahrlässig zuwiderhandelt, wird mit Geldstrafe bis zu eintausend Mark oder mit Haft bestraft. Eine uneinbringliche Geldstrafe ist nach Maassgabe der Vorschriften des Strafgesetzbuches in Freiheitsstrafe umzuwandeln.

34. Diejenigen Vorschriften, welche der Staatsaufsicht in Ansehung der juristischen Personen des öffentlichen Rechtes weitergehende Befugnisse einräumen, als sie sich aus den Bestimmungen dieses Gesetzes ergeben, bleiben unberührt.

Vermischtes.

Die Beratungen des Deutschen Reichstages über das Urheberrecht haben zu den vom Plenum ohne Debatte angenommenen Kommissionsbeschlüssen geführt, die Regierung aufzufordern, eine Novelle über das Urheberrecht an Werken der bildenden Künste, der Photographien, an Mustern und Modellen, vorzulegen, sowie die Vorlage eines Entwurfes zu einem Verlagsrecht für Werke der bildenden Künste, für Photographien, für Muster und Modelle zu veranlassen. —

Ehrenbezeugungen an Techniker. Die kgl. sächs. Technische Hochschule zu Dresden hat anlässlich des Geburtstages des Königs von Sachsen am 23. d. M. den früheren Generaldirektor der Kette, Hrn. Bellingrath, zum „Doktor Ingenieur ehrenhalber“ ernannt. Mit Freude wird die hohe Ehrung, die hierdurch einem der verdienstvollsten Männer der deutschen Technik zutheil geworden, in den Kreisen der Techniker aufgenommen werden; ist doch Bellingrath weit über die Grenzen seines sächsischen Vaterlandes hinaus bekannt als einer der eifrigsten, thatkräftigsten und erfolgreichsten Förderer aller deutschen Binnenschiffahrtsbestrebungen, als einer der ersten Vorkämpfer für die Erbauung eines zusammenhängenden deutschen Kanalnetzes und als wissenschaftlicher Forscher und Experimentator auf dem Gebiete des Schiffahrts-Betriebes in technischer und kommerzieller Beziehung. F. r.

Der Architekt Prof. Gabriel von Seidl in München wurde zum Mitgliede der Akademie der bildenden Künste in Dresden ernannt. —

Berufung. Der Professor für Baumechanik an der Technischen Hochschule in Zürich, Ludw. Tetmajer, hat einen Ruf an die Technische Hochschule in Wien erhalten und wird demselben Folge leisten. —

Preisbewerbungen.

Einen Wettbewerb zur Gewinnung von Fassaden-Entwürfen für Lübeck erlässt der „Verein von Kunstfreunden zu Lübeck“ für deutsche Architekten zum 15. Nov. d. J. Es gelangen 4 Preise von 2000, 1500, 1000 und 500 M. zur Vertheilung; ein Ankauf nicht preisgekrönter Entwürfe ist vorbehalten. Das Preisgericht bilden die Hrn. Ob.-Baudir. Hinckeldeyn und Geh. Reg.-Rth. Prof. Hehl in Berlin und Brgmstr. Dr. Brehmer, Dr. Th. Hach und Baudir. Schaumann in Lübeck. Unterlagen durch das Stadtbaubüreau zu Lübeck, Mühlendamm 10. Wir kommen auf den Wettbewerb zurück. —

Wettbewerb Stadthalle M.-Gladbach. Das im städt. Kaiserpark in M.-Gladbach zu errichtende Gebäude soll in erster Linie zur Abhaltung grösserer musikalischer Aufführungen und als Versammlungsraum bei grossen Festlichkeiten dienen. Der 900—950 qm Grundfläche haltende Hauptsaal ist für 1500 Sitzplätze gedacht. Dazu sind Nebensäle, die üblichen Wirthschafts- und Nebenräume usw. verlangt. Die Bausumme beträgt 400 000 M. für Herstellung des gebrauchsfertigen Zustandes. Das Gebäude soll im Aeusseren und Inneren feuersicher geplant und würdig ausgestattet werden. Vorschriften über den Stil sind nicht gemacht. Die wesentlichen Zeichnungen sind 1:200 verlangt; für ihre Darstellung ist die Strichmanier vorgeschrieben; Farbe darf nur bei der Aussenperspektive Verwendung finden. Das Preisgericht hat das Recht, eine andere Abstufung der zunächst zu 4000, 2000 und 1000 M.

angenommenen Preise vorzunehmen. Eine Zusicherung über die Ausführung des Baues wird nicht ertheilt, doch bleiben die preisgekrönten Bewerber verpflichtet, auf Ersuchen der Stadt die weitere Bearbeitung der Entwürfe zu den Sätzen der Honorarnorm des Verbandes vom Jahre 1888 zu übernehmen. Die Theilnahme an dem Wettbewerb sei empfohlen. —

Wettbewerb Volksschule Dt. Krone. Das auf einem spitz zulaufenden Grundstücke an der Kirchhof- und an der Scheunenstrasse mit einem Aufwande von 220 000 M. zu errichtende Gebäude soll Schülern des evangelischen, katholischen und jüdischen Bekenntnisses dienen und getrennte Unterrichtsräume haben. Die Räume der katholischen Schule sind von denen der evangelischen und jüdischen Schule durch eine Brandmauer zu trennen und es sind für beide Anstalten getrennte Treppenhäuser und Zugänge anzuordnen. Ueber Stil, Material usw. sind Vorschriften nicht gemacht. Die wesentlichsten Zeichnungen sind 1:200 verlangt. Es bleibt auch eine andere als die S. 192 angegebene Preisvertheilung vorbehalten, doch soll die Gesamtsumme der Preise voll zur Auszahlung gelangen. Auf die Zuerkennung von Preisen haben nur in Deutschland ansässige Architekten Anspruch. Die Stadt Dt. Krone behält sich vor, die preisgekrönten Entwürfe für die Ausführung zu benutzen. —

In einem engeren Wettbewerb betr. Entwürfe für eine Turnhalle in Remscheid, der für dort ansässige oder in Remscheid geborene Architekten ausgeschrieben war, erhielt den I. Preis von 300 M. Hr. Wilh. Hengstenberg, den II. Preis von 200 M. die Firma A. Matthey & Co. Mit einer lobenden Erwähnung wurden die Entwürfe „1901“, „Am Barren“ und „Schauturnen“ bedacht. —

Personal-Nachrichten.

Preussen. Dem Kreis-Bauinsp. Fitz in Kirchhain u. den Reg.-Bmstrn. Rich. Korn in Danzig-Langfuhr u. Wilh. Hecker in Osterode i. Ostpr. ist die nachges. Entlass. aus dem Staatsdienste ertheilt.

Die Mel.-Bauinsp., Brthe. Künzel in Bonn, Nuyken (bish. in Münster) in Breslau, Münch in Koblenz u. Hennings (bish. in Oppeln) in Kassel sind zu Reg.- u. Brthn. ernannt; versetzt sind die Mel.-Bauinsp. Sarauw von Münster nach Stade, Dubislaw von Hirschberg nach Frankfurt a. O. und Arndt von Erfurt nach Oppeln.

Die Reg.-Bmstr. Matz in Königsberg, Fiedler in Oppeln, Mahr in Berlin, Lotzin in Kottbus, Schüngel in Fulda und Drees in Münster i. W. sind zu Melior.-Bauinsp. ernannt. Derselben ist je eine Mel.-Baubeamtenstelle verliehen, u. zw.: Matz in Münster, Fiedler in Erfurt, Mahr in Düsseldorf, Lotzin in Kottbus, Schüngel in Fulda und Drees in Münster i. W.

Der Reg.- u. Brth. Danckwerts in Kassel ist z. etatm. Prof. an der Techn. Hochschule in Hannover und der Reg.- u. Brth. Grantz in Berlin z. etatm. Prof. an der Techn. Hochschule in Berlin ernannt; dem letzteren ist die neuerricht. Prof. für Wasserbau nach kulturtechn., gewerbl. und hygien. Richtung verliehen.

Der Reg.-Bmstr. Heidsieck in Gelsenkirchen ist z. kgl. Gew.-Insp. das. und die Reg.-Bfhr. Hugo Hagelweide aus Angerburg u. Karl Wulle aus Grünberg (Wasserbch.) sind zu Reg.-Bmstrn. ernannt.

Inhalt: Neuere Kunst- und Gewerbe-Museen. V. Das neue Kunstgewerbe-Museum in Köln a. Rh. — Der „Doktor der Technischen Wissenschaften“. — Die Verwaltung der öffentlichen Arbeiten in Preussen 1890 bis 1900. — Der hessische Gesetzentwurf betreffend den Denkmalschutz (Schluss.) — Vermischtes. — Preisbewerbungen. — Personal-Nachrichten.

Kommissionsverlag von Ernst Toeche, Berlin. Für die Redaktion verantwortlich. Albert Hofmann, Berlin. Druck von Wilh. Greve, Berlin SW.